Gesetzentwurf

der Landesregierung

Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Die Gebietsreformen in Thüringen in den 90er Jahren haben sich überwiegend als Schritt in die richtige Richtung erwiesen. Die in der Vergangenheit gebildeten Verwaltungsstrukturen waren jedoch auf die Bevölkerungsstruktur und die Anforderungen der Nachwendezeit ausgerichtet. Bezüglich der Strukturen der kreisangehörigen Gemeinden, die sich nach der flächendeckenden Anpassung an die Größenvorgaben der Thüringer Kommunalordnung im Jahr 1996 in den darauffolgenden Jahren freiwillig weiterentwickelt haben, gilt das damalige Leitbild im Grundsatz fort bis in die Gegenwart.

Im Jahr 1990 lebten in Thüringen noch 2,61 Millionen Einwohner, im Jahr 2035 werden es nach der am 7. September 2015 veröffentlichten 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik auch unter Berücksichtigung der steigenden Zuwanderungszahlen voraussichtlich weniger als 1,88 Millionen Einwohner sein. Dabei wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von aktuell 1,3 Millionen Einwohnern um etwa 400 000 Einwohner zurückgehen. Im Jahr 2035 werden etwa 34 Prozent der Einwohner Thüringens mindestens 65 Jahre alt sein. Diese demografischen Veränderungen werden sich territorial sehr unterschiedlich auswirken.

Neben den Auswirkungen der demografischen Entwicklung entfalten auch die zu erwartenden finanziellen Entwicklungen der öffentlichen Haushalte in Thüringen, die Anpassungserfordernisse der öffentlichen Verwaltung durch Spezialisierungsnotwendigkeit und die IT-Entwicklung großen Handlungsdruck und erfordern nachhaltige Entscheidungen.

Auf die veränderten Rahmenbedingungen muss das Land mit seinen derzeit überwiegend kleinteiligen kommunalen Gebietsstrukturen (17 Landkreise und 849 Gemeinden, darunter sechs kreisfreie Städte) reagieren, zumal mehr als 40 Prozent der kreisangehörigen Gemeinden weniger als 500 Einwohner haben. Vor diesem Hintergrund ist eine flächendeckende Vergrößerung der kommunalen Strukturen auf allen Ebenen erforderlich. Eine Beibehaltung des derzeitigen Status quo ist zur Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft keine vertretbare Handlungsoption. Auch eine alleinige Beschränkung auf die Möglichkeiten der

interkommunalen Zusammenarbeit oder ausschließlich freiwillige Änderungen kommunaler Verwaltungsstrukturen lässt nach den Erfahrungen in Thüringen und in den anderen Flächenländern keine nachhaltigen strukturellen Effekte erwarten.

B. Lösung

In Umsetzung des Landtagsbeschlusses "Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform auf den Weg bringen" vom 27. Februar 2015 (Drucksache 6/316) hat die Landesregierung am 22. Dezember 2015 das Leitbild "Zukunftsfähiges Thüringen" beschlossen. Das Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen dient der gesetzlichen Verankerung der im Leitbild vorgesehenen Ziele und der wesentlichen Vorgaben für die Schaffung zukunftsfähiger kommunaler Strukturen in Thüringen.

Ziel der Gebietsreform ist in erster Linie die Bildung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften, die den an sie gestellten Herausforderungen dauerhaft gewachsen sind. Dies betrifft in der Zeit des demografischen Wandels insbesondere den Bereich der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben. Die Landkreise und Gemeinden in Thüringen sollen eine größere Gestaltungskraft in einem größeren Hoheitsgebiet entwickeln und damit den Bedürfnissen der örtlichen Gemeinschaft in den Gemeinden und den überörtlichen Erfordernissen in den Landkreisen besser gerecht werden können. Sie sollen ihre Selbstverwaltungsaufgaben umfassender, selbstständiger und wirtschaftlicher erfüllen können.

Mit der Gebietsreform sollen darüber hinaus die Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement und die ehrenamtliche Wahrnehmung von gemeinwohlorientierten Aufgaben dauerhaft gesichert werden. Darüber hinaus sollen die Zentralen Orte zur gleichmäßigen Entwicklung aller Landesteile gestärkt werden.

Die konkreten kommunalen Neugliederungen auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte sowie auf der Ebene der kreisangehörigen Gemeinden werden durch gesonderte Gesetze geregelt.

In dem Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen werden weiterhin Änderungen der Thüringer Kommunalordnung vorgenommen, sofern diese Strukturvorgaben zum Inhalt haben. Die Thüringer Kommunalordnung wird außerdem um Regelungen zur weiteren Stärkung des Ortsteil- und Ortschaftsrechts ergänzt.

Um ein größtmögliches Einvernehmen aller Betroffenen zu erreichen, wird freiwilligen Neugliederungsmaßnahmen auf der gemeindlichen Ebene, die den Strukturvorgaben dieses Gesetzes entsprechen, Vorrang eingeräumt. Dazu ist eine Freiwilligkeitsphase bis Ende Oktober 2017 vorgesehen.

Die Gebietsreform in Thüringen ist Teil einer Gesamtreform, die als weitere Teile die Durchführung einer Funktionalreform und einer Verwaltungsreform beinhaltet. Der gesamte Reformprozess soll so vorangetrieben werden, dass die wesentlichen Maßnahmen spätestens im Jahr 2019 wirksam werden können. Die Ziele der Verwaltungs- und Funktionalreform stehen mit der Gebietsreform im Zusammenhang. Die größeren Landkreise und Gemeinden werden in der Lage sein, eine leistungsstärkere kommunale Behördenstruktur zu entwickeln und damit

mehr Landesaufgaben als bisher erledigen können. Nur mit einer starken und leistungsfähigen kommunalen Verwaltungsebene können diese Reformansätze zweckmäßig umgesetzt werden.

C. Alternativen

Im Hinblick auf die Zielsetzungen gibt es keine Alternativen.

Alternativ könnte auf ein Vorschaltgesetz verzichtet werden. Damit würde den Betroffenen eine wichtige Orientierungsgrundlage für die Neuordnung der kommunalen Ebene, die vom Gesetzgeber legitimiert ist, nicht zur Verfügung stehen.

D. Kosten

Die Gebietsreform wird vom Land finanziell durch Sonderregelungen für stark verschuldete Gebietskörperschaften (Strukturbegleithilfen) und die Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen unterstützt. Die Finanzierung soll aus Mitteln außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs erfolgen. Im Rahmen der gesetzlichen Regelung ist insgesamt ein Fördervolumen von 155 Millionen Euro vorgesehen.

Im Ergebnis schafft die Gebietsreform die Voraussetzung dafür, dass mittel- und langfristig Kosteneinsparungen erzielt werden können. In welcher Größenordnung Effizienzgewinne erreicht beziehungsweise Einsparpotenziale genutzt werden können, hängt in erster Linie davon ab, inwieweit die kommunalen Verantwortungsträger im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Möglichkeiten hierfür nutzen. Der Gesetzgeber kann nur die dafür notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen schaffen.

Die Erfahrungen in Thüringen und den anderen Bundesländern zeigen, dass in größeren Gebietskörperschaften in erheblichem Umfang Personal- und Sachkosteneinsparungen sowie hinreichende Spezialisierungen möglich sind und öffentliche Einrichtungen wirtschaftlicher errichtet und unterhalten werden können.

Der Erfolg der Gebietsreform ist nicht an der Höhe der unmittelbar entstehenden oder einzusparenden Kosten zu messen. Entscheidend ist die Verbesserung der Leistungs- und Verwaltungskraft der kommunalen Gebietskörperschaften.

E. Zuständigkeit

Federführend ist das Ministerium für Inneres und Kommunales.

FREISTAAT THÜRINGEN DER MINISTERPRÄSIDENT

An den Präsidenten des Thüringer Landtags Herrn Christian Carius Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Erfurt, den 12. April 2016

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit überreiche ich den von der Landesregierung beschlossenen Entwurf des

"Vorschaltgesetzes zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen"

mit der Bitte um Beratung durch den Landtag in den Plenarsitzungen am 20./21./22. April 2016.

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ramelow

Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1
Thüringer Vorschaltgesetz
zur Neugliederung der Landkreise, kreisfreien Städte
und kreisangehörigen Gemeinden
(Thüringer Gebietsreform-Vorschaltgesetz
- ThürGVG -)

§ 1 Ziele

- (1) Ziel der Gebietsreform ist die Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.
- (2) Die Gebietskörperschaften sollen ein dauerhaft tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürger bilden.
- (3) Zentralörtliche Strukturen sollen gestärkt werden. Die künftige Gemeindestruktur soll die Belange der im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 vom 15. Mai 2014 (GVBI. S. 205 -206-) festgelegten Ober- und Mittelzentren in ihrer Stadt-Umland-Beziehung mit den unmittelbar angrenzenden Gemeinden in besonderem Maße berücksichtigen.

§ 2 Neugliederung der Landkreise

- (1) Landkreise sollen mindestens 130.000 und höchstens 250.000 Einwohner haben.
- (2) Die neu zu bildenden Landkreise sollen eine Fläche von 3.000 Quadratkilometern nicht überschreiten.
- (3) Die Bildung der neuen Landkreise erfolgt durch Zusammenschluss der bestehenden Landkreise. Eine Aufteilung des Gebietes bestehender Landkreise soll unterbleiben. Ausnahmen sind im Einzelfall möglich. § 92 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) bleibt im Übrigen unberührt.
- (4) Die Festlegung der Gebiete der neuen Landkreise erfolgt durch Gesetz.

§ 3 Neugliederung der kreisfreien Städte

- (1) Kreisfreie Städte sollen mindestens 100.000 Einwohner haben.
- (2) Kreisfreie Städte, die die erforderliche Mindesteinwohnerzahl unterschreiten, sollen jeweils in einen angrenzenden Landkreis eingegliedert werden.
- (3) Kreisfreie Städte sollen durch Eingliederungen von Umlandgemeinden gestärkt werden, soweit dies der Neubildung der Landkreise nicht entgegensteht.

(4) Die Eingliederung bisher kreisfreier Städte in einen jeweils angrenzenden Landkreis erfolgt durch Gesetz.

§ 4 Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden

- (1) Kreisangehörige Gemeinden sollen mindestens 6.000 Einwohner haben.
- (2) Die Bildung, Änderung und Erweiterung von Verwaltungsgemeinschaften nach § 46 Abs. 1 ThürKO und die Übertragung von Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft nach § 51 ThürKO (erfüllende Gemeinde) sind ausgeschlossen. Die Auflösung bestehender Verwaltungsgemeinschaften erfolgt durch Gesetz.
- (3) Kreisangehörige Gemeinden sollen unter Beachtung des § 5 mit benachbarten Gemeinden desselben Landkreises zusammengeschlossen, durch Eingliederung vergrößert oder nach § 3 Abs. 3 in kreisfreie Städte eingegliedert werden.
- (4) Neugliederungen von kreisangehörigen Gemeinden nach Absatz 3, die die derzeitigen Landkreisgrenzen überschreiten, sind möglich, sofern diese der Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte nicht entgegenstehen und diese Gemeindeneugliederungen nicht vor der Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte nach § 2 Abs. 4 und § 3 Abs. 4 in Kraft treten.
- (5) Die Neugliederung von Gemeinden nach den Absätzen 3 oder 4 erfolgt durch Gesetz. § 9 ThürKO bleibt im Übrigen unberührt.

§ 5 Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche

- (1) Gemeinden, die im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 als Ober- oder Mittelzentrum ausgewiesen sind, sollen durch Eingliederungen vergrößert werden.
- (2) Jede neu gegliederte Gemeinde soll so strukturiert sein, dass sie die Funktion eines Zentralen Ortes übernehmen kann.

§ 6 Freiwilligkeitsphase für kreisangehörige Gemeinden

- (1) Die Freiwilligkeitsphase ist auf die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden beschränkt. Sie gilt für mögliche freiwillige Eingliederungen kreisangehöriger Gemeinden in kreisfreie Städte entsprechend.
- (2) Anträge auf Bildung von freiwilligen Gemeindestrukturen durch Auflösung und Zusammenschluss oder Eingliederung, die den Vorgaben dieses Gesetzes entsprechen, sind bis zum 31. Oktober 2017 auf dem Dienstweg bei dem für Kommunalrecht zuständigen Ministerium zu stellen.

§ 7 Strukturbegleithilfen

(1) Gemeinden, deren Neugliederung in den Jahren 2017 oder 2018 in Kraft tritt, können nach Inkrafttreten der Ge-

biets- und Bestandsänderung allgemeine, steuerkraftunabhängige Zuweisungen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs (Strukturbegleithilfen) erhalten. Die Strukturbegleithilfen betragen insgesamt 55 Millionen Euro. Die neu gegliederten Gemeinden sind verpflichtet, in der Regel innerhalb von fünf Jahren Schulden in mindestens derselben Höhe zu tilgen, in der sie Strukturbegleithilfen erhalten haben.

- (2) Anspruchsvoraussetzung für Strukturbegleithilfen nach Absatz 1 Satz 1 und 2 ist, dass neu zu gliedernde Gemeinden eine überdurchschnittliche Verschuldung und in den Jahren 2012, 2013 oder 2014 einen Fehlbetrag in der Jahresrechnung beziehungsweise einen Finanzmittelfehlbetrag aufweisen.
- (3) Als überdurchschnittlich verschuldet nach Absatz 2 gelten Gemeinden, die nach dem Statistischen Bericht "Schulden des Landes und der kommunalen Körperschaften in Thüringen am 31.12.2014", herausgegeben vom Landesamt für Statistik, Oktober 2015, Heft-Nr. 190/15, über dem Durchschnitt der Verschuldung aller Thüringer Kommunen in Höhe von 978 Euro je Einwohner lagen. Der Fehlbetrag für die Jahre 2012, 2013 und 2014 ergibt sich nach § 23 Abs. 2 in Verbindung mit § 87 Nr. 12 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung; der Finanzmittelfehlbetrag für die Jahre 2012, 2013 und 2014 nach § 47 Abs. 1 und 2 Satz 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Nr. 15 und § 63 Nr. 27 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik aus den Finanzrechnungen der Gemeinde.
- (4) Die Höhe der auszuzahlenden Strukturbegleithilfe ergibt sich aus der Summe der Fehlbeträge oder Finanzmittelfehlbeträge aus den Jahren 2012, 2013 und 2014 der neu zu gliedernden Gemeinden.
- (5) Die Strukturbegleithilfe ist auf die Höhe der jeweiligen Verschuldung der neu zu gliedernden Gemeinde nach dem Bericht des Landesamtes für Statistik "Schulden des Landes und der kommunalen Körperschaften in Thüringen am 31.12.2014", Tabelle 10, Spalte 4, maximal jedoch auf zehn Millionen Euro je neu zu gliedernder Gemeinde begrenzt (Höchstbetrag).
- (6) Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen. Soweit Gemeinden nach Absatz 1 von Neugliederungen nach diesem Gesetz mehrfach betroffen sind, werden die Fehlbeträge oder Finanzmittelfehlbeträge nur einmal berücksichtigt.
- (7) Die Gewährung der Strukturbegleithilfe erfolgt nach Inkrafttreten des die jeweilige neu zu gliedernde Gemeinde betreffenden Gesetzes zur Gebiets- und Bestandsveränderung durch das für Kommunalrecht zuständige Ministerium oder eine von ihm durch Verwaltungsvorschrift bestimmte Behörde. Die Gewährung erfolgt ab dem 1. Januar 2018.

§ 8 Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen

(1) Gemeinden, die nach § 6 durch Gesetz neu gebildet oder vergrößert wurden, erhalten für jede die Neugliederung beantragende Gemeinde allgemeine und nicht zweckgebundene Zuweisungen. Hierfür werden im Haushaltsjahr 2018 Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 100 Millionen

Euro bereitgestellt. Die Förderung dient nicht der Sicherstellung der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen durch das Land im Sinne des Artikels 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen und ist nicht Bestandteil der Finanzausgleichsmasse nach § 3 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes (ThürFAG).

- (2) Für jede die Neugliederung beantragende Gemeinde bestimmt sich die Höhe der Zuweisung grundsätzlich als Anteil an 100 Millionen Euro entsprechend dem Anteil der Gemeinde an den durchschnittlichen Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben nach § 8 ThürFAG der Jahre 2014 bis 2016. Die tatsächliche Zuweisung beträgt für jede die Neugliederung beantragende Gemeinde jedoch mindestens 65 000 Euro und maximal eine Million Euro. Soweit eine die Neugliederung beantragende Gemeinde in unterschiedlichen neu gebildeten oder vergrößerten Gemeinden aufgeht, ist die Zuweisung entsprechend dem Aufteilungsverhältnis der betroffenen Einwohner der die Neugliederung beantragenden Gemeinde unter den neu gebildeten oder vergrößerten Gemeinden aufzuteilen. Die Auszahlung erfolgt für Neugliederungen im Jahr 2017 zum 31. Januar 2018 und für Neugliederungen im Jahr 2018 spätestens drei Monate nach Inkrafttreten der Gebietsund Bestandsänderung an die neu gebildete oder vergrößerte Gemeinde in einem Betrag.
- (3) Die nochmalige Förderung einer im Sinne des Absatzes 1 Satz 1 neu gebildeten oder vergrößerten Gemeinde ist ausgeschlossen.
- (4) Soweit ein Teil der nach Absatz 1 und § 7 Abs. 1 Satz 2 bereitgestellten Haushaltsmittel nicht entsprechend den dort genannten Zielen eingesetzt worden ist, sind diese ab dem Haushaltsjahr 2018 zum Ausgleich besonderer Belastungen der Kommunen im Zuge der Gebietsreform zu verwenden. Die Verteilung der Mittel einschließlich des Verfahrens regelt das für Kommunalrecht zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium durch eine Richtlinie.
- (5) Die Gewährung der Förderung nach Absatz 1 erfolgt durch das für Kommunalrecht zuständige Ministerium. Dieses kann die Zuständigkeit für die Gewährung auf eine andere Behörde durch Verwaltungsvorschrift übertragen.

§ 9 Übergangsbestimmung

Die in den §§ 2 bis 4 bestimmten Mindesteinwohnerzahlen für Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden sollen die neu gebildeten Gebietskörperschaften dauerhaft, aber mindestens bis zum Jahr 2035, nicht unterschreiten. Für die Abschätzung der in Satz 1 genannten Einwohnerzahlen der neu gebildeten Gebietskörperschaften im Jahr 2035 sind die am 7. September 2015 veröffentlichte 1. regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die am 5. April 2016 veröffentlichte Vorausberechnung für die kreisangehörigen Gemeinden des Landesamtes für Statistik maßgeblich. Die Daten wurden vom Thüringer Landesamt für Statistik als Statistischer Bericht unter dem Titel "Die Bevölkerung Thüringens 2014 und 2035, sowie Fläche 2014

nach Gemeinden - Bevölkerungsvorausberechnung - "veröffentlicht (Bestell-Nr. 01122).

§ 10 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in diesem Gesetz gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

Artikel 2 Änderung der Thüringer Kommunalordnung

Die Thüringer Kommunalordnung in der Fassung vom 28. Januar 2003 (GVBI. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Dezember 2015 (GVBI. S. 183), wird wie folgt geändert:

- 1. In § 6 Abs. 5 Satz 1 wird die Zahl "3 000" durch die Zahl "6 000" ersetzt.
- 2. Dem § 9 wird folgender Absatz 6 angefügt:

"(6) Wird durch einen Zusammenschluss von Gemeinden eine neue Gemeinde gebildet, ist innerhalb von sechs Monaten nach Wirksamwerden der Gemeindeneubildung die Wahl der Gemeinderatsmitglieder und des Bürgermeisters durchzuführen. Die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde bestimmt den Termin für die durchzuführenden Wahlen nach Satz 1. Vom Wirksamwerden der Gemeindeneubildung bis zur Wahl der neuen Gemeinderatsmitglieder setzt sich der Gemeinderat der neu gebildeten Gemeinde aus den Gemeinderatsmitgliedern der Gemeinderäte der aufgelösten Gemeinden zusammen. Zur Wahrnehmung der Funktion des Bürgermeisters für den Zeitraum vom Wirksamwerden der Gemeindeneubildung bis zur Wahl des Bürgermeisters der neu gebildeten Gemeinde bestellt die Rechtsaufsichtsbehörde einen Beauftragten. Der Beauftragte leitet die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen nach Satz 1, sofern er nicht nach den Bestimmungen des Thüringer Kommunalwahlgesetzes verhindert ist. Im Fall der Verhinderung wird durch die Rechtsaufsichtsbehörde die Bestellung aufgehoben und ein neuer Beauftragter bestellt. Im Übrigen bleiben die Bestimmungen des Thüringer Kommunalwahlgesetzes unberührt."

- 3. In § 12 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte "sowie der weiteren Mitglieder des Ortsteil- und Ortschaftsrats" durch die Worte "sowie der Ortsteil- und Ortschaftsratsmitglieder" ersetzt.
- 4. Nach § 23 Abs. 3 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

"Wird eine Gemeinde durch Zusammenschluss von Gemeinden neu gebildet oder durch Eingliederung von Gemeinden vergrößert, kann in der Hauptsatzung bestimmt werden, dass die Zahl der nach Satz 1 zu wählenden Gemeinderatsmitglieder bis zum Ende der nächsten auf die allgemeinen Kommunalwahlen folgenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats um zwei, vier oder sechs erhöht wird."

5. Die §§ 45 und 45 a erhalten folgende Fassung:

"§ 45 Ortsteilverfassung, Ortsteilbürgermeister, Ortsteilrat

- (1) Durch Regelung in der Hauptsatzung kann die Gemeinde für alle oder für einzelne Ortsteile eine Ortsteilverfassung einführen. Mehrere benachbarte Ortsteile können gemeinsam eine Ortsteilverfassung erhalten. In Ortsteilen mit Ortsteilverfassung wird ein Ortsteilrat für die Dauer der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats gebildet. Die Ortsteilverfassung kann frühestens zum Ende der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats bis zur Festsetzung des Wahltermins aufgehoben oder geändert werden. Wird kein Ortsteilrat gebildet, kann die Ortsteilverfassung auch vor dem Ende der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats wieder aufgehoben werden. Der Beschluss zur Aufhebung der Ortsteilverfassung bedarf der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeinderatsmitglieder. Bei Bestehen eines Ortsteilrats wird der Beschluss wirksam, wenn der Ortsteilrat nicht innerhalb eines Monats nach Mitteilung des Beschlusses widerspricht.
- (2) Der Ortsteilrat besteht aus dem Ortsteilbürgermeister und den Ortsteilratsmitgliedern. Der Ortsteilbürgermeister ist Vorsitzender des Ortsteilrats. Der Ortsteilrat wählt aus seiner Mitte einen oder mehrere Stellvertreter des Ortsteilbürgermeisters. Die §§ 34 bis 42 gelten entsprechend.
- (3) Die Ortsteilratsmitglieder werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für die Dauer der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig. Die Zahl der Ortsteilratsmitglieder beträgt in Ortsteilen

mit bis zu 500 Einwohnern 4, mit mehr als 500 bis zu 1.000 Einwohnern 6. mit mehr als 1.000 bis zu 2.000 Einwohnern 8, 2.000 Einwohnern mit mehr als Werden weniger Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen als Ortsteilratsmitglieder zu wählen sind oder nehmen weniger gewählte Personen die Wahl als Ortsteilratsmitglied an, verringert sich die Zahl der Ortsteilratsmitglieder nach Satz 3 entsprechend. Dies gilt auch, wenn nach dem Ausscheiden eines Ortsteilratsmitglieds der Sitz für den Rest der Amtszeit unbesetzt bleibt. Das Nähere zum Wahlverfahren bestimmt die Hauptsatzung der Gemeinde. Werden keine Ortsteilratsmitglieder gewählt oder nehmen die gewählten Personen die Wahl nicht an, hat der Ortsteilbürgermeister die Befugnisse des Ortsteilrats.

(4) Der Ortsteilbürgermeister ist Ehrenbeamter der Gemeinde und wird nach den für die Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters geltenden Bestimmungen des Thüringer Kommunalwahlgesetzes für die Dauer der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats gewählt. Wird ein Ortsteilbürgermeister nicht gewählt oder nimmt die gewählte Person die Wahl nicht an, wählt der Ortsteilrat den Ortsteilbürgermeister aus seiner Mitte. Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl des Ortsteilbürgermeisters in einem mit Beginn der neuen Amtszeit des Gemeinderats eingeführten oder geänderten

Ortsteil mit Ortsteilverfassung gilt die Einführung oder Änderung der Ortsteilverfassung als zum Zeitpunkt der Wahl bereits eingetreten. Für die Abwahl des Ortsteilbürgermeisters gilt § 28 Abs. 6 entsprechend. Wird ein Ortsteilbürgermeister aus der Mitte des Ortsteilrates nicht gewählt oder nimmt die gewählte Person die Wahl nicht an oder scheiden der Ortsteilbürgermeister und sein Stellvertreter vor Ablauf ihrer Amtszeit vorzeitig aus ihren Ämtern aus und können diese Ämter bis zum Ablauf der Amtszeit des Ortsteilrats nicht neu besetzt werden, nehmen der Bürgermeister der Gemeinde und sein Stellvertreter die Aufgaben des Ortsteilbürgermeisters und seines Stellvertreters bis zum Ablauf der Amtszeit des Ortsteilrats wahr. Der Ortsteilbürgermeister hat das Recht, beratend an allen die Belange des Ortsteils betreffenden Sitzungen des Gemeinderats und der Ausschüsse teilzunehmen und entsprechende Anträge zu stellen. Er ist hierzu wie ein Gemeinderatsmitglied zu laden.

- (5) Der Ortsteilrat berät über die Angelegenheiten des Ortsteils. Der Ortsteilrat kann in allen Angelegenheiten, die den Ortsteil betreffen, Empfehlungen und Vorschläge unterbreiten. Diese müssen innerhalb einer Frist von drei Monaten von dem für die Entscheidung zuständigen Organ der Gemeinde behandelt werden. Über das Ergebnis der Behandlung ist der Ortsteilrat zu unterrichten. Der Ortsteilrat ist in allen wichtigen, den Ortsteil betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig vor der Entscheidung des zuständigen Organs der Gemeinde zu hören. Dem Ortsteilrat ist eine angemessene Frist zur Stellungnahme zu geben, insbesondere vor Beginn der Beratungen zum Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde sowie der Nachtragshaushaltssatzungen und zu baurechtlichen Satzungen und Planungen. Folgt das für die Entscheidung zuständige Organ der Gemeinde der Empfehlung, dem Vorschlag oder der Stellungnahme des Ortsteilrates nicht, sind dem Ortsteilrat die Gründe darzulegen. Ist aufgrund der Eilbedürftigkeit der Entscheidung eine Anhörung des Ortsteilrats nicht möglich, sind diesem die Gründe für die Eilbedürftigkeit und die Art der Erledigung unverzüglich mitzuteilen.
- (6) Der Ortsteilrat entscheidet über folgende Angelegenheiten des Ortsteils:
- Verwendung der dem Ortsteil für kulturelle, sportliche und soziale Zwecke zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel,
- Pflege und Durchführung von Veranstaltungen des Brauchtums, der Heimatpflege und der kulturellen Tradition, Förderung und Entwicklung des kulturellen Lebens, Unterstützung der Ortsfeuerwehr.

Er gibt Stellungnahmen ab zu:

- der Änderung der Einteilung der Gemeinde in Ortsteile, soweit der Ortsteil betroffen ist, oder der Änderung des Namens des Ortsteils,
- der Benennung und Umbenennung der im Gebiet des Ortsteils dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege, Plätze und Brücken sowie der öffentlichen Einrichtungen,
- 3. den beabsichtigten Veranstaltungen und Märkten im Ortsteil.

Durch die Hauptsatzung können dem Ortsteilrat weitere auf den Ortsteil bezogene Aufgaben zur Bera-

tung und Entscheidung übertragen werden. Aufgaben nach § 26 Abs. 2 dürfen nicht übertragen werden. Die Gemeinde hat dem Ortsteil zur Erfüllung seiner Aufgaben finanzielle Mittel im angemessenen Umfang in der Haushaltssatzung zur Verfügung zu stellen. Sofern der Gemeinderat keine abweichende Festsetzung beschließt, entspricht die Höhe dieser finanziellen Mittel fünf Euro je Einwohner im Ortsteil zum 31. Dezember des jeweiligen Haushaltsvorvorjahres.

(7) Die Entscheidungen des Ortsteilrats dürfen dem Zusammenwachsen der Gemeinde nicht entgegenwirken und den Gesamtbelangen der Gemeinde nicht widersprechen. Sie müssen die gesetzlichen Aufgaben und Zuständigkeiten, die planerischen Entscheidungen sowie das Ortsrecht einschließlich der Haushaltssatzung der Gemeinde beachten. Entscheidungen, die nicht den Anforderungen nach Satz 1 entsprechen, können durch den Gemeinderat mit der Mehrheit seiner gesetzlichen Mitglieder geändert oder aufgehoben werden. Der Vollzug der Entscheidungen obliegt dem Bürgermeister der Gemeinde. Hält der Bürgermeister eine Entscheidung des Ortsteilrats für rechtswidrig, so hat er ihren Vollzug auszusetzen und sie in der nächsten Sitzung des Ortsteilrats, die innerhalb eines Monats nach der Entscheidung stattfinden muss, gegenüber dem Ortsteilrat zu beanstanden. Verbleibt der Ortsteilrat bei seiner Entscheidung, so hat der Bürgermeister unverzüglich die Rechtsaufsichtsbehörde zu unterrichten. Gegen die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde kann der Ortsteil Klage bei dem zuständigen Verwaltungsgericht erheben. Das Vorverfahren nach § 68 Abs. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) entfällt.

(8) Im Fall der Eingliederung einer Gemeinde in eine andere oder der Bildung einer neuen Gemeinde während der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats ist mit Wirksamwerden der Bestandsänderung für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortsteilverfassung eingeführt; Absatz 1 Satz 4 bis 7 bleibt unberührt. Der bisherige Bürgermeister der aufgelösten Gemeinde ist für die Dauer der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortsteilbürgermeister zu ernennen. Die Ernennung erfolgt durch die oberste Dienstbehörde. Abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 2 der Thüringer Verordnung über die Aufwandsentschädigung der ehrenamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit (ThürAufEVO) darf die Aufwandsentschädigung für den Ortsteilbürgermeister für die Dauer der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats 80 vom Hundert des monatlichen Höchstbetrags nicht übersteigen. Die bisherigen Gemeinderatsmitglieder sind die Ortsteilratsmitglieder. Eine Wahl nach Absatz 3 Satz 1 findet nicht statt; Absatz 3 Satz 3 findet keine Anwendung. § 12 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Nimmt kein bisheriges Gemeinderatsmitglied das Amt des Ortsteilratsmitglieds an, hat der Ortsteilbürgermeister die Befugnisse des Ortsteilrats.

§ 45 a Ortschaften, Ortschaftsbürgermeister, Ortschaftsrat

- (1) Die Landgemeinde hat durch Regelung in der Hauptsatzung für die Ortsteile die Ortschaftsverfassung einzuführen. Mehrere benachbarte Ortsteile können gemeinsam eine Ortschaftsverfassung erhalten. In jedem Ortsteil mit Ortschaftsverfassung (Ortschaft) wird ein Ortschaftsrat für die Dauer der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats gebildet. Auf Vorschlag der Ortschaft kann die Ortschaftsverfassung frühestens zum Ende der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats bis zur Festsetzung des Wahltermins aufgehoben oder geändert werden. Die Ortschaftsverfassung kann für einzelne Ortschaften, außer auf Vorschlag der Ortschaft selbst, nur wieder aufgehoben werden, wenn für die Dauer der gesetzlichen Amtszeit kein Ortschaftsrat aebildet wird. Der Beschluss zur Aufhebung der Ortschaftsverfassung bedarf der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeinderatsmitglieder.
- (2) Der Ortschaftsrat besteht aus dem Ortschaftsbürgermeister und den Ortschaftsratsmitgliedern. Der Ortschaftsbürgermeister ist Vorsitzender des Ortschaftsrats. Der Ortschaftsrat wählt aus seiner Mitte einen oder mehrere Stellvertreter des Ortschaftsbürgermeisters. Die §§ 34 bis 42 gelten entsprechend.
- (3) Die Ortschaftsratsmitglieder werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl für die Dauer der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats gewählt. Sie sind ehrenamtlich tätig. Die Zahl der Ortschaftsratsmitglieder beträgt in Ortschaften

mit bis zu 500 Einwohnern 4, mit mehr als 500 bis zu 1.000 Einwohnern 6, mit mehr als 1.000 bis zu 2.000 Einwohnern 8, mit mehr als 2.000 Einwohnern 10.

Werden weniger Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen als Ortschaftsratsmitglieder zu wählen sind oder nehmen weniger gewählte Personen die Wahl als Ortschaftsratsmitglied an, verringert sich die Zahl der Ortschaftsratsmitglieder nach Satz 3 entsprechend. Dies gilt auch, wenn nach dem Ausscheiden eines Ortschaftsratsmitglieds der Sitz für den Rest der Amtszeit unbesetzt bleibt. Das Nähere zum Wahlverfahren bestimmt die Hauptsatzung der Landgemeinde. Werden keine Ortschaftsratsmitglieder gewählt oder nehmen die gewählten Personen die Wahl nicht an, hat der Ortschaftsbürgermeister die Befugnisse des Ortschaftsrats.

(4) Der Ortschaftsbürgermeister ist Ehrenbeamter der Gemeinde und wird nach den für die Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters geltenden Bestimmungen des Thüringer Kommunalwahlgesetzes für die Dauer der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats gewählt. Wird ein Ortschaftsbürgermeister nicht gewählt oder nimmt die gewählte Person die Wahl nicht an, wählt der Ortschaftsrat den Ortschaftsbürgermeister aus seiner Mitte. Für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl des Ortschaftsbürgermeisters in einer mit Beginn der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats eingeführten oder geänderten Ortschaft gilt die Einführung oder Änderung der Ortschaftsverfassung

als zum Zeitpunkt der Wahl bereits eingetreten. Für die Abwahl des Ortschaftsbürgermeisters gilt § 28 Abs. 6 entsprechend. Wird ein Ortschaftsbürgermeister aus der Mitte des Ortschaftsrats nicht gewählt oder nimmt die gewählte Person die Wahl nicht an oder scheiden der Ortschaftsbürgermeister und sein Stellvertreter vor Ablauf ihrer Amtszeit vorzeitig aus ihren Ämtern aus und können diese Ämter bis zum Ablauf der Amtszeit des Ortschaftsrats nicht neu besetzt werden, nehmen der Bürgermeister der Landgemeinde und sein Stellvertreter die Aufgaben des Ortschaftsbürgermeisters und seines Stellvertreters bis zum Ablauf der Amtszeit des Ortschaftsrats wahr. Der Ortschaftsbürgermeister hat das Recht, beratend an allen die Belange der Ortschaft betreffenden Sitzungen des Gemeinderats und der Ausschüsse teilzunehmen und entsprechende Anträge zu stellen. Er ist hierzu wie ein Gemeinderatsmitglied zu laden.

- (5) Der Ortschaftsrat berät über die Angelegenheiten der Ortschaft. Der Ortschaftsrat kann in allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen, Empfehlungen und Vorschläge unterbreiten. Diese müssen innerhalb einer Frist von drei Monaten von dem für die Entscheidung zuständigen Organ der Landgemeinde behandelt werden. Über das Ergebnis der Behandlung ist der Ortschaftsrat zu unterrichten. Der Ortschaftsrat ist in allen wichtigen, die Ortschaft betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig vor der Entscheidung des zuständigen Organs der Landgemeinde zu hören. Dem Ortschaftsrat ist eine angemessene Frist zur Stellungnahme zu geben, insbesondere vor Beginn der Beratungen zum Entwurf der Haushaltssatzung der Landgemeinde sowie der Nachtragshaushaltssatzungen und zu baurechtlichen Satzungen und Planungen. Folgt das für die Entscheidung zuständige Organ der Gemeinde der Empfehlung, dem Vorschlag oder der Stellungnahme des Ortschaftsrats nicht, sind dem Ortschaftsrat die Gründe darzulegen. Ist aufgrund der Eilbedürftigkeit der Entscheidung eine Anhörung des Ortschaftsrats nicht möglich, sind diesem die Gründe für die Eilbedürftigkeit und die Art der Erledigung unverzüglich mitzuteilen.
- (6) Der Ortschaftsrat entscheidet über folgende Angelegenheiten der Ortschaft:
- Verwendung der der Ortschaft für kulturelle, sportliche und soziale Zwecke zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel,
- Pflege und Durchführung von Veranstaltungen des Brauchtums, der Heimatpflege und der kulturellen Tradition, Förderung und Entwicklung des kulturellen Lebens, Unterstützung der Vereine, Verbände und sonstigen Vereinigungen in der Ortschaft, insbesondere der Ortsfeuerwehr,
- Benennung und Umbenennung der im Gebiet der Ortschaft dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege, Plätze und Brücken sowie der öffentlichen Einrichtungen; bei Doppelbenennungen mit Verwechslungsgefahr entscheidet der Gemeinderat im Benehmen mit dem Ortschaftsrat,
- 4. Festlegung der Reihenfolge der Arbeiten zum Umund Ausbau sowie zur Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen, Wegen und Plätzen einschließlich der Beleuchtungsanlagen, der Parkanlagen und Grünflächen,

- Pflege des Ortsbildes sowie Unterhaltung und Ausgestaltung von öffentlichen Park- und Grünanlagen, deren Bedeutung nicht über die Ortschaft hinausgeht,
- Teilnahme an Wettbewerben zur Dorfentwicklung und -verschönerung,
- 7. Pflege von Partner- und Patenschaften,
- 8. Information, Dokumentation und Repräsentation in Ortschaftsangelegenheiten.
- Benutzung, Unterhaltung und Ausstattung der in der Ortschaft gelegenen öffentlichen Kinderspielplätze, der Freizeitangebote für junge Menschen, Sporteinrichtungen, Büchereien, Dorfgemeinschaftshäuser, Heimatmuseen und Einrichtungen des Bestattungswesens,
- Wahl oder Vorschlag von ehrenamtlich tätigen Personen, soweit sich dieses Ehrenamt auf die Ortschaft beschränkt und der Landgemeinde diese Rechte zustehen.
- (7) Der Ortschaftsrat unterbreitet Vorschläge zu:
- der Auflösung der Ortsteile und Ortschaften, der Einteilung der Gemeinde in Ortsteile und Ortschaften, deren Benennung sowie der Änderung der Einteilung und der Benennung, jeweils soweit die Ortschaft betroffen ist.
- wesentlichen Änderungen der Zuständigkeiten des Ortschaftsrats durch die Hauptsatzung,
- 3. dem Erlass, der Änderung oder Aufhebung einer die Ortschaft betreffenden Gestaltungssatzung.
- 4. dem Erlass, der Änderung oder Aufhebung eines die Ortschaft betreffenden Bebauungsplans,
- 5. dem Aus- und Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen in der Ortschaft, soweit nicht der Ortschaftsrat nach Absatz 6 Nr. 4 entscheidet,
- 6. der Planung und Durchführung von Investitionsvorhaben,
- 7. der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens zu Bauvorhaben im Gebiet der Ortschaft,
- 8. der Planung, Errichtung, Übernahme, wesentlichen Änderung und Schließung von öffentlichen Einrichtungen in der Ortschaft,
- der Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen der Landgemeinde in der Ortschaft.
- 10. beabsichtigten Veranstaltungen und Märkten in der Ortschaft,
- 11. dem Abschluss neuer Partner- und Patenschaften der Landgemeinde,
- 12. der Aufstellung der Vorschlagsliste für Schöffen,
- 13. der Wahl oder Berufung von ehrenamtlich tätigen Personen, soweit sich dieses Ehrenamt auf die Ortschaft beschränkt, der Landgemeinde diese Rechte zustehen und nicht der Ortschaftsrat nach Absatz 6 Nr. 10 entscheidet,
- der Einrichtung einer Schiedsstelle, die den Bereich der Ortschaft umfasst, und Wahl der Schiedsperson für diese Schiedsstelle.
- (8) Durch die Hauptsatzung können dem Ortschaftsrat über die in den Absätzen 6 und 7 genannten Aufgaben hinaus weitere Aufgaben zur Beratung und Entscheidung übertragen werden. Aufgaben nach § 26 Abs. 2 dürfen nicht übertragen werden.

- (9) Die Landgemeinde hat der Ortschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben finanzielle Mittel im angemessenen Umfang in der Haushaltssatzung zur Verfügung zu stellen. Sofern der Gemeinderat keine abweichende Festsetzung beschließt, entspricht die Höhe dieser finanziellen Mittel fünf Euro je Einwohner in der Ortschaft zum 31. Dezember des jeweiligen Haushaltsvorvorjahres. Die für die Erfüllung der Aufgaben der Ortschaften veranschlagten Haushaltsansätze sind nach § 16 Abs. 2 der Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung (Thür-GemHV) für jede einzelne Ortschaft zu Budgets zu verbinden. Führt die Landgemeinde ihre Haushaltswirtschaft nach den Regelungen des Neuen Kommunalen Finanzwesens, erfolgt die Budgetierung in einem Teilhaushalt der Landgemeinde. Die Höhe des Budgets wird im Benehmen mit den Ortschaften vom Gemeinderat der Landgemeinde im Haushaltsplan festgelegt.
- (10) Die Entscheidungen des Ortschaftsrats dürfen dem Zusammenwachsen der Landgemeinde nicht entgegenwirken und den Gesamtbelangen der Landgemeinde nicht widersprechen. Sie müssen die gesetzlichen Aufgaben und Zuständigkeiten, die planerischen Entscheidungen sowie das Ortsrecht einschließlich der Haushaltssatzung der Landgemeinde beachten. Entscheidungen des Ortschaftsrats, die nicht den Anforderungen nach Satz 1 entsprechen, können durch den Gemeinderat mit der Mehrheit seiner gesetzlichen Mitglieder geändert oder aufgehoben werden. Der Vollzug der Entscheidungen des Ortschaftsrats obliegt dem Bürgermeister der Landgemeinde. Hält der Bürgermeister eine Entscheidung des Ortschaftsrats für rechtswidrig, so hat er ihren Vollzug auszusetzen und sie in der nächsten Sitzung des Ortschaftsrats, die innerhalb eines Monats nach der Entscheidung stattfinden muss, gegenüber dem Ortschaftsrat zu beanstanden. Verbleibt der Ortschaftsrat bei seiner Entscheidung, so hat der Bürgermeister unverzüglich die Rechtsaufsichtsbehörde zu unterrichten. Gegen die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde kann die Ortschaft Klage bei dem zuständigen Verwaltungsgericht erheben. Das Vorverfahren nach § 68 Abs. 1 VwGO entfällt.
- (11) Im Fall der Bildung oder Erweiterung einer Landgemeinde während der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats ist mit Wirksamwerden der Bestandsänderung der Gemeinden für den Rest der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats für das Gebiet der aufgelösten Gemeinde die Ortschaftsverfassung eingeführt; Absatz 1 Satz 4 bis 6 bleibt unberührt. Der bisherige Bürgermeister der aufgelösten Gemeinde ist für die Dauer der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Ortschaftsbürgermeister zu ernennen. Die Ernennung erfolgt durch die oberste Dienstbehörde. Abweichend von § 2 Abs. 1 Satz 2 Thür AufEVO darf die Aufwandsentschädigung für den Ortschaftsbürgermeister für die Dauer der laufenden gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats 80 vom Hundert des monatlichen Höchstbetrages nicht übersteigen. Die bisherigen Gemeinderatsmitglieder sind die Ortschaftsratsmitglieder. Eine Wahl nach Absatz 3 Satz 1 findet nicht statt; Absatz 3 Satz 3 findet keine Anwendung.

- § 12 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Nimmt kein bisheriges Gemeinderatsmitglied das Amt des Ortschaftsratsmitglieds an, hat der Ortschaftsbürgermeister die Befugnisse des Ortschaftsrats."
- In § 53 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Halbsatz 1 wird die Verweisung "§ 23 Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung (ThürGemHV)" durch die Verweisung "§ 23 Thür-GemHV" ersetzt.

Artikel 3 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

A. Allgemeines

1. Ausgangs- und Rahmenbedingungen

Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen weist den Gemeinden und Landkreisen als eigenständigen, handlungsfähigen kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften umfassende Aufgaben zu. Neben den Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (§§ 2 und 87 der Thüringer Kommunalordnung -ThürKO-) obliegt den kommunalen Gebietskörperschaften die Erfüllung der staatlichen Aufgaben, die ihnen aufgrund eines Gesetzes zur Erfüllung nach Weisung übertragen wurden (Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach §§ 3 und 88 ThürKO).

Die Gemeinden müssen umfassend leistungsfähig sein, um diese Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises so zu erfüllen, dass sie den Erwartungen der Bürger und der Wirtschaft gerecht werden. Voraussetzung hierfür sind leistungsfähige Verwaltungsstrukturen mit entsprechender Verwaltungskraft, das heißt das Vorhandensein einer rechtsstaatlichen, zweckmäßigen und hinreichend spezialisierten Verwaltung mit einer genügenden Anzahl von spezialisiertem Personal, so dass ohne Drittbeteiligung (insbesondere der Aufsichtsbehörde) sachgerecht entschieden werden kann. Können aber die Gemeinden aufgrund ihrer Verwaltungsschwäche die Aufgaben ihres Wirkungskreises nicht umfassend wahrnehmen, führt dies zu einer Verlagerung der gemeindlichen Aufgaben auf die Landkreise und damit letztlich zu einer Aushöhlung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden.

Ebenso müssen die Landkreise als Gemeindeverbände mit Selbstverwaltungsaufgaben im übergemeindlichen Rahmen und Träger von Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis, die am besten überörtlich zu erfüllen sind, eine entsprechend hohe Leistungs- und Verwaltungskraft haben, um ihren Aufgabenumfang bewältigen zu können.

Die Verfassung geht von leistungs- und verwaltungsstarken Gebietskörperschaften aus, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Diesem Idealbild entsprechen einwohnerstarke Gemeinden und Landkreise mit einem entsprechend großen Hoheitsgebiet.

Um die Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises sachgerecht, effektiv und in hoher Qualität auch zukünftig so erfüllen zu können, dass sie den gesetzlichen Anforderungen an eine öffentliche Verwaltung gerecht werden, müssen die Gemeinden und Landkreise dauerhaft über eine entsprechende Verwaltungs- und Leistungskraft verfügen.

Dieser Gesetzentwurf hat die Weiterentwicklung der kommunalen Ebene des Landes zum Inhalt. Er verfolgt das Ziel, die Verwaltungs- und Leistungskraft der Gemeinden und Landkreise weiter zu verbessern, vor allem aber langfristig zu erhalten. Dies ist angesichts der Herausforderungen, vor denen das Land steht, dringend geboten. Die Auswirkungen der demografischen Entwicklung, die zu erwartenden finanziellen Entwicklungen der öffentlichen Haushalte in Thüringen, die Anpassungserfordernisse der öffentlichen Verwaltung durch Spezialisierungsnotwendigkeit und die IT-Entwicklung entfalten bereits jetzt großen Handlungsdruck und erfordern zügige Entscheidungen.

Der derzeit bereits sichtbare demografische Wandel wird auch in den nächsten Jahrzehnten eine besondere Herausforderung für die Kommunalverwaltungen darstellen. Der Rückgang der Einwohnerzahlen mit gleichzeitiger Veränderung der Altersstruktur, insbesondere die zunehmende Alterung der Gesellschaft, die Zu- und Abwanderung, die zunehmende Anzahl von Mitbürgern mit Migrationshintergrund und die vor diesem Hintergrund zunehmenden Unterschiede zwischen Stadt und Land stellen Politik, Bürger und öffentliche Verwaltung vor enorme Herausforderungen. Komplexe Veränderungsprozesse, die zudem zeitlich, regional und lokal sehr unterschiedlich verlaufen, sind dabei zu bewältigen und zu gestalten. Sie betreffen alle Handlungsfelder der kommunalen und staatlichen Aufgabenerfüllung, insbesondere auch die Daseinsvorsorge.

Das Statistische Bundesamt (vergleiche Pressemitteilung 153/15 vom 28. April 2015) erwartet gemäß der Ende April 2015 veröffentlichten 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (13. kBv) bis zum Jahr 2060 für die gesamte Bundesrepublik Deutschland einen Bevölkerungsrückgang von 80,8 Millionen Einwohnern (2013) auf dann 67,6 Millionen Einwohner unter der Annahme einer schwächeren Zuwanderung bis 73,1 Millionen Einwohner unter der Annahme einer starken Zuwanderung. Besonders stark wird der 13. kBv zufolge die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren zurückgehen. Ihre Zahl sinkt demnach bis 2060 von derzeit 49 Millionen Menschen (2013) auf dann noch etwa 34 bis 38 Millionen Personen. Zugleich wird sich die Zahl der über 80-jährigen von 4,4 Millionen (2013) auf circa neun Millionen im Jahr 2060 verdoppeln.

Die Bevölkerungszahl in Thüringen ist seit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 unverändert rückläufig. Zum Stichtag 31. Dezember 1990 lebten in Thüringen noch 2,61 Millionen Einwohner. Im Jahr 2014 waren es circa 455.000 Einwohner weniger.

Allein in den Jahren 1990/91 verließen rund 90.000 Menschen Thüringen. Ursachen hierfür waren vor allem die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche der Wiedervereinigung, in deren Folge eine starke Abwanderung insbesondere junger Menschen und Familien einsetzte. Diese Entwicklung spiegelte sich auch in den Geburtenausfällen Anfang der 1990er Jahre wider. So hatte sich die Zahl der Geburten allein von 1988 von rund 34 900 Geburten bis 1991 auf rund 17.500 Geburten halbiert. Bis zum Jahr 1994 sank ihre Zahl weiter auf einen Tiefststand von 12.700 Geburten. Allerdings hat sich dieser starke Bevölkerungsrückgang in den vergangenen Jahren deutlich verlangsamt. So sank die Einwohnerzahl Thüringens beispielsweise vor zehn Jahren um 20.000 jährlich. Dieser Rückgang hat sich im Jahr 2014 auf 4.081, also auf weniger als ein Viertel reduziert. Im Jahr 2013 sind erstmals seit 1990 wieder mehr Menschen nach Thüringen zugezogen, als von Thüringen weggezogen sind. Im Folgejahr stieg diese Zahl von 152 auf 4.721. Es ist davon auszugehen, dass diese Differenz durch die voraussichtlich anhaltende Zuwanderung auch in den folgenden Jahren weiter ansteigen wird.

Dennoch ist zukünftig nicht mit einer Stabilisierung der Bevölkerungszahl Thüringens zu rechnen. Gerade der Geburtenrückgang Anfang bis Mitte der 1990er Jahre hat massive Auswirkungen auf die heutige und zukünftige Einwohnerentwicklung. Die damals nicht geborenen Kinder fehlen heute und in den nächsten Jahren als potenzielle Eltern, so dass die Zahl der Geborenen trotz leicht steigender Geburtenraten weiter abnehmen wird.

Darüber hinaus kommt in zunehmendem Maße die Altersstruktur der Einwohner des Landes zum Tragen. Die Bevölkerung Thüringens nimmt nicht nur ab, sondern wird auch deutlich älter. Das Durchschnittsalter in Thüringen lag nach der Wiedervereinigung bei circa 38 Jahren und stieg seither kontinuierlich auf circa 47 Jahre an.

Zur weiteren demografischen Entwicklung in Thüringen hat das Landesamt für Statistik am 7. September 2015 die Ergebnisse der 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2035 veröffentlicht. Regionalisiert bedeutet, dass zunächst die Berechnungen für die kreisfreien Städte und Landkreise Thüringens durchgeführt wurden. Die wichtigste Erkenntnis dieser Berechnung ist, dass sich der bereits bislang vorausberechnete Bevölkerungsrückgang auch unter Berücksichtigung steigender Zuwanderungszahlen nur leicht abschwächen wird. Bis zum Jahr 2035 wird die Bevölkerungszahl in Thüringen voraussichtlich von derzeit 2,16 Millionen Einwohnern auf weniger als 1,88 Millionen Einwohner sinken. Damit verliert Thüringen im Berechnungszeitraum weitere circa 282.000 Einwohner, im Durchschnitt jährlich circa 13.000 Einwohner. Dies entspricht einem weiteren Bevölkerungsverlust von über 13 Prozent.

Der vorausberechnete Bevölkerungsrückgang beruht nicht mehr in erster Linie auf Abwanderungsprozessen, sondern mehr und mehr auf einem Sterbefallüberschuss. Dieser wird sich in Zukunft noch stärker als in der Vergangenheit auswirken. Nach der Bevölkerungsvorausberechnung werden bis zum Jahr 2035 pro Jahr durchschnittlich circa 15.000 Kinder weniger geboren als Menschen sterben. Der durchschnittliche jährliche Wanderungsgewinn von rund 1.800 Personen im betrachteten Zeitraum wird die Lücke zwischen der Zahl der Geborenen und Gestorbenen nicht schließen können.

Selbst wenn man in Deutschland von einem hypothetischen Wanderungsgewinn von 1,8 Millionen Menschen im Jahr 2015, für 2016 von einer Million und dann rückläufig bis 2023 auf 200.000 Menschen ausgeht (durchschnittlich jährlich 6.400 Personen Wanderungsgewinn), würde dies in Thüringen im Zeitraum 2015 bis 2035 noch immer zu einem Einwohnerrückgang von über zehn Prozent führen. Darüber hinaus bedeutet die hohe Zuwanderung im Jahr 2015 nicht, dass sich die Annahmen der 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung zu den Wanderungsbewegungen über einen längeren Zeitraum gesehen als zu niedrig oder falsch herausstellen müssen, denn es ist davon auszugehen, dass viele der anerkannten Schutzsuchenden nicht in Thüringen bleiben werden. So können sich die kurzfristigen Wanderungsgewinne mittel- bis langfristig auch ins Gegenteil kehren, wenn die Schutzsuchenden nach Anerkennung ihres Status in wirtschaftlich starke Zentren oder zu Landsleuten weiter ziehen. Dies können einerseits Thüringer Städte, andererseits jedoch auch die Metropolen in anderen Bundesländern Deutschlands sein. Insofern sind die Ergebnisse der 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung auch unter den aktuellen Bedingungen als aussagekräftig einzuschätzen.

Die Bevölkerung Thüringens wird sich nicht nur weiter verringern, sondern zudem immer älter werden. Das Durchschnittsalter der Thüringer lag Ende des Jahres 2014 bei knapp 47 Jahren und wird bis zum Jahr 2035 voraussichtlich auf fast 50 Jahre ansteigen. Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 45 Jahren wird hingegen von 324.000 im Jahr 2014 auf 252.000 im Jahr 2035 sinken, was zu einem weiteren Geburtenrückgang führt. Ende des Jahres 2014 betrug der

Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung 24 Prozent. Im Jahr 2035 werden bereits 34,4 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre und älter sein. Der Anteil der jungen Menschen unter 20 Jahren an der Gesamtbevölkerung wird sich der Berechnung zufolge im gleichen Zeitraum hingegen nur leicht von jetzt 15,5 Prozent auf 16,4 Prozent erhöhen.

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) wird von aktuell 1,3 Millionen Einwohnern um rund 381.000 Einwohner zurückgehen. Danach werden in 20 Jahren nur noch etwas mehr als 923.000 Thüringer im erwerbsfähigen Alter sein. 70 Einwohnern im Rentenalter werden dann 100 Personen im erwerbsfähigen Alter gegenüberstehen. Im Jahr 2014 betrug dieses Verhältnis noch 40:100.

Der Bevölkerungsrückgang wird der Vorausberechnung zufolge - bis auf wenige Ausnahmen - alle Landkreise und kreisfreien Städte treffen, sich jedoch territorial sehr unterschiedlich auswirken. So werden die Einwohnerzahlen der Städte Erfurt (+9,5 Prozent), Jena (+3,5 Prozent) und Eisenach (+0,3 Prozent) steigen. Gera hingegen wird 15,8 Prozent seiner Einwohner verlieren, Suhl 8,8 Prozent und selbst der Wissenschaftsund Kulturstandort Weimar muss mit einem Bevölkerungsrückgang von 3,8 Prozent rechnen.

Bei den Landkreisen ist im Vorausberechnungszeitraum ausnahmslos ein Bevölkerungsverlust zu erwarten. Dieser ist jedoch territorial sehr unterschiedlich. Vor allem in Nord- und Ostthüringen sowie Teilen des Thüringer Schiefergebirges und des Thüringer Waldes zeichnen sich starke Bevölkerungsrückgänge ab, während sich die Bevölkerungszahlen in den Landkreisen rund um die Thüringer Städtekette voraussichtlich verhältnismäßig stabil entwickeln werden. Der Bevölkerungsrückgang reicht von maximal 24,2 Prozent im Landkreis Greiz bis zu minimal 10,3 Prozent im Landkreis Gotha.

In allen Landkreisen und kreisfreien Städten wird im Vorausberechnungszeitraum die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen übersteigen. Dabei können jedoch alle kreisfreien Städte und sechs der Landkreise Wanderungsgewinne erzielen. Diese reichen in den Landkreisen und kreisfreien Städten Gera, Suhl und Weimar jedoch nicht aus, um das Geburtendefizit zu kompensieren. Lediglich in den kreisfreien Städten Erfurt, Jena und Eisenach kann aufgrund vorausberechneter Wanderungsgewinne die Lücke zwischen der Zahl der Geburten und der Zahl der Sterbefälle geschlossen und so eine positive Bevölkerungsentwicklung erzielt werden.

Große Unterschiede zwischen den Regionen Thüringens gibt es hinsichtlich der Alterung, die sich vor allem im steigenden Durchschnittsalter widerspiegelt. Das Durchschnittsalter in den heute noch kreisfreien Städten des Landes wird im Jahr 2035 voraussichtlich zwischen 51,6 Jahren in der Stadt Gera und 43,4 Jahren in der Stadt Weimar betragen. Das Durchschnittsalter in den Landkreisen wird im Jahr 2035 zwischen 54,4 Jahren im heutigen Landkreis Altenburger Land und 49,3 Jahren im heutigen Ilm-Kreis liegen.

Ergebnisse des Landesamtes für Statistik zur Bevölkerungsvorausberechnung in Thüringen unterhalb der Kreisebene liegen seit dem 5. April 2016 vor (Die Bevölkerung Thüringens 2014 und 2035, sowie Fläche 2014 nach Gemeinden - Bevölkerungsvorausberechnung -, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2016, Bestell-Nr. 01122). Sie dienen als Orientierungshilfe für die Beurteilung der Handlungsoptionen vor Ort, bezogen auf die zu erwartende Entwicklung der Einwohnerzahlen.

Die demografische Entwicklung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Kommunalverwaltungen, auf die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen, aber auch auf die kommunalen Haushalte. Hinzu kommt, dass sich die öffentliche Verwaltung und die Infrastrukturausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften aufgrund des demografischen Wandels zukünftig an den Bedürfnissen der stärker vertretenen älteren Bevölkerung ausrichten müssen. So wird infolge der Verschiebung der Altersstruktur die Nachfrage nach sozialen Leistungen und technischer Infrastruktur für ältere Menschen steigen. Dies wird zu steigenden Ausgaben bei den kommunalen Gebietskörperschaften führen. Gleichzeitig ist damit zu rechnen, dass aufgrund der geringeren Einwohnerzahlen und des steigenden Anteils nicht mehr aktiv im Arbeitsleben stehender Menschen die Einnahmen aus dem Finanzausgleich sowie aus Steuern, Gebühren und Beiträgen usw. zurückgehen wird. Im Ergebnis ist damit zu rechnen, dass die demografische Entwicklung zu einer höheren Ausgabenbelastung bei gleichzeitig geringeren Einnahmen führt.

Mit Blick auf die Finanzausstattung der Kommunen ist zu beachten, dass die staatlichen Zuweisungen im Rahmen der angemessenen Finanzausstattung nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen gemäß der Rechtsprechung des Thüringer Verfassungsgerichtshofes - anders als die von der Norm ebenfalls garantierte finanzielle Mindestausstattung - in ihrer Höhe abhängig von der Leistungsfähigkeit des Landes sind. Es ist daher erforderlich, neben der Entwicklung der kommunalen Einnahmen auch die Entwicklung der Einnahmen des Landes zu betrachten, die vor dem verfassungsrechtlichen Hintergrund Einfluss auf die Höhe der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen haben wird.

Infolge der bereits eingetretenen - und bis zum Jahr 2035 voraus berechneten - demografischen Entwicklung ist absehbar, dass sich die finanzielle Lage des Landes mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit verschlechtern wird. Allein der mit dem genannten Rückgang der Einwohnerzahl verbundene geringere Einwohneranteil Thüringens wird im Rahmen des derzeit geltenden bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems - bei Berücksichtigung der Prognose der Steuerschätzung vom November 2015 für das Jahr 2020 sowie der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes - bis zum Jahr 2020 zu Mindereinnahmen in Höhe von rund 350 Millionen Euro im Vergleich zu den Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen des Jahres 2014 führen. Das sind mehr als 3,8 Prozent des derzeitigen Einnahmevolumens.

Zum Stichtag 31. Dezember 2014 lag die Verschuldung des Landes (im Kernhaushalt des Landes) bei 15,86 Milliarden Euro (Wert gemäß Haushaltsrechnung). Durch den zu erwartenden Bevölkerungsverlust steigt gleichzeitig die Pro-Kopf-Verschuldung, selbst wenn keine neuen Schulden aufgenommen werden, so dass relativ auch die Belastung durch den Schuldendienst steigt.

Weiterhin laufen im Jahr 2019 zahlreiche gesetzliche Regelungen aus, die einen erheblichen Einfluss auf die Finanzausstattung des Landes haben. Hierzu gehören insbesondere die Regelungen zum Solidarpakt II. Gegenüber dem Jahr 2005 muss Thüringen im Jahr 2020 einen Rückgang der Solidarpakt II-Mittel in Höhe von 2,6 Milliarden Euro in seinem Haushalt kompensieren.

Auch für die gesamten Leistungen (Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wegen struktureller Arbeitslosigkeit, Kosten politischer Führung und teilungsbedingter Lasten sowie Entflechtungsmitteln) im bundesstaatlichen Finanzausgleich sind noch keine Anschlussregelungen ab dem Jahr 2020 beschlossen worden. Nach derzeitiger Rechtslage drohen Thüringen hieraus Mindereinnahmen von weiteren circa 301 Millionen Euro vom Jahr 2019 auf das Jahr 2020. Darüber hinaus drohen weitere, nicht genau zu beziffernde Risiken aus möglichen Änderungen im bundesstaatlichen Finanzausgleich.

Weiterhin ist mit sinkenden Einnahmen des Landes aus den Mitteln der Europäischen Union zu rechnen. Schon jetzt steht Thüringen für die aktuelle Förderperiode der Jahre 2014 bis 2020 nur noch ein Mittelvolumen in Höhe von circa 1,664 Milliarden Euro aus den Strukturfonds der Europäischen Union "Europäischer Fond für regionale Entwicklung" und "Europäischer Sozialfond" zur Verfügung (gegenüber 2,107 Milliarden Euro in der Förderperiode der Jahre 2007 bis 2013). Die Europäische Union wird die Kohäsionspolitik auch weiterhin auf die strukturschwachen Regionen konzentrieren. Daher muss damit gerechnet werden, dass Zuweisungen aus den Europäischen Strukturfonds für Thüringen ab 2021 weiter zurückgehen werden.

Vor diesem Hintergrund sind kommunale Hilfspakte keine dauerhafte Alternative. Diese Entwicklung wird auch Einfluss auf die Höhe der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen haben (müssen), denn es ist bereits deutlich absehbar, dass sich die finanzielle Lage des Landes verschlechtern und damit auch dessen Leistungsfähigkeit spürbar sinken wird. Diese Entwicklung wird bei der Ermittlung der angemessenen Finanzausstattung der Kommunen nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen nicht ausgeblendet werden können, so dass spätestens mittelfristig mit sinkenden Landeszuweisungen im kommunalen Finanzausgleich zu rechnen ist.

Die laufenden und investiven Finanzzuweisungen des Landes bilden den größten Anteil an den Einnahmen der Kommunen, sind folglich deren wichtigste Einnahmequelle und werden dies auch perspektivisch bleiben, so dass die zu erwartende Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der kommunalen Finanzen in Gänze ist. Nach der Jahresrechnungsstatistik für das Jahr 2014 (Statistischer Bericht "Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen 2014" des Landesamtes für Statistik) konnten die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes lediglich etwa 25 Prozent ihrer Ausgaben durch Steuern oder steuerähnliche Finnahmen decken.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2015 wird im Zeitraum 2016 bis 2020 ein weiterer Anstieg der Steuereinnahmen der Thüringer Gemeinden erwartet. Diese Entwicklung wird jedoch kaum Einfluss auf die relative Steuerschwäche der Thüringer Kommunen haben. Im Jahr 2014 hatten die Gemeinden Thüringens im Vergleich der 13 Flächenländer mit rund 61 Prozent des Durchschnitts der Flächenländer die zweitgeringste gemeindliche Steuerkraft je Einwohner (Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 10.1 vom 31. August 2015). Trotz der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen der Gemeinden und hohen Landeszuweisungen stieg die Zahl der Antragsteller auf Bedarfszuweisungen deutlich an. Das Land sah sich gefordert, in den Jahren 2014 und 2015 zwei kommunale Hilfspakte im Rahmen des Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetzes zu verabschieden um den Kommunen weitere Mittel (insgesamt rund 238 Millionen Euro) zur Verfügung zu stellen. Vorausgegangen

war dem auch eine Untersuchung der Task Force "Kommunen ohne Haushaltssatzung 2013", die unter anderem den Bevölkerungsrückgang als eine Hauptursache der schwierigen Haushaltslage der untersuchten Kommunen benannte. Von den 76 näher untersuchten Kommunen ohne gültige Haushaltssatzung zum 31. Oktober 2013 hatten 58 weniger als 1.000 Einwohner. Die Mehrzahl der untersuchten Kommunen wies eine im Vergleich zur jeweiligen Größenklasse überdurchschnittliche Verschuldung auf.

Für den künftigen Finanzbedarf der Kommunen ist hinsichtlich des Rückgangs der Einwohnerzahlen und der Veränderung in der Altersstruktur der Bevölkerung zu unterscheiden. Soweit der Rückgang von Einwohnern zu einer Reduzierung der Nachfrage nach öffentlichen Leistungen/Einrichtungen führt, ist wahrscheinlich, dass dies ein Absinken des Finanzbedarfs zur Folge hat. Dies betrifft vor allem die Bereiche, in denen sich die Höhe der Kosten nach der Anzahl der Leistungsempfänger richtet, ohne dass hierfür gleichzeitig eine besondere Infrastruktur vorzuhalten ist (beispielsweise die Erteilung von Baugenehmigungen). Demgegenüber werden in anderen Aufgabenbereichen, wie beispielsweise der Sozialhilfe (PWC-Gutachten "Untersuchung der kommunalen SGB XII-Leistungen" im Auftrag des Beirats für kommunale Finanzen, http://www.thueringen.de/th3/tmik/kfa/sonstiges/, S. 10), infolge des demografischen Wandels sogar steigende Empfängerzahlen zu erwarten sein.

Die Qualität der Landes- und Kommunalverwaltungen ist ein wesentlicher Standortfaktor für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der Entwicklung der öffentlichen Finanzen, aber auch der zunehmenden Aufgabenfülle, der gestiegenen Erwartungen der Einwohner und der Wirtschaft an die Qualitätsstandards der öffentlichen Verwaltung und der wachsenden Komplexität der Einzelaufgaben ist ein weiterer Anpassungsprozess der kommunalen Verwaltung unverzichtbar.

Aufgrund der Rahmenbedingungen ergeben sich darüber hinaus neue oder erweiterte Aufgaben beispielsweise im Rahmen der Bildung und Qualifizierung ("lebenslanges Lernen") oder im Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz. Ein Beispiel hierfür ist der am 1. August 2013 eingeführte Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder einer Tagespflege für Kinder im Alter von 1 bis 3 Jahren. Darüber hinaus sind verstärkt personal- und kostenintensive Aufgaben zur Bewältigung der Alterung der Bevölkerung wahrzunehmen, wie die Abstimmung der Infrastruktur auf die Bedürfnisse alternder Menschen nicht nur im Pflegebereich.

Seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) und der Vollendung des Binnenmarktes sind die Kommunen in zunehmendem Maß mit der Umsetzung der EU-Rechtsetzung befasst. Etwa zwei Drittel der auf EU-Ebene getroffenen Regelungen betreffen mittlerweile die Kommunen direkt oder indirekt, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge.

Die Kommunen müssen sich zudem in zunehmendem Maße dem weltweiten Wettbewerb stellen, beispielsweise bei der Investorenwerbung und Wirtschaftsförderung. Um erfolgreich in diesem Prozess agieren zu können, benötigen sie eine hinreichende Leistungs- und Verwaltungskraft. Hierzu gehören in erster Linie sowohl entsprechend qualifiziertes und spezialisiertes Personal als auch die erforderliche technische Infrastruktur für das entsprechende Verwaltungshandeln.

Weiterhin ist die Arbeit der Kommunalverwaltungen durch den Einsatz von digitalen Informations- und Kommunikationstechniken wesentlich einfacher, schneller, bürgernäher und transparenter möglich. Diese Prozesse verlangen allerdings Investitionen, die regelmäßig nur in größeren Verwaltungseinheiten wirtschaftlich zu leisten sind. Zusätzlich zu Investitionen ist die Bereitstellung von speziell ausgebildetem IT-Fachpersonal erforderlich, um die Entwicklung, Weiterentwicklung und vor allem den Betrieb der vorgesehenen Verfahren und technischen Infrastrukturen gewährleisten zu können. Die Nutzung moderner Informationstechnik und zeitgemäßer elektronischer Verfahren sind mittlerweile Schlüsselkomponenten für effizientes und effektives Handeln der öffentlichen Verwaltung, für Bürgernähe, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg.

Der Handlungsdruck für eine Anpassung der öffentlichen Verwaltung ist somit enorm. Er basiert in erster Linie auf der Entwicklung der demografischen Rahmenbedingungen bis 2035 und dem Verlust eines deutlichen Anteils der zur Verfügung stehenden Finanzmittel, vor allem ab den Jahren 2019 und 2020. Diese Parameter sind im Wesentlichen unveränderlich. Die erforderlichen Strukturveränderungen betreffen sowohl das Land als auch die Landkreise, Städte und Gemeinden. Mit Blick auf den geringen Zeitraum bis 2019/2020 wird es als alternativlos angesehen, mit der Gebietsreform unverzüglich zu beginnen, auch angesichts der Herausforderungen, die diese Reform selbst mit sich bringt.

Derzeit sind die Ausgangsbedingungen für die Anpassung der Verwaltung der Landkreise, Städte und Gemeinden noch verhältnismäßig günstig. Sowohl das Land als auch die Kommunen verfügen durch in der Regel überwiegend konsequente Haushaltsdisziplin und relativ hohe Steuereinnahmen über eine vergleichsweise gute finanzielle Ausgangssituation.

Trotz teilweise massiver Personaleinsparungen, vor allem auch auf kommunaler Ebene, lässt auch die personelle Ausstattung der öffentlichen Verwaltung gegenwärtig eine erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung der Reform erwarten. Bereits in den nächsten Jahren ist jedoch mit einer deutlichen Verringerung des Personalbestandes durch sogenannte Altersabgänge zu rechnen.

Die derzeitige Altersstruktur der Kommunalverwaltungen macht in Thüringen in den kommenden zehn Jahren eine grundlegende personelle Neuausrichtung erforderlich. Im Zeitraum von 2016 bis 2035 werden circa 65 Prozent (insgesamt 21.150 Personen) des Personals der Kommunalverwaltungen altersbedingt aus dem Dienst ausscheiden.

Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass es für die Thüringer Kommunen in ihren bisherigen Strukturen zunehmend schwieriger werden wird, in Anbetracht ihrer eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten und der geringer werdenden Zahlen potenzieller Auszubildender und Anwärter und in Konkurrenz mit der Privatwirtschaft und den dort möglichen Einkommen, eine stetige und serviceorientierte Aufgabenerfüllung durch ausreichend zur Verfügung stehendes qualifiziertes Personal zu gewährleisten.

Kommunale Strukturreformen sind in der Regel zunächst mit Kosten verbunden, den sogenannten Transaktionskosten. Mittel und langfristig ist jedoch durch die Nutzung von Synergie- und Skalierungseffekten eine Steigerung - zumindest aber eine dauerhafte Sicherung - der kommunalen Leistungs- und Verwaltungskraft sowie angemessener Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten zu erwarten.

2. Erforderlichkeit einer flächendeckenden Gebietsreform

Die bisherigen Kommunalreformen haben sich innerhalb der zurückliegenden zwei Jahrzehnte im Wesentlichen als Schritt in die richtige Richtung erwiesen. Doch trotz der Reformen auf der Kreis- und Gemeindeebene und anschließenden gemeindlichen Neugliederungen auf freiwilliger Grundlage sind die kommunalen Strukturen in Thüringen noch immer geprägt durch Kleinteiligkeit und Heterogenität, die wegen der sich verschlechternden Rahmenbedingungen nicht längerfristig hingenommen werden können.

Thüringen hat derzeit 17 Landkreise, sechs kreisfreie Städte und 843 kreisangehörige Gemeinden. Davon hatten zum Stichtag 31. Dezember 2014 mehr als 40 Prozent weniger als 500 Einwohner, circa 65 Prozent weniger als 1.000 Einwohner und etwa 90 Prozent weniger als 5.000 Einwohner.

Es zeichnet sich ab, dass weitere Entwicklungspotenziale bereits aus demografischen Gründen strukturbedingt begrenzt sind. Den derzeitigen und absehbaren Herausforderungen sind die heutigen kommunalen Strukturen unter den gegebenen Rahmenbedingungen in vielen Fällen nicht mehr gewachsen. Bei ihrer Konzipierung waren diese Entwicklungen so nicht vorauszusehen. Nach der politischen Wende 1990 waren Prognosen schwer zu treffen. Einschlägige Erfahrungen gab es nicht. Daten lagen nicht vor oder waren noch nicht hinreichend belastbar.

Bereits im Demografiebericht der Landesregierung aus dem Jahr 2006 wurde festgestellt, dass die Verwaltungen der Kommunen ihre Leistungen zunehmend für eine sinkende Einwohnerzahl vorhalten müssen. Dies führt zu einem Ansteigen der Verwaltungskosten pro Einwohner. Zudem lässt der notwendige Spezialisierungsgrad besonders in kleineren Verwaltungseinheiten einen weiteren Personalabbau nur bedingt zu. Daher ist eine weitere Bündelung von Verwaltungskompetenz sowie der materiellen und finanziellen Ressourcen unumgänglich. Dabei müssen vor allem langfristig tragfähige Handlungsspielräume eröffnet werden. Das Prinzip der Einräumigkeit der Verwaltung sowie Aspekte der Raumordnung und Landesplanung sind dabei zu beachten (Demografiebericht 2006, S. 62-63).

Der dringende Handlungsbedarf wird auch durch die derzeitige konjunkturelle Entwicklung nicht aufgehoben. Denn die (noch) wachsenden Steuereinnahmen können die Fehlbedarfe der letzten Jahre beziehungsweise Jahrzehnte und den daraus resultierenden Konsolidierungsbedarf bei Weitem nicht ausgleichen, vor allem nicht mit Blick auf die bereits beschriebenen massiven finanziellen Einschränkungen nach dem Jahr 2019.

Vor diesem Hintergrund ist die Beibehaltung des derzeitigen Status quo weder auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte noch auf der gemeindlichen Ebene eine vertretbare Handlungsoption. Dies gilt auch für weitere in Betracht kommende Alternativen zur Durchführung einer flächendeckenden Gebietsreform, wie insbesondere die Nutzung der Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit, eine Beschränkung auf freiwillige Strukturänderungen, die Strukturveränderungen innerhalb der bestehenden Organisationsmodelle auf gemeindlicher Ebene sowie die Einführung eines Modells der Verbandsgemeinde in Thüringen.

Im Ergebnis der Betrachtung des Ist-Standes und möglicher Handlungsoptionen bestätigt sich die Notwendigkeit einer flächendeckenden Gebietsreform auf den Ebenen der Landkreise, kreisfreien Städte und kreisangehörigen Gemeinden. Ziel ist es, auf bewährten Strukturen aufbauend, einen verlässlichen Rahmen für zukunftsfähige Landkreise, Städte und Gemeinden zu schaffen. Thüringen braucht tragfähige, effiziente und effektive Landkreise und Gemeinden die in der Lage sind, ihre Aufgaben gegenwärtig und in Zukunft angemessen zu erfüllen. Dabei müssen die Erfordernisse der kommunalen Leistungsfähigkeit und der Bürgernähe abgewogen und ein Ausgleich zwischen örtlichen und überörtlichen Perspektiven hergestellt werden.

Auch für effektive kommunale Gestaltungsmöglichkeiten und demokratische Teilhabe ist ein hinreichendes Maß an tatsächlicher lokaler Autonomie erforderlich. Diese setzt jedoch ebenfalls tragfähige kommunale Gebietskörperschaften voraus.

Die Leistungs- und Verwaltungskraft kommunaler Gebietskörperschaften hängt wesentlich von ihrer Größe ab. Kleine Gemeinden sind häufig nicht selbstständig in der Lage, die notwendige Infrastruktur zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben gemäß den gesetzlichen Anforderungen vorzuhalten. Das den kleinen Gemeinden zur Verfügung stehende kommunale Finanzvolumen eröffnet nur kleinteilige Entscheidungs- und Handlungsspielräume und erschwert zudem eine nachhaltige flächen- und einwohnerbezogene Investitionsplanung. Durch den eingetretenen und prognostizierten Rückgang der Bevölkerung des Landes werden diese Probleme in den nächsten Jahren weiter verstärkt. Gebietskörperschaften müssen daher ausreichend groß sein, um auf Gemeindeebene die öffentlichen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft und auf Landkreisebene die überörtlichen Aufgaben erfüllen und dabei effizient arbeiten zu können. Größeren Gebietskörperschaften ist es auch unter den geänderten Rahmenbedingungen durch eine Bündelung der vorhandenen Kräfte möglich, durch die effektivere und konzentriertere Nutzung der vorhandenen Ressourcen sowie durch die Einstellung qualifizierten und spezialisierten Personals eine sachgerechte Erfüllung ihrer Aufgaben und die Gewährleistung der kommunalen Daseinsvorsorge sicherzustellen. Entsprechende Verbesserungen der Leistungsfähigkeit durch die Vergrößerung von Verwaltungseinheiten wurden beispielsweise durch den Landesrechnungshof Schleswig-Holstein im Rahmen einer Evaluation der Verwaltungsstrukturreform in Schleswig-Holstein bestätigt (Landesrechnungshof Schleswig-Holstein, "Ergebnis der Verwaltungsstrukturreform im kreisangehörigen Bereich", 11. Februar 2014, S. 23). Ein größeres Hoheitsgebiet mit einer höheren Einwohnerzahl verbessert die Gestaltungs- und Planungsmöglichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften, insbesondere im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben, wie die Aufgabenerfüllung der Städte und Zentralen Orte bereits im bisher geleisteten Umfang belegt. Größere Gebietskörperschaften können zudem auch unter den Bedingungen knapper Kassen die Mittelverwendung effektiver steuern. Sie führen zu einer koordinierten Planung, Errichtung und Nutzung kommunaler Einrichtungen mit einer höheren Auslastung und der Möglichkeit, kommunales Personal flexibler einsetzen zu können. Die Gestaltungs- und Leistungsmöglichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften so zu verbessern, dass sie ihren gesetzliche Aufgaben in Zukunft dauerhaft in vollem Umfang gerecht werden, ist ein zentrales Anliegen des Gesetzentwurfs. Zur Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft sollen die Gemeinden und Landkreise so strukturiert werden, dass sie dauerhaft in der Lage sind, die aktuellen und zukünftigen eigenen und übertragenen Aufgaben effizient, sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich in hoher Qualität im Interesse einer bestmöglichen Daseinsvorsorge für ihre Einwohner wahrzunehmen. Dabei soll als Ausfluss des Demokratieprinzips die bürgerschaftliche Beteiligung an der kommunalen Selbstverwaltung gewahrt werden. Der Gefahr einer fortschreitenden Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung aufgrund nicht ausreichender finanzieller Handlungsspielräume zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung und Gestaltung der örtlichen Angelegenheiten soll damit entgegengetreten werden.

Ein Hauptkriterium für die Beurteilung der Zukunftsfähigkeit von Landkreisen und Gemeinden ist daher zunächst die Festlegung von Mindesteinwohnerzahlen unter Beachtung der bereits eingetretenen und vorausberechneten Bevölkerungsentwicklung (bezogen auf das Jahr 2035).

Nach allgemein anerkannter Rechtsprechung entspricht es der Konkretisierung der Gemeinwohlziele, wenn künftig erst bei Erreichen der vorgeschlagenen höheren Mindesteinwohnerzahlen die Leistungsfähigkeit einer Kommune vermutet wird. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen auch aus anderen Bundesländern kann typisierend darauf abgestellt werden, dass bei einer geringeren Einwohnerzahl auch eine verminderte Leistungsfähigkeit der Gemeinden und Landkreise im Hinblick auf die zu erbringende beziehungsweise zu erwartende Aufgabenbewältigung vorliegt. Die Bevölkerung bildet die Basis kommunaler Gebietskörperschaften, sie stellt eine zentrale Größe bei der Beurteilung der kommunalen Leistungsfähigkeit dar. Da die Bevölkerung nicht in ihrer umfassenden sozialen, politisch-administrativen sowie ökonomischen Bedeutung bewertet werden kann, muss eine Beschränkung auf den quantitativ messbaren Indikator Einwohnerzahl als Messgröße erfolgen (vergleiche Landesverfassungsgericht Sachsen-Anhalt, Urteil vom 21. April 2009, Az.: LVG 12/08, S. 37-38). Vergleichbare Regelungen zur Mindesteinwohnerzahl sind in Thüringen ebenso wie in anderen Bundesländern bislang unbeanstandet geblieben (vergleiche beispielsweise Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 18. September 1998, Az.: 1/97, 4/97; Rdnr. 117 f., zit. nach juris; Urteil des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom 8. Juni 2015, Az.: VGH N 18/14, Rdnr. 129 ff. (juris); Urteil des Staatsgerichtshofs für das Land Baden-Württemberg vom 14. Februar 1975, Az.: Gesch Reg 11/74, DVBI. 1975, 385).

Regel- beziehungsweise Mindesteinwohnerzahlen ermöglichen die allgemeine Bestimmung von Größenordnungen, die eine hinreichende Leistungsfähigkeit der kommunalen Verwaltungsstrukturen erwarten lassen.

In größeren Strukturen besteht die Möglichkeit, sowohl qualitative Verbesserungen als auch Einsparpotenziale durch die Nutzung von Synergie- und Skalierungseffekten zu generieren. Die Erfahrungen in Thüringen und den anderen Bundesländern zeigen, dass in größeren Gebietskörperschaften mittel und langfristig Personalkosteneinsparungen und Einsparungen von Sachkosten ebenso möglich sind wie hinreichende Spezialisierungen sowie angemessene Personalausstattungen (zu Einspareffekten der Vergrößerung der Landkreise in Sachsen vergleiche Sächsischer Rechnungshof, "Evaluierung der Funktional- und Kreisgebietsreform auf Kreisebene - Erste Erkenntnisse zu Einsparpotenzialen" in: Jahresbericht 2009, S. 328 und 332; zu personalbezogenen Einsparpotentialen auf der Ebene der Landkreise vergleiche "Zweiter Bericht der Landesregierung zum Fortgang der Umsetzung der Landkreisneuordnung Mecklenburg-Vorpommern", LT-Drs. 6/3638, S. 7 und 10 f.). Die Einsparungen in der Verwaltung können für andere öffentliche Aufgaben verwendet werden. Zudem können öffentliche Einrichtungen in größeren Gebietskörperschaften wirtschaftlicher errichtet und unterhalten werden.

Darüber hinaus sind für das Erreichen der angestrebten Ziele der Gebietsreform regelmäßig auch die künftige Fläche der neuen Kommunalstruktur sowie zahlreiche weitere Indikatoren zu beachten (vergleiche hierzu Hesse, Handlungs- und zukunftsfähige Kommunalstrukturen, Nomos, 2011, S. 112 ff.), wie

- verwaltungsgeografische Kongruenz (geografische Lage, Abdeckung von Naturräumen, landschaftliche und topografische Gegebenheiten, Verkehrsinfrastruktur sowie technische und soziale Infrastruktur, Pendlerbeziehungen und Wanderungsbewegungen, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Arbeitsplatzeigenversorgung, Abdeckung der Arbeitsmarktregion),
- Entwicklungsfähigkeit (sozioökonomische, demografische, haushalterische),
- sozioökonomische und fiskalische Ausgleichsfähigkeit (zentralörtliches Versorgungsniveau, SGB II-, VIII- und XII-Quote),
- ebenenübergreifende Funktionalität (insbesondere horizontales Gleichgewicht der kommunalen Strukturen) sowie
- Ortsnähe, Teilhabe und Identität (Flächengröße und damit verbundene Distanzen, Erreichbarkeit Zentraler Orte, historische und traditionelle Gemeinsamkeiten).

B. Zu den einzelnen Bestimmungen:

Zu Artikel 1 (Thüringer Gebietsreform-Vorschaltgesetz)

Zu § 1 (Ziele):

Zu den Absätzen 1 und 2:

§ 1 gibt die wesentlichen Zielstellungen der Gebietsreform vor. Die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung nach Artikel 28 des Grundgesetzes und nach Artikel 91 der Verfassung des Freistaats Thüringen setzt voraus, dass die Gemeinden und Landkreise die Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises dauerhaft auch unter sich ändernden Rahmenbedingungen sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich erfüllen können. Hierzu gehören eine hinreichende Verwaltungs- und Finanzkraft ebenso wie Planungs- und Entscheidungsfähigkeit.

Neugliederungsmaßnahmen sind dann verfassungsgemäß, wenn sie durch Gründe des öffentlichen Wohls gerechtfertigt sind. Der Gesetzgeber hat die überwiegenden Gründe des öffentlichen Wohls maßgeblich selbst zu bestimmen und spätestens im Rahmen der Landtagsberatungen alle relevanten örtlichen, überörtlichen und staatlichen Belange in eine differenzierende Interessenabwägung einzustellen. Anerkannt als Grund des öffentlichen Wohls ist dabei unter anderem das Ziel der Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung im Sinne rationeller Aufgabenerfüllung.

Durch die angestrebte Reform soll erreicht werden, dass auch in Zukunft kommunale Selbstverwaltung in der von der Verfassung des Freistaats Thüringen und dem Grundgesetz vorgegebenen Form stattfinden kann. Ziel der vorgesehenen gebietsstrukturellen Änderungen ist es, die kommunalen Verwaltungsstrukturen Thüringens zu stärken, um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen auf kommunaler Ebene besser begegnen zu können.

Gemeinden, die mangels ausreichender Leistungsfähigkeit weitgehend funktionsentleert sind, entsprechen nicht dem verfassungsrechtlichen

Leitbild der kommunalen Selbstverwaltung. Bei Gemeinden, die nur über einen geringen Handlungs- und Gestaltungsspielraum verfügen, besteht die Gefahr einer Verlagerung von Aufgaben auf überörtliche Verwaltungsträger (Urteile des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 18. Dezember 1996, Az.: 2/95, 6/95, Rn. 92 (juris) mit weiteren Nachweisen).

Die Gebietsreform soll daher die kommunalen Verantwortungsträger und Gebietskörperschaften in die Lage versetzen, auch in Zukunft auf die sich ändernden Rahmenbedingungen adäquat reagieren und ihre Aufgaben angemessen erfüllen zu können.

Als zukunftsfähig werden dabei kommunale Strukturen angesehen, die auch im Jahr 2035 noch eine ausreichende Leistungs- und Verwaltungskraft sowie genügend Handlungsspielraum für die Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben aufweisen. Das Jahr 2035 als maßgeblicher Zeitpunkt entspricht dem Ende des Prognosezeitraums der am 7. September 2015 veröffentlichten 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik für die Landkreise und kreisfreien Städte beziehungsweise der am 5. April 2016 veröffentlichten Ergänzung dieser Untersuchung für die Ebene der Gemeinden. Vor diesem Hintergrund ist Ziel der Gebietsreform Strukturen zu schaffen, die auch in Zukunft gewährleisten, dass die Gebietskörperschaften insbesondere

- die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher, eigenverantwortlich und in der erforderlichen Qualität wahrnehmen,
- ein tragfähiges Fundament für die demokratische Mitwirkung der Bürger im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung bilden,
- die Stadt-Umland-Beziehungen optimieren,
- über zeitgemäße Gestaltungsmöglichkeiten für ein lebendiges Gemeinwesen verfügen,
- eine möglichst bedarfsgerechte Daseinsvorsorge in allen Landesteilen vorhalten können,
- klar und transparent gegliedert sind, sodass die Grenzen der kommunalen Verwaltungen mit den Zuständigkeitsbereichen der Behörden möglichst deckungsgleich sind (Einräumigkeit der Verwaltung),
- dauerhaft ein effektives Verwaltungshandeln durch spezialisiertes Fachpersonal sowie eine effiziente Verwendung öffentlicher Mittel sicherstellen,
- eine weitgehend gleichmäßige Aufgabenübertragung erlauben und damit eine orts- und bürgernahe Erledigung öffentlicher Aufgaben ermöglichen sowie
- die Identifikation der Menschen mit ihrem Heimatort erhalten und stärken.

Voraussetzung für die bürgerschaftliche Mitwirkung und die ehrenamtliche Wahrnehmung von gemeinwohlorientierten Aufgaben ist neben der Ausstattung der kommunalen Körperschaften mit materiellen Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten auch der Erhalt zumutbarer äußerer Bedingungen für die Mandatsausübung. Dazu gehört unter anderem, dass die zur Wahrnehmung der Wahlämter notwendigen Anfahrtswege ein kommunalpolitisches Engagement nicht unverhältnismäßig erschweren.

Zu Absatz 3:

Das durch die Thüringer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm vom 15. Mai 2014 (GVBI. S. 205) für verbindlich erklärte Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 enthält Zielsetzungen zur Entwicklung der Siedlungsstruktur. Danach sollen die Zentralen Orte

das Rückgrat der Landesentwickung zur Stabilisierung oder Entwicklung aller Landesteile bilden sowie als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen. Das Modell der dezentralen Konzentration soll das Grundgerüst für die überörtlich raumwirksamen Entwicklungen und Entscheidungen bilden. Entwicklungsimpulse sollen künftig noch stärker als bisher in den Zentralen Orten konzentriert werden, um die wichtigsten Funktionen der Wirtschaft, der Infrastruktur und der Versorgung zu bündeln und Synergien zu nutzen. Die Städte und Gemeinden Thüringens, die eine überörtliche bedeutsame Gemeindefunktion aufweisen, sollen aufgrund ihrer besonderen Potenziale dabei einen wichtigen Bezugspunkt darstellen. Diesen Grundsätzen soll auch im Rahmen der Gebietsreform Rechnung getragen werden.

Zu § 2 (Neugliederung der Landkreise):

Die Landkreise müssen als Gemeindeverbände mit Selbstverwaltungsaufgaben im übergemeindlichen Rahmen und Träger von Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis eine hohe Leistungs- und Verwaltungskraft haben, um ihren Aufgabenumfang bewältigen zu können.

Die Verfassung des Freistaats Thüringen geht von leistungs- und verwaltungsstarken Gebietskörperschaften aus, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Diesem Idealbild entsprechen einwohnerstarke Gemeinden und Landkreise mit einem entsprechend großen Hoheitsgebiet.

Das Hoheitsgebiet der Landkreise muss daher so gestaltet sein, dass in diesem Rahmen leistungs- und verwaltungsstarke kreisangehörige Gemeinden ihrerseits Raum zu einer dem Urtyp der Verfassung entsprechenden Entwicklung haben.

Die heutigen Strukturen der Landkreise und kreisfreien Städte bestehen in der Regel seit circa 20 Jahren. Durch die Kreisgebietsneugliederung und die damit in der Regel verbundene Vergrößerung der Verwaltungseinheiten konnten seit 1994 weitgehend gut funktionierende und leistungsfähige Verwaltungen auf Kreisebene geschaffen werden, die bislang überwiegend wirtschaftlich und effizient die eigenen und übertragenen staatlichen Aufgaben erfüllen. So haben die Thüringer Landkreise ihren Personalbestand trotz zahlreicher Aufgabenkommunalisierungen in den Jahren von 1994 bis zum Jahr 2014 auf etwa die Hälfte reduziert.

Es ist jedoch davon auszugehen, dass Landkreise in ihrer heutigen Struktur den deutlich veränderten Rahmenbedingungen immer weniger gewachsen sind. Ausschlaggebend hierfür ist zunächst ihre geringe Größe.

Die Landkreise Thüringens hatten zum Stichtag 31. Dezember 2014 eine durchschnittliche Einwohnerzahl von 94.487 Personen (vergleiche Bundesdurchschnitt: 187.256 Personen). Von den derzeit 17 Landkreisen hat mehr als die Hälfte weniger als 100 000 Einwohner. Nach den Ergebnissen der 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamtes für Statistik vom 7. September 2015 wird die Einwohnerzahl der Landkreise Thüringens bis zum Jahr 2035 um fast 18 Prozent sinken. Im Jahr 2035 werden voraussichtlich nur noch drei der derzeit bestehenden Landkreise eine Einwohnerzahl von 100 000 erreichen (Landkreis Gotha, Landkreis Wartburgkreis und Landkreis Schmalkalden-Meiningen). Bereits jetzt unterschreiten vier der insgesamt 17 Landkreise, also fast ein Viertel, die Mindesteinwohnerzahl in Höhe von 80.000 Einwohnern

aus dem Beschluss der Landesregierung "Verwaltungs- und Gebietsreform" vom 29. April 1992. Im Jahr 2035 würden zehn Landkreise diesen Wert nicht mehr erreichen, also fast zwei Drittel.

Zudem haben die Landkreise eine sehr heterogene Struktur. Bezogen auf die Einwohnerzahl reicht die Schwankungsbreite bei den Landkreisen zum Stichtag 31. Dezember 2014 von 135.381 Einwohnern im Landkreis Gotha bis 56.809 Einwohner im Landkreis Sonneberg. Damit liegt die Einwohnerzahl im Landkreis Gotha etwa um das 2,4-fache über jener im Landkreis Sonneberg. Für das Jahr 2035 ist nach derzeitiger Prognose davon auszugehen, dass der einwohnerstärkste Landkreis circa 121.000 Einwohner hat (Landkreis Gotha), der einwohnerschwächste circa 45.000 (Landkreis Sonneberg). Damit würde die Einwohnerzahl im Landkreis Gotha die des Landkreises Sonneberg bereits um das 2,7-fache übersteigen.

Die sehr heterogene Struktur zeigt sich auch in den Flächen der Landkreise. Der flächenmäßig größte Landkreis hat circa 1.307 Quadratkilometer (Wartburgkreis), der kleinste circa 434 Quadratkilometer (Landkreis Sonneberg). Die Fläche des Wartburgkreises ist demnach drei Mal so groß wie die des Landkreises Sonneberg.

Da die Landkreisstruktur allen Gemeinden des Landes eine möglichst gleichwertige Entwicklungsgrundlage geben muss, damit diese in der Entfaltung ihrer Selbstverwaltungshoheit nicht behindert werden, wirkt sich die nachteilige heterogene Entwicklung der Landkreise auf die gesamte Gemeindestruktur des Landes aus. Die Unausgewogenheit der derzeitigen Landkreisstruktur beschränkt darüber hinaus die Möglichkeit der Stärkung der kreislichen Ebene durch eine landesweit gleichmäßige Aufgabenübertragung und behindert eine gleichwertige Aufgabenerfüllung im gesamten Land.

Bei einer Beibehaltung der bisherigen Struktur der Landkreise ist mit Blick auf das Jahr 2035 von einem Anstieg der durchschnittlichen Kosten der Verwaltung je Einwohner auszugehen.

Die Landkreise müssten ihren Personalbestand insbesondere an die sinkende Einwohnerzahl anpassen. Zwar haben die Landkreise zur Kosteneinsparung in den letzten Jahren bereits zahlreiche Stellen abgebaut. Aufgrund der derzeitigen Altersstruktur ergibt sich in den nächsten Jahren aber ein hoher Anteil von Altersabgängen. Damit droht auch ein Verlust von Fachwissen. Da die Landkreise eine Vielzahl von Verwaltungsaufgaben unter anderem deshalb erfüllen, weil nur auf überörtlicher Ebene eine genügende Fallzahl für eine wirtschaftliche effiziente Bearbeitung zu erreichen ist, setzt die Erfüllung der kreislichen Aufgaben einen hinreichend großen Verwaltungskörper mit hochspezialisiertem Personal voraus. Den Einsparmöglichkeiten innerhalb der bisherigen Landkreisstruktur sind damit Grenzen gesetzt.

Eine gewisse Steigerung der Leistungs- und Verwaltungskraft der Kreisverwaltungen kann auch durch kommunale Zusammenarbeit erreicht werden. Hierfür stehen den Landkreisen - wie auch den Gemeinden - neben den Formen der kommunalen Gemeinschaftsarbeit nach dem Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf der Grundlage des kommunalen Unternehmens- und Haushaltsrechts zur Verfügung. Diese Kooperationsformen gehen jedoch ebenso wie die ebenfalls mögliche Übertragung von Aufgaben auf Gesellschaften des privaten Rechts, deren Anteile allein oder überwiegend in der Hand der beteiligten Gebietskörperschaf-

ten liegen, zu Lasten der Einflussnahme und damit der Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Vertretungskörperschaften, der Kreistage. Sie können bereits daher kommunale Neugliederungen nicht ersetzen.

Darüber hinaus würde eine alleinige Konzentration auf Kooperationen von Landkreisen (und kreisfreien Städten) der angestrebten Einräumigkeit der Verwaltung und somit der Transparenz der Zuständigkeiten entgegenstehen. Die Verwaltungsstrukturen mit den jeweiligen Zuständigkeiten wären unübersichtlicher, insbesondere auch für Bürger und Wirtschaft. Zudem wäre eine weitgehende Übertragung der Erfüllung originärer Kreisaufgaben auf andere Landkreise (und kreisfreie Städte) mit Blick auf die demokratische Legitimation und die Verantwortlichkeit nur eingeschränkt möglich.

Da die Landkreise als Gemeindeverbände auch durch die Kreisumlage mitfinanziert werden, wirkt sich eine negative Entwicklung der Landkreise auf die Entwicklung der Gemeinden ebenfalls negativ aus. Zwar ist das Land verpflichtet, im Rahmen der eigenen Haushaltsmöglichkeiten für eine auskömmliche Finanzierung der kommunalen Gebietskörperschaften zu sorgen, doch wird das Land einen dauerhaften Ausgleich dieser negativen Finanzentwicklung bei gleichbleibender Struktur der Landkreise nicht garantieren können.

Aus diesem Grunde ist es geboten, die Struktur der Landkreise so zu verbessern, dass in allen Landesteilen eine homogene, möglichst positive Entwicklung sowohl der Landkreise als auch der kreisangehörigen Gemeinden als Träger ihres jeweiligen Gemeindeverbandes zu erwarten ist. Den Landkreisen kann durch die Vergrößerung ihres Hoheitsgebietes und der Einwohnerzahl ein ausreichender Handlungs- und Gestaltungsrahmen für eine dauerhaft effiziente Wahrnehmung ihrer überörtlichen Aufgaben geschaffen werden. Dies zeigen die Erfahrungswerte anderer Länder: Der sächsische Rechnungshof hat in seinem Jahresbericht 2009 beispielsweise festgestellt, dass eine entsprechende Zusammenlegung bereits nach kurzer Zeit zu kostengünstigeren Strukturen führt (S. 325 ff.).

Da sich die Homogenisierung und Verbesserung der Struktur der Landkreise als Rahmen auch auf die Struktur der kreisangehörigen Gemeinden auswirkt, werden so alle Gebietskörperschaften der gemeindlichen und kreislichen Ebene eine Leistungs- und Verwaltungskraft entfalten können, die ihren verfassungsgemäßen Anforderungen entspricht.

Vergrößerungen der Gebietsstrukturen auf Kreisebene können andererseits jedoch zu einer Mehrbelastung der Bürger sowie der Wirtschaft führen, wenn beispielsweise für die Inanspruchnahme von Verwaltungsdienstleistungen längere Wegstrecken zurückgelegt werden müssen. Mit Blick auf die Änderung der gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden Vergrößerungen der Gebietsstrukturen allerdings als alternativlos angesehen. Um den möglichen Mehrbelastungen insbesondere für Bürger und kommunale Mandatsträger weitgehend entgegenzuwirken, sollen sie nur maßvoll vorgenommen werden. Darüber hinaus sollen verstärkt digitale Möglichkeiten genutzt werden, um die nachteiligen Aspekte einer kommunalen Neugliederung soweit wie möglich auszugleichen. Die verstärkte Nutzung von elektronischen Verfahren entspricht auch einer wiederholt geäußerten Forderung der Wirtschaft an die Landespolitik.

Zu Absatz 1:

Jeder Kreis soll so zugeschnitten sein, dass er einen wirtschaftlichen und effektiven Einsatz der Verwaltungsmittel ermöglicht. Um dies zu erreichen, darf eine gewisse Mindesteinwohnerzahl nicht unterschritten werden.

Die Kreisgebietsreform im Jahr 1994 in Thüringen orientierte sich hinsichtlich der Einwohnerzahl an einem grundsätzlichen Richtwert von 80.000 bis 150.000 Einwohnern pro Landkreis. Die vorgesehene Neugliederung der Landkreise mit einer Perspektive bis zum Jahr 2035 knüpft mit Richtwerten von 130.000 bis 250.000 Einwohnern pro Landkreis an die bisherigen Leitvorstellungen sowie die Erfahrungen anderer Bundesländer an.

Im Schnitt sprechen sich die meisten Flächenländer für Größen von 150.000 Einwohnern für Landkreise aus. Mindesteinwohnerzahlen von 175.000 für Landkreise gelten in Mecklenburg-Vorpommern (bezogen auf das Jahr 2020) und sind in Brandenburg nach dem Entwurf des Leitbilds vom Mai 2015 (bezogen auf das Jahr 2030) vorgesehen, mindestens jedoch 150.000 Einwohner. In Sachsen wurde von einer Regeleinwohnerzahl von 200.000 (Prognose für das Jahr 2020, Unterschreitung bis maximal 15 Prozent) ausgegangen, in Sachsen-Anhalt von 150.000 Einwohnern (Prognose 2015). Die Betrachtung der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Landkreise in den Flächenländern West und der Mindesteinwohnerzahlen für Landkreise in den neuen Ländern stärken die Annahme, dass Landkreise dieser Größenordnung geeignet sind, die notwendige Leistungs- und Verwaltungskraft für die Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben zu haben, eine effizient und effektiv arbeitende professionelle Verwaltung vorzuhalten sowie darüber hinaus bürgerschaftliches Engagement, demokratische Teilhabe und Bürgernähe zu gewährleisten.

Die in Thüringen neu zu bildenden Landkreise sollen eine Größe von mindestens 130.000 und höchstens 250.000 Einwohnern aufweisen, damit einerseits auch bei den gemäß Vorausberechnung sinkenden Einwohnerzahlen die Leistungsfähigkeit und andererseits die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements sowie die ehrenamtliche Wahrnehmung von gemeinwohlorientierten Aufgaben dauerhaft gewährleistet ist. Die Korridorbildung bei der Festlegung der Richtzahlen soll den erforderlichen Handlungsspielraum für die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten in Thüringen sicherstellen.

Die für Thüringen vorgesehene Größenordnung berücksichtigt in besonderem Maße die traditionelle Kleinteiligkeit des Landes, die bezogen auf die Landkreise insbesondere den Südthüringer Raum betrifft. Mit der auf das Jahr 2035 ausgerichteten Größenvorgabe wird klargestellt, dass alle derzeitigen Landkreise Thüringens in die Neustrukturierung der kreiskommunalen Ebene einbezogen werden sollen, da auch alle Landkreise von der demografischen Entwicklung unmittelbar betroffen sind. Mit der Mindesteinwohnerzahl von 130.000 wird deutlich, dass die neuen Landkreise in der Regel aus dem Gebiet von mindestens zwei derzeitigen Landkreisen zu bilden sind. Die Schaffung größerer, leistungsfähigerer und auch territorial möglichst ausgewogener Kreisstrukturen ermöglicht zudem eine weitere und landesweit gleichmäßige Übertragung von Landesaufgaben auf die kreisliche Ebene. Auch deshalb sollen die einwohnerstärksten Landkreise maximal doppelt so viele Einwohner haben wie die einwohnerschwächsten Landkreise.

Zu Absatz 2:

Kreise müssen so gestaltet sein, dass es ihren Bürgern auch im Hinblick auf die zu bewältigenden Entfernungen möglich ist, nachhaltig und zumutbar ehrenamtliche Tätigkeit im Kreistag und seinen Ausschüssen wahrzunehmen. Ehrenamtliches Engagement muss sich auch auf kreislicher Ebene entfalten können (siehe Urteil des Landesverfassungsgerichts Mecklenburg-Vorpommern vom 26. Juli 2007, Az.: 9/06, 10/06, 11/06, 12/06, 13/06, 14/06, 15/06, 16/06, 17/06, Rn. 170-171 (juris) sowie Prof. Dr. Dr. h.c. Hesse, Kreisgröße und kommunales Ehrenamt, Untersuchung im Auftrag des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern, 30. April 2008, S. 77-78). Daher ist in die Überlegungen zur Bestimmung der Größe der neuen Landkreise mit einzubeziehen, dass den Mitgliedern des Kreistages kein unzumutbarer Aufwand bei der Wahrnehmung ihrer Kreistagsmandate entstehen darf beziehungsweise dass sie bereits der als unzumutbar angesehene Aufwand von einer Kandidatur für den Kreistag abhält. Zudem wird durch die Vergrößerung der Landkreise die Arbeitsbelastung der künftigen Kreistage voraussichtlich deutlich ansteigen. So sollen keine Landkreise geschaffen werden, die wegen ihrer flächenmäßigen Größe den Selbstverwaltungsaufgaben nicht mehr gerecht werden können oder den Bürgern und der Wirtschaft unvertretbare Erreichbarkeiten zumuten. Gleichzeitig kommt es jedoch für die Bewertung von Identifikation und Bürgernähe heute weniger auf die räumliche Distanz an als vielmehr auf die Kommunikationsoptionen und die Aufgabenkompetenz des Landkreises.

Bei der Neugliederung der Landkreise werden die Erfahrungen der anderen Bundesländer auch hinsichtlich der Fläche der Landkreise berücksichtigt. Flächenbegrenzungen gelten in Mecklenburg-Vorpommern in Höhe von 4.000 Quadratkilometern, in Sachsen von 3.000 Quadratkilometern und in Sachsen-Anhalt von 2.500 Quadratkilometern (plus zehn Prozent). In Brandenburg wird derzeit eine Obergrenze von circa 5.000 Quadratkilometern angestrebt.

Bereits nach den Erfahrungen der anderen Bundesländer kann davon ausgegangen werden, dass ein Landkreis mit einer Fläche von maximal 3.000 Quadratkilometern geeignet ist, die demokratische Teilhabe und Bürgernähe, die notwendigen physischen Erreichbarkeiten und die kreisbezogene Leistungserbringung durch die öffentliche Verwaltung zu gewährleisten. Im Hinblick auf die traditionelle Kleinteiligkeit Thüringens liegt die für die Thüringer Landkreise vorgesehene Flächenobergrenze - verglichen mit den anderen neuen Ländern - im Mittelfeld. Sie unterstützt die nach Absatz 1 vorgesehene Begrenzung bei der Neugliederung von Landkreisen durch Mindesteinwohnerzahlen.

Zu Absatz 3:

Durch den Zusammenschluss bestehender Gebietskörperschaften sollen gewachsene Verbindungen sowie lokale Potenziale als Fundament für die neuen Landkreise grundsätzlich erhalten und gestärkt werden. Ein gleichberechtigtes Zusammenwachsen der bisherigen Strukturen wird gefördert.

Ausnahmen von dem vollständigen Zusammenschluss ganzer Landkreise sind zur Berücksichtigung von besonderen Einzelfällen aus Gründen des öffentlichen Wohls sowie unter Beachtung der vorgesehenen Größenvorgaben möglich.

Zu Absatz 4:

Mit § 2 werden die Rahmenbedingungen für die Neugliederung der Landkreise festgelegt. Die konkreten Neugliederungen sollen im Rahmen eines gesonderten Gesetzes geregelt werden.

Zu § 3 (Neugliederung der kreisfreien Städte):

Zu den Absätzen 1 bis 3:

Kreisfreie Städte erfüllen alle Aufgaben, die den Landkreisen im eigenen und übertragenen Wirkungskreis obliegen (§ 6 Abs. 3 der Thüringer Kommunalordnung -ThürKO-). Sie müssen in der Lage sein, alle Selbstverwaltungsaufgaben, die sich bei einer kreisangehörigen Stadt auf Stadt und Kreis aufteilen, allein wahrzunehmen. Es zeigt sich bereits jetzt, dass nur ein Teil der derzeit kreisfreien Städte aufgrund ihrer Größe den deutlich veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere in demografischer und finanzieller Hinsicht, dauerhaft gewachsen ist.

Ziel der Neugliederung der kreisfreien Städte ist ein großräumiger kommunaler Interessen- und Lastenausgleich zwischen den kreisfreien Städten und den sie umgebenden Landkreisen durch das Generieren von Synergie- und Skaleneffekten bei der Wahrnehmung von Landkreisaufgaben.

Da kreisfreie Städte alle den Landkreisen obliegenden Aufgaben erfüllen, liegt es nahe, für kreisfreie Städte grundsätzlich die gleichen Größenmaßstäbe zugrunde zu legen wie für Landkreise. In diesem Falle müssten kreisfreie Städte in Thüringen über eine Einwohnerzahl von mindestens 130.000 Einwohnern verfügen.

Bezogen auf die kreisfreien Städte soll jedoch eine Mindesteinwohnerzahl von 100.000 gelten. Aufgrund der wesentlich höheren Einwohnerdichte und der - im Vergleich zu den Landkreisen - deutlich kleineren Fläche können sie viele öffentliche Dienstleistungen grundsätzlich effizienter erbringen, als dies den Landkreisen in der Fläche möglich ist. Vor diesem Hintergrund liegt die erforderliche Mindesteinwohnerzahl unter der für Landkreise vorgegebenen Größenordnung.

Da eine in einen Landkreis eingegliederte bislang kreisfreie Städte den anderen kreisangehörigen Gemeinden in Leistungs- und Verwaltungskraft deutlich überlegen sein wird, kann eine Übertragung von Landkreisaufgaben und die Verleihung der Bezeichnung Große kreisangehörige Stadt nach § 6 Abs. 4 ThürKO in Betracht kommen.

Zu Absatz 4:

Mit § 3 werden die Rahmenbedingungen für die Neugliederung der kreisfreien Städte festgelegt. Die konkreten Neugliederungen sollen im Rahmen eines gesonderten Gesetzes geregelt werden.

Zu § 4 (Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden):

Von den derzeit 843 kreisangehörigen Gemeinden sind 601 Mitgliedsgemeinden von insgesamt 69 Verwaltungsgemeinschaften und 98 Gemeinden haben eine erfüllende Gemeinde mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft beauftragt. In diesen 699 Gemeinden leben insgesamt circa 25 Prozent der Gesamtbevölkerung

Thüringens (530.000 Einwohner). Fast zwei Drittel dieser Gebietskörperschaften haben weniger als 1.000 Einwohner.

Thüringen hat damit etwa so viele Gemeinden wie das wesentlich größere und bevölkerungsreichere Baden-Württemberg oder Niedersachsen beziehungsweise etwa doppelt so viele Gemeinden wie Sachsen oder circa dreimal so viele wie Sachsen-Anhalt. In Bezug auf die durchschnittliche Einwohnerzahl je Gemeinde nimmt Thüringen im Vergleich zu den anderen Flächenländern einen der letzten Ränge ein. Gemäß statistischem Bundesamt wurde in Thüringen nach 1990 im Vergleich der neuen Bundesländer die Anzahl der Gemeinden am wenigsten reduziert (Marion Kaps, Stefan Schard, Erfahrungsbericht zu Eingemeindungen in Nordthüringen am Beispiel der Stadt Sondershausen, 2015, S. 93-94).

Die Bewältigung der bereits eingetretenen und sich abzeichnenden Herausforderungen wird durch die kleinteiligen Strukturen der kreisangehörigen Gemeinden in Thüringen zunehmend erschwert.

Die Leistungs- und Verwaltungskraft kommunaler Gebietskörperschaften hängt wesentlich von ihrer Größe ab. Kleine Gemeinden sind häufig nicht selbstständig in der Lage, die notwendige Infrastruktur zur Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben gemäß den gesetzlichen Anforderungen vorzuhalten. Das den kleinen Gemeinden zur Verfügung stehende kommunale Finanzvolumen eröffnet nur kleinteilige Entscheidungs- und Handlungsspielräume und erschwert zudem eine nachhaltige flächen- und einwohnerbezogene Investitionsplanung. Durch den eingetretenen und prognostizierten Rückgang der Bevölkerung des Landes werden diese Probleme in den nächsten Jahren weiter verstärkt. Gebietskörperschaften müssen daher ausreichend groß sein, um auf Gemeindeebene die öffentlichen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft effizient erfüllen zu können. Ein größeres Hoheitsgebiet mit einer höheren Einwohnerzahl verbessert die Gestaltungs- und Planungsmöglichkeiten der Gemeinden insbesondere im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben, wie die Aufgabenerfüllung der Städte und Zentralen Orte bereits im bisher geleisteten Umfang belegt. Der Gefahr einer fortschreitenden Aushöhlung der kommunalen Selbstverwaltung aufgrund nicht ausreichender finanzieller Handlungsspielräume zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung und Gestaltung der örtlichen Angelegenheiten soll damit entgegengetreten werden.

Eine Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft kann, wie bei den Landkreisen, so auch bei den Gemeinden, in der kommunalen Zusammenarbeit liegen. Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Landkreise und Gemeinden sind vielfältig und nicht auf die Formen des Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit beschränkt (siehe auch Begründung zu § 2).

Die Bedeutung der gemeindlichen Zusammenarbeit kann unter anderem an der Vielzahl von Zweckverbänden mit Schwerpunkt in den Bereichen der Ver- und Entsorgung (insbesondere Wasserver- und Abwasserentsorgung) gemessen werden. Im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind beispielsweise mehr als 90 Prozent der Gemeinden bereits in Zweckverbänden organisiert.

Bei der kommunalen Zusammenarbeit der Gemeinden ist jedoch zu beachten, dass ihnen eine nach Anzahl und Gewicht bedeutsame Sachkompetenz verbleiben muss, so dass der Kernbereich des kommunalen Selbstverwaltungsrechts nicht berührt wird. Die kommunale Zusammenarbeit darf zudem die Überschaubarkeit kommunalen Handelns nicht gefährden. Sie dient damit primär der Optimierung des Status quo, beruht aufgrund verfassungsrechtlicher Vorgaben grundsätzlich auf freiwilligen Entscheidungen und führt je nach ihrer Form nicht zwingend zu dauerhaften Strukturen. Unzulänglichkeiten aus herkömmlichen Gebietszuschnitten und in ländlichen Gebieten können durch kommunale Zusammenarbeit zwar teilweise abgemildert, aber langfristig tatsächlich nicht beseitigt werden. Die kommunale Zusammenarbeit ist damit kein Ersatz für umfassende Kommunalstrukturreformen.

Nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Kommunalfreundlichkeit ist freiwilligen Gebiets- und Bestandsänderungen der Vorrang einzuräumen. Daher ist für die Neugliederung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Thüringen eine Freiwilligkeitsphase vorgesehen. Diese soll zudem vom Land finanziell außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs unterstützt werden.

Eine Beschränkung auf eine ausschließliche Freiwilligkeit hat sich allerdings als wenig praktikabel und zielführend herausgestellt. Vor allem nicht abundante Gemeinden finden in aller Regel keine Partner für eine Neugliederung auf freiwilliger Grundlage. So ist beispielsweise die überwiegende Anzahl der von § 46 Abs. 3 ThürKO betroffenen und in der Regel finanzschwachen Gemeinden ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen, bis spätestens zum 31. Dezember 2012 eine kommunale Strukturänderung zu beantragen.

Trotz zahlreicher Neugliederungen in den vergangenen Jahren, die ausschließlich auf freiwilliger Grundlage vorgenommen wurden, haben die tatsächlichen Veränderungen in den Gemeindestrukturen in Thüringen allerdings nur einen sehr geringen Umfang und werden daher nicht als ein alleiniger Lösungsansatz für eine landesweite Verbesserung der gemeindlichen Verwaltungsstrukturen angesehen. Obwohl der Freiwilligkeit bei der Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden weiterhin Vorrang eingeräumt wird, ist die Steuerung durch den Gesetzgeber als Ultima Ratio notwendig, um die dauerhafte Leistungsfähigkeit der gemeindlichen Ebene sowie einen weitgehenden Ausgleich der Leistungsfähigkeit vor Ort landesweit sicherzustellen.

Zu Absatz 1:

Eine leistungsfähige Verwaltung setzt eine gewisse Einwohnerzahl voraus, die ein Mindestmaß an finanzieller Leistungskraft sicherstellt. Verwaltungseinheiten benötigen allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge ferner hinreichende Fallzahlen, um effizient arbeiten zu können. Erst ab einer bestimmten Größe der Verwaltung ist es möglich, dass das hauptamtliche Personal spezialisierte Tätigkeitsbereiche erhält und die Behörde anforderungsgemäß ausgestattet wird. Dementsprechend sind auch in anderen Bundesländern bei Gemeindegebietsreformen je nach Bevölkerungsdichte und Siedlungsstruktur Mindestgrößen für die einzelne Verwaltungseinheit zugrunde gelegt worden. Verwaltungseinheiten müssen ausreichend groß sein, um effizient arbeiten zu können (Thüringer Rechnungshof, Medieninformation Nr. 6/2014 vom 14. Juli 2014, S. 5). Vergleichbare Regelungen zur Mindesteinwohnerzahl sind in Thüringen ebenso wie in anderen Bundesländern bislang unbeanstandet geblieben; insoweit wird auf die Ausführungen in Teil A Nr. 2 der Begründung verwiesen.

Bisher gilt in Thüringen die Mindesteinwohnerzahl von 3.000 Einwohnern für Gemeinden, die nicht Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft oder erfüllende beziehungsweise beauftragende Gemeinde sind. Aller-

dings sind seit vielen Jahren in Thüringen teilweise wesentlich höhere Einwohnerzahlen in der Diskussion. Der Beschluss des Landtags vom 15. Dezember 2011 zur Weiterentwicklung der gemeindlichen Strukturen im Freistaat Thüringen (DS 5/3798) sah bereits eine Erhöhung der Mindestgröße einer sich selbst verwaltenden Gemeinde auf 5.000 Einwohner unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung vor. Die Expertenkommission Funktional- und Gebietsreform schlug in ihrem Abschlussbericht vom Januar 2013 eine Mindestgröße von dauerhaft 8.000 Einwohnern, das heißt unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung, vor.

Die Landesregierung hatte im Rahmen der Erarbeitung des Leitbildes einen Größenkorridor von 6.000 bis 8.000 Einwohnern im Jahr 2035 als Mindesteinwohnerzahl vorgesehen. Diese Größenordnung orientierte sich an den Regelungen anderer bundesdeutscher Flächenländer. In Brandenburg liegen sie gemäß dem Leitbildentwurf vom Mai 2015 bei 10.000 Einwohnern für hauptamtliche Verwaltungen, in Mecklenburg-Vorpommern nach Handlungsempfehlungen der Enquetekommission "Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung" vom Dezember 2011 bei 5.000 Einwohnern für amtsfreie Gemeinden und 8.000 Einwohnern für Verbandsgemeinden, in Schleswig-Holstein bei 8.000 Einwohnern für amtsfreie Gemeinden und Ämter, in Sachsen dauerhaft bei mindestens 5.000 Einwohnern (in Verdichtungsräumen von Oberzentren mindestens 8.000 Einwohner). Im Jahr 2025 sollen in Sachsen-Anhalt die Mindesteinwohnerzahlen noch bei 10.000 Einwohnern liegen (in Landkreisen mit einer Bevölkerungsdichte von weniger als 70 Einwohnern je Quadratkilometer bei mindestens 8.000 Einwohnern). 10.000 Einwohner sind in Rheinland-Pfalz für verbandsfreie Gemeinden vorgesehen.

Als Reaktion auf die in den Regionalkonferenzen vorgetragenen Bedenken hinsichtlich zu großer kommunaler Einheiten auf der gemeindlichen Ebene ist nunmehr für kreisangehörige Gemeinden eine Mindesteinwohnerzahl von 6.000 im Jahr 2035 vorgesehen. Die künftige Gemeindegröße wurde damit an der unteren Grenze der im Leitbild vorgesehenen Größenordnung sowie bundesweiter Erfahrungswerte zu Mindesteinwohnerzahlen angesetzt. Damit sollen in dünn besiedelten Räumen zu lange Anfahrtswege zwischen den Ortsteilen vermieden und der Erhalt der bürgerschaftlichen Teilnahme am kommunalen Gemeinwesen unterstützt werden.

Zu den Absätzen 2 und 3:

Artikel 91 Abs. 1 und 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen weist den Gemeinden als eigenständig handlungsfähigen Selbstverwaltungskörperschaften umfassende Aufgaben zu. Hierzu gehören außer allen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft (§ 2 Abs. 1 und 2 Thür-KO enthält einen umfangreichen Katalog dieser Aufgaben des eigenen Wirkungskreises) zusätzlich bestimmte öffentliche Aufgaben des Staates oder anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts (Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises im Sinne des § 3 Abs. 1 ThürKO). Die Gemeinden müssen umfassend leistungsfähig sein, um diese Aufgaben des eigenen und übertragenen Wirkungskreises so zu erfüllen, dass sie den Erwartungen der Bürger und der Wirtschaft gerecht werden. Voraussetzung hierfür sind leistungsfähige Verwaltungsstrukturen mit entsprechender Verwaltungskraft, das setzt das Vorhandensein einer rechtsstaatlichen, zweckmäßigen und hinreichend spezialisierten Verwaltung mit einer genügenden Anzahl von spezialisiertem Personal voraus, so dass ohne Drittbeteiligung (insbesondere der Aufsichtsbehörde) sachgerecht entschieden werden kann. Können aber die Gemeinden aufgrund ihrer Verwaltungsschwäche die Aufgaben ihres Wirkungskreises nicht umfassend wahrnehmen, führt dies zu einer Verlagerung der gemeindlichen Aufgaben auf die Landkreise und damit letztlich zu einer Aushöhlung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden. Eine Übertragung von staatlichen Aufgaben von Kreis auf Gemeindeebene, die auch in Thüringen im Interesse einer größeren Bürgernähe wünschenswert ist, ist ohne Stärkung der Leistungskraft der Gemeinden nicht möglich.

Die örtliche Gemeinschaft entfaltet dann die größtmögliche Selbstverwaltungs- und Leistungskraft, wenn sie dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde entspricht. Die Zusammenlegung kleiner Gemeinden oder ihre Eingliederung in größere Gemeinden, die diesem Urtyp weitgehend entsprechen, wird angestrebt, weil auf diesem Wege die höchste objektive Verbesserung der kommunalen Gliederung zu erwarten ist.

Ziel der Gebietsreform ist nach § 1 Abs. 1 die Schaffung leistungs- und verwaltungsstarker Gebietskörperschaften, die dauerhaft in der Lage sind, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, bürgernah, rechtssicher und eigenverantwortlich wahrzunehmen.

Diesem Idealbild entsprechen einwohnerstarke Gemeinden mit einem entsprechend großen Hoheitsgebiet. Die in Thüringen 2008 eingeführte Landgemeinde nach § 6 Abs. 5 ThürKO soll als eine Form der kreisangehörigen Gemeinden insbesondere den Gegebenheiten des ländlichen Raums gerecht werden. Die Landgemeinde unterscheidet sich von den anderen Gemeinden durch ein gesetzlich garantiertes und gestärktes Ortschaftsrecht. In Thüringen wurden bisher 13 Landgemeinden gebildet.

Allerdings entsprechen derzeit etwa zwei Drittel der Gemeinden diesem Idealtyp einer leistungsstarken Gemeinde nicht. Es handelt sich um kleine bis kleinste Gemeinden, die sich zur Stärkung ihrer Verwaltungskraft in Verwaltungsgemeinschaften nach § 46 ThürKO zusammengeschlossen oder eine erfüllende Gemeinde nach § 51 ThürKO mit den Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft beauftragt haben.

Verwaltungsgemeinschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechts (keine Gebietskörperschaften) mit dem Recht, eigenes Personal zu beschäftigen. Die Verwaltungsgemeinschaft nimmt alle Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der Mitgliedsgemeinden wahr. Die Mitgliedsgemeinden bleiben rechtlich und politisch selbstständig. Sie bleiben für die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises zuständig, behalten ihren Namen, ihr Gebiet, ihr Ortsrecht, ihre Organe und ihren Gemeindehaushalt. Die Verwaltungsgemeinschaft ist die Verwaltungsbehörde der Mitgliedsgemeinden. Sie erhebt für die Aufgabenerfüllung von ihren Mitgliedsgemeinden eine Umlage, wenn ihre Einnahmen nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken.

Die kommunale Struktur der erfüllenden Gemeinde ist eine Sonderform der Verwaltungsgemeinschaft. Die erfüllende Gemeinde übernimmt zusätzlich zu ihren eigenen Aufgaben für benachbarte kreisangehörige Gemeinden (übertragende Gemeinden) die Aufgaben der Verwaltungsgemeinschaft. Ebenso wie der Verwaltungsgemeinschaft obliegt der erfüllenden Gemeinde die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der übertragenden Gemeinde. Die erfüllende Gemeinde hat für die Wahrnehmung der ihr übertragenen Aufgaben gegenüber der übertragenden Gemeinde Anspruch auf Kostenersatz, soweit die Einnahmen oder Erträge zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausrei-

chen. Die übertragende Gemeinde bleibt wie die Mitgliedsgemeinde der Verwaltungsgemeinschaft für die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises zuständig und hat eine entsprechende Rechtsstellung. Diese Form der kommunalen Zusammenarbeit wurde insbesondere von kleinen Gemeinden im Umland einer größeren Gemeinde als Alternative zur Eingliederung gewählt.

Verwaltungsgemeinschaften haben den Vorteil, dass die Mitgliedsgemeinden rechtlich selbstständig bleiben und eigenständig über die ihnen obliegenden Selbstverwaltungsaufgaben entscheiden können, während die Verwaltungsgemeinschaft für ihre Mitgliedsgemeinden die verwaltungstechnischen Arbeiten und die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises erledigt. Damit konnte in der Vergangenheit zunächst erfolgreich der Verwaltungsschwäche der überwiegend kleinen Gemeinden entgegenwirkt werden. Die Mitgliedsgemeinden behalten zudem ihre Gemeindeorgane Bürgermeister und Gemeinderat, die oft Motor eines höheren bürgerschaftlichen Engagements sind (vergleiche Prof. Dr. Rosenfeld, Zur Wirtschaftlichkeit gemeindlicher Verwaltungsstrukturen in Sachsen-Anhalt - Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, 19. Juni 2007, S. 165).

Verwaltungsgemeinschaften verfügen aber im Verhältnis zu den von der Größe her vergleichbaren Einheits- oder Landgemeinden nur über eine strukturbedingt eingeschränkte Leistungsfähigkeit. Grund dafür ist in erster Linie, dass die Verwaltungsgemeinschaften nahezu ausschließlich Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises wahrnehmen, während ihnen im eigenen Wirkungskreis nur die verwaltungsmäßige Vorbereitung und der Vollzug obliegen. Eine Verbesserung der Leistungskraft im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben, die bei den Mitgliedsgemeinden verbleiben, ist damit nicht möglich. Die eingangs dargelegte Problematik der Einschränkungen kleiner Gemeinden bei der Erfüllung der Selbstverwaltungsaufgaben bleibt auch bei einer Mitgliedschaft in einer Verwaltungsgemeinschaft bestehen.

Bei Verwaltungsgemeinschaften ist der Abstimmungs- und Koordinierungsbedarf für die zentralen Dienste, wie den Sitzungsdienst, die Kämmerei und die Kasse, insbesondere in Verwaltungsgemeinschaften mit vielen Mitgliedsgemeinden, hoch und bindet Verwaltungskraft. Der administrative Aufwand ist damit wesentlich höher als bei Einheitsgemeinden mit derselben Einwohnerzahl.

Da jede Gemeinde über einen eigenen Haushalt verfügt und die Gemeinden ihre Selbstverwaltungsaufgaben in der Regel einzeln wahrnehmen, ist der finanzielle Handlungsspielraum der Verwaltungsgemeinschaften grundsätzlich deutlich geringer als in Einheits- oder Landgemeinden.

Bei der Aufgabenerfüllung ist die Verwaltungsgemeinschaft von der Bereitschaft ihrer Mitgliedsgemeinden zur Umlagefinanzierung abhängig. Ein Finanzausgleich zwischen leistungsstarken und leistungsschwachen Mitgliedsgemeinden ist strukturell nicht vorgesehen. Dies hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Ausstattung der Verwaltung, insbesondere in personeller Hinsicht. Die Verwaltungsgemeinschaften haben so beispielsweise wesentlich weniger Möglichkeiten, einen qualitativ und quantitativ erforderlichen Personalbestand vorzuhalten.

Zudem kann der Zusammenschluss von kleinen Gemeinden in einer Verwaltungsgemeinschaft deren Schwäche im Bereich der Selbstverwaltungsaufgaben nicht abhelfen, da diese bei den einzelnen Mitgliedsgemeinden bleiben. So ist die räumliche Konzentration von Infrastruktur-

einrichtungen, beispielsweise die Übertragung der Aufgaben des Bauhofs oder des Kindergartens auf die Verwaltungsgemeinschaft, unter den Mitgliedsgemeinden nur schwer umsetzbar, da die Standortfrage zu Widerständen führen kann. Entscheidungen werden eher aus politischen als aus wirtschaftlichen Ansätzen entwickelt und teilweise auch gegen Nachbargemeinden getroffen. Dies ist insbesondere bei der Entwicklung von Industrie- und Gewerbestandorten sichtbar. Damit sind zukunftsorientierte Entscheidungen durch die fehlende Bündelung der Aufgabenerfüllung schwierig bis ausgeschlossen. Bei unterschiedlichen Lösungsvorstellungen und fehlender Einigkeit schaffen hier auch Zweckvereinbarungen keine bleibende und verlässliche Aufgabenstruktur, da diese jederzeit kündbar und zudem für den Bürger nur schwer durchschaubar sind.

Mit Blick auf die geänderten Rahmenbedingungen geraten die Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden trotz des hohen Engagements der Beteiligten seit Jahren zunehmend an ihre Grenzen. Sie können nicht die Leistungsschwächen der überwiegend kleinen und kleinsten Gemeinden, die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaften sind, beziehungsweise ihre Angelegenheiten von der erfüllenden Gemeinde erledigen lassen, ausgleichen. Darüber hinaus steigt aus verschiedenen Gründen der Finanzbedarf der Verwaltungsgemeinschaften selbst (beispielsweise durch Tariferhöhungen). Dieser kann zunehmend nicht mehr durch Optimierung des Personalbestandes und des Verwaltungshandelns ausgeglichen werden, weil insbesondere der Personalansatz oft schon bis zum möglichen Minimum reduziert wurde. Nicht änderbar ist weiter der teilweise hohe Verwaltungsaufwand, der vor allem durch die Anzahl der Mitgliedsgemeinden bestimmt ist. Die Verwaltungen müssen ihre Leistungen für eine perspektivisch stark sinkende Einwohnerzahl vorhalten, was zu einem Anstieg der Verwaltungskosten pro Einwohner führt.

Die in Zukunft zu erwartenden Veränderungen sprechen gegen das Rechtsinstitut der Verwaltungsgemeinschaft und der erfüllenden Gemeinde. Der demografische Wandel wird ohne eine massive, dauerhafte Zuwanderung zu einer weiteren Entleerung insbesondere der ländlichen Räume führen. Im Hinblick auf den infolge des demografischen Wandels, des Solidarpakts II und der EU-Beihilfen zurückgehenden finanziellen Handlungsspielraum des Landes besteht daher die Notwendigkeit einer deutlichen weiteren Zentralisierung von Einrichtungen der Infrastruktur (zum Beispiel Kindergärten, Sport- und Kultureinrichtungen). Ebenso besteht die Notwendigkeit einer Stärkung der Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Aufgabenbereich des eigenen Wirkungskreises (zum Beispiel gezielte Entwicklung von Bau- und Gewerbegebieten, abgestimmte Tourismusförderung). Diese Stärkung der Selbstverwaltungskraft ist nur in Gemeinden möglich, die eine höhere Einwohnerstärke und ein größeres Hoheitsgebiet haben.

Selbst von einzelnen Verwaltungsgemeinschaften wurde in diesem Zusammenhang unter anderem vorgetragen, dass ein erheblicher Teil der Selbstverwaltungsaufgaben der Mitgliedsgemeinden von diesen nicht mehr alleine geschultert werden könne. Sie seien auf Dauer nur in gemeinsamer Trägerschaft durch Umlagen finanzierbar. Dabei wurden insbesondere die Bereiche Brandschutz, Kindergärten, Bauhöfe, Gewässerpflege, Erstellung von Flächennutzungsplänen, Trägerschaft überörtlich wichtiger Einrichtungen (zum Beispiel Schwimmbäder, Bürgerzentren usw.) genannt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Erstellung des Entwurfs eines kommunalen Leitbildes "Zukunftsfähiges Thüringen" im Jahr 2015 wurde vor diesem Hintergrund mehrfach der Vorschlag unterbreitet, auf die Verwaltungsgemeinschaften eine Reihe von Aufgaben nach § 47 ThürKO zu übertragen.

Gegenstand der Übertragung nach § 47 Abs. 3 ThürKO können jedoch immer nur einzelne Aufgaben des eigenen Wirkungskreises und die damit zusammenhängenden Befugnisse sein. Bei der Übertragung einer Vielzahl oder gar aller Aufgaben des eigenen Wirkungskreises würde das verfassungsrechtlich verbürgte kommunale Selbstverwaltungsrecht ausgehöhlt. Es würde nicht mehr der Gemeinderat als das von Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes, Artikel 95 Satz 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen vorgeschriebene unmittelbar demokratisch legitimierte Repräsentativorgan über die bedeutenden Angelegenheiten der Gemeinde in eigener Verantwortung entscheiden, sondern nach § 48 Abs. 1 Satz 1 ThürKO die Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft, die nicht direkt von den Bürgern gewählt wird. Die Gemeinschaftsversammlung besteht gemäß § 48 Abs. 2 Satz 1 Thür-KO aus dem hauptamtlichen Gemeinschaftsvorsitzenden und den Vertretern der Mitgliedsgemeinden (Bürgermeistern kraft Amtes und ein beziehungsweise mehreren Gemeinderatsmitgliedern). Die Aufgabenübertragung nach § 47 Abs. 3 ThürKO kann aus verfassungsrechtlichen Gründen damit keinen solchen Umfang annehmen, dass sich eine Gemeinde ihres eigenen Wirkungskreises ganz oder in ihren wesentlichen Teilen entäußert. Die Übertragung einer Vielzahl von Aufgaben oder einer Kernaufgabe wie der Bauleitplanung ist hiernach ausgeschlossen.

Vor dem Hintergrund der wesentlich geänderten Rahmenbedingungen erscheint es jedoch nicht mehr ausreichend, lediglich die Verwaltungskraft kleiner Gemeinden durch Einbindung in eine Verwaltungsgemeinschaft oder Zuordnung zu einer erfüllenden Gemeinde zu stärken, um den heutigen sowie den für die Zukunft erwarteten Herausforderungen zu begegnen.

Es stellt sich insoweit die Frage nach weiteren Handlungsoptionen. Einen milderen Eingriff in das kommunale Selbstverwaltungsrecht könnte die Rechtsform der Verbandsgemeinde, beispielsweise nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz, §§ 64 bis 73 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz darstellen.

Die Rechtsinstitute der Verwaltungsgemeinschaft und der Verbandsgemeinde haben eine vergleichbare Zielsetzung, die Überwindung der Kleinteiligkeit, die Angemessenheit des institutionellen und organisatorischen Zuschnitts, eine Harmonisierung der gegenläufigen Komponenten sowie Verwaltungseffizienz und Bürgernähe.

Die Verbandsgemeinde ist ein Zusammenschluss benachbarter kreisangehöriger Gemeinden desselben Landkreises zu einer Gebietskörperschaft mit einem eigenen Aufgabenbereich des eigenen und übertragenen Wirkungskreises mit eigenem Namen, eigenem Gebiet, eigenen Organen. Die Ortsgemeinden bleiben rechtlich und politisch selbstständig mit eigenem Namen, eigenem Gebiet, eigenen Aufgaben, eigenen Organen sowie eigenen Finanzen.

Die Verbandsgemeinde und die Ortsgemeinden bilden zusammen eine funktionelle Einheit, die die gleichen Leistungen wie eine verbandsfreie kreisangehörige Gemeinde erbringen soll. Der rechtliche und politische

Entscheidungsspielraum der Ortsgemeinden ist demnach notwendigerweise eingeschränkt.

Die Verbandsgemeinde erhebt, soweit ihre eigenen Einnahmen nicht ausreichen, eine Umlage von den Ortsgemeinden. Außerdem ist die Erhebung einer Sonderumlage zulässig, wenn eine von der Verbandsgemeinde wahrgenommene Aufgabe den Ortsgemeinden in unterschiedlichem Umfang Vorteile bringt.

Die Einführung des Modells der Verbandsgemeinde löst allerdings Probleme der kleinteiligen Gemeindestrukturen nicht. Die kommunale Struktur wird durch die Verbandsgemeinde nicht weiterentwickelt. In Verbandsgemeinden besteht zudem, ebenso wie bei Verwaltungsgemeinschaften, ein hoher Koordinierungs- und Einigungsaufwand. Die Stärkung der Selbstverwaltungskraft bleibt hinter Einheits- und Landgemeinden vergleichbarer Größe zurück, da die gemeinsame Aufgabenerfüllung nur in Teilbereichen des eigenen Wirkungskreises erreicht wird.

Das Rechtsinstitut der erfüllenden Gemeinde wurde in der Vergangenheit in erster Linie als Vorstufe zur späteren Eingemeindung im Verflechtungsbereich größerer Gemeinden (Zentrale Orte) gewählt. Vor- und Nachteile entsprechen im Wesentlichen denen der Verwaltungsgemeinschaften. Besonders problematisch ist jedoch, dass dieses Rechtsinstitut einer Stärkung der Zentralen Orte entgegenwirkt.

Die Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden zu Einheits- oder Landgemeinden ermöglicht eine stärkere Bündelung von Verwaltungskompetenz sowie der materiellen und finanziellen Ressourcen, die wiederum eine noch wirtschaftlichere Erfüllung der Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge möglich macht. In Einheits- beziehungsweise Landgemeinden besteht gegenüber den Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden die Möglichkeit, eine einheitliche und abgestimmte Planung und Entwicklung für ein deutlich größeres Gebiet durchzufuhren. Im Vergleich zur Summe der einzelnen Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft verfügt eine Gemeinde gleicher Größenordnung über einen erheblich größeren finanziellen Handlungsspielraum, da es nur einen Gemeindehaushalt gibt, der unter anderem die Möglichkeit eröffnet, sich neu zu profilieren und gezieltere Prioritäten für das Gesamtgebiet zu setzen, aber auch größere Investitionen durchzufuhren.

Die Einheitsgemeinde sichert eine nachhaltige Stärkung der Verwaltungskraft und dokumentiert die Einheitlichkeit der Verantwortung und Verwaltung für ein gemeinsames Gebiet (Martin Junkernheinrich, Wolfgang H. Lorig, Kommunalreformen in Deutschland, 2013; Prof. Dr. Hesse, S. 55). Diese Aussage gilt gleichermaßen für die Landgemeinde, die im Vergleich zur sogenannten Einheitsgemeinde über ein gesetzlich gestärktes Ortschaftsrecht verfügt.

Die Landgemeinde verbindet die Vorteile der Einheitsgemeinde mit den weitgehenden Gestaltungsspielräumen der neuen Ortschaften der Landgemeinde.

Es ist bereits seit einigen Jahren in Thüringen im politischen Raum mehrheitlicher Konsens, die Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden in Einheits- oder Landgemeinden umzuwandeln (siehe unter anderem LT-Beschluss vom 15. Dezember 2011, Drs. 5/3798).

Die örtliche Gemeinschaft entfaltet dann die größtmögliche Selbstverwaltungs- und Leistungskraft, wenn sie dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde entspricht. Die höchste objektive Verbesserung der kommunalen Strukturen hinsichtlich kleiner leistungsschwacher Gemeinden wird daher durch ihre Zusammenlegung oder ihre Eingliederung in größere Gemeinden erreicht.

Zu den wesentlichen Vorteilen von Einheits- und Landgemeinden zählen insbesondere

- die Bündelung von Aufgaben, Verwaltungskompetenzen und finanziellen Ressourcen,
- leistungsfähigere und effizientere Verwaltung durch erweiterten Professionalisierungsgrad, Abbau von Mehrfachleistungen durch Betreuung der Mitgliedsgemeinden und Nutzung von Synergieeffekten,
- größeres Investitionsvolumen,
- haushalterische Entlastungen (beispielsweise Zusammenlegung von gemeindlichen Einrichtungen wie Bauhof, Personalabbau beispielsweise durch Altersabgänge, die in einer größeren Kommune leichter verkraftet werden können),
- koordinierte und effizientere Abstimmungen über die Gemeindeentwicklung durch Konzentration von Entscheidungsträgern (beispielsweise bei Flächennutzungs- und Bebauungsplanung),
- Stärkung von zentralörtlichen Funktionen, insbesondere bei erfüllenden Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit einem großen Ort mit Verflechtungsbereich,
- höhere Lebensqualität der Bürger durch Verbesserung der Planungsund Investitionsmöglichkeiten,
- höheres politisches Gewicht der vergrößerten Gemeinden und der Region im Vergleich zu kleinteiligeren Strukturen,
- Ermöglichung von Aufgabenverlagerungen von der Kreis- auf die Gemeindeebene, wodurch die kommunale Selbstverwaltung in größerem Umfang wahrgenommen und eine größere Bürgernähe erreicht werden kann.

Bei Neugliederungsmaßnahmen, die Verwaltungsgemeinschaften und erfüllende Gemeinden betreffen, wird grundsätzlich angestrebt, bestehende Strukturen im Ganzen weiterzuentwickeln. Eine Teilung bestehender Verwaltungsstrukturen soll weitgehend vermieden werden. Zu beachten ist allerdings die Gesamtentwicklung der einzelnen Regionen, vor allem die in § 5 enthaltene Zielstellung, Zentrale Orte zu stärken. Hierdurch können Eingliederungen auch von Gemeinden, die bislang einer Verwaltungsgemeinschaft oder erfüllenden Gemeinde zugeordnet waren, in ein angrenzendes Ober- oder Mittelzentrum erforderlich werden. Zudem können örtliche Besonderheiten, wie beispielsweise Beschränkungen durch Landesgrenzen, zu beachten sein.

Bei der Konzentration auf Einheits- und Landgemeinden in Verbindung mit einem gestärkten Ortsteil- beziehungsweise Ortschaftsrecht wird davon ausgegangen, dass sowohl das bürgerschaftliche Engagement und die ehrenamtliche Wahrnehmung von gemeinwohlorientierten Aufgaben als auch die Identifikation der Einwohner mit ihrem Ort in den neuen Strukturen gewährleistet sind und gefördert werden können.

Bestehende Verwaltungsgemeinschaften werden deshalb durch das jeweilige konkrete Neugliederungsgesetz aufgelöst, Zuordnungen zu erfüllenden Gemeinden aufgehoben. Die während der Neugliederungsphase noch bestehenden Regelungen zu den Rechtsinstituten in den §§ 46

bis 52 ThürKO finden nur noch insoweit Anwendung, wie sie die inneren Rechtsverhältnisse der noch bestehenden konkreten Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden regeln. Die Bestimmungen werden nach Abschluss der Neugliederungen an die neue Sach- und Rechtslage angepasst.

Für Anträge auf kommunale Neugliederungen im Sinne dieses Gesetzes ist deshalb die in § 46 Abs. 1 Satz 2 geregelte Mehrheit der Gemeinden, in denen die Mehrheit der Einwohner der Verwaltungsgemeinschaft wohnt (sogenannte doppelte Mehrheit), nicht mehr erforderlich.

Zu Absatz 4:

Mit Absatz 4 wird klargestellt, dass auch eine Überschreitung der derzeitigen Landkreisgrenzen aus Gründen des öffentlichen Wohls möglich ist. Anträge hierfür können bereits in der Freiwilligkeitsphase nach § 6 gestellt werden. Da jede Gemeinde jedoch nur einem Landkreis zugeordnet sein kann, können diese kreisübergreifenden Strukturänderungen frühestens mit der Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte in Kraft treten.

Zu Absatz 5:

Mit § 4 werden die Rahmenbedingungen für die Neugliederung der kreisangehörigen Gemeinden festgelegt. Die konkreten Neugliederungen sollen im Rahmen eines gesonderten Gesetzes geregelt werden.

Zu § 5 (Zentrale Orte und Verflechtungsbereiche):

Zu Absatz 1:

Die Ober- und Mittelzentren sind in der Thüringer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 vom 15. Mai 2014 (GVBI. S. 2025) verbindlich ausgewiesen. Sie prägen die historisch gewachsene Siedlungsstruktur Thüringens und übernehmen wichtige überörtlich bedeutsame Aufgaben.

Die Vorhaltung von kommunalen Einrichtungen und Infrastrukturen, die auch den Einwohnern der benachbarten Gemeinden zugutekommt, gilt in besonderem Maße für größere und große Städte, die als Ober- oder Mittelzentrum ausgewiesen sind, und ihren jeweiligen Umlandbereich. Durch demografische und wirtschaftliche Entwicklungen sind insbesondere die Stadt-Umland-Bereiche durch zunehmende Verflechtungen geprägt (beispielsweise Wohnen im Umland, Arbeiten in der Stadt, Nutzung des Freizeitangebotes in der Stadt, großflächige Gewerbeansiedlungen in den Gemeinden, die unmittelbar an die Stadt grenzen). Die realen Verkehrsströme zeigen, dass Grenzen in Stadt-Umland-Bereichen vielfach nur administrativer Natur sind.

Damit die Städte ihre Aufgaben weiterhin dauerhaft erfüllen können, benötigen insbesondere die Ober- und Mittelzentren eine Ausweitung ihres Hoheitsgebietes durch Eingliederung der benachbarten Gemeinden ihres Verflechtungsbereichs. Hierdurch sollen dauerhaft leistungsfähige Verwaltungsstrukturen geschaffen und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den Verflechtungsräumen gefördert werden.

Die Interessen der Städte an der Vergrößerung ihres Gemeindegebiets einerseits und die Belange der umliegenden Gemeinden und ihrer Bürger am Fortbestand ihrer Eigenständigkeit andererseits sind gegeneinander abzuwägen. Für eine Eingliederung spricht eine bereits bestehende intensive Verflechtung zwischen Stadt und Nachbargemeinde. Diese findet ihren Ausdruck insbesondere im bereits erfolgten oder bevorstehenden Zusammenwachsen vorhandener Strukturen. Ein weiterer Gesichtspunkt für Eingliederung ist eine schwerpunktmäßig auf die Kernstadt ausgerichtete Entwicklung einer Gemeinde.

Mit der Eingliederung benachbarter Gemeinden in die Ober- und Mittelzentren können diese intensiven Nachbarschaftsbeziehungen nachvollzogen werden, um so teilweise überkommene administrative mit tatsächlichen Verflechtungen in Einklang zu bringen.

Zu Absatz 2:

Die Zentralen Orte bilden das Rückgrat der Landesentwicklung zur Stabilisierung oder Entwicklung aller Landesteile und dienen als Standortsystem der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das Zentrale-Orte-System spiegelt die typische klein- und mittelstädtische Siedlungsstruktur Thüringens wieder und bildet insofern einen sachgerechten Orientierungsrahmen für eine Gemeindestrukturreform.

Zentrale Orte sind Gemeinden, die aufgrund ihrer Einwohnerzahl, ihrer Lage im Raum, ihrer Funktion und ihrer zentralörtlichen Ausstattung Schwerpunkte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Thüringen darstellen. Sie sind Knotenpunkte im Verkehrsnetz, Schwerpunkte des Wohnens und Arbeitens und bieten die nötigen Einrichtungen und Dienste, um nicht nur sich selbst, sondern auch ein Umland angemessen zu versorgen. Die Zentralen Orte sind so verteilt, dass eine angemessene Erreichbarkeit aus allen Teilen des Landes gewährleistet werden kann. Die Zentralen Orte sind im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 und in den Regionalplänen der Regionalen Planungsgemeinschaften (Regionalplan Nordthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung ThürStAnz. Nr. 44/2012, S. 1689; Regionalplan Mittelthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung ThürStAnz. Nr. 42/2012, S. 1566; Regionalplan Ostthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung Thür-StAnz. Nr. 51/2012, S. 2009; Regionalplan Südwestthüringen, Bekanntmachung der Genehmigung ThürStAnz. Nr. 19/2011, S. 693) verbindlich festgelegt.

Dem Urtyp der umfassend leistungsfähigen, sich selbst ohne Einschaltung Dritter verwaltenden Gemeinde nach Artikel 91 Abs. 1 und 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen entsprechen Gemeinden, die im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 als Ober- oder Mittelzentren ausgewiesen werden, in so hohem Maße, dass sie über ihre Grenzen hinaus auch für einen größeren Umlandbereich Aufgaben der Daseinsvorsorge in besonderem Umfang erfüllen können. Auch die als Grundzentrum ausgewiesenen Gemeinden erfüllen neben dem Aufgabenumfang ihrer örtlichen Gemeinschaft Versorgungsfunktionen für benachbarte Gemeinden. Diese höhere Leistungs- und Verwaltungskraft gilt es, im Interesse einer Verbesserung der gesamten gemeindlichen Struktur des Landes zu erhalten und auszubauen.

Die als Grundzentrum ausgewiesenen Gemeinden bilden in der Regel den Kern einer Neugliederungsmaßnahme. Hierbei wird es von den konkreten örtlichen Sachverhalten, insbeondere dem Verhältnis der Einwohnerzahlen und den tatsächlich vor Ort vorhandenen zentralörtlichen Funktionen abhängen, ob die Bildung einer leistungsstarken Gemeinde eher durch Eingliederung von benachbarten Gemeinden in die als Grundzentrum ausgewiesene Gemeinde oder durch Bildung einer neu-

en Gemeinde zu erreichen ist. Jede neu strukturierte Gemeinde soll in den genannten Raumordnungsplänen die Funktion eines Zentralen Ortes bereits innehaben oder im Zuge einer Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Thüringen 2025 nach der Gemeindeneugliederung übernehmen können.

Durch die angestrebte Annäherung der administrativen Gemeindegrenzen an die im Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 festgelegten mittelzentralen Funktionsräume und die in den Regionalplänen festgelegten Grundversorgungsbereiche können tragfähige Strukturen unter Berücksichtigung räumlicher Verflechtungsbeziehungen geschaffen werden. Die Verflechtungsbereiche der Zentralen Orte spiegeln die tatsächlichen oder zur Sicherung der Zentralen Orte notwendigen Lebens- und Wirtschaftsstrukturen der Bürger stärker wider als die derzeitigen kommunalen Verwaltungsgrenzen. Dies gilt insbesondere für die beruflich bedingte Mobilität.

Damit gelingt es zudem, die Kostentragung der Infrastruktur gleichmäßig zu verteilen und die Auslastung der Infrastrukturen zu verbessern. Bisher nur schwer zu koordinierende Entwicklungen, wie überörtliche Infrastruktur, Wirtschafts- und Standortpolitik oder Verkehrsplanung, lassen sich damit vereinfachen.

Zu § 6 (Freiwilligkeitsphase für kreisangehörige Gemeinden):

Zu Absatz 1:

Mit der Freiwilligkeitsphase bis Ende Oktober 2017 wird den Gemeinden die Möglichkeit eröffnet, freiwillige Beschlüsse zur Bildung neuer Gemeindestrukturen zu schaffen, die den Vorgaben dieses Gesetzes entsprechen. Damit wird insbesondere den Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung und ebenso der Zuständigkeit der gewählten Vertreter der Gemeinden, in eigener Verantwortung die Voraussetzungen für die Schaffung zukunftsfähiger Verwaltungsstrukturen zu schaffen, Rechnung getragen. Freiwillige Gemeindeneugliederungen bieten die Chance, die Weiterentwicklung der kommunalen Strukturen aus eigener Kenntnis der Verhältnisse vor Ort zu planen und zu gestalten.

Für Anträge auf kommunale Neugliederungen im Sinne dieses Gesetzes ist deshalb die in § 46 Abs. 1 Satz 2 geregelte Mehrheit der Gemeinden, in denen die Mehrheit der Einwohner der Verwaltungsgemeinschaft wohnt (sogenannte doppelte Mehrheit), nicht mehr erforderlich.

Zu Absatz 2:

Absatz 2 dient der Klarstellung.

Form und Verfahren zur Antragstellung bestimmt das für Kommunalrecht zuständige Ministerium.

Zu § 7 (Strukturbegleithilfen):

Mit Strukturbegleithilfen sollen finanzielle Schieflagen aufgefangen werden, die durch den Zusammenschluss mit leistungsschwächeren Kommunen in die neue Struktur hineingetragen werden und/oder die strukturell bedingt sind. Im Anschluss an einen mittelfristigen Unterstützungszeitraum müssen die Kommunen in der Lage sein, Effizienzgewinne zu generieren, die diese strukturellen Defizite ausgleichen. Für doppisch buchen-

de Kommunen gilt der Fördermaßstab entsprechend. Absatz 1 Satz 3 soll sicherstellen, dass die Gemeinden ihre überdurchschnittliche Verschuldung abbauen. Durch den fünf Haushaltsfolgejahre nach Mittelausreichung umfassenden Zeitraum wird den Kommunen ein erheblicher zeitlicher Spielraum zur Schuldentilgung eingeräumt, um aufgrund der üblicherweise bestehenden Zinsbindungsfristen und drohenden Vorfälligkeitsentschädigungen wirtschaftlich sinnvolle Rückzahlungsvereinbarungen mit den Kreditgebern vereinbaren zu können. Über die Ausnahmemöglichkeit können auch besondere, im Einzelfall zur Unwirtschaftlichkeit führende Fallkonstellationen berücksichtigt werden.

Absatz 1 regelt die Anspruchsberechtigung, die Art der Zuweisung und die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Satz 3 regelt die Zweckbindung. Nicht zweckentsprechend verwendete Zuweisungen stehen nach der erforderlichen Rückforderung als verbleibende Mittel gemäß § 8 Abs. 4 zum Ausgleich besonderer Belastungen der Kommunen im Zuge der Gebietsreform zur Verfügung.

Die Absätze 2 bis 4 regeln die Zuweisungsvoraussetzungen der Strukturbegleithilfe. Absatz 3 Satz 1 stellt auf die Schuldenstände der im Bericht des Landesamtes für Statistik "Schulden des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften in Thüringen am 31.12.2014" genannten Gemeinden, also der Gemeinden in ihrer Struktur vor der Neugliederung, im Verhältnis zum Durchschnitt der Verschuldung aller Thüringer Kommunen in Höhe von 978 Euro/Einwohner ab. Die Bestimmungen gehen von dem Regelfall aus, in dem neu zu gliedernde Gemeinden jeweils als gesamte Gemeinde betroffen sind. Es sind aber auch die Fälle erfasst, in denen neu zu gliedernde Gemeinden in unterschiedlichen neu gegliederten Gemeinden aufgehen. Die Fördermittel sind dann am Maßstab der betroffenen Einwohner aufzuteilen.

Absatz 5 bestimmt die Förderhöchstbeträge.

Über Absatz 6 werden Doppelförderungen ausgeschlossen.

Absatz 7 regelt die Gewährung der Strukturbegleithilfe. Diese erfolgt bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen von Amts wegen und damit als Anspruch der Gemeinden durch das für Kommunalrecht zuständige Ministerium mit der Befugnis, die Zuständigkeit durch Verwaltungsvorschrift auf eine andere Behörde zu übertragen. Das Verbot der Doppelförderung bezieht sich nur auf mehrfache Förderungen nach dieser Bestimmung. Förderungen nach anderen Bestimmungen sind nicht erfasst.

Zu § 8 (Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen):

Zu den Absätzen 1 bis 3:

Zur Förderung freiwilliger Gemeindeneugliederungen im Sinne des § 6 sollen im Haushaltsjahr 2018 insgesamt 100 Millionen Euro bereitgestellt werden.

Die Förderung soll nur für Gemeinden fließen, die auch eine entsprechende Neugliederung beantragt haben (die Neugliederung beantragende Gemeinden). Sie wird im Jahr 2018 an die neu geschaffenen Gemeinden (neu gebildete oder vergrößerte Gemeinde) ausgezahlt. Soweit eine die Neugliederung beantragende Gemeinde ausnahmsweise in mehreren neu gebildeten oder vergrößerten Gemeinden aufgeht, sind die auszureichenden Mittel entsprechend dem Aufteilungsverhältnis der Einwohner der die Neugliederung beantragenden Gemeinde auf die neu gebil-

deten oder vergrößerten Gemeinden aufzuteilen. Die Förderung ist der Höhe nach geeignet, einen deutlichen Anreiz für neugliederungswillige Gemeinden aller Größenklassen, unter Beachtung der Vorgaben des Leitbildes "Zukunftsfähiges Thüringen", zu setzen.

Indem sich die Höhe der Förderung nach dem Anteil der die Neugliederung beantragenden Gemeinde an den Schlüsselzuweisungen im Mittel der Finanzausgleichsjahre 2014 bis 2016, bezogen auf die insgesamt bereitgestellten Haushaltsmittel von 100 Millionen Euro, richtet, werden die Finanzkraft und der Finanzbedarf der neugliederungswilligen Kommunen im Sinne der Schlüsselzuweisungssystematik grundsätzlich berücksichtigt. Die anschließende Festlegung einer Mindestförderhöhe je die Neugliederung beantragender Gemeinde ist jedoch erforderlich, um Kleinstbeträge ohne echte Anreizfunktion in der Förderung zu vermeiden und auch einen Anreiz für abundante Gemeinden zu setzen. Ebenso ist durch eine Maximalförderung sicherzustellen, dass große Gemeinden durch die Eingemeindung einzelner kleiner Gemeinden nicht unangemessen profitieren. Der Ausschluss einer Mehrfachförderung bereits fusionierter Gemeinden verhindert schließlich eine unausgewogene Fördermittelverwendung, da die Förderung für jede beteiligte Gemeinde, unabhängig von ihrer späteren Gestalt, nur einmal ausgereicht wird. Insbesondere soll ausgeschlossen werden, dass zum Jahr 2017 neu gebildete Gemeinden durch eine weitere freiwillige Neugliederung im Jahr 2018 erneut entsprechende Fördermittel erhalten; die Förderung nach § 7 wird jedoch nicht ausgeschlossen.

Zu Absatz 4:

Nach dieser Bestimmung sind die Mittel zum Ausgleich besonderer Belastungen der Kommunen im Zuge der Gebietsreform zu verwenden.

Bevor konkrete Gebietsänderungen umgesetzt sind, können auch keine besonderen Belastungen festgestellt werden. Der Sinn dieser Bestimmung liegt darin, dass Fördermittel, die den Kommunen für einen bestimmten Zweck zur Verfügung stehen, tatsächlich für diesen Zweck eingesetzt werden. Die allgemeinen Verteilungsschlüssel der §§ 7 und 8 können nicht alle Belastungen der Kommunen erfassen, weil es sich um abstrakte Regelungen im Vorfeld der Neugliederung handelt. Welche Kommunen im Zuge der Neugliederung welche spezifischen Belastungen aufweisen, nachdem die allgemeinen Verteilungsmechanismen gegriffen haben, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend zu erkennen. Es ist deshalb naheliegend, dass ein weiterer allgemeiner Verteilungsschlüssel in dieser Bestimmung zum jetzigen Zeitpunkt nicht hilfreich ist. Die Ausreichung der Mittel muss daher auf der Grundlage einer Richtlinie dann erfolgen, wenn diese besonderen Belastungen festgestellt werden können und im Übrigen auch die finanziellen Mittel dafür absehbar sind.

Zu Absatz 5:

Die Bestimmung regelt die Zuständigkeit.

Zu § 9 (Übergangsbestimmung):

§ 9 enthält Vorgaben für die dauerhaft, aber mindestens bis zum Jahr 2035, einzuhaltenden Mindestgrößen der aufgrund der Vorgaben dieses Gesetzes neu gebildeten Gebietskörperschaften und regelt die Grundlagen der Berechnung der Einwohnerzahlen im Jahr 2035. Ausnahmen von den vorgeschriebenen Mindestgrößen sind im Einzelfall möglich, so-

fern besondere Gründe des öffentlichen Wohls dafür sprechen, wie zum Beispiel eine außergewöhnliche Randlage oder wenn aufeinander bezogene Strukturen sonst nicht gebildet werden können. Weiterhin müssen die Gemeinden, für deren Größe eine Ausnahme zugelassen wird, die Gewähr dafür bieten, langfristig, aber mindestens bis zum Jahr 2035, die ihnen obliegenden Aufgaben sachgerecht, in fachlich hoher Qualität, wirtschaftlich sowie bürger- und ortsnah wahrnehmen zu können.

Zu § 10 (Gleichstellungsbestimmung):

§ 10 enthält eine Gleichstellungsbestimmung.

Zu Artikel 2 (Änderung der Thüringer Kommunalordnung)

Mit Artikel 2 des vorliegenden Gesetzentwurfs wird das Ortsteilrecht und Ortschaftsrecht durch Erweiterung der Entscheidungs- und Vorschlagsrechte des Ortsteilrats und des Ortschaftsrats gestärkt. Dies garantiert die Identität der einzelnen Ortsteile und Ortschaften und ermöglicht es ihnen, weiterhin ihre eigenen Belange innerhalb der zukünftigen Gemeindestruktur wahrzunehmen. Zudem wurde den bisher aus der Praxis geäußerten Änderungswünschen zur Änderung der ThürKO Rechnung getragen.

Zu Nummer 1:

Die Änderung der Einwohnerzahl in § 6 Abs. 5 Satz 1 wird durch § 4 Abs. 1 ThürGVG notwendig.

Zu Nummer 2

§ 9 wird um eine Bestimmung ergänzt, die sicherstellt, dass in neu gebildeten Gemeinden die Aufgaben durch Gemeindeorgane erfüllt werden können. Mit Wirksamwerden der Gemeindeneubildung endet die Amtszeit der Gemeinderatsmitglieder und des Bürgermeisters der aufgelösten Gemeinde. Für die neu gebildete Gemeinde sind Gemeinderatsmitglieder und Bürgermeister nach den Bestimmungen des Thüringer Kommunalwahlgesetzes innerhalb von sechs Monaten neu zu wählen. Während der Übergangszeit bis zur Wahl der neuen Gemeindeorgane sind die in den Sätzen 3 bis 6 getroffenen Regelungen zur Zusammensetzung des Gemeinderats der neu gebildeten Gemeinde, zur Wahrnehmung der Funktion des Bürgermeisters und zur Funktion des Wahlleiters erforderlich. In Satz 2 wird zur übergangsweisen Zusammensetzung des Gemeinderats der neu gebildeten Gemeinde auf die in die Vertretungen gewählten Gemeinderatsmitglieder der aufgelösten Gemeinden abgestellt, zu denen nicht der Bürgermeister zählt. Die Bürgermeister der aufgelösten Gemeinden sind daher nicht Mitglied des bis zur Neuwahl amtierenden Gemeinderats der neu gebildeten Gemeinde. Die Bestellung des Beauftragten erfolgt entsprechend § 122 ThürKO.

Zu Nummer 3:

Die Änderung des § 12 Abs. 1 Satz 2 wird durch die Neufassung der §§ 45 und 45a ThürKO notwendig.

Zu Nummer 4:

Die Regelung ermöglicht den neu gebildeten oder durch Eingemeindungen vergrößerten Gemeinden im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung die Entscheidung, für eine Übergangszeit bis zum Ende der

nächsten allgemeinen Wahlperiode die Zahl der zu wählenden Gemeinderatsmitglieder zu erhöhen. Die Vergrößerung der Gemeinderäte kann für die ehemaligen selbstständigen Gemeinden die Möglichkeit eröffnen, in dem neuen Gemeinderat ihre Belange und Interessen durch einen Vertreter wahrnehmen zu können. Dies stärkt das Engagement der Bürger in den ehemals selbstständigen Gemeinden und wahrt deren Identifikation. Das Zusammenwachsen in den neuen Strukturen wird in der Übergangsphase erleichtert.

Zu Nummer 5:

Die Konzentration der Gebietsreform auf Gemeindeebene auf die Bildung umfassend leistungsstarker größerer Gemeinden erfordert eine Überarbeitung der Regelungen in den §§ 45 und 45a zu Ortsteil und Ortschaftsverfassung. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger in den Ortsteilen mit Ortsteilverfassung der Einheitsgemeinden und den Ortschaften der Landgemeinden sollen verbessert werden. Es wird davon ausgegangen, dass hierdurch sowohl das bürgerschaftliche Engagement und die ehrenamtliche Wahrnehmung von gemeinwohlorientierten Aufgaben als auch die Identifikation der Einwohner mit ihrem Ort in den neuen Strukturen gewährleistet und gefördert werden können. Zudem sollen eine Reihe von redaktionellen Klarstellungen vorgenommen werden.

Zu § 45 ThürKO:

Die bisher in § 45 Abs. 3 Satz 1 ThürKO enthaltene Regelung zur Bildung des Ortsteilrats wird aus systematischen Gründen im Zusammenhang mit der Einführung der Ortsteilverfassung in Absatz 1 geregelt. Klargestellt wird, dass die Ortsteilverfassung nur bis zur Festsetzung des Wahltermins zum Ende der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats aufgehoben oder geändert werden kann. Vor dem Ende der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats kann die Ortsteilverfassung nur wieder aufgehoben werden, wenn kein Ortsteilrat gebildet wird, das heißt, wenn weder der Ortsteilbürgermeister noch die erforderliche Anzahl der Ortsteilratsmitglieder gewählt wurden (kumulativ). Die bisherige Regelung, wonach für die Aufhebung der Ortsteilverfassung die Wahl des Ortsteilbürgermeisters und die der weiteren Mitglieder des Ortsteilrats nach jeweils einmaliger Wiederholung erfolglos bleiben mussten, entfällt.

Die Regelung in Absatz 2 Satz 1 stellt klar, dass der Ortsteilrat aus dem Ortsteilbürgermeister und den Ortsteilratsmitgliedern besteht. Der bisher in Absatz 3 verwendete Begriff der weiteren Mitglieder des Ortsteilrats entfällt.

In Absatz 3 wird in systematischer Hinsicht die Wahl der Ortsteilratsmitglieder vor der Wahl des Ortsteilbürgermeisters geregelt. Die ehrenamtliche Tätigkeit der als Orteilratsmitglieder tätigen Personen soll damit hervorgehoben werden. In Satz 1 wird klargestellt, dass auf die Wahl der Ortsteilratsmitglieder die Wahlrechtsgrundsätze der Allgemeinheit, Unmittelbarkeit, Freiheit, Gleichheit und der geheimen Wahl Anwendung finden. In Satz 4 wurde in Ergänzung zu Satz 3 geregelt, dass sich die nach Satz 3 erforderliche Anzahl der Ortsteilratsmitglieder auf die tatsächliche Anzahl der Ortsteilratsmitglieder verringert, wenn für die Wahl der Ortsteilratsmitglieder weniger Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen werden als Ortsteilratsmitglieder zu wählen sind oder weniger gewählte Personen die Wahl angenommen haben. Dies gilt auch beim Ausscheiden eines Ortsteilratsmitglieds, wenn der Sitz für den Rest der Amtszeit unbesetzt bleibt. Die Regelung dient der Klarstellung der Rechtsfolgen, wenn die nach Satz 3 erforderliche Anzahl der Orts-

teilratsmitglieder nicht gewählt wurde oder die gewählten Personen die Wahl nicht angenommen haben. Aus systematischen Gründen wird die bisher in Absatz 6 Satz 6 enthaltene Regelung zur Ausübung der Befugnisse des Ortsteilrats durch den Ortsteilbürgermeister, wenn kein Ortsteilratsmitglied gewählt wurde, in Absatz 3 Satz 7 geregelt.

In Absatz 4 wird die Aufgabenwahrnehmung des Ortsteilbürgermeisters und seines Stellvertreters durch den Bürgermeister der Gemeinde und seinen Stellvertreter bis zum Ablauf der Amtszeit des Ortsteilrats geregelt, wenn ein Ortsteilbürgermeister aus der Mitte des Ortsteilrats nicht gewählt wird oder die gewählte Person die Wahl nicht annimmt oder der Ortsteilbürgermeister oder sein Stellvertreter vor Ablauf ihrer Amtszeit vorzeitig aus ihren Ämtern ausscheiden und diese Ämter bis zum Ablauf der Amtszeit des Ortsteilrats nicht neu besetzt werden können.

In Absatz 5 wird klargestellt, dass der Ortsteilrat in allen wichtigen, den Ortsteil betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig vor der Entscheidung des zuständigen Organs der Gemeinde zu hören ist. Dem Ortsteilrat ist eine angemessene Frist zur Stellungnahme zu geben. Folgt das für die Entscheidung zuständige Organ der Gemeinde der Empfehlung, dem Vorschlag oder der Stellungnahme des Ortsteilrats nicht, sind dem Ortsteilrat die Gründe dafür darzulegen. Ist aufgrund der Eilbedürftigkeit der Entscheidung eine Anhörung des Ortsteilrats nicht möglich, sind diesem die Gründe für die Eilbedürftigkeit und die Art der Erledigung unverzüglich mitzuteilen. Mit den Regelungen wird den Ortsteilen ermöglicht, ihre eigenen Belange innerhalb der Gemeinde besser wahrzunehmen.

In Absatz 6 werden die Entscheidungsbefugnisse des Ortsteilrats in Satz 1 Nr. 2 um die Durchführung von Veranstaltungen erweitert und für die Heimatpflege klarstellend ergänzt. Das Recht zur Stellungnahme in Satz 2 Nr. 2 wird um die Umbenennung der im Gebiet des Ortsteils dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege, Plätze und Brücken sowie der öffentlichen Einrichtungen ergänzt. Satz 5 wurde redaktionell überarbeitet. Satz 6 dient der Stärkung der Ortsteile auch in finanzieller Hinsicht, indem ein fester auf die Einwohner des Ortsteils bezogener Betrag bestimmt wird, von dem der Gemeinderat durch Beschluss abweichen kann. Durch das Regel-Ausnahmeverhältnis wird dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden Rechnung getragen und sichergestellt, dass abweichende Festsetzungen dieses Betrages aufgrund der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten oder der finanziellen Verhältnisse möglich sind.

Absatz 7 Satz 1 und Absatz 8 Satz 3 wurden redaktionell überarbeitet.

In Absatz 8 werden die besonderen Regelungen für die in Fällen der Eingliederung und Neubildung von Gemeinden für das jeweilige Gebiet der aufgelösten Gemeinde gesetzlich eingeführte Ortsteilverfassung ergänzt. Aufgrund der Neubildung der kommunalen Strukturen ergeben sich für die ehemaligen ehrenamtlichen Bürgermeister und dann als Ortsteilbürgermeister tätigen Personen durch die Neugliederung zusätzliche Beschwernisse und finanzielle Einbußen, die über die Beschwernisse und finanziellen Einbußen von Ortsteilbürgermeistern in Ortsteilen in gefestigten, seit Jahren bewährten Strukturen einer Gemeinde hinausgehen. Die Erhöhung der Aufwandsentschädigung ist daher sachgerecht und angemessen. Zudem wird klargestellt, dass im Falle dieser übergangsweisen Bildung eines Ortsteilrats weder eine Wahl der Ortsteilratsmitglieder stattfindet noch die Zahl der Ortsteilratsmitglieder auf die in Absatz 3 Satz 3 bestimmte Zahl beschränkt ist, da die bisherigen Gemeinderatsmitglieder in das Amt des Ortsteilratsmitglieds übergeleitet werden.

Zu § 45a ThürKO:

Die bisher in Absatz 3 Satz 1 enthaltene Regelung zur Bildung des Ortschaftsrats wird aus systematischen Gründen im Zusammenhang mit der Einführung der Ortschaftsverfassung in Absatz 1 geregelt. Klargestellt wird, dass die Ortschaftsverfassung nur bis zur Festsetzung des Wahltermins zum Ende der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats aufgehoben oder geändert werden kann. Vor dem Ende der gesetzlichen Amtszeit des Gemeinderats kann die Ortschaftsverfassung außer auf Vorschlag der Ortschaft selbst nur wieder aufgehoben werden, wenn kein Ortschaftsrat gebildet wird, das heißt wenn also weder der Ortschaftsbürgermeister noch die erforderliche Anzahl der Ortschaftsratsmitglieder gewählt wurden (kumulativ). Die bisherige Regelung, wonach für die Aufhebung die Wahl des Ortschaftsbürgermeisters und die der weiteren Mitglieder des Ortschaftsrats nach jeweils einmaliger Wiederholung erfolglos bleiben mussten, entfällt.

Die Regelung in Absatz 2 Satz 1 stellt klar, dass der Ortschaftsrat aus dem Ortschaftsbürgermeister und den Ortschaftsratsmitgliedern besteht. Der bisher in Absatz 3 verwendete Begriff der weiteren Mitglieder des Ortschaftsrats entfällt.

In Absatz 3 wird in systematischer Hinsicht die Wahl der Ortschaftsratsmitglieder vor der Wahl des Ortschaftsbürgermeisters geregelt. Die ehrenamtliche Tätigkeit der als Ortschaftsratsmitglieder tätigen Personen soll damit hervorgehoben werden. In Satz 1 wird klargestellt, dass auf die Wahl der Ortschaftsratsmitglieder die Wahlrechtsgrundsätze der Allgemeinheit, Unmittelbarkeit, Freiheit, Gleichheit und der geheimen Wahl Anwendung finden. In Satz 4 wurde in Ergänzung zu Satz 3 geregelt, dass sich die nach Satz 3 erforderliche Zahl der Ortschaftsratsmitglieder auf die tatsächliche Anzahl der Ortschaftsratsmitglieder verringert, wenn für die Wahl der Ortschaftsratsmitglieder weniger Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen werden als Ortschaftsratsmitglieder zu wählen sind oder weniger gewählte Personen die Wahl annehmen. Dies gilt auch beim Ausscheiden eines Ortschaftsratsmitglieds, wenn der Sitz für den Rest der Amtszeit unbesetzt bleibt. Die Regelung dient der Klarstellung der Rechtsfolgen, wenn die nach Satz 3 erforderliche Anzahl der Ortschaftsratsmitglieder nicht gewählt wurden. Aus systematischen Gründen wird die bisher in Absatz 8 Satz 3 enthaltene Regelung zur Ausübung der Befugnisse des Ortschaftsrats durch den Ortschaftsbürgermeister, wenn kein Ortschaftsrat gebildet wurde, in Absatz 3 Satz 7 geregelt.

In Absatz 4 wird die Aufgabenwahrnehmung des Ortschaftsbürgermeisters und seines Stellvertreters durch den Bürgermeister der Landgemeinde und seinen Stellvertreter bis zum Ablauf der Amtszeit des Ortschaftsrats geregelt, wenn ein Ortschaftsbürgermeister aus der Mitte des Ortschaftsrats nicht gewählt wird oder die gewählte Person die Wahl nicht annimmt oder der Ortschaftsbürgermeister oder sein Stellvertreter vor Ablauf ihrer Amtszeit vorzeitig aus ihren Ämtern ausscheiden und diese Ämter bis zum Ablauf der Amtszeit des Ortschaftsrats nicht neu besetzt werden können.

In Absatz 5 wird klargestellt, dass der Ortschaftsrat in allen wichtigen, die Ortschaft betreffenden Angelegenheiten rechtzeitig vor der Entscheidung des zuständigen Organs der Landgemeinde zu hören ist. Dem Ortschaftsrat ist eine angemessene Frist zur Stellungnahme zu geben. Folgt das für die Entscheidung zuständige Organ der Gemeinde der Empfehlung, dem Vorschlag oder der Stellungnahme des Ortschaftsrates nicht, sind dem Ortschaftsrat die Gründe dafür darzulegen. Ist aufgrund der

Eilbedürftigkeit der Entscheidung eine Anhörung des Ortschaftsrats nicht möglich, sind diesem die Gründe für die Eilbedürftigkeit und die Art der Erledigung unverzüglich mitzuteilen. Mit diesen Regelungen wird den Ortschaften ermöglicht, ihre eigenen Belange innerhalb der Gemeinde besser wahrzunehmen.

In Absatz 6 werden die Entscheidungsrechte des Ortschaftsrats erweitert. Der Ortschaftsrat entscheidet zukünftig auch über die Durchführung von Veranstaltungen des Brauchtums, der Heimatpflege und der kulturellen Tradition und über Unterstützung der Verbände und sonstigen Vereinigungen in der Ortschaft (Nummer 2) sowie über die Umbenennung der im Gebiet der Ortschaft dem öffentlichen Verkehr dienenden Straßen, Wege, Plätze und Brücken sowie der öffentlichen Einrichtungen (Nummer 3). Bei Doppelbenennung mit Verwechslungsgefahr entscheidet der Gemeinderat der Landgemeinde im Benehmen mit dem Ortschaftsrat. Der Ortschaftsrat entscheidet zukünftig auch über die Pflege des Ortsbildes sowie die Unterhaltung und Ausgestaltung von öffentlichen Park und Grünanlagen, deren Bedeutung nicht über die Ortschaft hinausgeht (Nummer 5) und über die Unterhaltung und Ausstattung der in der Ortschaft gelegenen öffentlichen Kinderspielplätze, der Freizeiteinrichtungen für junge Menschen, Sporteinrichtungen, Büchereien, Dorfgemeinschaftshäuser, Heimatmuseen und Einrichtungen des Bestattungswesens (Nummer 9) sowie über die Wahl, Benennung oder Vorschläge von ehrenamtlich tätigen Personen, soweit sich dieses Ehrenamt auf die Ortschaft beschränkt und der Landgemeinde diese Rechte zustehen (Nummer 10).

In Absatz 7 werden die Vorschlagsrechte des Ortschaftsrats erweitert. Der Ortschaftsrat kann Vorschläge zu wesentlichen Änderungen der Zuständigkeiten des Ortschaftsrats durch die Hauptsatzung (Nummer 2). zu Aus- und Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen in der Ortschaft, soweit er nicht nach Absatz 6 entscheidet (Nummer 5), zur Planung und Durchführung von Investitionsvorhaben (Nummer 6), zur Planung, Errichtung, Übernahme, wesentlicher Änderung und Schließung von öffentlichen Einrichtungen in der Ortschaft (Nummer 8), zur Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen der Landgemeinde in der Ortschaft (Nummer 9), zur Aufstellung der Vorschlagsliste für Schöffen (Nummer 12), zur Wahl oder Vorschlägen der für die Ortschaft zuständigen ehrenamtlich tätigen Personen, soweit er nicht nach Absatz 6 entscheidet (Nummer 13), und zur Einrichtung einer die Ortschaft umfassenden Schiedsstelle und zur Wahl der Schiedsperson für diese Schiedsstelle (Nummer 14) unterbreiten. Gestrichen wurde aus redaktionellen Gründen die bisherige Nummer 2, da diese bereits in Nummer 1 geregelt ist.

In Absatz 8 wurde Satz 3 gestrichen, da die Regelung aus systematischen Gründen in Absatz 4 Satz 6 aufgenommen wurde.

Absatz 9 Satz 2 dient der Stärkung der Ortschaften auch in finanzieller Hinsicht, indem ein fester auf die Einwohner der Ortschaft bezogener Betrag bestimmt wird, von dem der Gemeinderat durch Beschluss abweichen kann. Durch das Regel-Ausnahmeverhältnis wird dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden Rechnung getragen und sichergestellt, dass abweichende Festsetzungen dieses Betrages aufgrund der jeweiligen örtlichen Gegebenheiten oder der finanziellen Verhältnisse möglich sind.

Die Absätze 9 und 10 wurden redaktionell überarbeitet.

In Absatz 11 werden die besonderen Regelungen für die in Fällen der Eingliederung und Neubildung von Landgemeinden für das jeweilige Gebiet der aufgelösten Gemeinde gesetzlich eingeführte Ortschaftsverfassung ergänzt. Aufgrund der Neubildung der kommunalen Strukturen ergeben sich für die ehemaligen ehrenamtlichen Bürgermeister und dann als Ortschaftsbürgermeister tätigen Personen durch die Neugliederung zusätzliche Beschwernisse und finanzielle Einbußen, die über die Beschwernisse und finanziellen Einbußen von Ortschaftsbürgermeistern in Ortschaften in gefestigten, seit Jahren bewährten Strukturen einer Gemeinde hinausgehen. Die Erhöhung der Aufwandsentschädigung ist daher sachgerecht und angemessen. Zudem wird klargestellt, dass im Falle dieser übergangsweisen Bildung eines Ortschaftsrats weder eine Wahl der Ortschaftsratsmitglieder stattfindet noch die Zahl der Ortschaftsratsmitglieder auf die in Absatz 3 Satz 3 bestimmte Zahl beschränkt ist, da die bisherigen Gemeinderatsmitglieder in das Amt des Ortschaftsratsmitglieds übergeleitet werden.

Zu Nummer 6:

Redaktionelle Folgeänderungen

Zu Artikel 3

Artikel 3 regelt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Anlagen zur Begründung

Statistische Daten der Landkreise und kreisfreien Städte im Vergleich der Jahre 2010 und 2014

Gebiet, Bevölkerung und Arbeitsmarkt	3
Wirtschaft, Gewerbeanzeigen und Insolvenzen	17
Wohnungen, Tourismus und Verkehr	47
Bildung und Gesundheitswesen	65
Finanzen	83

Gebiet, Bevölkerung und Arbeitsmarkt

Tabellen	5
Grafiken	9
Karten	15

Fläche*) (km²)

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	31.12.2014	Anteil an Thüringen in Prozent	Position
		20	14
Stadt Erfurt	270	1,7	18
Stadt Gera	152	0,9	19
Stadt Jena	115	0,7	20
Stadt Suhl	103	0,6	22
Stadt Weimar	84	0,5	23
Stadt Eisenach	104	0,6	21
otaat 210011au.i	20.	3,5	
Eichsfeld	943	5,8	7
Nordhausen	714	4,4	15
Wartburgkreis	1307	8,1	1
Unstrut-Hainich-Kreis	980	6,0	6
Kyffhäuserkreis	1038	6,4	4
Schmalkalden-Meiningen	1211	7,5	2
Gotha	936	5,8	9
Sömmerda	807	5,0	13
Hildburghausen	938	5,8	8
Ilm-Kreis	844	5,2	11
Weimarer Land	804	5,0	14
Sonneberg	434	2,7	17
Saalfeld-Rudolstadt	1036	6,4	5
Saale-Holzland-Kreis	815	5,0	12
Saale-Orla-Kreis	1 151	7,1	3
Greiz	846	5,2	10
Altenburger Land	569	3,5	16
Thüringen	16 202	100,0	x

^{*)} Quelle: Landesamt für Vermessung und Geoinformation; Gerundete Kreisfläche; bei Addition Summendifferenz

Einwohnerdichte (Personen/km²)

Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010	31.12.2014	Ver- änderung	Anteil an Thüringen in Prozent		Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
0. 1. 7.6 .							
Stadt Erfurt	762	764	0,3	Х	Х	3	2
Stadt Gera	653	621	-4,9	Х	Х	4	4
Stadt Jena	918	943	2,7	Х	Х	1	1
Stadt Suhl	378	351	-7,1	Х	Х	6	6
Stadt Weimar	778	751	-3,5	X	Х	2	3
Stadt Eisenach	412	402	-2,4	Х	Х	5	5
F1 (1)	110	107	4.5				10
Eichsfeld	112	107	-4,5	Х	Х	14	13
Nordhausen	127	119	-6,3	Х	Х	12	12
Wartburgkreis	100	96	-4,0	Х	Х	19	19
Unstrut-Hainich-Kreis	111	106	-4,5	X	Х	15	14
Kyffhäuserkreis	79	74	-6,3	X	Х	21	21
Schmalkalden-Meiningen	107	103	-3,7	Х	Х	16	16
Gotha	148	145	-2,0	Х	Х	8	8
Sömmerda	91	87	-4,4	Х	Х	20	20
Hildburghausen	71	69	-2,8	X	X	23	23
Ilm-Kreis	133	129	-3,0	X	X	10	10
Weimarer Land	105	101	-3,8	X	X	18	18
Sonneberg	138	131	-5,1	X	X	9	9
Saalfeld-Rudolstadt	113	106	-6,2	X	X	13	14
Saale-Holzland-Kreis	106	103	-2,8	Х	Х	17	16
Saale-Orla-Kreis	76	72	-5,3	X	Х	22	22
Greiz	128	120	-6,3	X	Х	11	11
Altenburger Land	174	163	-6,3	Х	Х	7	7
Thüringen	138	133	-3,6	х	х	x	х

Bevölkerung insgesamt (Personen)

Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010 31.12.20	31.12.2014	Ver- 4 änderung	Anteil an Thüringen in Prozent		Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	204 994	206219	0,6	9,2	9,6	1	1
Stadt Gera	99 262	94492	-4,8	4,4	4,4	11	11
Stadt Jena	105 129	108207	2,9	4,7	5,0	10	7
Stadt Suhl	38 776	36208	-6,6	1,7	1,7	23	23
Stadt Weimar	65 479	63 477	-3,1	2,9	2,9	20	20
Stadt Eisenach	42 750	41884	-2,0	1,9	1,9	22	22
Eichsfeld	105 195	100730	-4,2	4,7	4,7	9	10
Nordhausen	89 963	85 055	-5,5	4,0	3,9	13	13
Wartburgkreis	130 560	125 835	-3,6	5,8	5,8	3	3
Unstrut-Hainich-Kreis	108 758	103922	-4,4	4,9	4,8	7	8
Kyffhäuserkreis	81 449	77 148	-5,3	3,6	3,6	17	17
Schmalkalden-Meiningen	129 982	125 056	-3,8	5,8	5,8	4	4
Gotha	138 056	135381	-1,9	6,2	6,3	2	2
Sömmerda	72 877	70 537	-3,2	3,3	3,3	18	18
Hildburghausen	67 007	64 673	-3,5	3,0	3,0	19	19
Ilm-Kreis	112 350	108899	-3,1	5,0	5,0	6	6
Weimarer Land	84 693	81641	-3,6	3,8	3,8	16	16
Sonneberg	59 954	56809	-5,2	2,7	2,6	21	21
Saalfeld-Rudolstadt	116818	109646	-6,1	5,2	5,1	5	5
Saale-Holzland-Kreis	86 809	83 966	-3,3	3,9	3,9	15	14
Saale-Orla-Kreis	87 799	82887	-5,6	3,9	3,8	14	15
Greiz	107 555	101382	-5,7	4,8	4,7	8	9
Altenburger Land	98810	92705	-6,2	4,4	4,3	12	12
Thüringen	2 2 3 5 0 2 5	2156759	-3,5	100,0	100,0	х	х

Ausländeranteil (Prozent)

Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010 31.12.201	31.12.2014	Ver- änderung			Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	3,4	4,1	X	14,4	15,7	4	4
Stadt Gera	1,5	2,2	Х	3,0	3,9	14	10
Stadt Jena	6,4	5,8	X	13,6	11,7	1	1
Stadt Suhl	2,6	4,9	X	2,1	3,3	7	3
Stadt Weimar	4,2	5,5	X	5,6	6,5	2	2
Stadt Eisenach	3,9	3,9	X	3,4	3,1	3	5
Eichsfeld	1,2	1,5	Х	2,5	2,9	20	18
Nordhausen	2,5	2,3	X	4,6	3,6	8	9
Wartburgkreis	1,1	1,6	X	3,0	3,8	22	14
Unstrut-Hainich-Kreis	2,1	1,4	X	4,6	2,6	9	20
Kyffhäuserkreis	1,2	1,5	X	2,0	2,1	20	18
Schmalkalden-Meiningen	1,4	1,8	Х	3,6	4,2	18	12
Gotha	1,8	3,1	X	5,1	7,7	12	7
Sömmerda	0,7	1,3	Х	1,1	1,7	23	22
Hildburghausen	1,9	1,4	X	2,5	1,7	10	20
Ilm-Kreis	2,8	3,2	Х	6,4	6,4	6	6
Weimarer Land	1,5	1,9	Х	2,6	2,8	14	11
Sonneberg	2,9	1,6	X	3,5	1,6	5	14
Saalfeld-Rudolstadt	1,8	1,6	X	4,3	3,2	12	14
Saale-Holzland-Kreis	1,9	2,5	Х	3,4	3,9	10	8
Saale-Orla-Kreis	1,5	1,6	X	2,8	2,5	14	14
Greiz	1,5	1,3	X	3,3	2,4	14	22
Altenburger Land	1,4	1,7	Х	2,8	2,8	18	13
Thüringen	2,2	2,5	х	100,0	100,0	x	х

Arbeitslose (Personen)

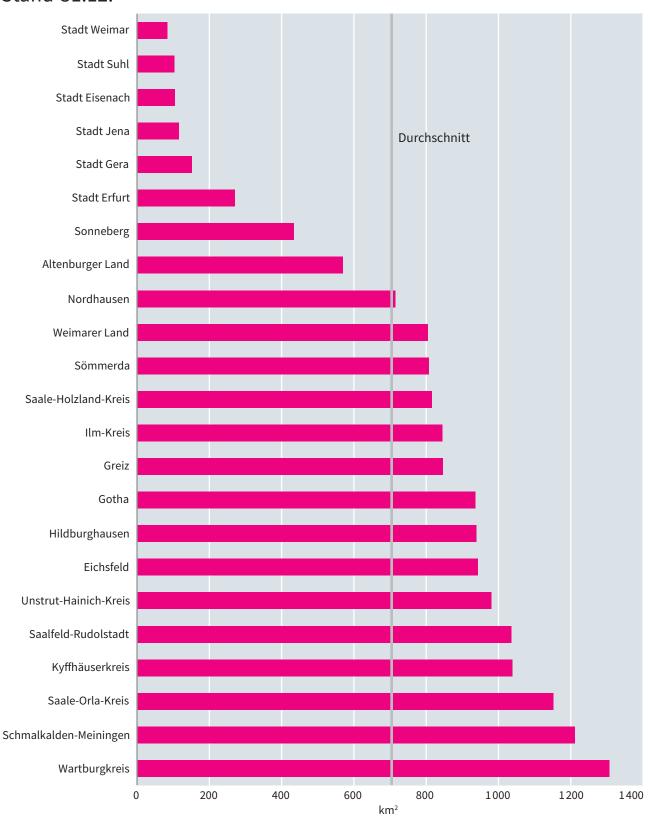
Kreisfreie Stadt Landkreis Land	2010	2014	Ver- änderung	Anteil an Thüringen in Prozent		Position	
			in Prozent	2010	2014	2010	2014
0. 1. 7.6							
Stadt Erfurt	11079	8 835	-20,3	9,5	9,8	1	1
Stadt Gera	6959	5 5 3 5	-20,5	5,9	6,1	4	3
Stadt Jena	4108	3 797	-7,6	3,5	4,2	16	13
Stadt Suhl	2038	1348	-33,9	1,7	1,5	23	22
Stadt Weimar	3 452	2 621	-24,1	2,9	2,9	19	19
Stadt Eisenach	2275	1847	-18,8	1,9	2,0	22	21
Eichsfeld	4716	3 153	-33,1	4,0	3,5	13	17
Nordhausen	5200	4 2 5 6	-18,2	4,4	4,7	12	10
Wartburgkreis	5 4 5 9	4 058	-25,7	4,7	4,5	11	11
Unstrut-Hainich-Kreis	7013	5 745	-18,1	6,0	6,4	3	2
Kyffhäuserkreis	5 989	4 453	-25,6	5,1	4,9	8	8
Schmalkalden-Meiningen	5884	4 022	-31,6	5,0	4,5	9	12
Gotha	6469	5 393	-16,6	5,5	6,0	5	4
Sömmerda	4629	3 444	-25,6	4,0	3,8	14	14
Hildburghausen	2850	1936	-32,1	2,4	2,1	20	20
Ilm-Kreis	5 9 9 5	4498	-25,0	5,1	5,0	7	7
Weimarer Land	3763	2 963	-21,3	3,2	3,3	18	18
Sonneberg	2276	1346	-40,9	1,9	1,5	21	23
Saalfeld-Rudolstadt	6152	4778	-22,3	5,3	5,3	6	6
Saale-Holzland-Kreis	4009	3 175	-20,8	3,4	3,5	17	16
Saale-Orla-Kreis	4132	3 2 3 1	-21,8	3,5	3,6	15	15
Greiz	5604	4396	-21,6	4,8	4,9	10	9
Altenburger Land	7020	5331	-24,1	6,0	5,9	2	5
Thüringen	117069	90 160	-23,0	100,0	100,0	х	х

Arbeitslosenquote*) (Prozent)

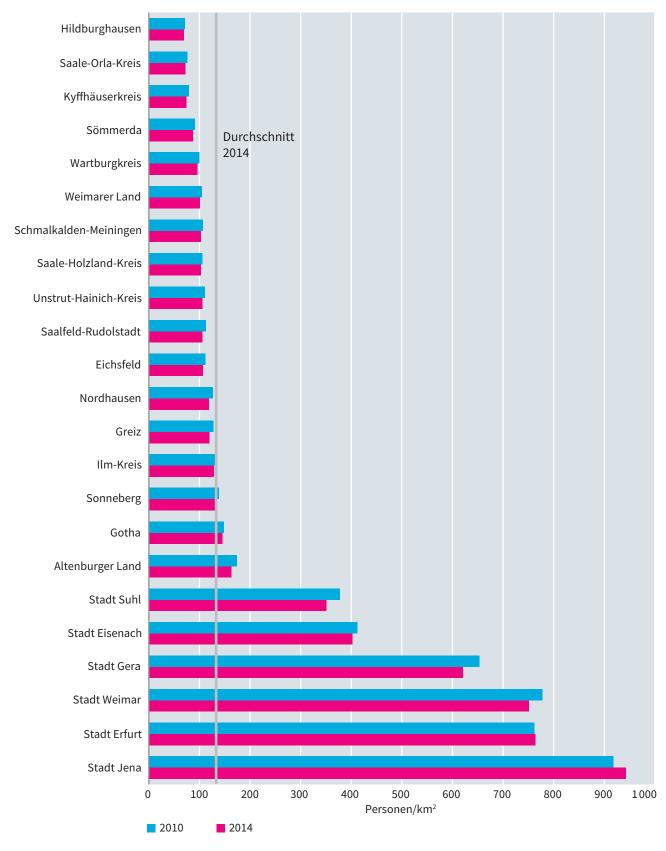
Kreisfreie Stadt Landkreis		Ver- änderung			Position		
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	10,5	8,2	Х	X	Х	8	10
Stadt Gera	13,5	11,2	Х	Х	Х	3	1
Stadt Jena	7,8	7,0	Х	Х	Х	20	15
Stadt Suhl	9,8	7,1	Х	X	Х	13	14
Stadt Weimar	11,2	8,5	Х	X	Х	6	7
Stadt Eisenach	10,4	8,4	Х	Х	Х	9	8
Eichsfeld	8,2	5,6	Х	Х	Х	18	21
Nordhausen	11,4	9,6	Х	Х	Х	5	5
Wartburgkreis	7,4	5,7	Х	Х	Х	21	20
Unstrut-Hainich-Kreis	12,1	10,1	Х	X	Х	4	4
Kyffhäuserkreis	14,0	11,0	Х	X	Х	1	2
Schmalkalden-Meiningen	8,3	5,9	Х	X	Х	17	19
Gotha	8,6	7,3	Х	X	X	14	13
Sömmerda	11,2	8,7	Х	X	X	6	6
Hildburghausen	7,4	5,2	X	X	Х	21	22
Ilm-Kreis	10,1	7,7	X	X	X	10	12
Weimarer Land	8,1	6,5	X	X	Х	19	18
Sonneberg	6,9	4,3	X	X	Х	23	23
Saalfeld-Rudolstadt	10,0	8,0	X	X	X	11	11
Saale-Holzland-Kreis	8,5	6,8	X	X	X	16	17
Saale-Orla-Kreis	8,6	7,0	X	X	X	14	15
Greiz	10,0	8,3	Х	Х	Х	11	9
Altenburger Land	13,6	10,9	Х	Х	Х	2	3
Thüringen	9,8	7,8	х	х	х	х	x

^{*)} bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

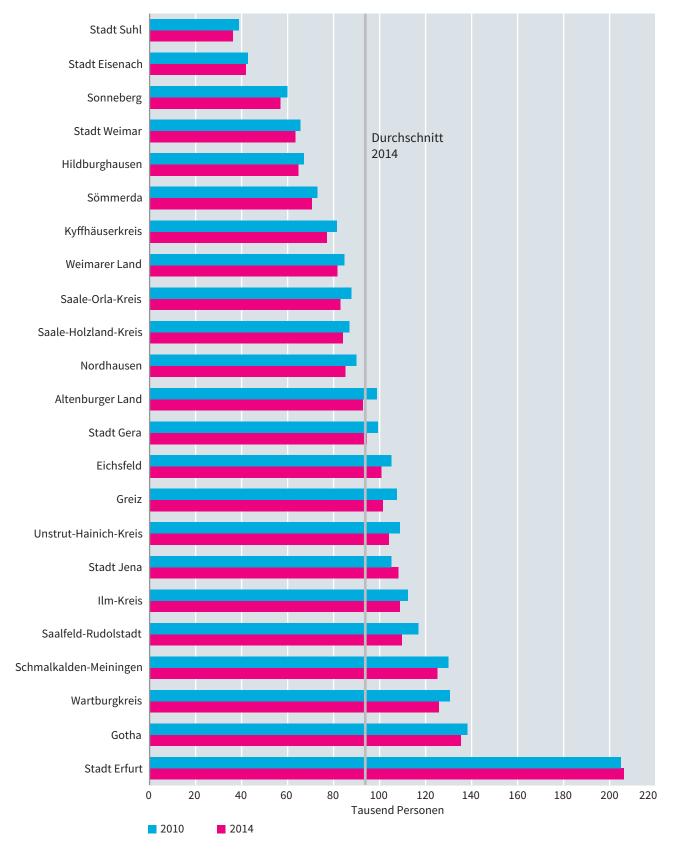
Fläche der Thüringer Kreise 2014 Stand 31.12.



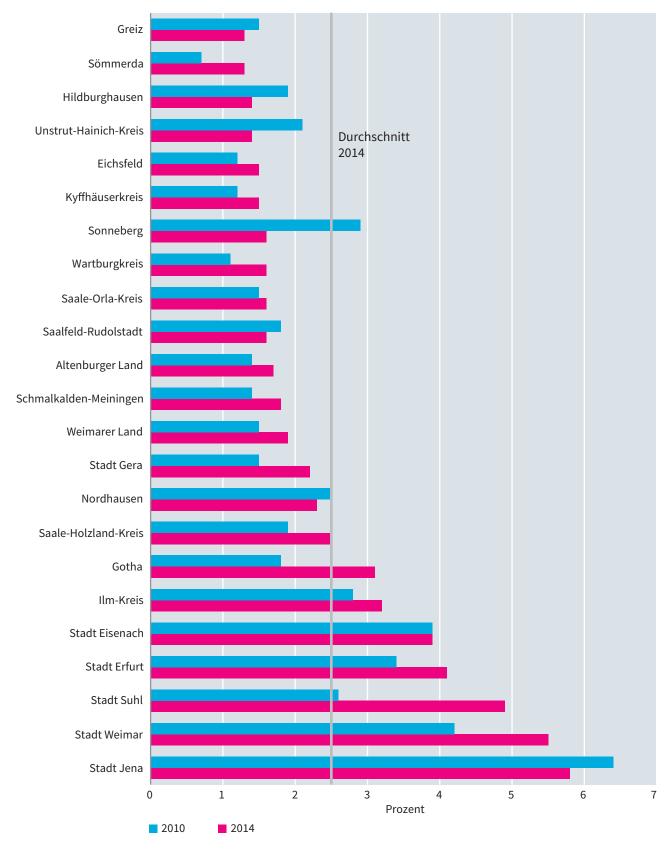
Einwohnerdichte in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.



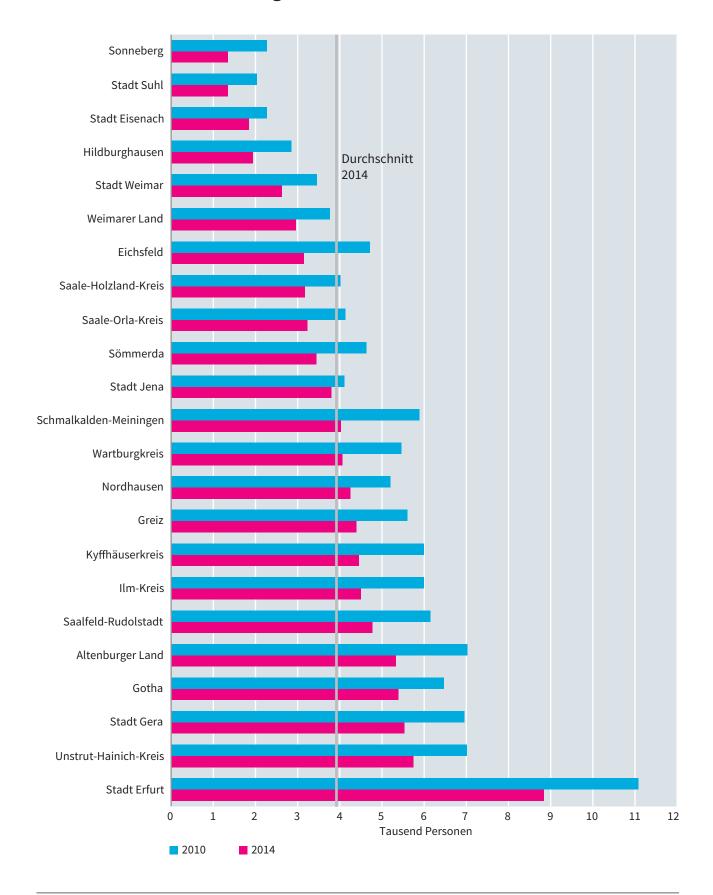
Bevölkerung insgesamt in den Thüringen Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.



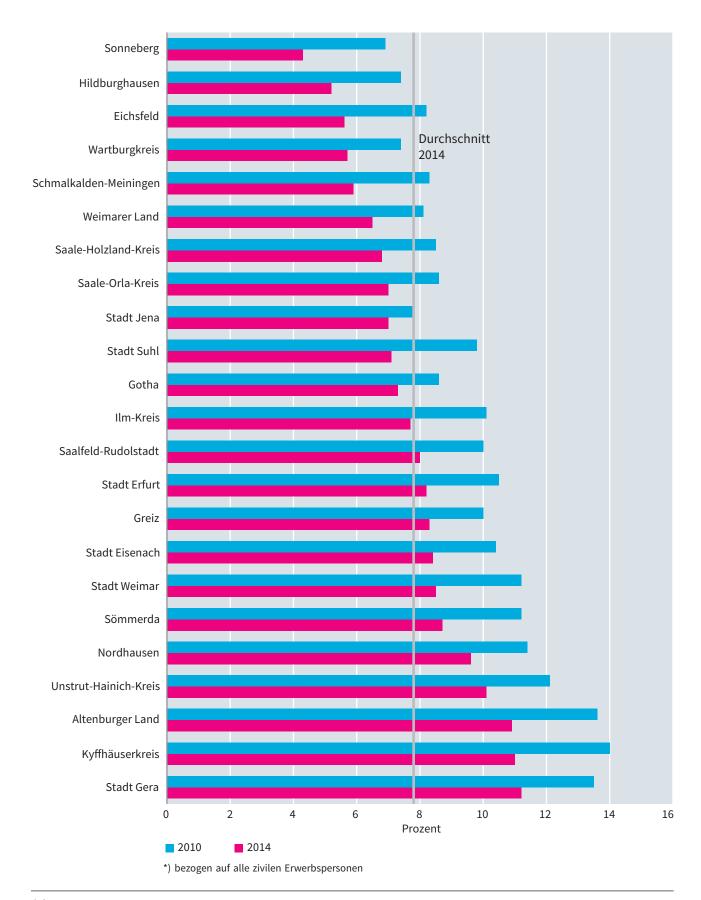
Ausländeranteil in den Thüringen Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.

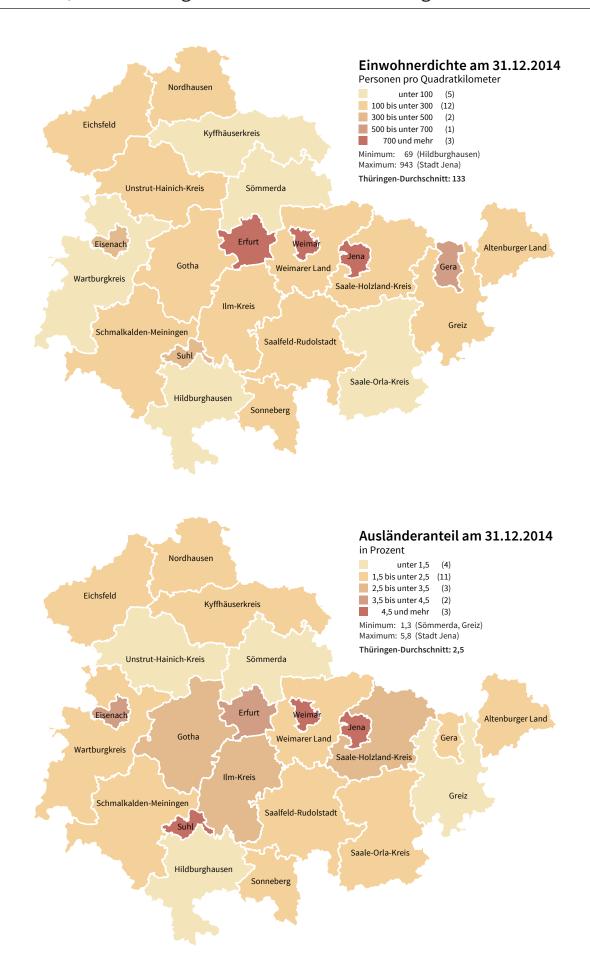


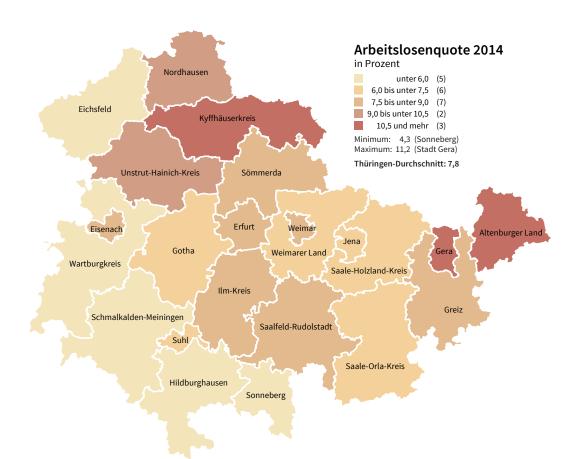
Arbeitslose in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



Arbeitslosenquote*) in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014







Wirtschaft, Gewerbeanzeigen und Insolvenzen

Tabellen	19
Grafiken	29
Karten	45

Bruttoinlandsprodukt (Mill. Euro)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2013	Ver- änderung		Thüringen ozent	Posi	ition
Land			in Prozent	2010	2013	2010	2013
C. 11.5.6.1	6.400	7001	11.0	10.5	10.7		
Stadt Erfurt	6 489	7 201	11,0	13,5	13,7	1	1
Stadt Gera	2 2 9 0	2 3 3 8	2,1	4,8	4,4	8	8
Stadt Jena	3 2 7 4	3714	13,4	6,8	7,1	2	2
Stadt Suhl	956	996	4,3	2,0	1,9	23	23
Stadt Weimar	1 625	1786	9,9	3,4	3,4	15	14
Stadt Eisenach	1213	1310	8,0	2,5	2,5	21	22
Eichsfeld	1909	2 2 3 1	16,9	4,0	4,2	11	9
Nordhausen	1664	1872	12,5	3,5	3,6	14	13
Wartburgkreis	2 638	2864	8,5	5,5	5,4	5	5
Unstrut-Hainich-Kreis	2 0 5 0	2211	7,9	4,3	4,2	9	10
Kyffhäuserkreis	1344	1421	5,8	2,8	2,7	18	20
Schmalkalden-Meiningen	2737	2908	6,2	5,7	5,5	4	4
Gotha	2895	3 2 1 5	11,0	6,0	6,1	3	3
Sömmerda	1244	1479	18,9	2,6	2,8	20	18
Hildburghausen	1212	1311	8,2	2,5	2,5	22	21
Ilm-Kreis	2 459	2 437	-0,9	5,1	4,6	6	7
Weimarer Land	1584	1765	11,4	3,3	3,4	17	16
Sonneberg	1283	1 447	12,8	2,7	2,8	19	19
Saalfeld-Rudolstadt	2 2 9 6	2 587	12,6	4,8	4,9	7	6
Saale-Holzland-Kreis	1611	1777	10,3	3,3	3,4	16	15
Saale-Orla-Kreis	1916	2 0 6 8	7,9	4,0	3,9	10	11
Greiz	1824	1944	6,6	3,8	3,7	12	12
Altenburger Land	1682	1712	1,8	3,5	3,3	13	17
Thüringen	48 195	52 593	9,1	100,0	100,0	х	х

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (Euro)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2013	Ver- änderung		Thüringen ozent	Posi	tion
Land			in Prozent	2010	2013	2010	2013
Stadt Erfurt	46 173	51183	10,9	Х	Х	11	7
Stadt Gera	42 263	45 496	7,6	Х	Х	23	22
Stadt Jena	51496	55 963	8,7	Х	Х	1	1
Stadt Suhl	43 459	45 176	4,0	Х	Х	19	23
Stadt Weimar	47 303	52 134	10,2	Х	Х	5	5
Stadt Eisenach	42315	46345	9,5	X	X	22	20
Eichsfeld	42723	48 648	13,9	X	Х	21	15
Nordhausen	42820	48 383	13,0	X	X	20	17
Wartburgkreis	50 125	54883	9,5	X	X	2	2
Unstrut-Hainich-Kreis	45 076	47746	5,9	X	Х	14	19
Kyffhäuserkreis	44 058	48 5 2 4	10,1	Х	Х	18	16
Schmalkalden-Meiningen	46 656	49 032	5,1	Х	Х	6	13
Gotha	46 059	50743	10,2	Х	Х	12	10
Sömmerda	44 873	50852	13,3	Х	Х	15	8
Hildburghausen	46 203	49793	7,8	Х	Х	10	12
Ilm-Kreis	49891	48315	-3,2	Х	Х	3	18
Weimarer Land	47787	54320	13,7	Х	Х	4	3
Sonneberg	46535	51909	11,5	Х	Х	7	6
Saalfeld-Rudolstadt	46015	52 573	14,3	Х	Х	13	4
Saale-Holzland-Kreis	44216	49887	12,8	Х	Х	17	11
Saale-Orla-Kreis	46352	50788	9,6	Х	Х	8	9
Greiz	46339	48802	5,3	Х	х	9	14
Altenburger Land	44774	46212	3,2	Х	Х	16	21
Thüringen	46 096	50 249	9,0	х	х	х	х

Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Pos	tion
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
CL N. F. C.	0.0	7.	100	4.0	4.0	10	10
Stadt Erfurt	83	74	-10,8	4,6	4,2	10	13
Stadt Gera	43	41	-4,7	2,4	2,3	19	20
Stadt Jena	79	75	-5,1	4,3	4,2	12	12
Stadt Suhl	22	26	18,2	1,2	1,5	21	21
Stadt Weimar	22	21	-4,5	1,2	1,2	21	23
Stadt Eisenach	20	22	10,0	1,1	1,2	23	22
T:-b-f-1d	100	0.5	10.4	г о	F 4	C	6
Eichsfeld	106	95	-10,4	5,8	5,4	6	6
Nordhausen	58	57	-1,7	3,2	3,2	16	17
Wartburgkreis	147	142	-3,4	8,1	8,0	2	2
Unstrut-Hainich-Kreis	76	85	11,8	4,2	4,8	14	10
Kyffhäuserkreis	41	45	9,8	2,3	2,5	20	19
Schmalkalden-Meiningen	148	147	-0,7	8,1	8,3	1	1
Gotha	115	114	-0,9	6,3	6,4	4	4
Sömmerda	53	58	9,4	2,9	3,3	18	16
Hildburghausen	71	72	1,4	3,9	4,1	15	14
Ilm-Kreis	123	116	-5,7	6,8	6,5	3	3
Weimarer Land	58	54	-6,9	3,2	3,0	16	18
Sonneberg	82	82	-	4,5	4,6	11	11
Saalfeld-Rudolstadt	112	106	-5,4	6,2	6,0	5	5
Saale-Holzland-Kreis	92	90	-2,2	5,1	5,1	8	8
Saale-Orla-Kreis	102	94	-7,8	5,6	5,3	7	7
Greiz	85	87	2,4	4,7	4,9	9	9
Altenburger Land	79	72	-8,9	4,3	4,1	12	14
Thüringen	1817	1775	-2,3	100,0	100,0	х	x

Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Personen)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Pos	tion
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	7701	6 137	-20,3	4,9	3,6	8	16
Stadt Gera	3 3 6 1	3 390	0,9	2,1	2,0	21	21
Stadt Jena	7 671	8 3 7 3	9,2	4,9	5,0	9	8
Stadt Suhl	1531	2 0 6 8	35,1	1,0	1,2	23	22
Stadt Weimar	1786	1798	0,7	1,1	1,1	22	23
Stadt Eisenach	5 848	6 0 5 6	3,6	3,7	3,6	14	17
Eichsfeld	8 3 3 6	8 501	2,0	5,3	5,0	7	7
Nordhausen	5 3 4 9	6 0 3 4	12,8	3,4	3,6	17	18
Wartburgkreis	13910	14 178	1,9	8,9	8,4	1	1
Unstrut-Hainich-Kreis	5811	6647	14,4	3,7	3,9	15	12
Kyffhäuserkreis	3755	4 457	18,7	2,4	2,6	20	19
Schmalkalden-Meiningen	10 805	12 269	13,5	6,9	7,3	4	3
Gotha	11 172	12 766	14,3	7,1	7,5 7,6	2	2
Sömmerda	4888	6 6 5 9	36,2	3,1	4,0	18	11
Hildburghausen	5 3 9 3	6 2 3 2	15,6	3,4	3,7	16	15
Ilm-Kreis	10 083	11 023	9,3	6,4	5, <i>1</i> 6,5	5	4
Weimarer Land	4 402	4401	-0,0	2,8	2,6	19	20
Sonneberg	6 695	7328				19	9
Saalfeld-Rudolstadt	9 227	9618	9,5	4,3	4,3	6	6
Saale-Holzland-Kreis	5 9 6 3	6347	4,2	5,9	5,7	13	-
			6,4	3,8	3,8	13 3	14
Saale-Orla-Kreis	10 853	10 975	1,1	6,9	6,5	_	5
Greiz	5 9 6 8	6523	9,3	3,8	3,9	12	13
Altenburger Land	6 5 3 5	6747	3,2	4,2	4,0	11	10
Thüringen	157 043	168 527	7,3	100,0	100,0	х	х

Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Mill. Euro)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung	Anteil an Thüringen in Prozent		Pos	ition
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	1755	1205	-31,4	6,1	3,8	7	11
Stadt Gera	434	478	10,2	1,5	1,5	21	21
Stadt Jena	1589	1533	-3,5	5,5	4,8	9	8
Stadt Suhl	188	351	86,8	0,6	1,1	23	22
Stadt Weimar	419	320	-23,7	1,4	1,0	22	23
Stadt Eisenach	2114	2070	-2,0	7,3	6,5	4	5
Eichsfeld	1211	1323	9,3	4,2	4,1	10	10
Nordhausen	918	1138	23,9	3,2	3,5	16	14
Wartburgkreis	2177	2662	22,3	7,5	8,3	3	2
Unstrut-Hainich-Kreis	926	1166	25,9	3,2	3,6	15	13
Kyffhäuserkreis	552	806	46,0	1,9	2,5	20	19
Schmalkalden-Meiningen	1754	2 1 2 5	21,2	6,0	6,6	8	4
Gotha	2440	2596	6,4	8,4	8,1	1	3
Sömmerda	723	1107	53,2	2,5	3,5	19	15
Hildburghausen	960	1174	22,2	3,3	3,7	13	12
Ilm-Kreis	2344	2714	15,8	8,1	8,5	2	1
Weimarer Land	771	803	4,2	2,7	2,5	18	20
Sonneberg	957	1079	12,8	3,3	3,4	14	17
Saalfeld-Rudolstadt	1835	1960	6,8	6,3	6,1	6	6
Saale-Holzland-Kreis	966	1097	13,5	3,3	3,4	12	16
Saale-Orla-Kreis	1878	1953	4,0	6,5	6,1	5	7
Greiz	903	1015	12,4	3,1	3,2	17	18
Altenburger Land	1188	1381	16,2	4,1	4,3	11	9
Thüringen	29 001	32 054	10,5	100,0	100,0	х	х

Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Prozent)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Posi	tion
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	27,3	24,7	X	Х	Х	9	18
Stadt Gera	16,9	26,3	X	Х	Х	19	16
Stadt Jena	45,4	57,2	X	Х	Х	2	1
Stadt Suhl	21,4	27,5	X	Х	Х	14	14
Stadt Weimar	51,0	32,6	X	Х	Х	1	7
Stadt Eisenach		32,5	X	X	X		8
Eichsfeld	22,8	27,1	X	Х	Х	12	15
Nordhausen	14,9	20,6	X	Х	Х	21	22
Wartburgkreis	26,7	29,6	X	Х	X	11	10
Unstrut-Hainich-Kreis	21,2	29,4	X	Х	Х	16	11
Kyffhäuserkreis	34,1	37,7	Х	Х	Х	5	3
Schmalkalden-Meiningen	18,0	21,5	X	Х	Х	18	21
Gotha	30,8	28,1	X	Х	Х	7	13
Sömmerda		25,1	X	Х	Х		17
Hildburghausen	18,6	23,4	X	Х	Х	17	20
Ilm-Kreis	32,2	38,1	Х	Х	Х	6	2
Weimarer Land	21,5	30,3	Х	Х	Х	13	9
Sonneberg	36,0	37,5	Х	Х	Х	4	5
Saalfeld-Rudolstadt	41,5	37,6	Х	Х	Х	3	4
Saale-Holzland-Kreis	21,3	23,9	Х	Х	Х	15	19
Saale-Orla-Kreis	30,7	32,7	Х	Х	Х	8	6
Greiz	27,3	29,2	Х	Х	Х	9	12
Altenburger Land	16,5	18,9	Х	Х	Х	20	23
Thüringen	29,5	30,6	х	х	х	х	х

Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Euro)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Posi	tion
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
0. 1. 7.6.							
Stadt Erfurt	227897	196310	-13,9	Х	Х	4	6
Stadt Gera	129 029	140 997	9,3	Х	Х	22	23
Stadt Jena	207 157	183 100	-11,6	Х	Х	6	10
Stadt Suhl	122 648	169 649	38,3	Х	Х	23	18
Stadt Weimar	234711	177794	-24,2	Х	Х	2	14
Stadt Eisenach	361414	341877	-5,4	Х	Х	1	1
Eichsfeld	145 222	155 612	7,2	Х	Х	20	20
Nordhausen	171 660	188561	9,8	Х	Х	12	7
Wartburgkreis	156478	187743	20,0	Х	Х	16	9
Unstrut-Hainich-Kreis	159 369	175 396	10,1	Х	Х	15	15
Kyffhäuserkreis	147 059	180854	23,0	X	X	19	12
Schmalkalden-Meiningen	162 296	173216	6,7	X	Х	13	16
Gotha	218387	203 329	-6,9	Х	Х	5	5
Sömmerda	147836	166301	12,5	Х	Х	18	19
Hildburghausen	178 045	188320	5,8	Х	Х	9	8
Ilm-Kreis	232426	246201	5,9	Х	Х	3	2
Weimarer Land	175 122	182512	4,2	Х	Х	10	11
Sonneberg	142868	147213	3,0	Х	Х	21	22
Saalfeld-Rudolstadt	198867	203734	2,4	Х	х	7	4
Saale-Holzland-Kreis	162 039	172 799	6,6	Х	Х	14	17
Saale-Orla-Kreis	173 079	177922	2,8	Х	Х	11	13
Greiz	151355	155 585	2,8	Х	Х	17	21
Altenburger Land	181859	204757	12,6	Х	Х	8	3
Thüringen	184666	190 202	3,0	x	x	х	х

Betriebe im Baugewerbe (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Posi	ition
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	64	62	-3,1	11,2	10,9	1	1
Stadt Gera	13	15	15,4	2,3	2,6	20	17
Stadt Jena	16	15	-6,3	2,8	2,6	18	17
Stadt Suhl	12	12	-	2,1	2,1	21	21
Stadt Weimar	19	15	-21,1	3,3	2,6	17	17
Stadt Eisenach	12	11	-8,3	2,1	1,9	21	22
Eichsfeld	32	31	-3,1	5,6	5,4	4	5
Nordhausen	24	23	-4,2	4,2	4,0	11	13
Wartburgkreis	23	22	-4,3	4,0	3,9	13	14
Unstrut-Hainich-Kreis	30	31	3,3	5,2	5,4	6	5
Kyffhäuserkreis	20	18	-10,0	3,5	3,2	15	16
Schmalkalden-Meiningen	33	31	-6,1	5,8	5,4	3	5
Gotha	44	36	-18,2	7,7	6,3	2	2
Sömmerda	20	19	-5,0	3,5	3,3	15	15
Hildburghausen	16	14	-12,5	2,8	2,5	18	20
Ilm-Kreis	22	30	36,4	3,8	5,3	14	8
Weimarer Land	24	25	4,2	4,2	4,4	11	12
Sonneberg	11	8	-27,3	1,9	1,4	23	23
Saalfeld-Rudolstadt	26	27	3,8	4,5	4,7	9	11
Saale-Holzland-Kreis	31	29	-6,5	5,4	5,1	5	10
Saale-Orla-Kreis	30	32	6,7	5,2	5,6	6	4
Greiz	28	34	21,4	4,9	6,0	8	3
Altenburger Land	26	30	15,4	4,5	5,3	9	8
Thüringen	572	569	-0,5	100,0	100,0	х	х

Beschäftigte im Baugewerbe (Personen)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Pos	ition
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	2896	2753	-4,9	11,9	11,4	1	1
Stadt Gera	334	363	8,7	1,4	1,5	23	23
Stadt Jena	1053	1165	10,6	4,3	4,8	12	9
Stadt Suhl	516	595	15,3	2,1	2,5	21	19
Stadt Weimar	683	521	-23,7	2,8	2,2	19	20
Stadt Eisenach	691	500	-27,6	2,8	2,1	18	21
Eichsfeld	1296	1203	-7,2	5,3	5,0	4	8
Nordhausen	888	953	7,3	3,6	3,9	14	13
Wartburgkreis	1100	1133	3,0	4,5	4,7	10	10
Unstrut-Hainich-Kreis	1194	1332	11,6	4,9	5,5	6	6
Kyffhäuserkreis	787	738	-6,2	3,2	3,1	17	17
Schmalkalden-Meiningen	1161	1216	4,7	4,8	5,0	7	7
Gotha	2024	1617	-20,1	8,3	6,7	2	2
Sömmerda	976	879	-9,9	4,0	3,6	13	16
Hildburghausen	588	659	12,1	2,4	2,7	20	18
Ilm-Kreis	861	1019	18,4	3,5	4,2	15	12
Weimarer Land	1255	1410	12,4	5,1	5,8	5	4
Sonneberg	473	371	-21,6	1,9	1,5	22	22
Saalfeld-Rudolstadt	852	935	9,7	3,5	3,9	16	15
Saale-Holzland-Kreis	1152	1037	-10,0	4,7	4,3	8	11
Saale-Orla-Kreis	1131	1341	18,6	4,6	5,5	9	5
Greiz	1390	1495	7,6	5,7	6,2	3	3
Altenburger Land	1090	936	-14,1	4,5	3,9	11	14
Thüringen	24390	24 165	-0,9	100,0	100,0	х	х

Umsatz im Baugewerbe (Mill. Euro)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Posi	tion
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
CL N. F. C.	400	40.0		45.7	10.0		
Stadt Erfurt	423	426	0,8	15,7	13,8	1	1
Stadt Gera	34	37	7,6	1,3	1,2	23	22
Stadt Jena	156	189	21,0	5,8	6,1	3	3
Stadt Suhl	59	67	13,8	2,2	2,2	21	19
Stadt Weimar	83	66	-20,3	3,1	2,1	16	20
Stadt Eisenach	79	47	-40,6	2,9	1,5	18	21
Eichsfeld	132	170	28,2	4,9	5,5	7	5
Nordhausen	97	140	43,9	3,6	4,5	14	11
Wartburgkreis	121	146	20,8	4,5	4,7	8	10
Unstrut-Hainich-Kreis	113	131	15,9	4,2	4,2	11	13
Kyffhäuserkreis	80	86	7,9	3,0	2,8	17	17
Schmalkalden-Meiningen	145	154	6,0	5,4	5,0	4	7
Gotha	173	189	8,7	6,4	6,1	2	2
Sömmerda	107	110	2,4	4,0	3,6	13	16
Hildburghausen	61	73	18,9	2,3	2,3	20	18
Ilm-Kreis	96	121	25,3	3,6	3,9	15	15
Weimarer Land	137	167	21,9	5,1	5,4	5	6
Sonneberg	43	35	-19,4	1,6	1,1	22	23
Saalfeld-Rudolstadt	78	150	92,4	2,9	4,9	19	8
Saale-Holzland-Kreis	110	125	13,2	4,1	4,0	12	14
Saale-Orla-Kreis	118	149	26,9	4,4	4,8	9	9
Greiz	135	179	32,9	5,0	5,8	6	4
Altenburger Land	116	132	13,8	4,3	4,3	10	12
Thüringen	2 697	3 087	14,4	100,0	100,0	х	х

Umsatz je Beschäftigten im Baugewerbe (Euro)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Posi	tion
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
0. 1. 7.6.						_	
Stadt Erfurt	146 055	154 831	6,0	Х	Х	2	3
Stadt Gera	102 982	101997	-1,0	Х	Х	15	20
Stadt Jena	148 008	161841	9,3	Х	Х	1	1
Stadt Suhl	114419	112956	-1,3	Х	Х	6	17
Stadt Weimar	121 310	126816	4,5	Х	Х	4	8
Stadt Eisenach	114 679	94 104	-17,9	Х	Х	5	23
Eichsfeld	102 135	141 076	38,1	Х	Х	16	6
Nordhausen	109 413	146 733	34,1	Х	Х	10	4
Wartburgkreis	109 605	128 522	17,3	Х	Х	9	7
Unstrut-Hainich-Kreis	94601	98 276	3,9	Х	Х	20	21
Kyffhäuserkreis	101841	117 141	15,0	Х	X	17	15
Schmalkalden-Meiningen	124 983	126 487	1,2	Х	Х	3	9
Gotha	85 683	116 609	36,1	X	X	23	16
Sömmerda	109881	124 969	13,7	X	X	8	10
Hildburghausen	103 753	110 056	6,1	X	X	14	19
Ilm-Kreis	111732	118319	5,9	X	X	7	13
Weimarer Land	108 884	118 160	8,5	X	X	11	14
Sonneberg	91820	94 334	2,7	Х	Х	21	22
Saalfeld-Rudolstadt	91378	160 188	75,3	Х	Х	22	2
Saale-Holzland-Kreis	95 534	120 116	25,7	Х	Х	19	11
Saale-Orla-Kreis	103 981	111318	7,1	Х	Х	13	18
Greiz	97 145	120 043	23,6	Х	Х	18	12
Altenburger Land	106 661	141 369	32,5	Х	Х	12	5
Thüringen	110 595	127746	15,5	х	х	х	х

Baugenehmigungen (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung	Anteil an in Pro		Pos	ition
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	272	347	27,6	6,1	7,4	6	1
Stadt Gera	109	153	40,4	2,5	3,2	19	15
Stadt Jena	311	316	1,6	7,0	6,7	1	3
Stadt Suhl	54	70	29,6	1,2	1,5	22	22
Stadt Weimar	115	119	3,5	2,6	2,5	18	20
Stadt Eisenach	52	61	17,3	1,2	1,3	23	23
Eichsfeld	273	283	3,7	6,2	6,0	5	6
Nordhausen	215	206	-4,2	4,8	4,4	10	12
Wartburgkreis	277	301	8,7	6,2	6,4	4	4
Unstrut-Hainich-Kreis	303	273	-9,9	6,8	5,8	2	7
Kyffhäuserkreis	192	147	-23,4	4,3	3,1	13	18
Schmalkalden-Meiningen	251	263	4,8	5,7	5,6	8	8
Gotha	296	323	9,1	6,7	6,8	3	2
Sömmerda	195	207	6,2	4,4	4,4	12	11
Hildburghausen	100	146	46,0	2,3	3,1	20	19
Ilm-Kreis	244	251	2,9	5,5	5,3	9	9
Weimarer Land	205	288	40,5	4,6	6,1	11	5
Sonneberg	96	102	6,3	2,2	2,2	21	21
Saalfeld-Rudolstadt	156	149	-4,5	3,5	3,2	16	17
Saale-Holzland-Kreis	126	166	31,7	2,8	3,5	17	13
Saale-Orla-Kreis	163	152	-6,7	3,7	3,2	15	16
Greiz	255	237	-7,1	5,7	5,0	7	10
Altenburger Land	178	159	-10,7	4,0	3,4	14	14
Thüringen	4438	4719	6,3	100,0	100,0	х	х

Gewerbeanmeldungen (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung	Anteil an in Pro	Thüringen ozent	Pos	ition
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Carda Enforce	2226	1 776	20.6	12.0	12.0		,
Stadt Erfurt	2236	1776	-20,6	13,0	13,9	1	1
Stadt Gera	883	601	-31,9	5,1	4,7	5	6 2
Stadt Jena Stadt Suhl	918	777	-15,4	5,4	6,1	4	23
	294	263	-10,5	1,7	2,1	23	
Stadt Weimar	610	434	-28,9	3,6	3,4	16	16
Stadt Eisenach	361	281	-22,2	2,1	2,2	21	22
Eichsfeld	783	569	-27,3	4,6	4,5	8	9
Nordhausen	576	529	-8,2	3,4	4,1	17	12
Wartburgkreis	734	579	-21,1	4,3	4,5	11	8
Unstrut-Hainich-Kreis	754	538	-28,6	4,4	4,2	10	11
Kyffhäuserkreis	529	355	-32,9	3,1	2,8	18	18
Schmalkalden-Meiningen	1039	747	-28,1	6,1	5,9	2	3
Gotha	1031	724	-29,8	6,0	5,7	3	4
Sömmerda	523	331	-36,7	3,0	2,6	19	19
Hildburghausen	354	309	-12,7	2,1	2,4	22	21
Ilm-Kreis	870	651	-25,2	5,1	5,1	6	5
Weimarer Land	692	517	-25,3	4,0	4,0	12	13
Sonneberg	420	330	-21,4	2,4	2,6	20	20
Saalfeld-Rudolstadt	776	595	-23,3	4,5	4,7	9	7
Saale-Holzland-Kreis	670	460	-31,3	3,9	3,6	13	14
Saale-Orla-Kreis	627	457	-27,1	3,7	3,6	15	15
Greiz	812	552	-32,0	4,7	4,3	7	10
Altenburger Land	666	391	-41,3	3,9	3,1	14	17
Thüringen	17 158	12766	-25,6	100,0	100,0	х	х

Gewerbeabmeldungen (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung	Anteil an in Pro	Thüringen ozent	Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	1992	1929	-3,2	12,0	12,8	1	1
Stadt Gera	839	813	-3,1	5,0	5,4	7	5
Stadt Jena	928	816	-12,1	5,6	5,4	4	4
Stadt Suhl	327	358	9,5	2,0	2,4	23	22
Stadt Weimar	540	626	15,9	3,2	4,2	16	11
Stadt Eisenach	411	307	-25,3	2,5	2,0	21	23
Eichsfeld	676	625	-7,5	4,1	4,2	12	12
Nordhausen	523	536	2,5	3,1	3,6	17	15
Wartburgkreis	633	683	7,9	3,8	4,5	14	8
Unstrut-Hainich-Kreis	691	646	-6,5	4,2	4,3	11	10
Kyffhäuserkreis	476	426	-10,5	2,9	2,8	20	18
Schmalkalden-Meiningen	1075	894	-16,8	6,5	6,0	2	2
Gotha	1010	820	-18,8	6,1	5,5	3	3
Sömmerda	478	412	-13,8	2,9	2,7	19	20
Hildburghausen	395	363	-8,1	2,4	2,4	22	21
Ilm-Kreis	843	787	-6,6	5,1	5,2	6	6
Weimarer Land	643	585	-9,0	3,9	3,9	13	13
Sonneberg	484	419	-13,4	2,9	2,8	18	19
Saalfeld-Rudolstadt	831	733	-11,8	5,0	4,9	8	7
Saale-Holzland-Kreis	708	519	-26,7	4,3	3,5	10	17
Saale-Orla-Kreis	548	538	-1,8	3,3	3,6	15	14
Greiz	864	652	-24,5	5,2	4,3	5	9
Altenburger Land	725	527	-27,3	4,4	3,5	9	16
Thüringen	16640	15014	-9,8	100,0	100,0	х	x

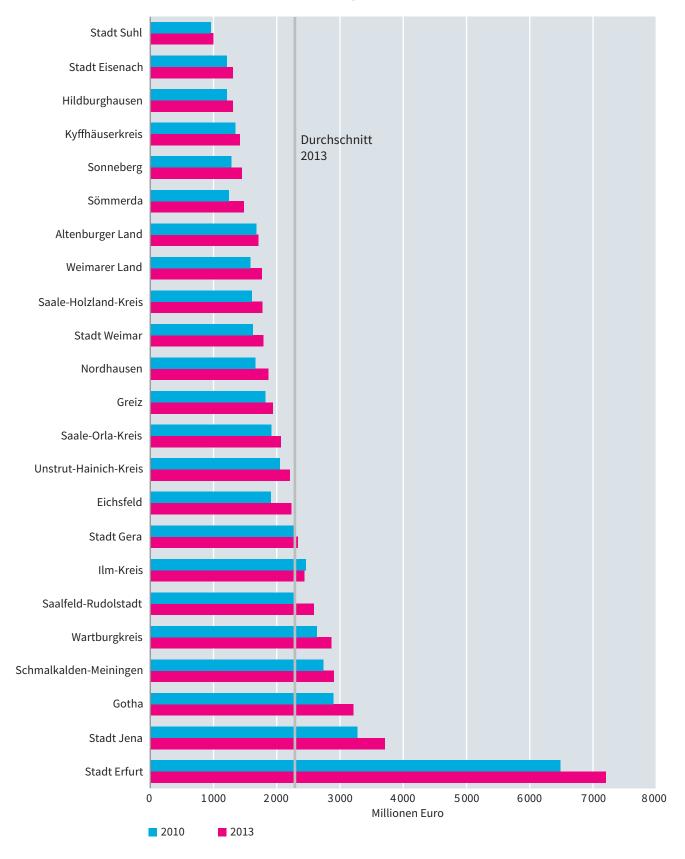
Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Posi	tion
Land			in Prozent	2010	2014	2005	2013
Stadt Erfurt	89	109	22,5	Х	Х	19	20
Stadt Gera	95	135	42,1	Х	Х	13	3
Stadt Jena	101	105	4,0	Х	Х	10	22
Stadt Suhl	111	136	22,5	Х	Х	4	2
Stadt Weimar	89	144	61,8	Х	Х	19	1
Stadt Eisenach	114	109	-4,4	Х	Х	2	20
Eichsfeld	86	110	27,9	Х	Х	22	19
Nordhausen	91	101	11,0	Х	Х	16	23
Wartburgkreis	86	118	37,2	Х	X	22	12
Unstrut-Hainich-Kreis	92	120	30,4	Х	X	15	9
Kyffhäuserkreis	90	120	33,3	Х	Х	18	9
Schmalkalden-Meiningen	103	120	16,5	Х	Х	9	9
Gotha	98	113	15,3	Х	Х	11	16
Sömmerda	91	124	36,3	Х	Х	16	6
Hildburghausen	112	117	4,5	Х	Х	3	15
Ilm-Kreis	97	121	24,7	Х	Х	12	8
Weimarer Land	93	113	21,5	Х	Х	14	16
Sonneberg	115	127	10,4	Х	Х	1	5
Saalfeld-Rudolstadt	107	123	15,0	Х	Х	6	7
Saale-Holzland-Kreis	106	113	6,6	Х	Х	7	16
Saale-Orla-Kreis	87	118	35,6	Х	Х	21	12
Greiz	106	118	11,3	Х	Х	7	12
Altenburger Land	109	135	23,9	Х	Х	5	3
Thüringen	97	118	21,6	х	х	х	х

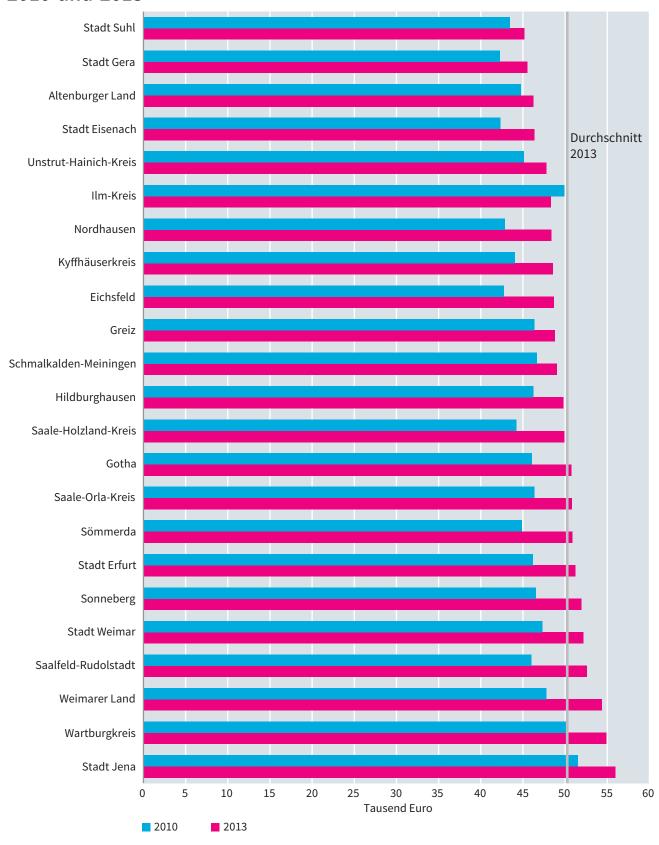
Insolvenzen (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung in Prozent		Thüringen ozent	Pos	ition
Land				2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	497	374	-24,7	11,8	12,4	1	1
Stadt Gera	247	140	-43,3	5,9	4,6	3	8
Stadt Jena	180	96	-46,7	4,3	3,2	9	18
Stadt Suhl	88	66	-25,0	2,1	2,2	23	23
Stadt Weimar	122	86	-29,5	2,9	2,8	19	19
Stadt Eisenach	106	74	-30,2	2,5	2,4	22	22
Eichsfeld	170	163	-4,1	4,0	5,4	12	3
Nordhausen	163	128	-21,5	3,9	4,2	14	12
Wartburgkreis	213	132	-38,0	5,1	4,4	5	11
Unstrut-Hainich-Kreis	168	144	-14,3	4,0	4,8	13	6
Kyffhäuserkreis	130	104	-20,0	3,1	3,4	17	16
Schmalkalden-Meiningen	246	127	-48,4	5,9	4,2	4	13
Gotha	290	175	-39,7	6,9	5,8	2	2
Sömmerda	139	82	-41,0	3,3	2,7	16	21
Hildburghausen	118	97	-17,8	2,8	3,2	20	17
Ilm-Kreis	152	157	3,3	3,6	5,2	15	4
Weimarer Land	183	135	-26,2	4,4	4,5	8	10
Sonneberg	178	115	-35,4	4,2	3,8	10	14
Saalfeld-Rudolstadt	171	143	-16,4	4,1	4,7	11	7
Saale-Holzland-Kreis	110	85	-22,7	2,6	2,8	21	20
Saale-Orla-Kreis	126	107	-15,1	3,0	3,5	18	15
Greiz	206	137	-33,5	4,9	4,5	6	9
Altenburger Land	197	152	-22,8	4,7	5,0	7	5
Thüringen	4200	3 028	-27,9	100,0	100,0	х	х

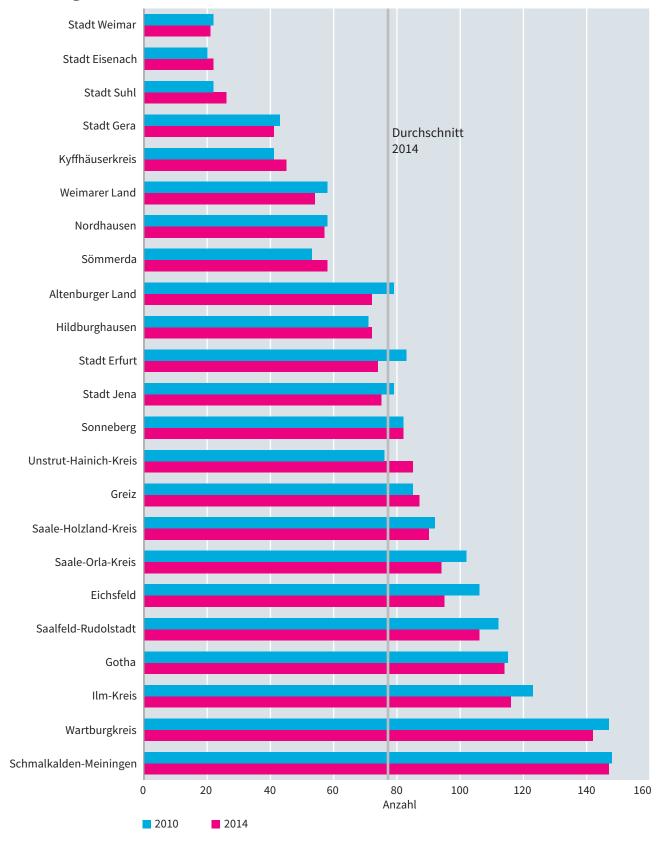
Bruttoinlandsprodukt in den Thüringer Kreisen 2010 und 2013



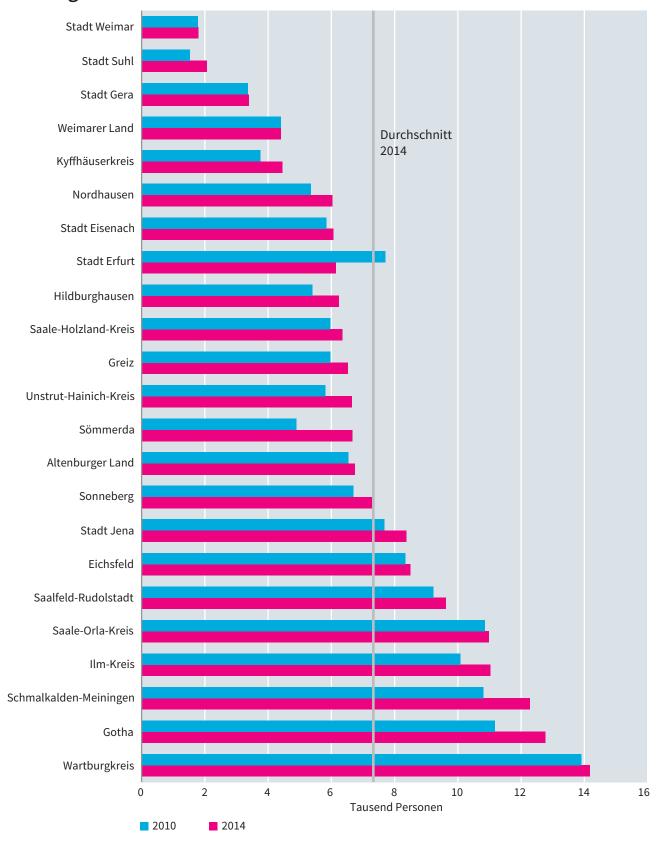
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den Thüringer Kreisen 2010 und 2013



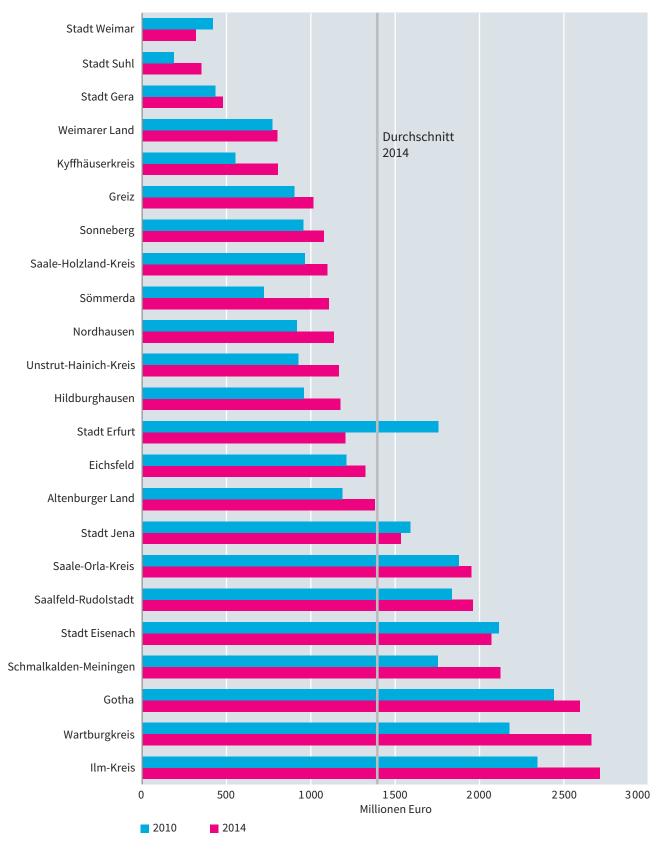
Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



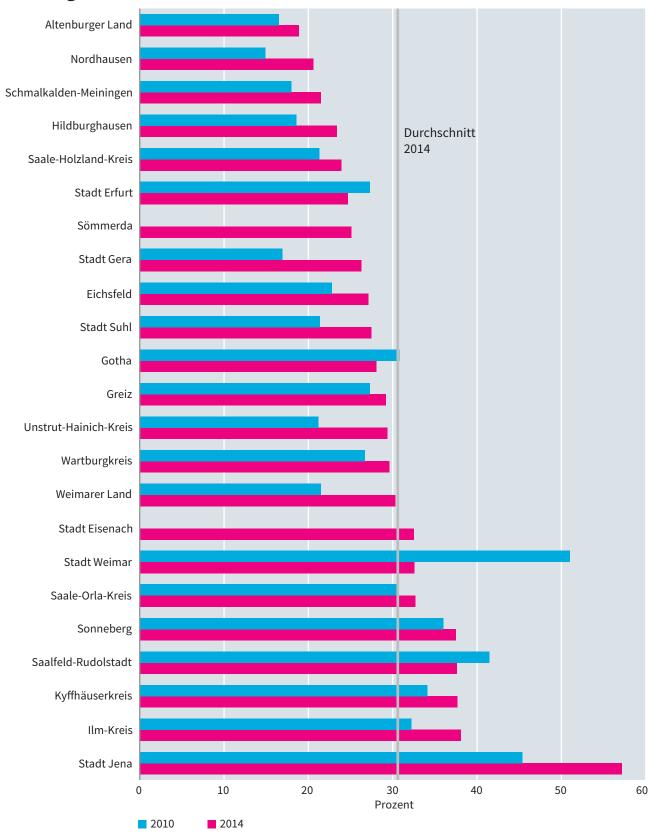
Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



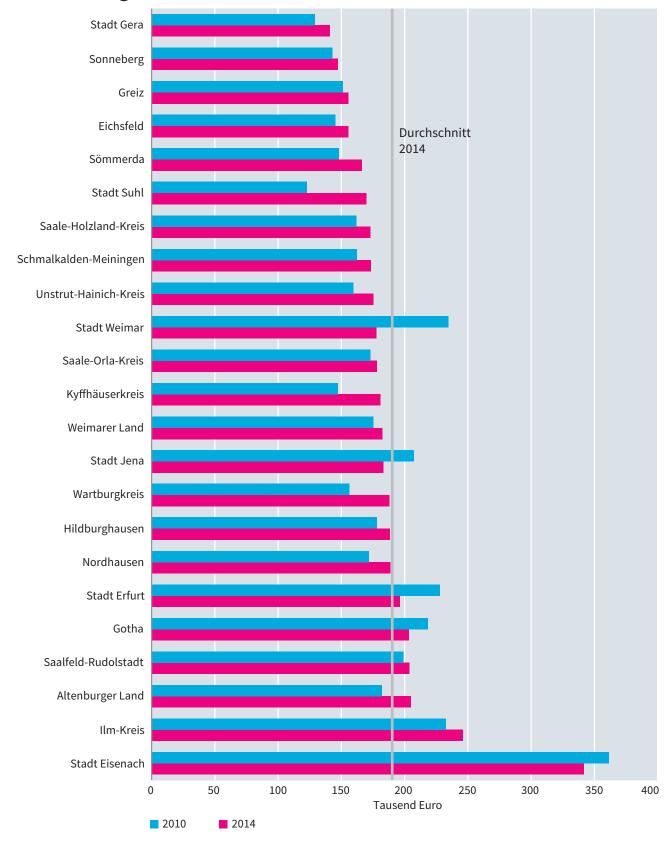
Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



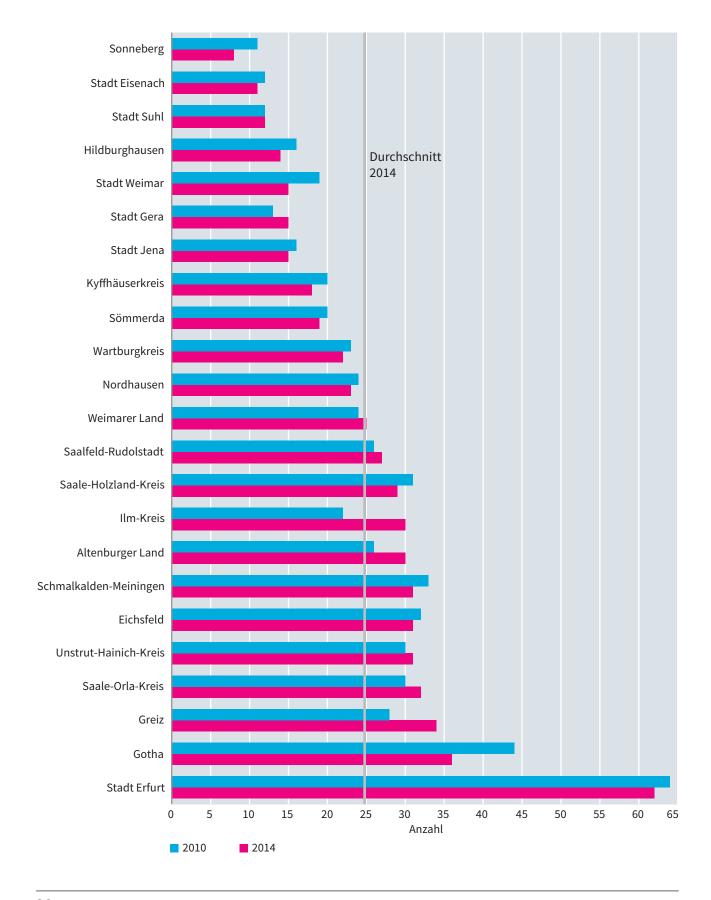
Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



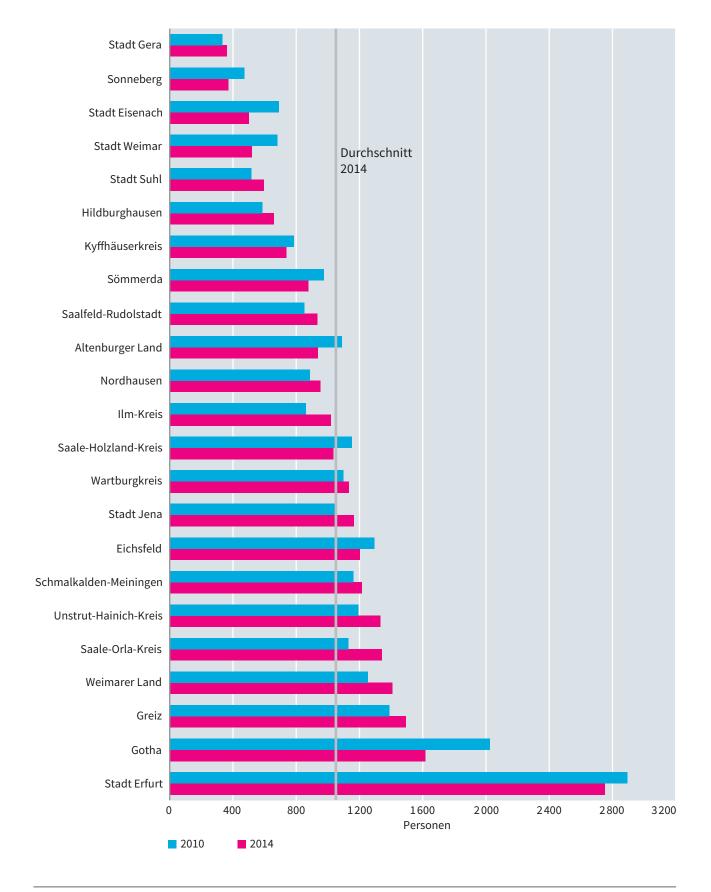
Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



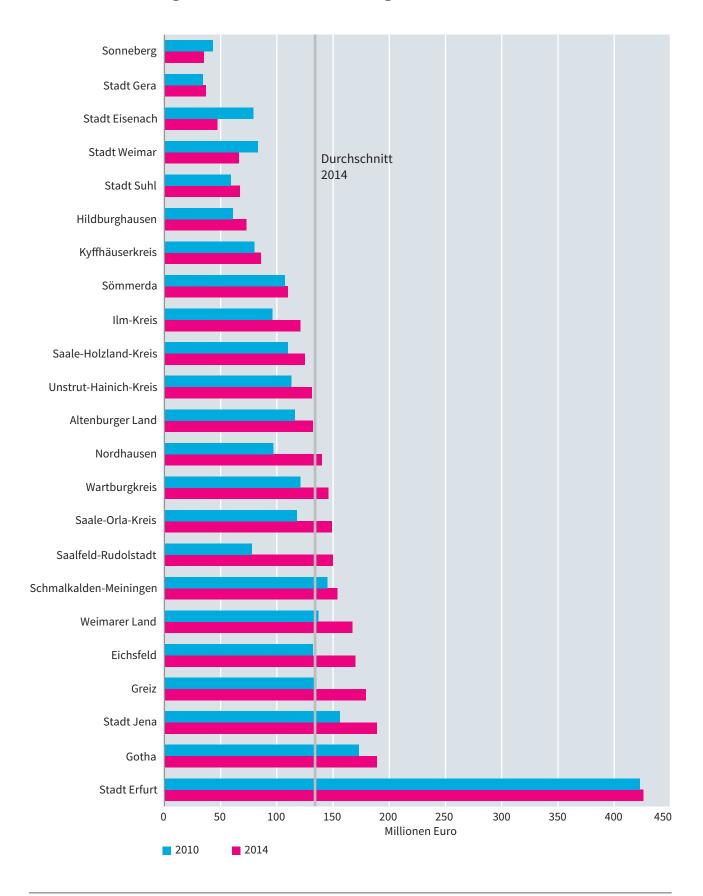
Betriebe des Baugewerbes in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



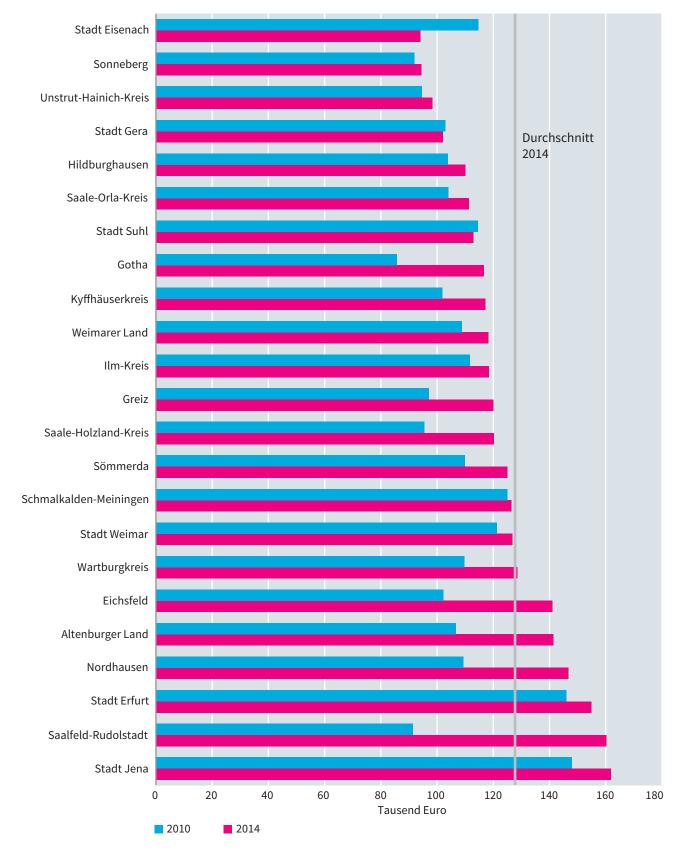
Beschäftigte im Baugewerbe in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



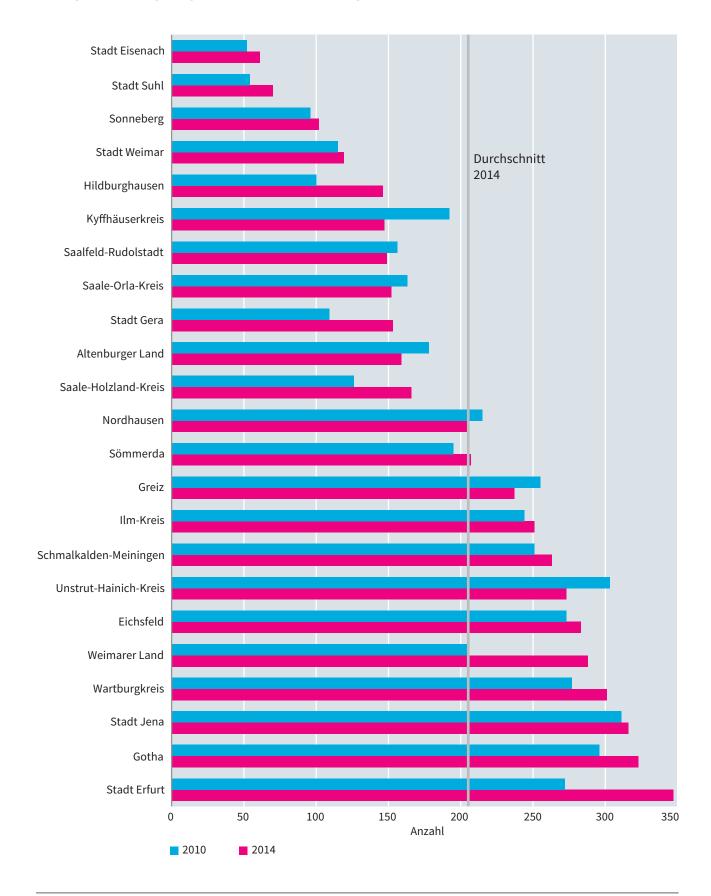
Umsatz im Baugewerbe in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



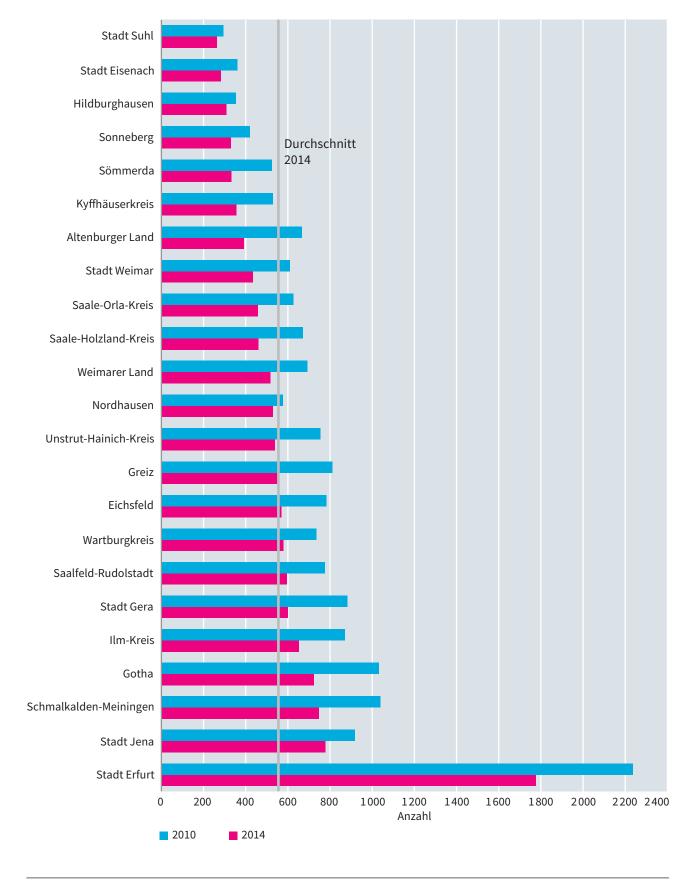
Umsatz je Beschäftigten im Baugewerbe in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



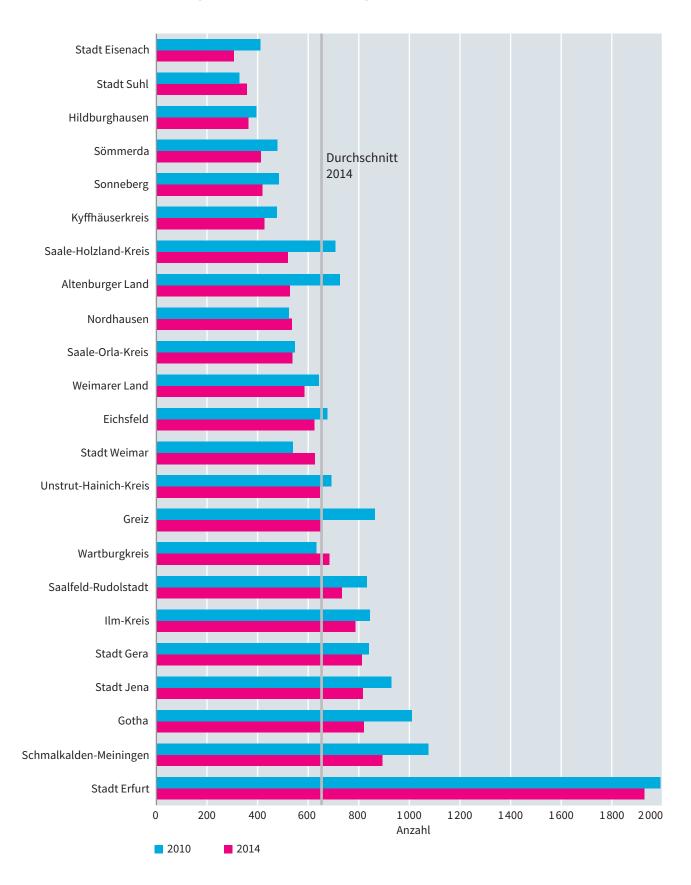
Baugenehmigungen in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



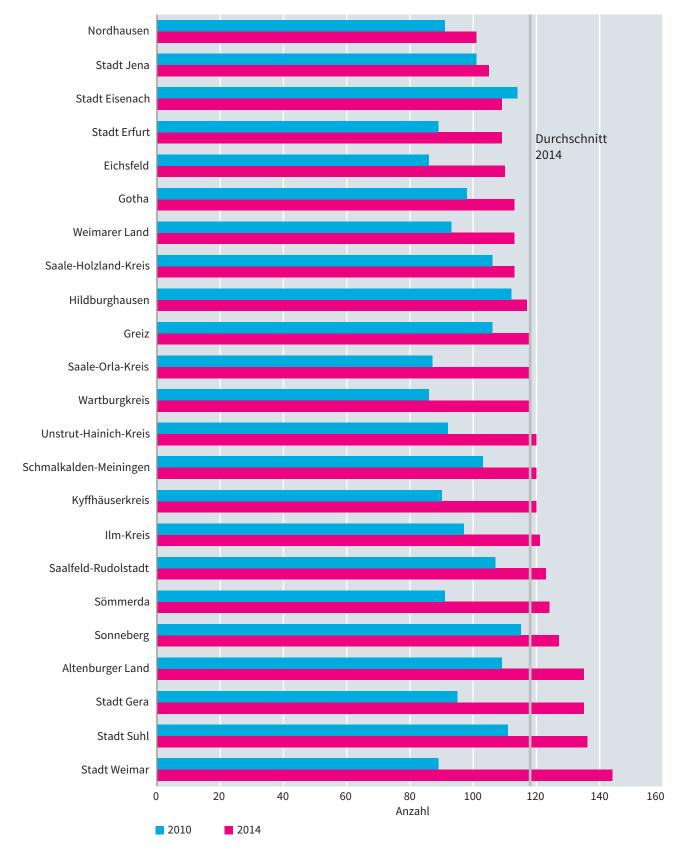
Gewerbeanmeldungen in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



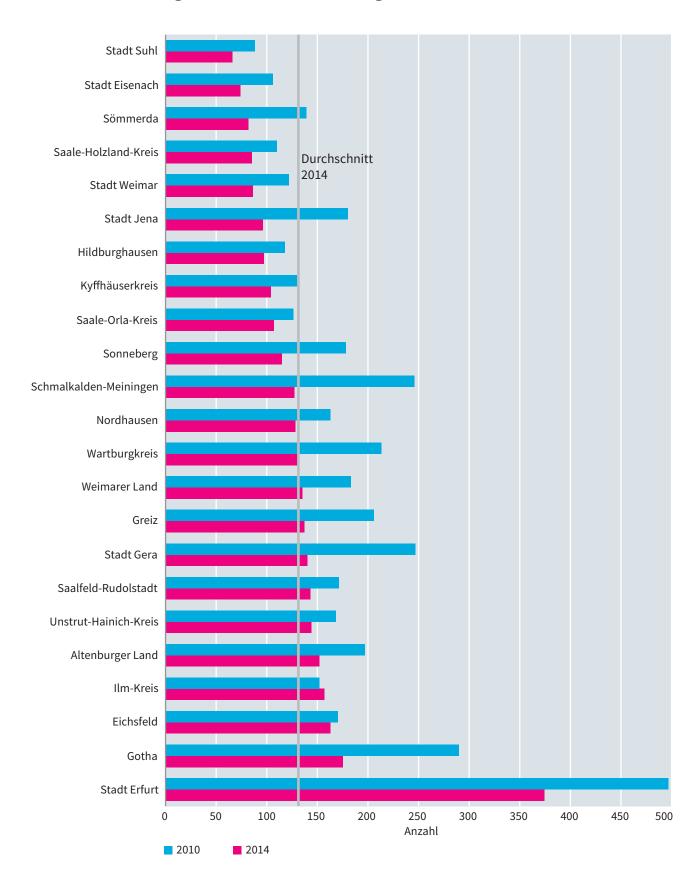
Gewerbeabmeldungen in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014

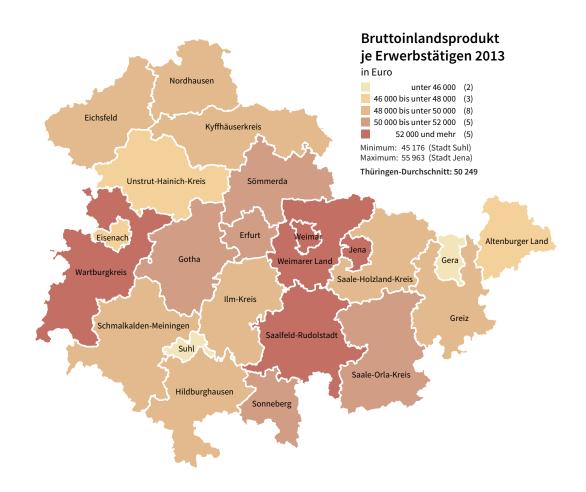


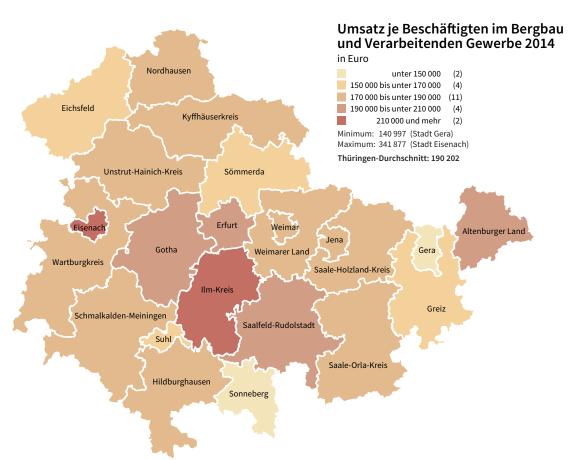
Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014

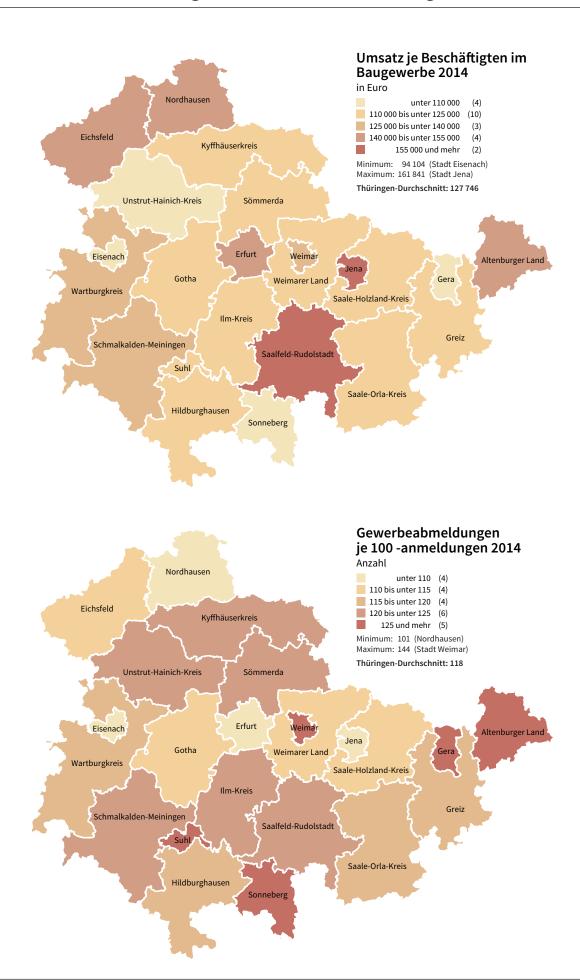


Insolvenzen insgesamt in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014









Wohnungen, Tourismus und Verkehr

Tabellen	49
Grafiken	55
Karten	63

Wohnungsbestand (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010	31.12.2014	Ver- änderung	Anteil an in Pro		Posi	tion
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
0. 1. 7.6							
Stadt Erfurt	110820	115 356	4,1	9,5	9,9	1	1
Stadt Gera	60 643	61433	1,3	5,2	5,2	7	5
Stadt Jena	54686	60 850	11,3	4,7	5,2	10	7
Stadt Suhl	21800	21369	-2,0	1,9	1,8	23	23
Stadt Weimar	33 963	34680	2,1	2,9	3,0	19	19
Stadt Eisenach	23388	24443	4,5	2,0	2,1	22	22
F1-1-4-1-1	45.740	46245	1.2	2.0	4.0	12	10
Eichsfeld	45749	46345	1,3	3,9	4,0	13	12
Nordhausen	45 472	45 586	0,3	3,9	3,9	14	13
Wartburgkreis	63 331	62 606	-1,1	5,4	5,3	4	4
Unstrut-Hainich-Kreis	54 109	53765	-0,6	4,6	4,6	11	11
Kyffhäuserkreis	42 293	42 043	-0,6	3,6	3,6	16	17
Schmalkalden-Meiningen	66 5 7 9	64728	-2,8	5,7	5,5	3	3
Gotha	71322	71469	0,2	6,1	6,1	2	2
Sömmerda	35752	34869	-2,5	3,1	3,0	18	18
Hildburghausen	31861	31913	0,2	2,7	2,7	21	20
Ilm-Kreis	59590	60841	2,1	5,1	5,2	8	8
Weimarer Land	41 265	42 232	2,3	3,5	3,6	17	16
Sonneberg	32 663	31559	-3,4	2,8	2,7	20	21
Saalfeld-Rudolstadt	61967	61270	-1,1	5,3	5,2	5	6
Saale-Holzland-Kreis	42892	43218	0,8	3,7	3,7	15	15
Saale-Orla-Kreis	45 869	45016	-1,9	3,9	3,8	12	14
Greiz	60782	57970	-4,6	5,2	5,0	6	9
Altenburger Land	59419	56692	-4,6	5,1	4,8	9	10
Thüringen	1166215	1170253	0,3	100,0	100,0	х	x

Grundlage der Fortschreibung des Wohnungsbestandes sind für das Berichtsjahr 2014 die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011

Wohnfläche je Wohnung (m²)

Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010	31.12.2014	Ver- änderung	Anteil an in Pro		Posi	tion
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	68,3	71,8	5,1	Х	Х	22	21
Stadt Gera	65,9	69,6	5,6	Х	Х	23	22
Stadt Jena	69,1	69,5	0,6	Х	Х	21	23
Stadt Suhl	69,8	72,6	4,0	Х	Х	20	20
Stadt Weimar	71,9	75,6	5,1	Х	Х	17	18
Stadt Eisenach	71,2	75,1	5,5	Х	Х	19	19
Eichsfeld	88,7	94,8	6,9	Х	Х	1	1
Nordhausen	78,7	82,3	4,6	X	x	11	13
Wartburgkreis	84,9	90,7	6,8	X	×	3	3
Unstrut-Hainich-Kreis	82,9	87,9	6,0	X	X		6
Kyffhäuserkreis	83,5	87,8	5,1	X	×	5	7
Schmalkalden-Meiningen	82,0	87,6	6,8	X	X	8	8
Gotha	78,3	83,6	6,8	X	X	12	11
Sömmerda	84,0	90,4	7,6	X	X	4	4
Hildburghausen	88,6	93,9	6,0	X	X	2	2
Ilm-Kreis	76,5	79,9	4,4		X	14	16
Weimarer Land	83,5	88,8	6,3	X X	X	5	5
Sonneberg						13	12
Saalfeld-Rudolstadt	76,6	82,9	8,2	X	X	16	15
Saale-Holzland-Kreis	75,8	80,7	6,5	X	X	16 9	15 9
	81,5	86,6	6,3	X	X	_	_
Saale-Orla-Kreis	80,9	85,1	5,2	X	X	10	10
Greiz	76,0	81,8	7,6	X	X	15	14
Altenburger Land	71,4	75,8	6,2	Х	Х	18	17
Thüringen	77,3	81,7	5,7	х	х	х	х

Grundlage der Fortschreibung des Wohnungsbestandes sind für das Berichtsjahr 2014 die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011

Wohnfläche je Einwohner (m²)

Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010	31.12.2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	36,9	40,2	8,9	X	X	22	22
Stadt Gera	40,3	45,2	12,2	X	X	14	10
Stadt Jena	35,9	39,1	8,9	X	Х	23	23
Stadt Suhl	39,3	42,9	9,2	X	X	18	20
Stadt Weimar	37,3	41,3	10,7	X	X	21	21
Stadt Eisenach	39,0	43,8	12,3	X	X	19	18
Eichsfeld	38,6	43,6	13,0	X	Х	20	19
Nordhausen	39,8	44,1	10,8	X	Х	17	16
Wartburgkreis	41,2	45,1	9,5	X	Х	8	11
Unstrut-Hainich-Kreis	41,2	45,5	10,4	Х	Х	8	8
Kyffhäuserkreis	43,3	47,8	10,4	Х	Х	1	1
Schmalkalden-Meiningen	42,0	45,3	7,9	Х	Х	6	9
Gotha	40,5	44,1	8,9	Х	Х	12	16
Sömmerda	41,2	44,7	8,5	Х	Х	8	13
Hildburghausen	42,1	46,3	10,0	Х	Х	5	3
Ilm-Kreis	40,5	44,7	10,4	Х	Х	12	13
Weimarer Land	40,7	45,9	12,8	Х	Х	11	7
Sonneberg	41,7	46,1	10,6	Х	Х	7	6
Saalfeld-Rudolstadt	40,2	45,1	12,2	Х	Х	16	11
Saale-Holzland-Kreis	40,3	44,6	10,7	Х	Х	14	15
Saale-Orla-Kreis	42,3	46,2	9,2	Х	Х	4	5
Greiz	43,0	46,8	8,8	Х	Х	2	2
Altenburger Land	42,9	46,3	7,9	Х	Х	3	3
Thüringen	40,3	44,3	9,9	х	x	x	х

Grundlage der Fortschreibung des Wohnungsbestandes sind für das Berichtsjahr 2014 die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011

Angebotene Gästebetten*) (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung in Prozent		Thüringen ozent	Position	
Land				2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	4885	4886	0,0	7,2	7,4	3	3
Stadt Gera	1506	1449	-3,8	2,2	2,2	21	21
Stadt Jena	1882	1904	1,2	2,8	2,9	18	17
Stadt Suhl	1639	1704	4,0	2,4	2,6	20	19
Stadt Weimar	3714	3733	0,5	5,5	5,6	7	7
Stadt Eisenach	2062	2044	-0,9	3,1	3,1	15	15
Eichsfeld	2318	2337	0,8	3,4	3,5	11	13
Nordhausen	1913	1911	-0,1	2,8	2,9	16	16
Wartburgkreis	4405	4256	-3,4	6,5	6,4	5	5
Unstrut-Hainich-Kreis	2215	2338	5,6	3,3	3,5	13	12
Kyffhäuserkreis	2250	2367	5,2	3,3	3,6	12	11
Schmalkalden-Meiningen	6084	5968	-1,9	9,0	9,0	2	2
Gotha	6339	6000	-5,3	9,4	9,1	1	1
Sömmerda	1008	748	-25,8	1,5	1,1	23	23
Hildburghausen	3245	2990	-7,9	4,8	4,5	9	9
Ilm-Kreis	3891	3786	-2,7	5,8	5,7	6	6
Weimarer Land	3346	3503	4,7	5,0	5,3	8	8
Sonneberg	1701	1828	7,5	2,5	2,8	19	18
Saalfeld-Rudolstadt	4576	4526	-1,1	6,8	6,8	4	4
Saale-Holzland-Kreis	2171	2186	0,7	3,2	3,3	14	14
Saale-Orla-Kreis	3227	2941	-8,9	4,8	4,4	10	10
Greiz	1907	1543	-19,1	2,8	2,3	17	20
Altenburger Land	1246	1248	0,2	1,8	1,9	22	22
Thüringen	67 530	66 196	-2,0	100,0	100,0	х	х

^{*)} jeweils Monat Juli

Gästeankünfte*) (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Pos	ition
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	427 309	447 296	4,7	12,9	12,8	1	1
Stadt Gera	106073	112233	5,8	3,2	3,2	13	12
Stadt Jena	159838	168574	5,5	4,8	4,8	8	7
Stadt Suhl	83 116	93 844	12,9	2,5	2,7	17	17
Stadt Weimar	327 993	350211	6,8	9,9	10,0	2	2
Stadt Eisenach	176345	185912	5,4	5,3	5,3	5	5
Eichsfeld	100416	119825	19,3	3,0	3,4	14	11
Nordhausen	75 968	75 026	-1,2	2,3	2,2	19	19
Wartburgkreis	129742	136516	5,2	3,9	3,9	10	10
Unstrut-Hainich-Kreis	95 707	112 192	17,2	2,9	3,2	16	13
Kyffhäuserkreis	76597	86 032	12,3	2,3	2,5	18	18
Schmalkalden-Meiningen	248116	275 126	10,9	7,5	7,9	4	4
Gotha	298816	322 528	7,9	9,0	9,2	3	3
Sömmerda	35215	30290	-14,0	1,1	0,9	23	23
Hildburghausen	121 121	96572	-20,3	3,7	2,8	11	16
Ilm-Kreis	161929	156390	-3,4	4,9	4,5	6	9
Weimarer Land	146908	172 030	17,1	4,4	4,9	9	6
Sonneberg	56061	56283	0,4	1,7	1,6	21	22
Saalfeld-Rudolstadt	161817	163 194	0,9	4,9	4,7	7	8
Saale-Holzland-Kreis	97408	98938	1,6	2,9	2,8	15	15
Saale-Orla-Kreis	114952	110635	-3,8	3,5	3,2	12	14
Greiz	59745	57930	-3,0	1,8	1,7	20	21
Altenburger Land	55 921	60778	8,7	1,7	1,7	22	20
Thüringen	3317113	3 488 355	5,2	100,0	100,0	х	х

^{*)} ohne Camping

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste *) (Tage)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Pos	ition
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	1,7	1,7	-	Х	Х	22	23
Stadt Gera	1,9	1,8	-5,3	Х	Х	19	21
Stadt Jena	1,9	1,9	-	Х	Х	19	19
Stadt Suhl	2,8	2,7	-3,6	Х	Х	11	11
Stadt Weimar	1,9	1,9	-	Х	Х	19	19
Stadt Eisenach	1,7	1,8	5,9	X	Х	22	21
Eichsfeld	3,1	2,9	-6,5	Х	Х	7	9
Nordhausen	2,5	2,4	-4,0	X	Х	14	14
Wartburgkreis	6,0	5,8	-3,3	X	Х	1	1
Unstrut-Hainich-Kreis	3,5	3,6	2,9	X	Х	5	4
Kyffhäuserkreis	3,7	3,6	-2,7	X	X	3	4
Schmalkalden-Meiningen	2,8	2,6	-7,1	X	X	11	13
Gotha	3,1	2,8	-9,7	X	Х	7	10
Sömmerda	2,3	2,3	-	Х	Х	16	16
Hildburghausen	4,1	4,0	-2,4	X	Х	2	2
Ilm-Kreis	2,5	2,4	-4,0	Х	Х	14	14
Weimarer Land	3,5	3,4	-2,9	Х	Х	5	6
Sonneberg	3,0	3,3	10,0	X	Х	9	7
Saalfeld-Rudolstadt	2,8	2,7	-3,6	X	Х	11	11
Saale-Holzland-Kreis	3,7	3,7	-	X	Х	3	3
Saale-Orla-Kreis	3,0	3,1	3,3	Х	Х	9	8
Greiz	2,1	2,1	-	X	Х	18	18
Altenburger Land	2,2	2,3	4,5	Х	Х	17	16
Thüringen	2,7	2,6	-3,7	х	х	х	х

^{*)} ohne Camping

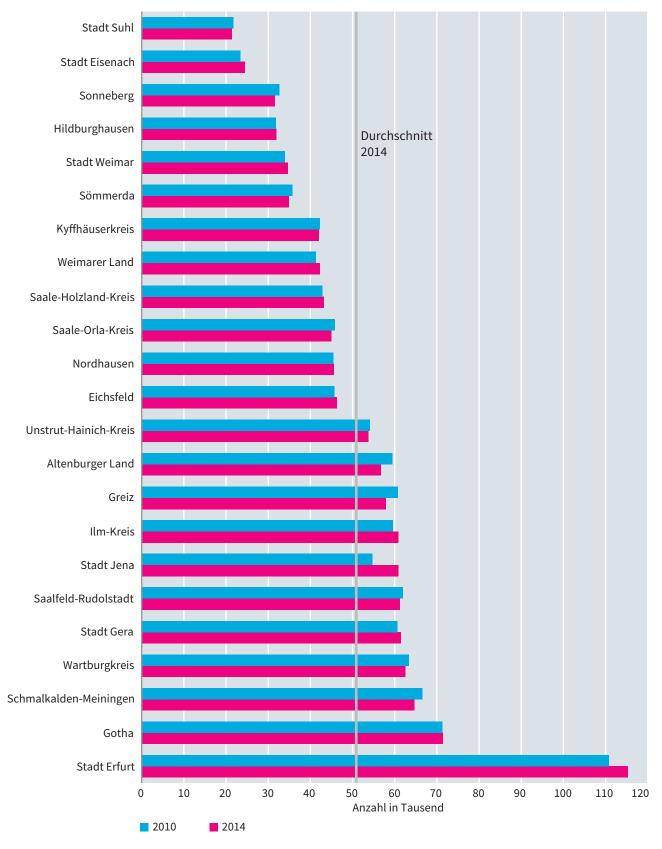
Verkehrsunfälle (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	2010	2014	Ver- änderung in Prozent	Anteil an Thüringen in Prozent		Position	
				2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	6132	6 0 3 2	-1,6	10,3	11,2	1	1
Stadt Gera	2453	2 154	-12,2	4,1	4,0	15	13
Stadt Jena	2798	3072	9,8	4,7	5,7	9	3
Stadt Suhl	1040	887	-14,7	1,7	1,7	23	23
Stadt Weimar	1935	1813	-6,3	3,2	3,4	18	17
Stadt Eisenach	1544	1468	-4,9	2,6	2,7	21	20
Eichsfeld	2561	2303	-10,1	4,3	4,3	12	11
Nordhausen	2582	2258	-12,5	4,3	4,2	11	12
Wartburgkreis	3021	2679	-11,3	5,1	5,0	6	5
Unstrut-Hainich-Kreis	2656	2694	1,4	4,5	5,0	10	4
Kyffhäuserkreis	2 087	1736	-16,8	3,5	3,2	17	18
Schmalkalden-Meiningen	2932	2653	-9,5	4,9	4,9	8	6
Gotha	3474	3 135	-9,8	5,8	5,8	2	2
Sömmerda	1530	1448	-5,4	2,6	2,7	22	21
Hildburghausen	1603	1549	-3,4	2,7	2,9	19	19
Ilm-Kreis	2975	2603	-12,5	5,0	4,8	7	9
Weimarer Land	2485	2147	-13,6	4,2	4,0	14	14
Sonneberg	1546	1272	-17,7	2,6	2,4	20	22
Saalfeld-Rudolstadt	3115	2632	-15,5	5,2	4,9	4	7
Saale-Holzland-Kreis	3109	2606	-16,2	5,2	4,9	5	8
Saale-Orla-Kreis	3216	2585	-19,6	5,4	4,8	3	10
Greiz	2491	2081	-16,5	4,2	3,9	13	15
Altenburger Land	2334	1915	-18,0	3,9	3,6	16	16
Thüringen	59619	53722	-9,9	100,0	100,0	х	х

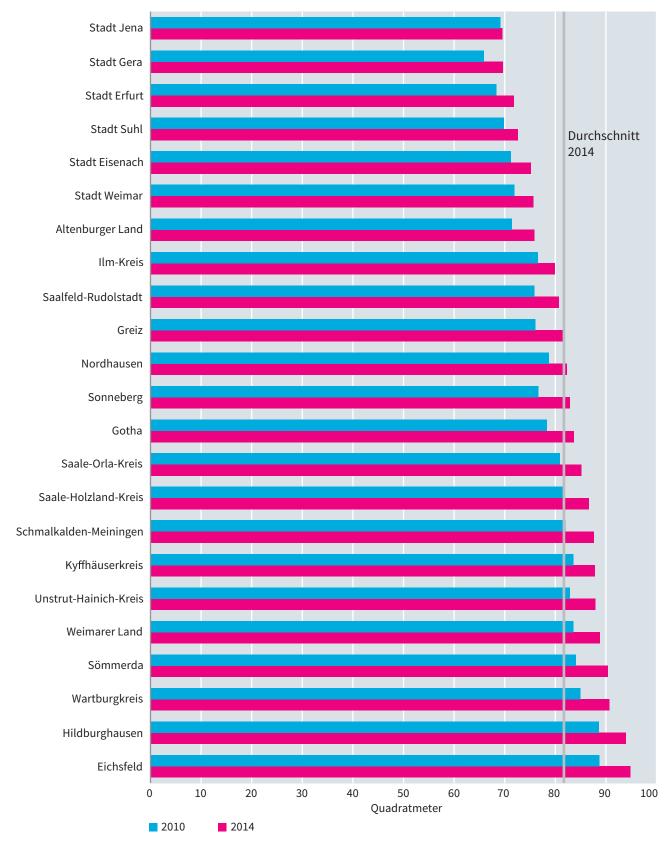
Bei Verkehrsunfällen Getötete (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung in Prozent	Anteil an Thüringen in Prozent		Position	
Land				2010	2014	2010	2014
Charle Follow	2		100.0	2.5	F 0	16	7
Stadt Erfurt Stadt Gera	3	6	100,0	2,5	5,0	16	7
	-	3	Х	1.7	2,5	21	16
Stadt Jena Stadt Suhl	2	2	-	1,7	1,7	20 21	18
	-	1	X	-	0,8		21
Stadt Weimar	-	1	X	-	0,8	21	21
Stadt Eisenach	3	2	-33,3	2,5	1,7	16	18
Eichsfeld	7	6	-14,3	5,8	5,0	5	7
Nordhausen	4	5	25,0	3,3	4,1	14	14
Wartburgkreis	9	10	11,1	7,5	8,3	4	2
Unstrut-Hainich-Kreis	7	3	-57,1	5,8	2,5	5	16
Kyffhäuserkreis	4	7	75,0	3,3	5,8	14	5
Schmalkalden-Meiningen	7	9	28,6	5,8	7,4	5	3
Gotha	6	6	-	5,0	5,0	10	7
Sömmerda	5	9	80,0	4,2	7,4	11	3
Hildburghausen	13	6	-53,8	10,8	5,0	1	7
Ilm-Kreis	10	6	-40,0	8,3	5,0	2	7
Weimarer Land	7	4	-42,9	5,8	3,3	5	15
Sonneberg	3	2	-33,3	2,5	1,7	16	18
Saalfeld-Rudolstadt	5	6	20,0	4,2	5,0	11	7
Saale-Holzland-Kreis	10	6	-40,0	8,3	5,0	2	7
Saale-Orla-Kreis	5	13	160,0	4,2	10,7	11	1
Greiz	3	7	133,3	2,5	5,8	16	5
Altenburger Land	7	1	-85,7	5,8	0,8	5	21
Thüringen	120	121	0,8	100,0	100,0	х	х

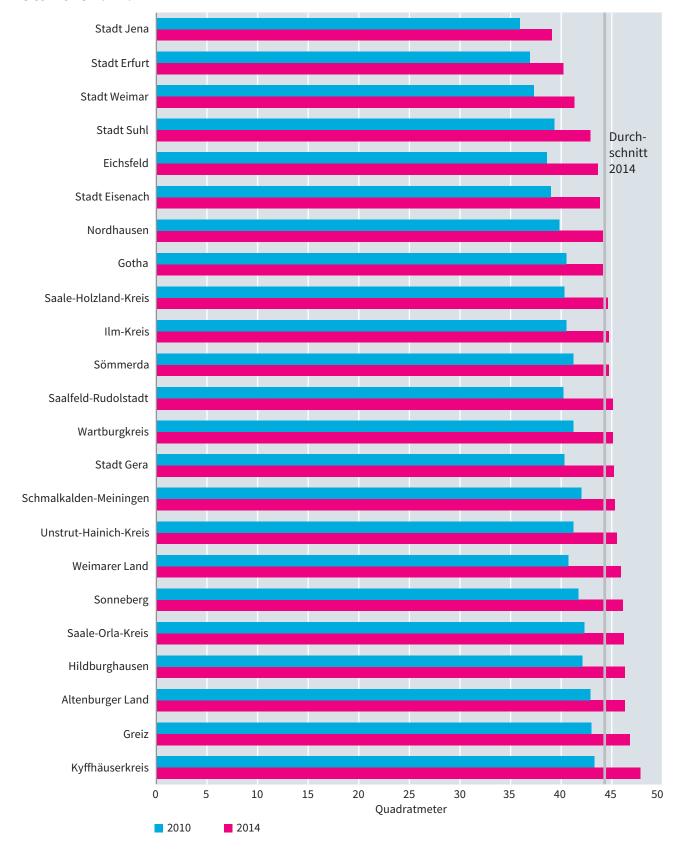
Wohnungsbestand in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.



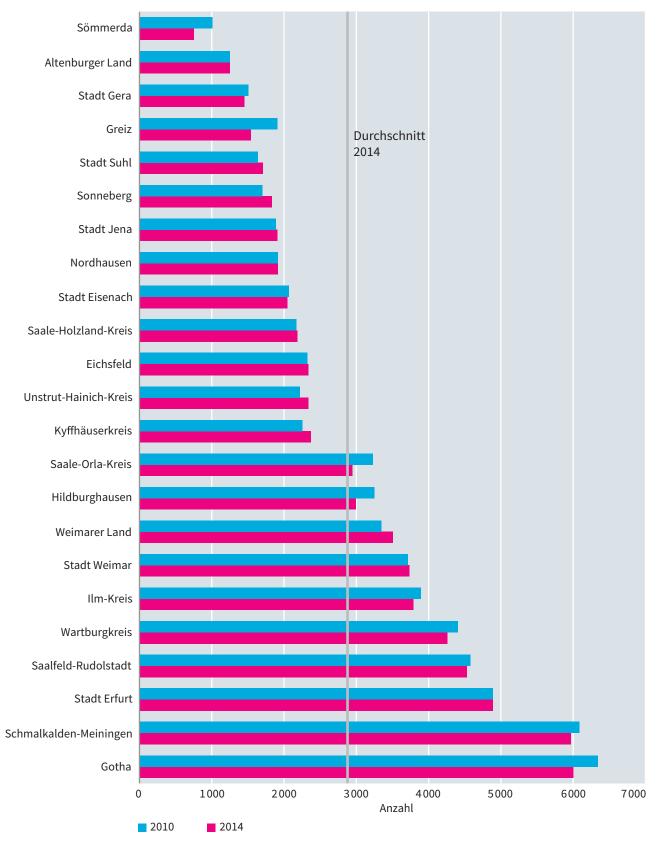
Wohnfläche je Wohnung in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.



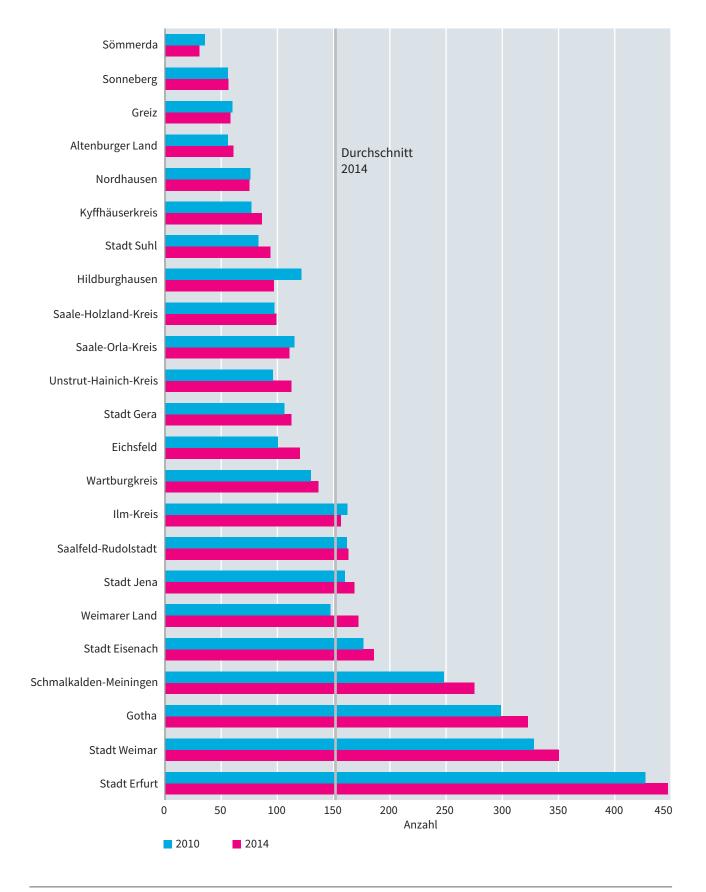
Wohnfläche je Einwohner in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.



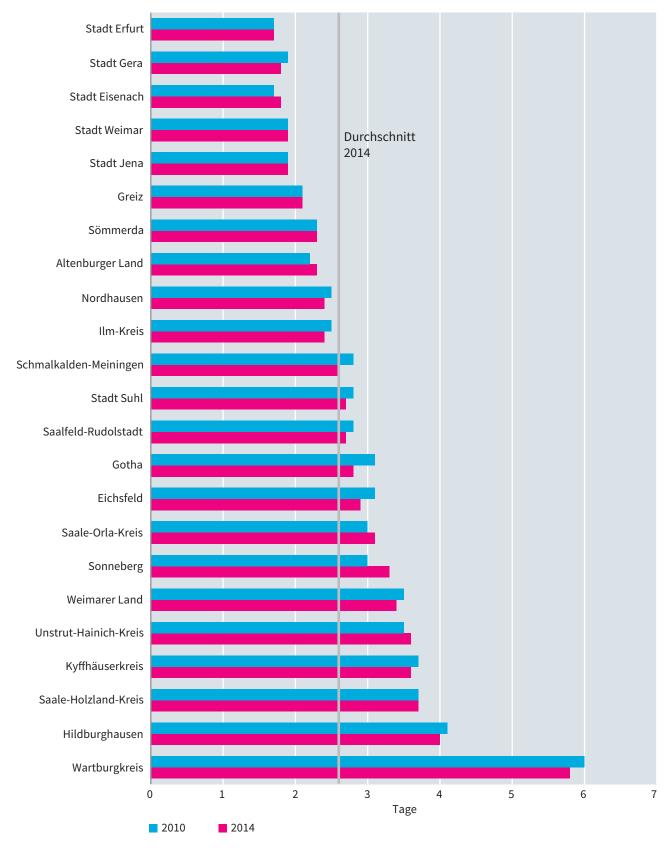
Angebotene Gästebetten in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014 Monat Juli



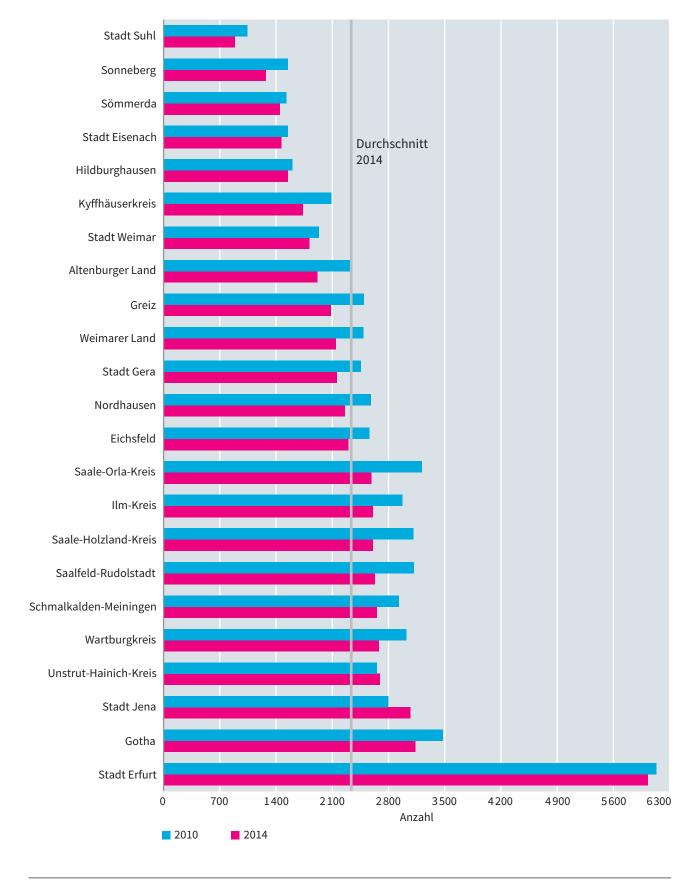
Gästeankünfte in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



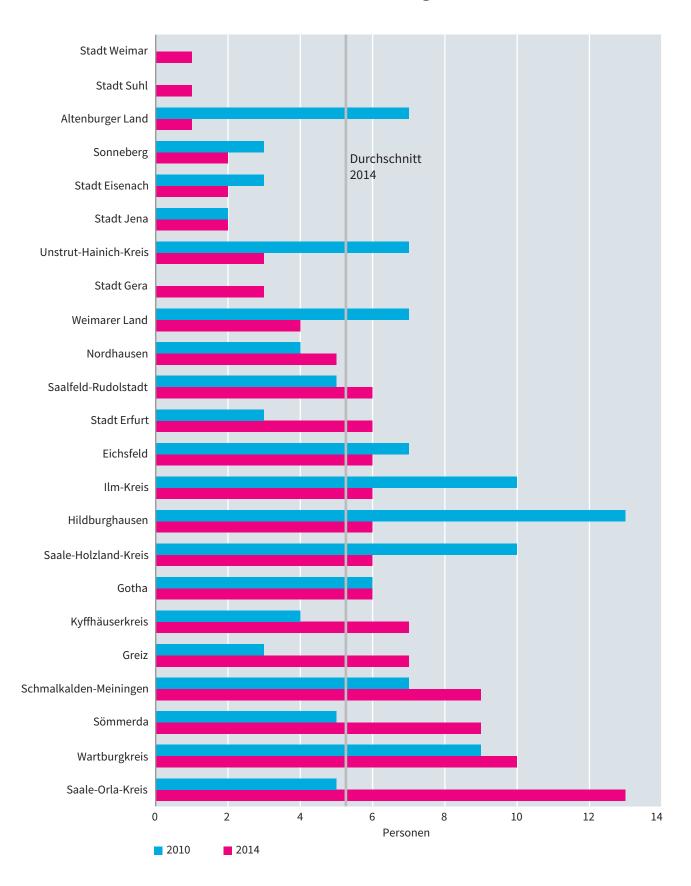
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014

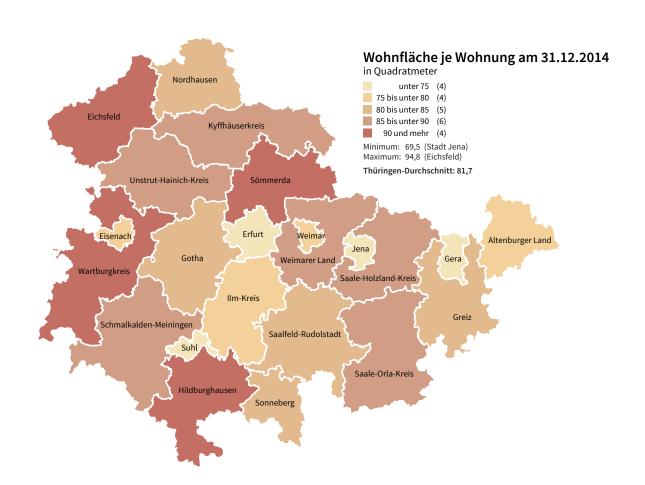


Verkehrsunfälle in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



Bei Verkehrsunfällen Getötete in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014





Bildung und Gesundheitswesen

Tabellen	67
Grafiken	73
Karten	81

Schüler in allgemeinbildenden Schulen (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	16 297	18 409	13,0	9,4	10,0	1	1
Stadt Gera	6 497	7 0 6 1	8,7	3,8	3,8	14	14
Stadt Jena	8 446	9 869	16,8	4,9	5,3	7	6
Stadt Suhl	2 3 0 9	2 297	-0,5	1,3	1,2	23	23
Stadt Weimar	5 982	6 497	8,6	3,5	3,5	18	17
Stadt Eisenach	3 889	4301	10,6	2,2	2,3	22	22
1 6 1 1						_	
Eichsfeld	9 4 3 3	9 9 0 6	5,0	5,4	5,4	5	4
Nordhausen	7108	7 499	5,5	4,1	4,1	12	11
Wartburgkreis	9764	9844	0,8	5,6	5,3	3	7
Unstrut-Hainich-Kreis	9 677	9 987	3,2	5,6	5,4	4	3
Kyffhäuserkreis	6 101	6394	4,8	3,5	3,5	17	18
Schmalkalden-Meiningen	9 3 6 6	9 902	5,7	5,4	5,4	6	5
Gotha	11 669	12 401	6,3	6,7	6,7	2	2
Sömmerda	5 777	6315	9,3	3,3	3,4	19	19
Hildburghausen	5 2 5 0	5 440	3,6	3,0	2,9	20	20
Ilm-Kreis	7 9 9 2	8 624	7,9	4,6	4,7	10	8
Weimarer Land	6206	6 660	7,3	3,6	3,6	16	16
Sonneberg	4381	4 664	6,5	2,5	2,5	21	21
Saalfeld-Rudolstadt	8 166	8 595	5,3	4,7	4,7	8	9
Saale-Holzland-Kreis	6 445	6743	4,6	3,7	3,7	15	15
Saale-Orla-Kreis	7010	7 221	3,0	4,0	3,9	13	13
Greiz	8 093	8 453	4,4	4,7	4,6	9	10
Altenburger Land	7 2 2 9	7 485	3,5	4,2	4,1	11	12
Thüringen	173 087	184 567	6,6	100,0	100,0	х	х

Klassen in allgemeinbildenden Schulen (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung	Anteil an in Pro	Thüringen ozent	Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Charle Full and	0.00	017	F.C.	0.2	0.7	4	,
Stadt Erfurt	868	917	5,6	9,3	9,7	1	1
Stadt Gera	340	356	4,7	3,6	3,8	15	14
Stadt Jena Stadt Suhl	427	470	10,1	4,6	5,0	10	7
Stadt Suni Stadt Weimar	128	119	-7,0 2.7	1,4	1,3	23	23
	321	333	3,7	3,4	3,5	19	17
Stadt Eisenach	214	212	-0,9	2,3	2,3	22	22
Eichsfeld	505	500	-1,0	5,4	5,3	6	6
Nordhausen	390	379	-2,8	4,2	4,0	13	12
Wartburgkreis	512	511	-0,2	5,5	5,4	4	5
Unstrut-Hainich-Kreis	537	532	-0,9	5,7	5,6	3	3
Kyffhäuserkreis	333	332	-0,3	3,6	3,5	16	18
Schmalkalden-Meiningen	509	517	1,6	5,4	5,5	5	4
Gotha	622	634	1,9	6,6	6,7	2	2
Sömmerda	324	330	1,9	3,5	3,5	18	19
Hildburghausen	288	273	-5,2	3,1	2,9	20	20
Ilm-Kreis	445	452	1,6	4,7	4,8	8	8
Weimarer Land	330	335	1,5	3,5	3,6	17	16
Sonneberg	231	222	-3,9	2,5	2,4	21	21
Saalfeld-Rudolstadt	445	431	-3,1	4,7	4,6	8	10
Saale-Holzland-Kreis	358	356	-0,6	3,8	3,8	14	14
Saale-Orla-Kreis	392	379	-3,3	4,2	4,0	12	12
Greiz	450	443	-1,6	4,8	4,7	7	9
Altenburger Land	405	383	-5,4	4,3	4,1	11	11
Thüringen	9374	9416	0,4	100,0	100,0	х	х

Allgemeinbildende Schulen (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Charle Full and	60	70	1.4	7.5	7.7		,
Stadt Erfurt	69	70	1,4	7,5	7,7	1	1
Stadt Gera	27	29	7,4	3,0	3,2	19	19
Stadt Jena	31	31	-	3,4	3,4	16	16
Stadt Suhl	10	10	-	1,1	1,1	23	23
Stadt Weimar	24	25	4,2	2,6	2,8	21	21
Stadt Eisenach	17	17	-	1,9	1,9	22	22
Eichsfeld	53	53		5,8	5,8	5	4
Nordhausen	36	36	-	3,9	4,0	14	14
Wartburgkreis	59	57	-3,4	6,4	6,3	2	2
Unstrut-Hainich-Kreis	54	53	-3,4 -1,9	5,9	5,8	4	4
Kyffhäuserkreis	31	30	-1,9 -3,2	3,4	3,3	16	17
Schmalkalden-Meiningen	49	50	2,0	5,4 5,4	5,5	7	7
Gotha	58	50 57	-1,7	6,3	6,3	3	2
Sömmerda	31	30				3 16	17
	34	33	-3,2	3,4	3,3	15	15
Hildburghausen Ilm-Kreis			-2,9	3,7	3,6		
	45 37	44 38	-2,2	4,9	4,8	9 13	9 13
Weimarer Land			2,7	4,0	4,2		
Sonneberg Saalfeld-Rudolstadt	26	26	-	2,8	2,9	20	20
	48	47	-2,1	5,2	5,2	8	8
Saale-Holzland-Kreis	42	39	-7,1	4,6	4,3	10	12
Saale-Orla-Kreis	40	41	2,5	4,4	4,5	12	10
Greiz	52	52	-	5,7	5,7	6	6
Altenburger Land	42	40	-4,8	4,6	4,4	10	11
Thüringen	915	908	-0,8	100,0	100,0	х	х

Schüler je Klasse in allgemeinbildenden Schulen (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung		Thüringen ozent	Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	18,8	20,1	6,9	Х	Х	5	4
Stadt Gera	19,1	19,8	3,7	Х	Х	2	8
Stadt Jena	19,8	21,0	6,1	Х	Х	1	1
Stadt Suhl	18,0	19,3	7,2	Х	Х	16	14
Stadt Weimar	18,6	19,5	4,8	Х	Х	9	12
Stadt Eisenach	18,2	20,3	11,5	Х	X	13	3
Eichsfeld	18,7	19,8	5,9	X	X	8	8
Nordhausen	18,2	19,8	8,8	X	X	13	8
Wartburgkreis	19,1	19,3	1,0	X	X	2	14
Unstrut-Hainich-Kreis	18,0	18,8	4,4	Х	Х	16	23
Kyffhäuserkreis	18,3	19,3	5,5	Х	Х	12	14
Schmalkalden-Meiningen	18,4	19,2	4,3	Х	Х	10	17
Gotha	18,8	19,6	4,3	Х	Х	5	11
Sömmerda	17,8	19,1	7,3	Х	Х	22	18
Hildburghausen	18,2	19,9	9,3	Х	X	13	5
Ilm-Kreis	18,0	19,1	6,1	Х	X	16	18
Weimarer Land	18,8	19,9	5,9	X	Х	5	5
Sonneberg	19,0	21,0	10,5	X	Х	4	1
Saalfeld-Rudolstadt	18,4	19,9	8,2	Х	Х	10	5
Saale-Holzland-Kreis	18,0	18,9	5,0	Х	х	16	22
Saale-Orla-Kreis	17,9	19,1	6,7	Х	х	21	18
Greiz	18,0	19,1	6,1	х	Х	16	18
Altenburger Land	17,8	19,5	9,6	Х	Х	22	12
Thüringen	18,5	19,6	5,9	х	х	х	х

Ärzte (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010	31.12.2014	Ver- änderung	Anteil an Thüringen in Prozent		Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	988	1112	12,6	11,9	12,4	2	2
Stadt Gera	489	535	9,4	5,9	6,0	4	3
Stadt Jena	1 130	1 2 0 5	6,6	13,7	13,4	1	1
Stadt Suhl	287	277	-3,5	3,5	3,1	12	15
Stadt Weimar	318	343	7,9	3,8	3,8	11	11
Stadt Eisenach	195	248	27,2	2,4	2,8	18	16
Eichsfeld	233	245	5,2	2,8	2,7	16	17
Nordhausen	371	405	9,2	4,5	4,5	7	7
Wartburgkreis	355	399	12,4	4,3	4,5	9	8
Unstrut-Hainich-Kreis	391	441	12,8	4,7	4,9	6	6
Kyffhäuserkreis	194	198	2,1	2,3	2,2	20	20
Schmalkalden-Meiningen	420	442	5,2	5,1	4,9	5	5
Gotha	343	387	12,8	4,1	4,3	10	10
Sömmerda	128	132	3,1	1,5	1,5	23	23
Hildburghausen	195	212	8,7	2,4	2,4	18	19
Ilm-Kreis	264	285	8,0	3,2	3,2	14	13
Weimarer Land	495	531	7,3	6,0	5,9	3	4
Sonneberg	183	195	6,6	2,2	2,2	21	21
Saalfeld-Rudolstadt	367	392	6,8	4,4	4,4	8	9
Saale-Holzland-Kreis	271	282	4,1	3,3	3,1	13	14
Saale-Orla-Kreis	175	181	3,4	2,1	2,0	22	22
Greiz	220	225	2,3	2,7	2,5	17	18
Altenburger Land	257	294	14,4	3,1	3,3	15	12
Thüringen	8 269	8 966	8,4	100,0	100,0	х	x

Quelle: Landesärztekammer bzw. Landeszahnärztekammer Thüringen

Einwohner je Arzt (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010	31.12.2014	Ver- änderung	Anteil an in Pro		Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	207	185	-10,6	Х	Х	18	17
Stadt Gera	203	177	-12,8	Х	Х	20	19
Stadt Jena	93	90	-3,2	Х	Х	23	23
Stadt Suhl	135	131	-3,0	Х	Х	22	22
Stadt Weimar	206	185	-10,2	Х	Х	19	17
Stadt Eisenach	219	169	-22,8	Х	Х	17	20
Eichsfeld	451	411	-8,9	Х	Х	4	4
Nordhausen	242	210	-13,2	Х	Х	16	16
Wartburgkreis	368	315	-14,4	Х	Х	9	8
Unstrut-Hainich-Kreis	278	236	-15,1	Х	Х	15	15
Kyffhäuserkreis	420	390	-7,1	Х	Х	6	5
Schmalkalden-Meiningen	309	283	-8,4	Х	Х	14	13
Gotha	402	350	-12,9	Х	Х	7	7
Sömmerda	569	534	-6,2	X	Х	1	1
Hildburghausen	344	305	-11,3	Х	Х	10	10
Ilm-Kreis	426	382	-10,3	Х	Х	5	6
Weimarer Land	171	154	-9,9	Х	Х	21	21
Sonneberg	328	291	-11,3	Х	Х	11	12
Saalfeld-Rudolstadt	318	280	-11,9	Х	Х	13	14
Saale-Holzland-Kreis	320	298	-6,9	Х	Х	12	11
Saale-Orla-Kreis	502	458	-8,8	Х	Х	2	2
Greiz	489	451	-7,8	Х	Х	3	3
Altenburger Land	384	315	-18,0	Х	Х	8	8
Thüringen	270	241	-10,7	х	х	х	х

 $\label{thm:condition} Quelle: Landes \"{a}rzte kammer\ bzw.\ Landes zahn\"{a}rzte kammer\ Th\"{u}ringen$

Zahnärzte (Anzahl)

Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010	31.12.2014	Ver- änderung	Anteil an Thüringen in Prozent		Position	
Land			in Prozent	2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	248	246	-0,8	12,0	12,0	1	1
Stadt Gera	99	102	3,0	4,8	5,0	7	6
Stadt Jena	165	179	8,5	8,0	8,8	2	2
Stadt Suhl	50	43	-14,0	2,4	2,1	21	22
Stadt Weimar	75	65	-13,3	3,6	3,2	14	16
Stadt Eisenach	41	35	-14,6	2,0	1,7	23	23
Eichsfeld	84	88	4,8	4,1	4,3	11	11
Nordhausen	76	71	-6,6	3,7	3,5	13	13
Wartburgkreis	103	109	5,8	5,0	5,3	5	5
Unstrut-Hainich-Kreis	94	95	1,1	4,5	4,6	9	7
Kyffhäuserkreis	70	68	-2,9	3,4	3,3	15	14
Schmalkalden-Meiningen	114	110	-3,5	5,5	5,4	4	4
Gotha	130	132	1,5	6,3	6,5	3	3
Sömmerda	55	58	5,5	2,7	2,8	19	19
Hildburghausen	46	46	-	2,2	2,2	22	21
Ilm-Kreis	96	92	-4,2	4,6	4,5	8	8
Weimarer Land	65	62	-4,6	3,1	3,0	18	18
Sonneberg	55	54	-1,8	2,7	2,6	19	20
Saalfeld-Rudolstadt	100	91	-9,0	4,8	4,4	6	9
Saale-Holzland-Kreis	68	65	-4,4	3,3	3,2	17	16
Saale-Orla-Kreis	70	66	-5,7	3,4	3,2	15	15
Greiz	90	89	-1,1	4,3	4,4	10	10
Altenburger Land	80	79	-1,3	3,9	3,9	12	12
Thüringen	2074	2 0 4 5	-1,4	100,0	100,0	х	х

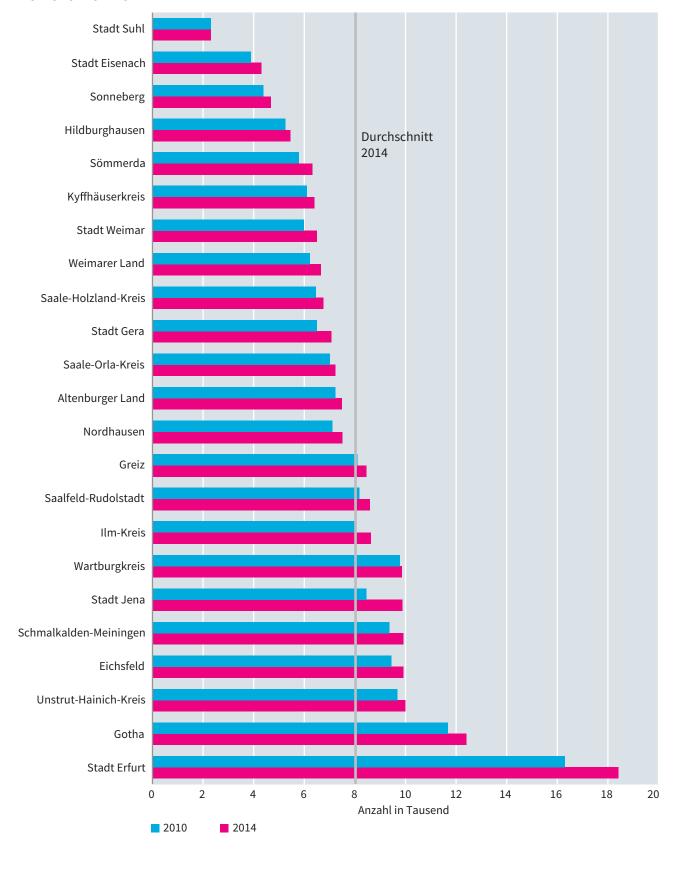
Quelle: Landesärztekammer bzw. Landeszahnärztekammer Thüringen

Einwohner je Zahnarzt (Anzahl)

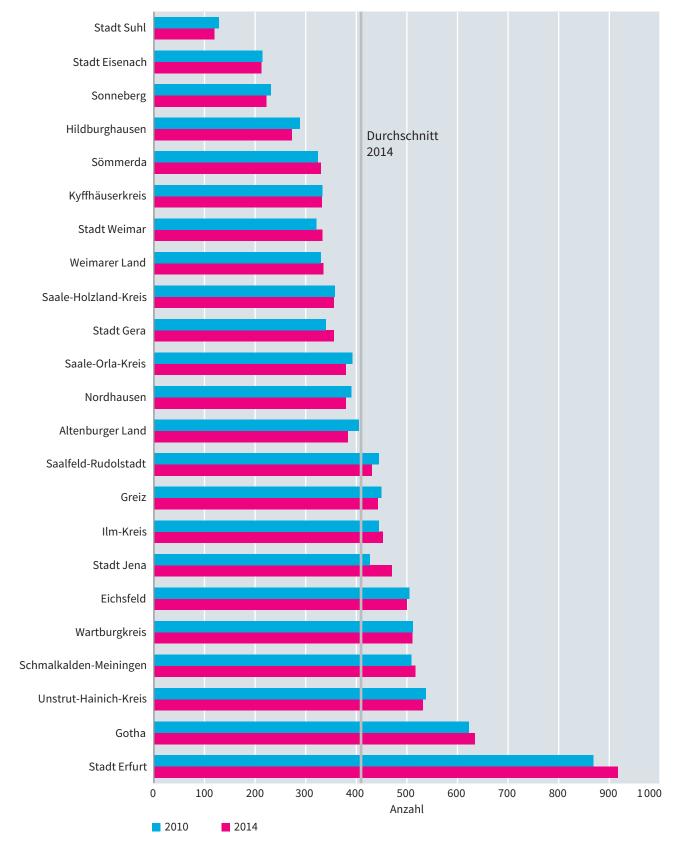
Kreisfreie Stadt Landkreis	31.12.2010	31.12.2014	Ver- änderung in Prozent	Anteil an in Pro	Thüringen ozent	Position	
Land				2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	827	838	1,3	Х	Х	21	22
Stadt Gera	1003	926	-7,7	Х	Х	19	20
Stadt Jena	637	605	-5,0	Х	Х	23	23
Stadt Suhl	776	842	8,5	Х	Х	22	21
Stadt Weimar	873	977	11,9	Х	Х	20	19
Stadt Eisenach	1043	1 197	14,8	Х	Х	18	8
						_	
Eichsfeld	1 252	1 145	-8,5	Х	Х	7	12
Nordhausen	1 184	1 198	1,2	Х	Х	10	7
Wartburgkreis	1268	1 154	-9,0	Х	Х	5	11
Unstrut-Hainich-Kreis	1 157	1 094	-5,4	Х	Х	14	16
Kyffhäuserkreis	1164	1 135	-2,5	X	X	13	15
Schmalkalden-Meiningen	1 140	1 137	-0,3	X	X	15	14
Gotha	1062	1026	-3,4	X	X	17	18
Sömmerda	1325	1216	-8,2	X	X	2	5
Hildburghausen	1 457	1406	-3,5	Х	Х	1	1
Ilm-Kreis	1170	1184	1,2	Х	X	11	9
Weimarer Land	1303	1317	1,1	X	X	3	2
Sonneberg	1090	1052	-3,5	X	Х	16	17
Saalfeld-Rudolstadt	1168	1205	3,2	X	Х	12	6
Saale-Holzland-Kreis	1277	1 292	1,2	Х	Х	4	3
Saale-Orla-Kreis	1254	1256	0,2	X	X	6	4
Greiz	1 195	1 139	-4,7	Х	Х	9	13
Altenburger Land	1 235	1173	-5,0	Х	Х	8	10
Thüringen	1078	1055	-2,1	х	х	х	х

Quelle: Landesärztekammer bzw. Landeszahnärztekammer Thüringen

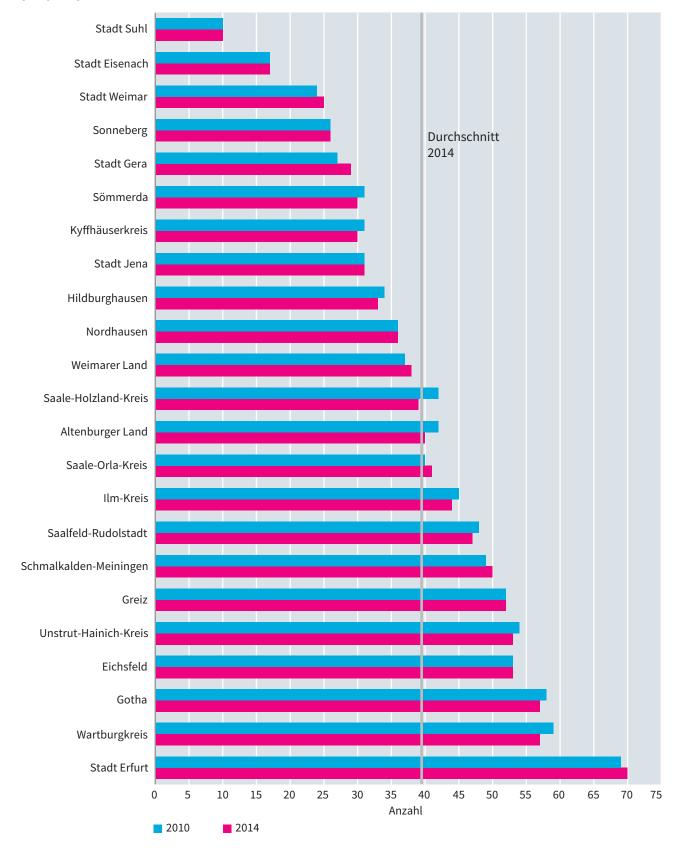
Schüler an allgemeinbildenden Schulen in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



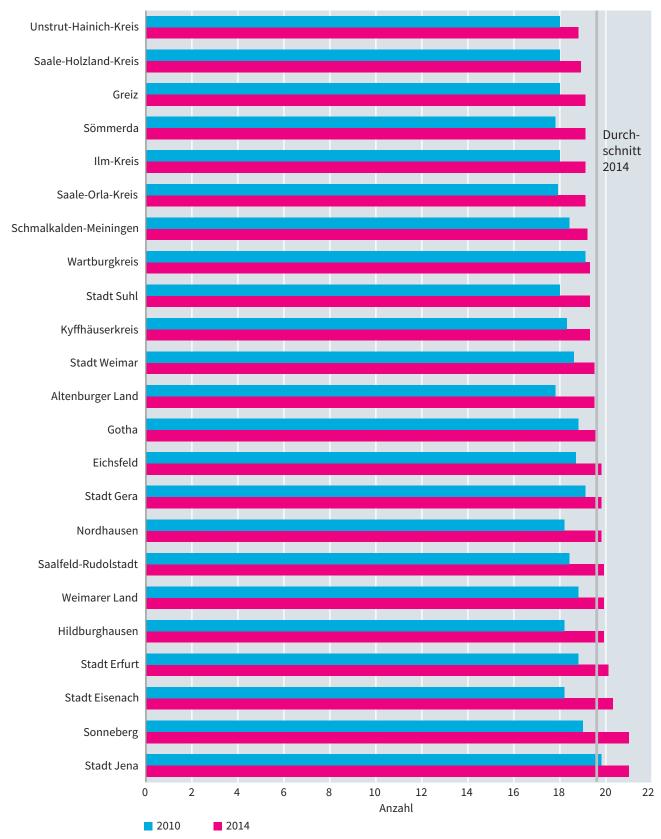
Klassen an allgemeinbildenden Schulen in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



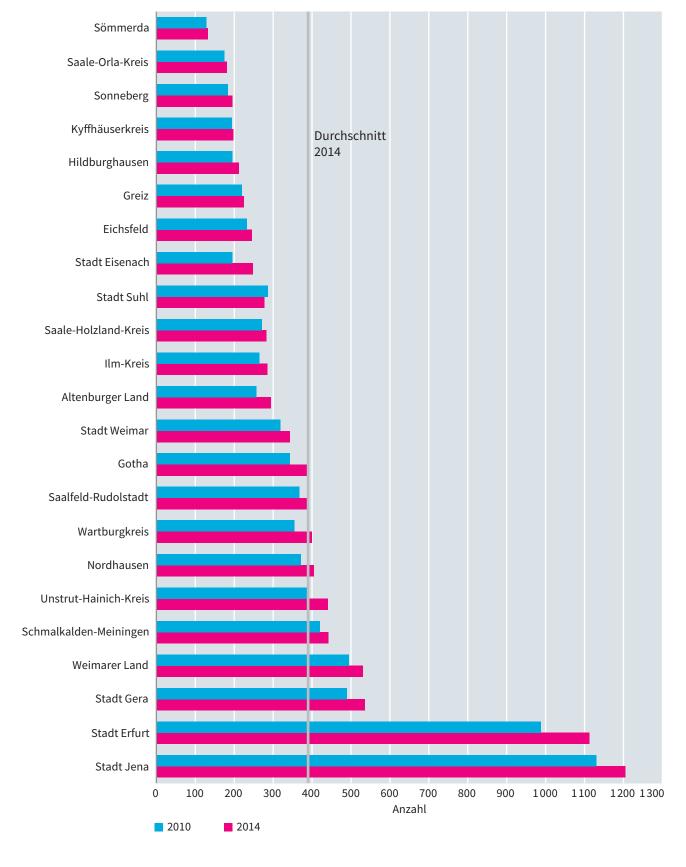
Anzahl allgemeinbildender Schulen in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



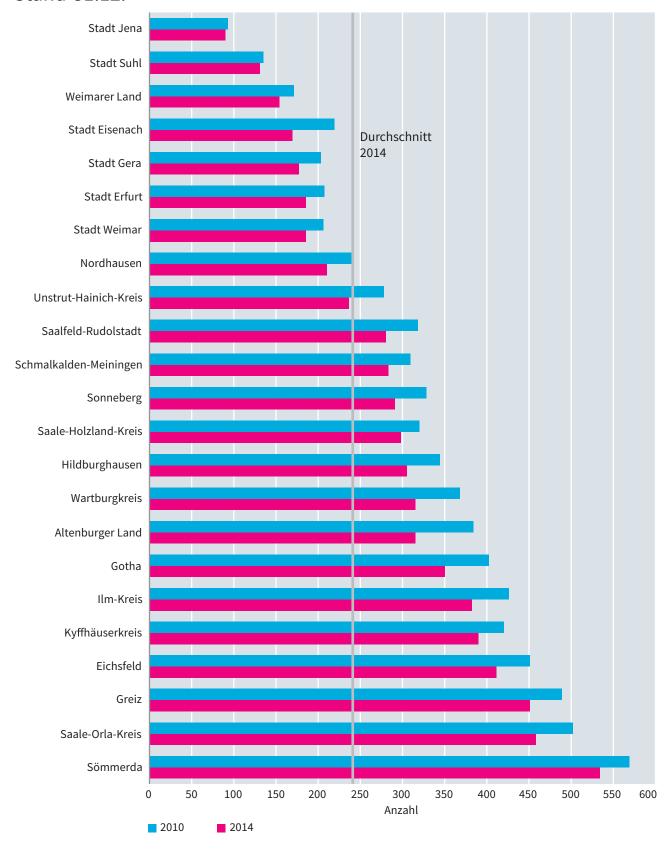
Schüler je Klasse in allgemeinbildenden Schulen in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



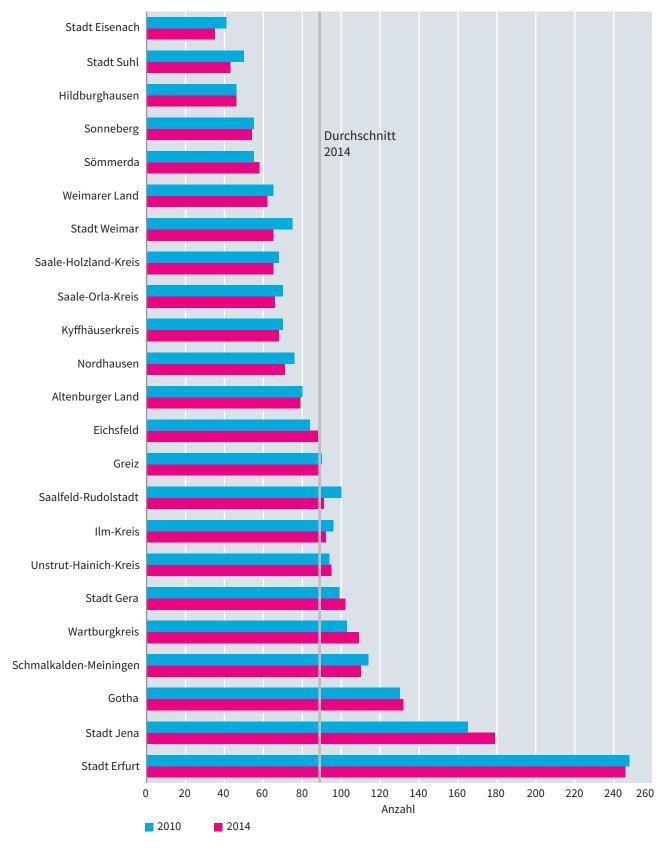
Anzahl der Ärzte in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.



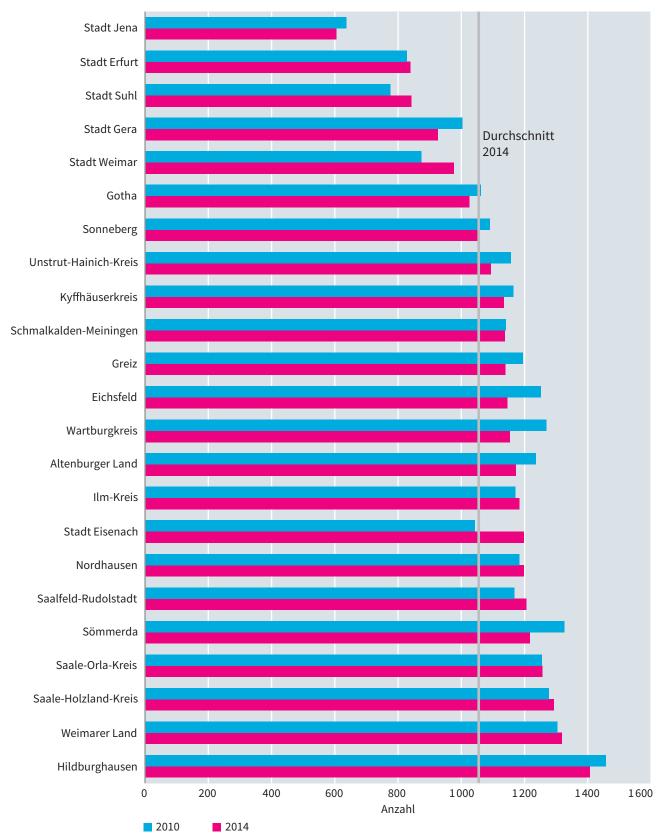
Einwohner je Arzt in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.

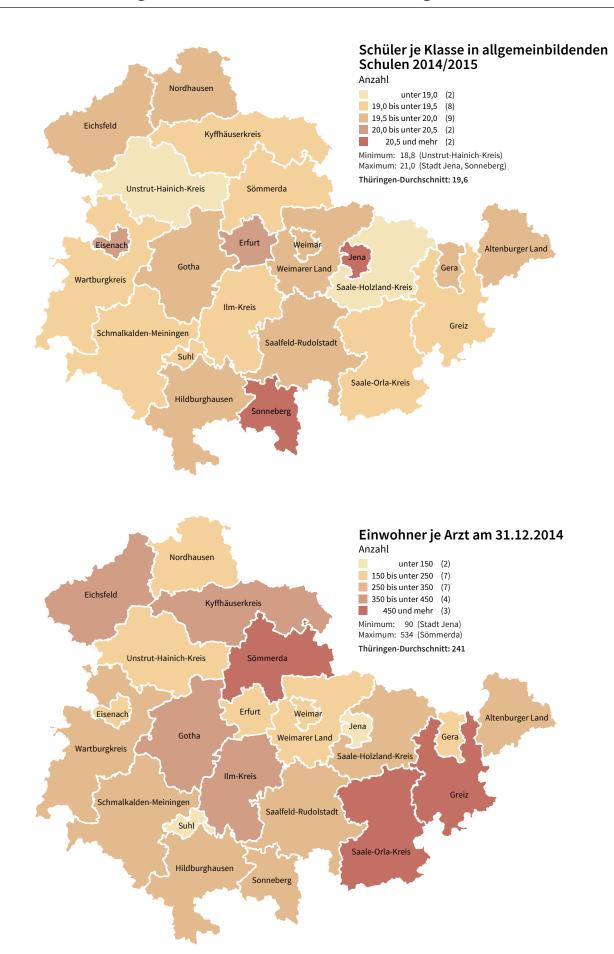


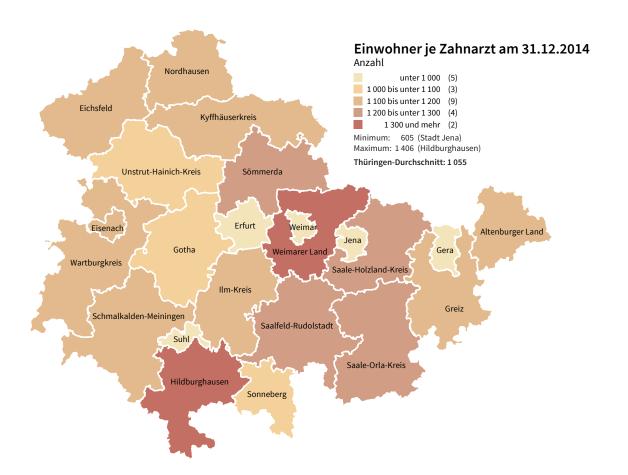
Anzahl der Zahnärzte in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.



Einwohner je Zahnarzt in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014 Stand 31.12.







Finanzen

Tabellen	85
Grafiken	87
Karten	91

Steuereinnahmekraft der Gemeinden insgesamt (Tsd. Euro)

Kreisfreie Stadt Landkreis	2010	2014	Ver- änderung in Prozent		Thüringen ozent	Position	
Land				2010	2014	2010	2014
CL N.E.C.	110510	150100	20.4	11.0	11.0		
Stadt Erfurt	118510	152 139	28,4	11,6	11,2	1	1
Stadt Gera	43794	52921	20,8	4,3	3,9	8	13
Stadt Jena	64 181	88294	37,6	6,3	6,5	2	3
Stadt Suhl	18626	26 195	40,6	1,8	1,9	23	23
Stadt Weimar	29 581	37203	25,8	2,9	2,7	18	19
Stadt Eisenach	20 038	28 036	39,9	2,0	2,1	22	22
F1-1-4-1-1	42.270	F0.700	25.0	4.2	4.2	10	0
Eichsfeld	43 270	58799	35,9	4,2	4,3	10	8
Nordhausen	37704	48 169	27,8	3,7	3,6	14	16
Wartburgkreis	58 138	88 433	52,1	5,7	6,5	5	2
Unstrut-Hainich-Kreis	40 785	55754	36,7	4,0	4,1	12	9
Kyffhäuserkreis	28775	38071	32,3	2,8	2,8	19	18
Schmalkalden-Meiningen	53 375	74 142	38,9	5,2	5,5	7	6
Gotha	64014	87275	36,3	6,3	6,4	3	4
Sömmerda	33 535	45 977	37,1	3,3	3,4	17	17
Hildburghausen	28 622	35 794	25,1	2,8	2,6	20	21
Ilm-Kreis	59360	74335	25,2	5,8	5,5	4	5
Weimarer Land	42 005	54347	29,4	4,1	4,0	11	10
Sonneberg	26338	36090	37,0	2,6	2,7	21	20
Saalfeld-Rudolstadt	55 355	63 596	14,9	5,4	4,7	6	7
Saale-Holzland-Kreis	38354	51208	33,5	3,8	3,8	13	14
Saale-Orla-Kreis	37078	53844	45,2	3,6	4,0	15	11
Greiz	43681	53605	22,7	4,3	4,0	9	12
Altenburger Land	36612	49841	36,1	3,6	3,7	16	15
Thüringen	1021729	1354070	32,5	100,0	100,0	х	х

Steuereinnahmekraft der Gemeinden je Einwohner*) (Euro)

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	2010	2014	Ver- änderung in Prozent	Anteil an Thüringen in Prozent		Position	
				2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	581	741	27,5	Х	Х	2	2
Stadt Gera	440	559	27,0	Х	Х	13	18
Stadt Jena	616	822	33,4	Х	Х	1	1
Stadt Suhl	476	737	54,8	Х	Х	5	3
Stadt Weimar	454	588	29,5	Х	Х	10	14
Stadt Eisenach	468	674	44,0	Х	Х	7	6
Fish-fald	400	502	42.5			10	15
Eichsfeld	409	583	42,5	Х	Х	18	15
Nordhausen	419	565	34,8	Х	Х	17	17
Wartburgkreis	443	702	58,5	Х	Х	11	4
Unstrut-Hainich-Kreis	374	536	43,3	X	X	21	20
Kyffhäuserkreis	351	491	39,9	X	X	23	23
Schmalkalden-Meiningen	409	591	44,5	X	Х	18	13
Gotha	462	646	39,8	X	X	8	10
Sömmerda	457	652	42,7	X	X	9	8
Hildburghausen	424	552	30,2	X	X	15	19
Ilm-Kreis	529	684	29,3	X	Х	3	5
Weimarer Land	495	666	34,5	Х	X	4	7
Sonneberg	437	632	44,6	Х	Х	14	11
Saalfeld-Rudolstadt	471	579	22,9	X	Х	6	16
Saale-Holzland-Kreis	441	610	38,3	Х	Х	12	12
Saale-Orla-Kreis	420	647	54,0	Х	Х	16	9
Greiz	403	526	30,5	Х	Х	20	22
Altenburger Land	368	535	45,4	Х	Х	22	21
Thüringen	456	628	37,7	х	х	х	х

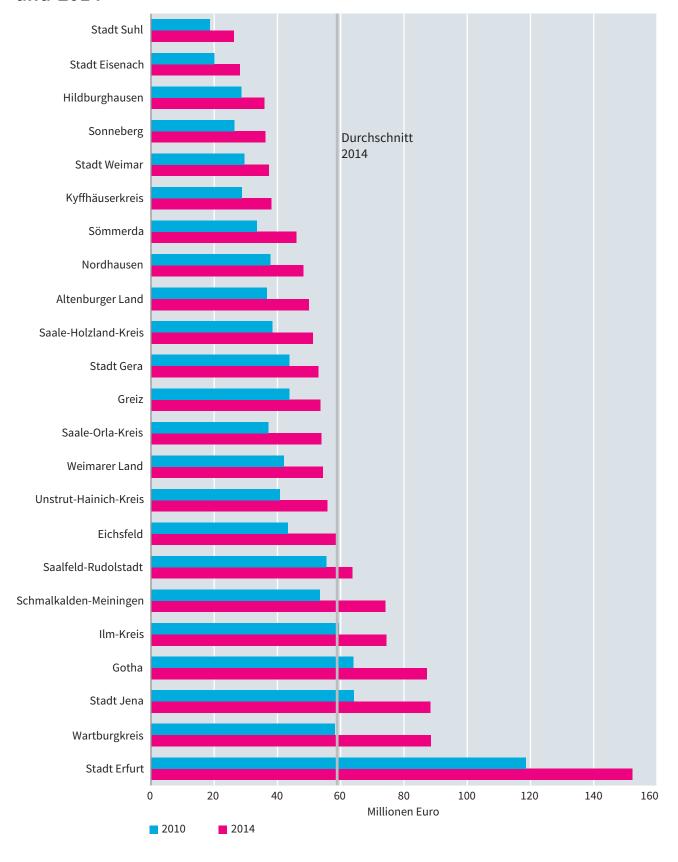
^{*)} Einwohner am 30. Juni des Jahres

Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner*) (Euro)

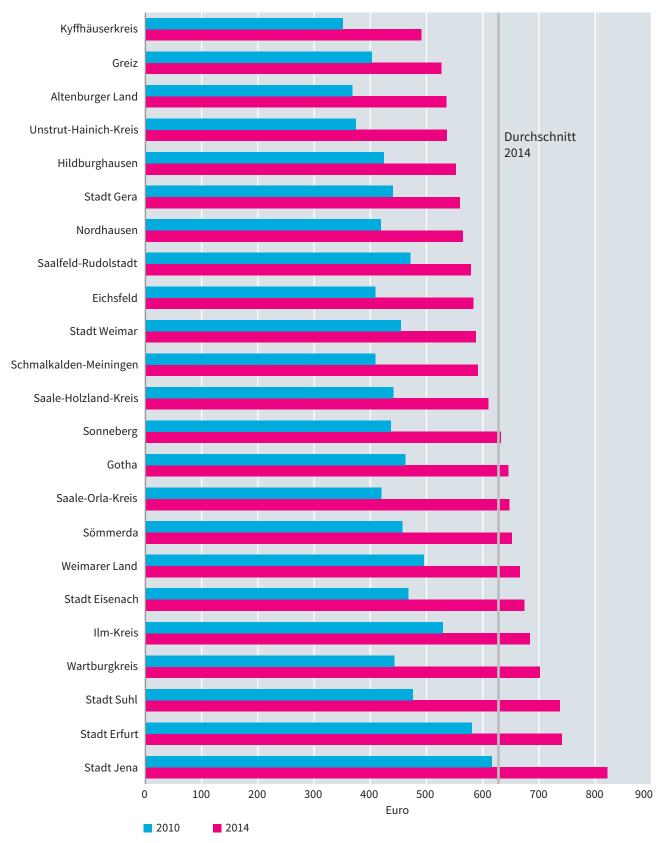
Kreisfreie Stadt Landkreis Land	2010	2014	Ver- änderung in Prozent	Anteil an Thüringen in Prozent		Position	
				2010	2014	2010	2014
Stadt Erfurt	811	803	-1,0	X	Х	19	17
Stadt Gera	1057	1468	38,9	X	Х	15	3
Stadt Jena	483	289	-40,2	X	Х	23	23
Stadt Suhl	2009	588	-70,7	X	Х	1	20
Stadt Weimar	1274	1413	10,9	X	X	7	4
Stadt Eisenach	1075	903	-16,0	X	Х	14	16
Eichsfeld	947	964	1,8	X	Х	17	14
Nordhausen	1269	1255	-1,1	X	Х	8	6
Wartburgkreis	634	591	-6,8	X	X	21	19
Unstrut-Hainich-Kreis	1792	1721	-4,0	X	X	2	1
Kyffhäuserkreis	1251	1099	-12,2	X	X	10	10
Schmalkalden-Meiningen	643	502	-21,9	X	Х	20	21
Gotha	1016	943	-7,2	X	Х	16	15
Sömmerda	1647	1489	-9,6	X	Х	3	2
Hildburghausen	545	329	-39,6	Х	Х	22	22
Ilm-Kreis	1322	1146	-13,3	X	Х	5	7
Weimarer Land	1564	1268	-18,9	X	Х	4	5
Sonneberg	1159	1036	-10,6	X	Х	12	12
Saalfeld-Rudolstadt	1195	1014	-15,1	X	Х	11	13
Saale-Holzland-Kreis	1290	1146	-11,2	X	Х	6	7
Saale-Orla-Kreis	1152	1087	-5,6	Х	Х	13	11
Greiz	1262	1146	-9,2	Х	Х	9	7
Altenburger Land	835	694	-16,9	Х	Х	18	18
Thüringen	1085	978	-9,9	х	х	х	х

^{*)} Einwohner am 30. Juni des Jahres

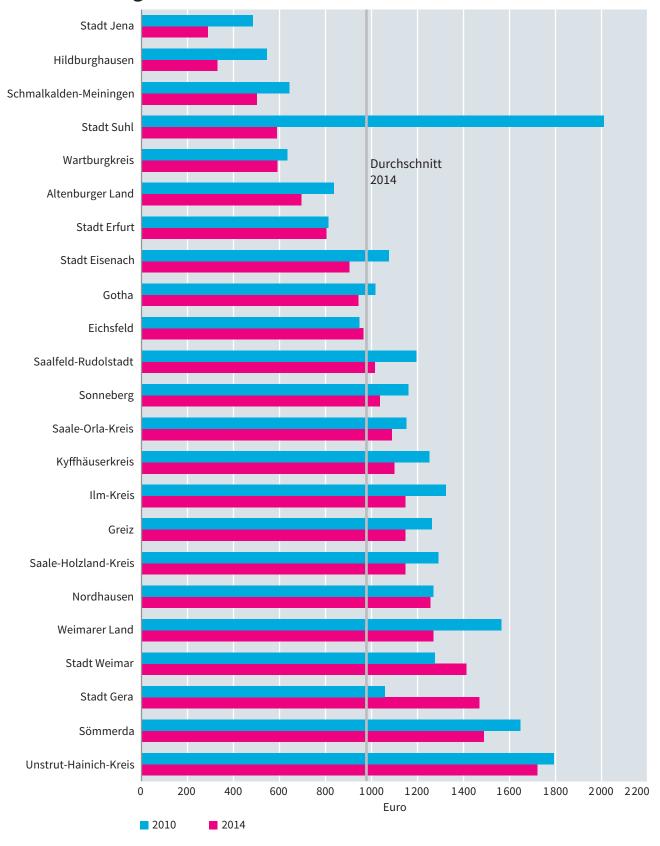
Steuereinnahmekraft der Gemeinden in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014

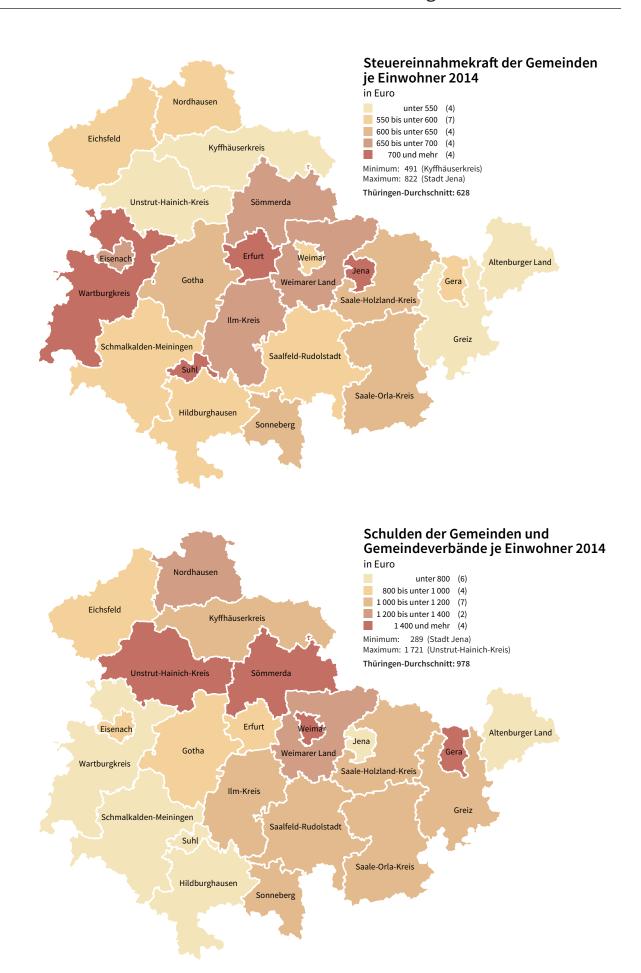


Steuereinnahmekraft der Gemeinden je Einwohner in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014



Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner in den Thüringer Kreisen 2010 und 2014





Statistische Daten der Landkreise und kreisfreien Städte im Vergleich der Jahre 2010 und 2014

Quelle:

Thüringer Kreise im Vergleich – Ausgabe 2015, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2016, Bestell-Nr. 40407

Verwaltungsstruktur der Landkreise und Kreisfreien Städte in Thüringen

					Struk	turelle	Daten der Krei	se			
Code	Kreisfreie Stadt / Landkreis	Gemein- den	Gemeir Grö	iden nad ößenklas			Verwaltungs- gemein-	scl Einw	altungsg haften r ohnergi assen 20	ach rößen-	Land-
		insgesamt 2014	unter 500	500 - 1000	1000 - 5000	5000 und mehr	schaften insgesamt 2014	unter 6000	6000 - 10000	10000 und mehr	gemein- den
16051	Erfurt, Stadt	1				1					
16052	Gera, Stadt	1				1					
16053	Jena, Stadt	1				1					
16054	Suhl, Stadt	1				1					
16055	Weimar, Stadt	1				1					
16056	Eisenach, Stadt	1				1					
16061	Eichsfeld	79	34	22	21	2	9	4	5	0	2
16062	Nordhausen	27	9	6	8	4	2	1	1	0	2
16063	Wartburgkreis	50	10	12	19	9	3	0	2	1	-
16064	Unstrut-Hainich-Kreis	42	17	8	14	3	3	0	3	0	2
16065	Kyffhäuserkreis	43	17	13	9	4	3	1	2	0	-
16066	Schmalkalden-Meiningen	62	21	21	13	7	4	2	1	1	-
16067	Gotha	47	9	14	18	6	4	2	2	0	2
16068	Sömmerda	54	17	23	12	2	7	4	2	1	-
16069	Hildburghausen	37	20	2	11	4	2	1	1	0	-
16070	Ilm-Kreis	42	10	14	15	3	6	4	2	0	1
16071	Weimarer Land	62	35	10	14	3	4	0	4	0	2
16072	Sonneberg	11	2	-	6	3	-	0	0	0	-
16073	Saalfeld-Rudolstadt	38	10	9	13	6	4	3	1	0	-
16074	Saale-Holzland-Kreis	93	58	20	10	5	5	1	1	3	-
16075	Saale-Orla-Kreis	72	48	9	11	4	5	3	2	0	-
16076	Greiz	46	22	7	14	3	3	2	1	0	2
16077	Altenburger Land	38	15	9	10	4	5	5	0	0	-
	Thüringen	849	354	199	218	78	69	33	30	6	13
	Anteil in %	100	41,7	23,4	25,7	9,2	100	47,8	43,5	8,7	1,5



Thüringer Landesamt für Statistik

Demografische Entwicklung der Landkreise und Kreisfreien Städte 2014 bis 2035 in Thüringen

			Dem	ografische Ent	wicklungsfäl	nigkeit	
Code	Kreisfreie Stadt / Landkreis	Einwohner- zahl 31.12.2014	Einwohner- zahl 2035 (1.rBv)	Veränderung EW-Zahl 2014 - 2035 in Prozent	Ver- änderung U20-Anteil 2014 - 2035 in Prozent	Veränderung des Anteils der 20- bis 65- jährigen 2014-2035 in Prozent	Ver- änderung Ü65-Anteil 2014 - 2035 in Prozent
16051	Erfurt, Stadt	206 219	225 753	9,5	3,1	-6,8	3,7
16052	Gera, Stadt	94 492	79 515	-15,8	1,3	-11,7	10,4
16053	Jena, Stadt	108 207	111 980	3,5	3,3	-5,0	1,7
16054	Suhl, Stadt	36 208	33 004	-8,8	3,8	-9,9	6,1
16055	Weimar, Stadt	63 477	61 075	-3,8	1,3	-7,5	6,2
16056	Eisenach, Stadt	41 884	42 026	0,3	0,9	-4,9	4,1
16061	Eichsfeld	100 730	86 747	-13,9	-0,9	-12,0	12,9
16062	Nordhausen	85 055	73 384	-13,7	0,4	-9,5	9,2
16063	Wartburgkreis	125 835	101 290	-19,5	-0,4	-13,7	14,1
16064	Unstrut-Hainich-Kreis	103 922	85 370	-17,9	-0,9	-12,8	13,7
16065	Kyffhäuserkreis	77 148	59 589	-22,8	-0,3	-14,9	15,2
16066	Schmalkalden-Meiningen	125 056	104 632	-16,3	1,2	-13,1	11,9
16067	Gotha	135 381	121 451	-10,3	0,1	-10,1	10
16068	Sömmerda	70 537	59 270	-16	0,3	-14,4	14,1
16069	Hildburghausen	64 673	52 813	-18,3	0,1	-14,3	14,2
16070	Ilm-Kreis	108 899	95 465	-12,3	0,9	-9,9	9
16071	Weimarer Land	81 641	71 667	-12,2	-0,4	-14,0	14,4
16072	Sonneberg	56 809	45 136	-20,5	0,2	-13,0	12,7
16073	Saalfeld-Rudolstadt	109 646	86 037	-21,5	1,2	-14,0	12,8
16074	Saale-Holzland-Kreis	83 966	63 857	-23,9	-0,9	-16,3	17,2
16075	Saale-Orla-Kreis	82 887	67 318	-18,8	0,1	-14,0	13,9
16076	Greiz	101 382	76 894	-24,2	-0,1	-15,3	15,4
16077	Altenburger Land	92 705	70 824	-23,6	-0,5	-14,1	14,6
	Thüringen	2 156 759	1 875 097	-13,1	0,8	-11,2	10,4



Kommunale Kennziffern - Finanzen und Personal der Landkreise und Kreisfreien Städte in Thüringen

			Haushalteris	che Entwicklı	ıngsfähigkeit	
Code	Kreisfreie Stadt / Landkreis	Steuerein- nahmen je EW 2014 in Euro	Schulden- stand der Landkreise je EW 2014 in Euro	Personal der Gemeinden/ GV je 1000 EW am 30.06.2014	Personal- ausgaben der Landkreise (mit G/GV) und krfr. Städte je EW 2014 in Euro	Brutto- ausgaben im Verwalt- ungshaus- halt je EW 2014 in Euro
16051	Erfurt, Stadt	833	803	17	789	2 722
16052	Gera, Stadt	645	1 468	13	637	2 372
16053	Jena, Stadt	869	289	12	532	2 351
16054	Suhl, Stadt	768	588	15	711	2 686
16055	Weimar, Stadt	608	1 413	13	593	2 325
16056	Eisenach, Stadt	745	903	11	513	2 254
16061	Eichsfeld	550	964	16	661	2 546
16062	Nordhausen	565	1 255	15	675	2 589
16063	Wartburgkreis	668	591	16	672	2 249
16064	Unstrut-Hainich-Kreis	528	1 721	15	639	2 633
16065	Kyffhäuserkreis	473	1 099	16	702	2 504
16066	Schmalkalden-Meiningen	569	502	15	621	2 554
16067	Gotha	635	943	14	623	2 338
16068	Sömmerda	625	1 489	18	791	2 559
16069	Hildburghausen	525	329	15	678	2 409
16070	Ilm-Kreis	675	1 146	16	693	2 401
16071	Weimarer Land	607	1 268	15	663	2 646
16072	Sonneberg	615	1 036	12	559	2 283
16073	Saalfeld-Rudolstadt	562	1 014	14	624	2 473
16074	Saale-Holzland-Kreis	584	1 146	14	604	2 301
16075	Saale-Orla-Kreis	619	1 087	15	647	2 383
16076	Greiz	509	1 146	18	751	2 661
16077	Altenburger Land	520	694	16	719	2 512
	Thüringen	629	978	15	664	2 480

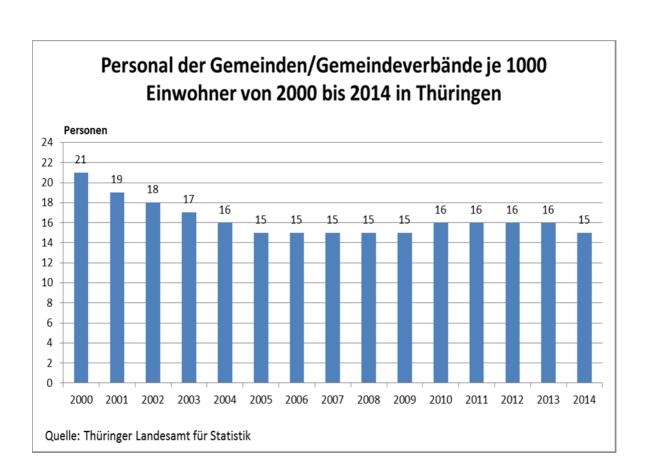


Bruttoinlandsprodukt, Einkommen und Arbeitslosenquote der Landkreise und Kreisfreien Städte in Thüringen

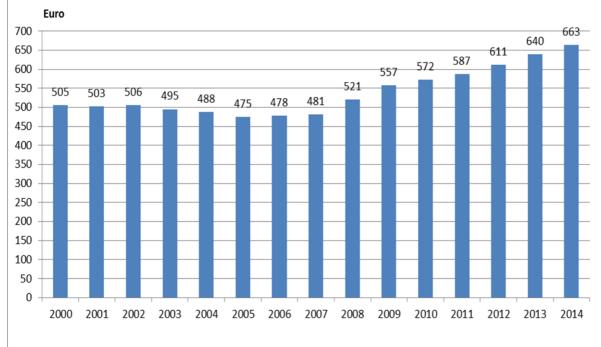
			zioökonomisc vicklungsfähig	
Code	Kreisfreie Stadt / Landkreis	BIP je Erwerbs- tätigen 2013 in Euro	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2013 in Euro	Arbeits- Iosenquote 2014 in Prozent
16051	Erfurt, Stadt	51 183	16 814	9,2
16052	Gera, Stadt	45 496	17 132	12,5
16053	Jena, Stadt	55 963	16 949	7,7
16054	Suhl, Stadt	45 176	20 289	7,9
16055	Weimar, Stadt	52 134	15 638	9,5
16056	Eisenach, Stadt	46 345	17 159	9,4
16061	Eichsfeld	48 648	17 399	6,2
16062	Nordhausen	48 383	16 329	10,7
16063	Wartburgkreis	54 883	18 004	6,4
16064	Unstrut-Hainich-Kreis	47 746	16 788	11,2
16065	Kyffhäuserkreis	48 524	16 338	12,3
16066	Schmalkalden-Meiningen	49 032	18 005	6,5
16067	Gotha	50 743	17 372	8,1
16068	Sömmerda	50 852	17 382	9,7
16069	Hildburghausen	49 793	18 178	5,8
16070	Ilm-Kreis	48 315	17 205	8,6
16071	Weimarer Land	54 320	17 511	7,2
16072	Sonneberg	51 909	18 243	4,8
16073	Saalfeld-Rudolstadt	52 573	17 482	9
16074	Saale-Holzland-Kreis	49 887	17 820	7,6
16075	Saale-Orla-Kreis	50 788	17 589	7,8
16076	Greiz	48 802	18 030	9,2
16077	Altenburger Land	46 212	17 001	12,2
	Thüringen	50 249	17 340	8,6

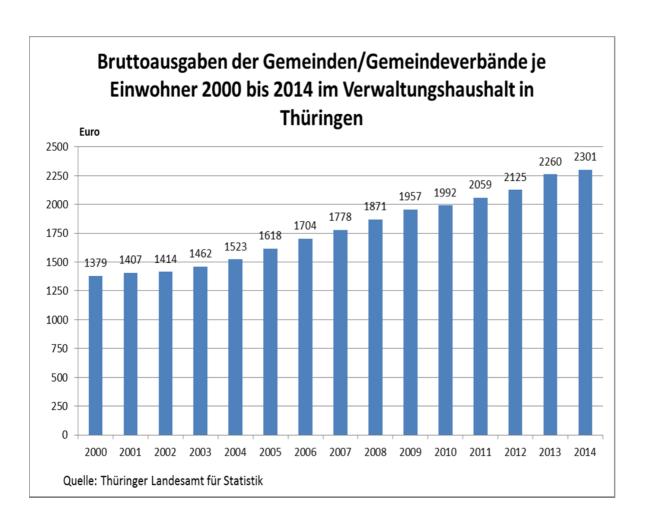


Thüringer Landesamt für Statistik



Personalausgaben Gemeinden und Gemeindeverbände je Einwohner 2000 bis 2014 in Thüringen





Statistische Daten der Landkreise und kreisfreien Städte zu Struktur, Demografie, Haushalt und Ökonomie

Quellen:

Statistisches Jahrbuch Thüringen – Ausgabe 2015, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2015, Bestell-Nr. 40101

Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung Thüringens und seiner Kreise. Ergebnisse der 1. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung 2015 bis 2035, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2016, Bestell-Nr. 40301

Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände in Thüringen 2014, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2016, Bestell-Nr. 11204

Schulden des Landes und der kommunalen Körperschaften in Thüringen am 31.12.2014, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2015, Bestell-Nr. 11301

Personal des öffentlichen Dienstes in Thüringen am 30.06.2014, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2015, Bestell-Nr. 11302

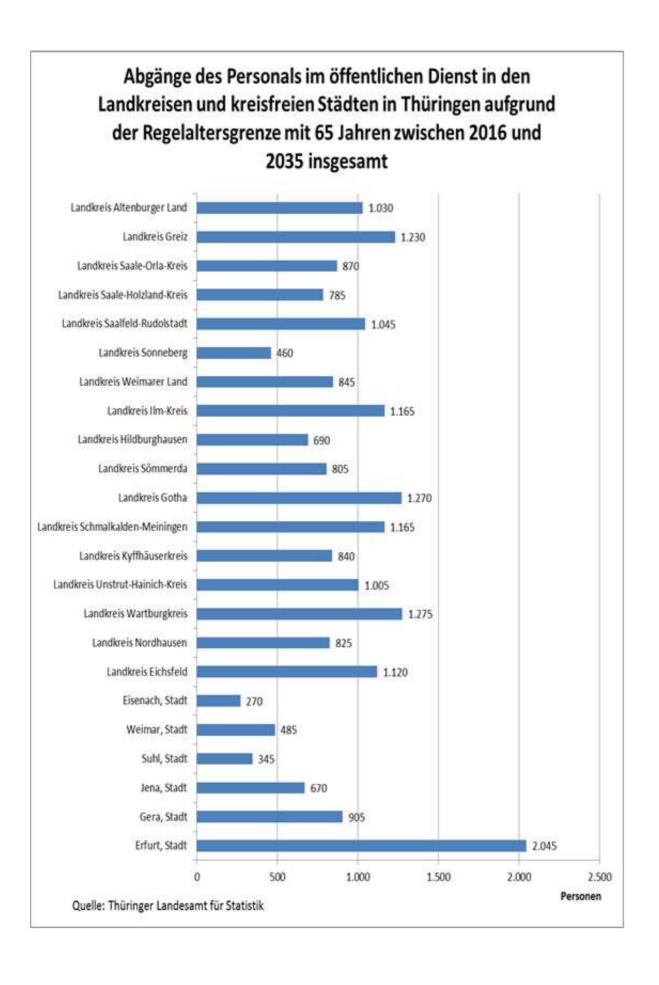
Einkommen der privaten Haushalte in Thüringen 2000 bis 2013 nach Kreisen, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2016, Bestell-Nr. 15203

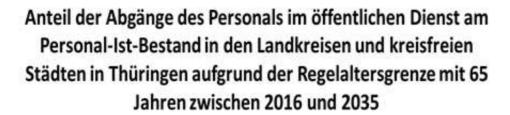
Abgänge aufgrund der Regelaltersgrenze mit 65 Jahren ¹) von 2016 bis 2035 Quelle: Personalstandstatistik 30.06.2014

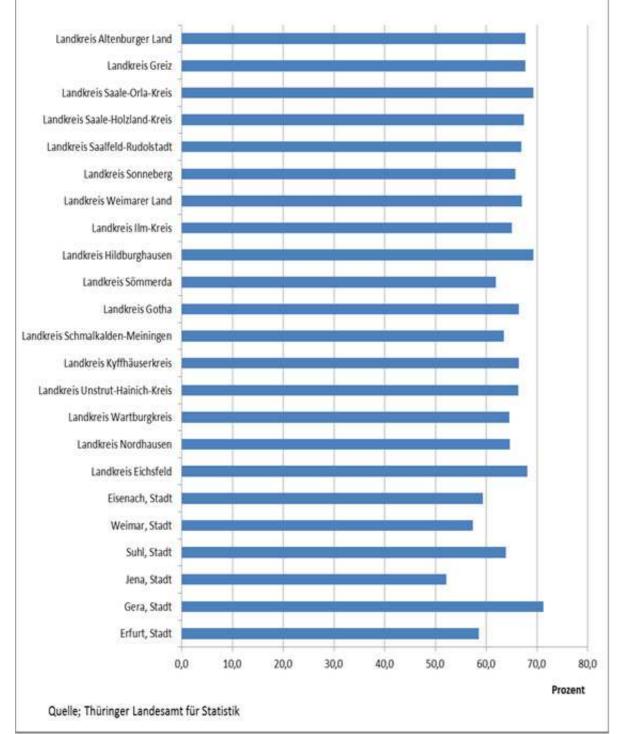
			Personal Ist										Abgänge na	ch Ausscheid	ungsjahr/Geb	urtsjahrgang								
	kreisfreie Stadt/Landkreis/Gemeinden/GV	Bevölkerung 30.06.2014	Bestand 30.06.2014	Abgänge insgesamt	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
			3010012014		1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970
16051000	Erfurt, Stadt	205.276	3.490	2.045	80	100	120	120	115	120	105	120	130	130	110	130	120	105	95	85	95	90	90	75
16052000	Gera, Stadt	94.665	1.270	905	10	50	60	60	55	45	55	60	60	60	45	50	65	50	40	40	40	30	20	20
16053000	Jena, Stadt	107.422	1.285	670	20	30	25	35	30	50	35	30	35	35	40	40	35	30	45	55	35	30	30	25
16054000	Suhl, Stadt	35.524	540	345	20	30	20	30	35	25	20	10	15	25	20	15	10	15	10	20	20	10	10	10
16055000	Weimar, Stadt	63.260	845	485	20	35	25	30	30	30	25	20	20	40	25	30	30	20	25	25	20	20	10	25
16056000	Eisenach, Stadt	41.615	455	270	10	20	10	10	20	20	25	10	15	20	15	20	20	20	10	10	5	10	5	5
16061000	Landkreis Eichsfeld	100.860	1.645	1.120	45	50	80	90	70	65	70	70	55	85	80	70	60	55	45	45	45	35	20	20
16062000	Landkreis Nordhausen	85.217	1.275	825	25	40	60	55	50	55	45	60	45	55	45	45	40	40	35	35	25	35	35	30
16063000	Landkreis Wartburgkreis	125.956	1.975	1.275	40	50	65	75	80	80	80	85	90	65	85	95	90	60	60	40	50	50	40	35
16064000	Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis	104.102	1.515	1.005	30	65	65	75	70	80	55	60	70	45	50	65	60	45	45	35	40	30	20	35
16065000	Landkreis Kyffhäuserkreis	77.473	1.265	840	30	55	65	55	70	60	35	40	55	50	40	45	40	50	50	35	30	30	30	10
16066000	Landkreis Schmalkalden-Meiningen	125.383	1.835	1.165	55	65	75	60	75	75	55	75	75	85	75	70	80	65	55	40	30	45	40	30
16067000	Landkreis Gotha	135.065	1.910	1.270	40	50	65	60	75	85	85	70	90	70	95	70	95	65	55	50	50	40	50	40
16068000	Landkreis Sömmerda	70.506	1.300	805	25	55	60	70	50	50	55	40	45	50	35	45	40	40	35	35	25	30	35	20
16069000	Landkreis Hildburghausen	64.888	995	690	25	25	35	50	35	45	50	50	30	50	40	40	30	45	35	30	25	25	25	20
16070000	Landkreis Ilm-Kreis	108.725	1.790	1.165	50	65	75	85	75	70	70	60	75	60	65	80	55	50	55	50	50	50	45	30
16071000	Landkreis Weimarer Land	81.557	1.260	845	35	45	60	65	50	60	50	50	45	65	45	50	35	50	35	40	30	25	25	25
16072000	Landkreis Sonneberg	57.060	700	460	25	20	35	35	25	25	30	35	25	30	30	25	30	25	25	20	20	15	5	10
16073000	Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	109.897	1.560	1.045	40	75	75	65	65	55	60	70	65	70	65	65	55	45	50	40	35	30	30	
16074000	Landkreis Saale-Holzland-Kreis	83.913	1.165	785	20	45	50	35	50	50	55	45	45	50	45	55	55	40	45	25	20	30	25	20
16075000	Landkreis Saale-Orla-Kreis	83.255	1.255	870	25	45	45	60	55	60	50	50	45	55	65	55	60	35	45	35	20	35	30	25
16076000	Landkreis Greiz	101.865	1.815	1.230	35	60	75	85	85	75	75	65	70	65	80	60	60	85	60	50	45	45	30	40
16077000	Landkreis Altenburger Land	93.138	1.520	1.030	45	60	50	60	80	75	65	55	55	60	65	55	50	55	55	50	35	35	25	30
Gesamt			32.665	21.150			•														•	•		

*) nicht berücksichtigt ist die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters ab dem Jahrgang 1947 auf 67 Jahre;
Aus Gründen der Geheimhaltung werden alle Einzelzahlen einem statistischen Rundungsverfahren unterzogen. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.
Zeichenerklärung: 0 - (nach Rundung) nichts vorhanden

inkl. Landkreis- und VG Verwaltung



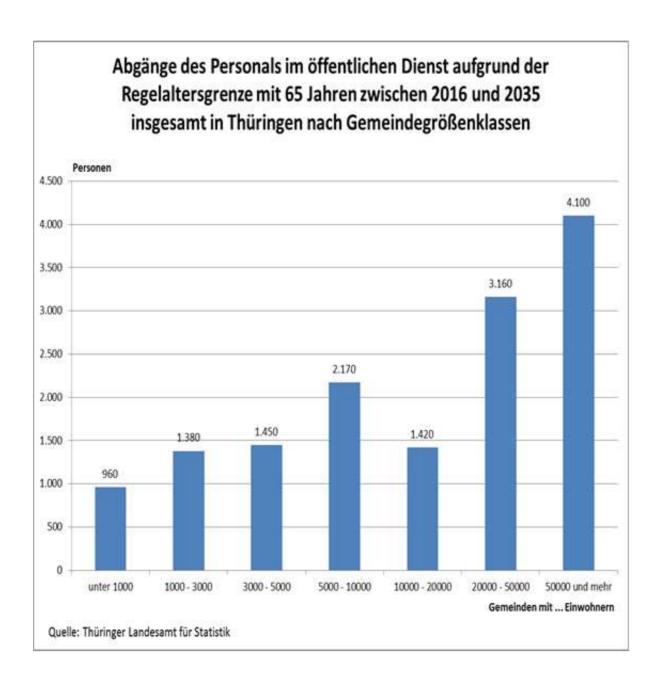




Abgänge aufgrund der Regelaltersgrenze mit 65 Jahren*) von 2016 bis 2035 nach Gemeindegrößenklassen Quelle: Personalstandstatistik 30.06.2014

								Abgäı	nge nach Aus	scheidungsjah	r/Geburtsjahr	gang										
Gemeindegrößenklasse	Bevölkerung 30.06.2014	Abgänge insgesamt	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
		=	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1965	1965	1965	1965	1965
unter 1000 EW	239.137	960	30	65	75	50	65	60	60	55	55	70	55	50	45	45	40	40	30	35	30	30
1000 - 3000 EW	289.658	1.380	50	80	80	100	70	80	75	85	85	75	80	65	85	90	65	60	60	45	60	40
3000 - 5000 EW	226.301	1.450	40	55	105	100	100	85	85	85	80	90	90	65	75	75	60	60	65	65	55	45
5000 - 10000 EW	290.676	2.170	55	90	110	105	110	125	90	105	90	105	100	95	105	85	100	185	165	150	135	125
10000 - 20000 EW	204.146	1.420	40	65	70	80	80	85	75	75	65	85	70	85	75	65	60	90	90	80	70	55
20000 - 50000 EW	436.081	3.160	110	170	170	195	230	215	180	165	175	175	210	190	170	155	135	160	140	115	115	105
50000 EW und mehr	470.623	4.100	130	215	230	245	225	245	220	230	245	265	220	250	250	205	205	210	185	165	150	140

^{*)} nicht berücksichtigt ist die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters ab dem Jahrgang 1947 auf 67 Jahre sowie die Abgänge des Personals in den Landkreisverwaltungen und den VG-Verwaltungen Aus Gründen der Geheimhaltung werden alle Einzelzahlen einem statistischen Rundungsverfahren unterzogen. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen. Zeichenerklärung: 0 - (nach Rundung) nichts vorhanden



Abgänge aufgrund der Regelaltersgrenze mit 65 Jahren*) von 2016 bis 2035 in den Landkreisverwaltungen und den VG Verwaltungen Quelle: Personalstandstatistik 30.06.2014

								Abgå	inge nach Aus	scheidungsjah	nr/Geburtsjahı	rgang										
AGS	Landratsämter	Abgänge insgesamt	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
			1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1965	1965	1965	1965	1965
1606100	Landratsamt Eichsfeld	520	25	20	35	35	30	35	35	30	20	45	40	40	30	25	20	20	20	20	10	10
1606200	Landratsamt Nordhausen	290	10	15	15	25	20	15	15	25	25	15	20	15	10	10	15	5	10	20	10	5
1606300	Landratsamt Wartburgkreis	410	20	15	15	20	30	25	25	35	25	20	30	35	20	20	20	10	10	15	15	10
1606400	Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis	425	15	30	25	30	25	30	25	20	25	20	15	30	30	20	20	20	15	15	10	10
1606500	Landratsamt Kyffhäuserkreis	335	10	20	25	15	25	20	15	10	25	25	20	15	20	20	20	15	10	15	15	5
1606600	Landratsamt Schmalkalden-Meiningen	430	20	35	20	25	20	25	20	25	35	30	25	25	35	20	15	15	10	20	20	10
1606700	Landratsamt Gotha	390	15	15	30	20	20	25	25	20	25	20	35	25	30	20	15	15	10	10	15	10
1606800	Landratsamt Sömmerda	290	10	20	20	30	20	20	15	10	15	20	15	20	10	15	15	15	10	10	15	10
1606900	Landratsamt Hildburghausen	250	5	10	10	20	15	15	20	15	10	10	20	15	15	10	15	10	15	15	10	5
1607000	Landratsamt Ilm-Kreis	400	15	20	25	25	25	25	20	25	30	30	20	25	15	20	20	20	15	20	15	15
1607100	Landratsamt Weimarer Land	280	15	20	20	20	10	20	15	15	20	20	10	15	15	20	10	15	10	10	5	10
1607200	Landratsamt Sonneberg	210	10	10	20	20	10	15	15	20	15	20	5	20	15	10	10	0	0	0	0	0
1607300	Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt	405	15	45	30	30	30	20	25	25	30	35	25	20	25	25	15	10	10	10	0	5
1607400	Landratsamt Saale-Holzland-Kreis	330	5	15	20	15	25	20	25	20	15	15	15	25	15	15	15	15	15	15	10	15
1607500	Landratsamt Saale-Orla-Kreis	350	10	15	15	25	20	25	20	25	20	30	25	25	25	15	15	10	10	10	5	10
1607600	Landratsamt Greiz	460	15	25	20	40	35	30	35	25	30	20	30	30	25	30	25	15	10	15	10	5
1607700	Landratsamt Altenburger Land	350	20	25	15	25	20	20	25	15	15	20	20	20	15	20	15	20	20	20	15	15
		6.125	240	355	365	415	390	380	380	360	390	390	365	395	350	320	280	225	200	230	185	150

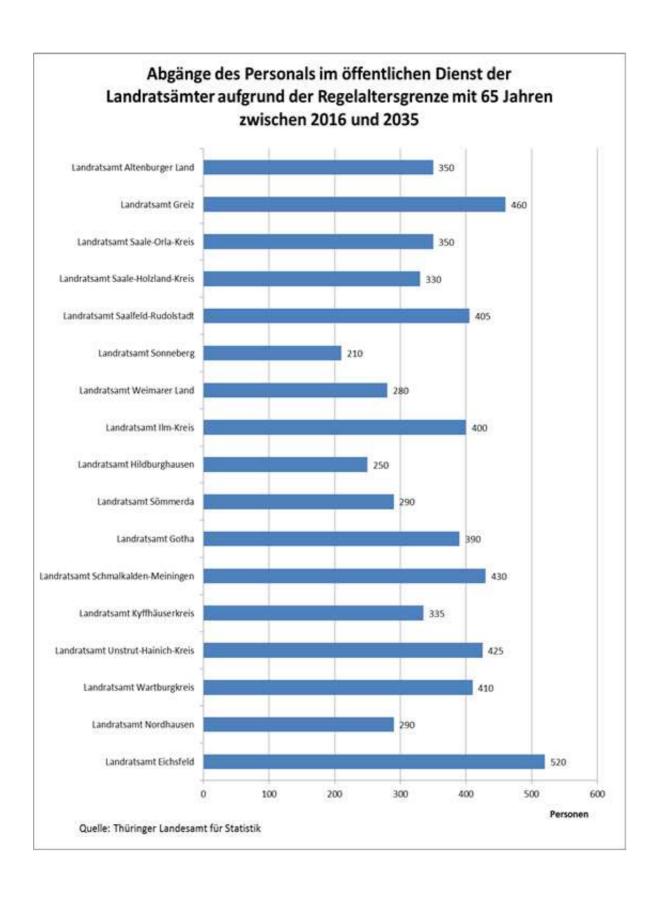
											Abgänge na	ch Ausscheidu	ıngsjahr/Gebi	urtsjahrgang								
AGS	VG Verwaltungen	Abgänge insgesamt	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
			1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1965	1965	1965	1965	1965
16061901	VG Verwaltung Lindenberg/Eichsfeld	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061903	VG Verwaltung Verwaltung Dingelstädt	15	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061904	VG Verwaltung Verwaltung Eichsfelder Kessel	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061906	VG Verwaltung Eichsfeld-Wipperaue	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061908	VG Verwaltung Hanstein-Rusteberg	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061909	VG Verwaltung Leinetal	20	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	5	0	0	0
16061912	VG Verwaltung Uder	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061913	VG Verwaltung Westerwald-Obereichsfeld	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061914	VG Verwaltung Ershausen/Geismar	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16062904	VG Verwaltung Hainleite	25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	5	0
16062906	VG Verwaltung Hohnstein/Südharz	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16063903	VG Verwaltung Berka/Werra	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	·	0
16063904	VG Verwaltung Dermbach	20	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	· ·	0
16063906	VG Verwaltung Hainich-Werratal	25	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	5	0	5	0	0	0	0	0	·	0
16064901	VG Verwaltung Bad Tennstedt	20	0	0	0	0	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	·	0
16064906	VG Verwaltung Unstrut-Hainich	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	· ·	0
16064909	VG Verwaltung Schlotheim	20	0	0	5	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16065901	VG Verwaltung An der Schmücke	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16065902	VG Verwaltung Greußen	30	0	0	0	0	0	0	5	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16065906	VG Verwaltung Mittelzentrum Artern	15	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16066904	VG Verwaltung Haselgrund	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16066905	VG Verwaltung Hohe Rhön	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16066913	VG Verwaltung Wasungen-Amt Sand	30	0	0	5	5	0	5	0	5	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0
16066914	VG Verwaltung Dolmar-Salzbrücke	20	0	0	0	0	0	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16067901	VG Verwaltung Apfelstädtaue	10	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16067906	VG Verwaltung Mittleres Nessetal	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16067907	VG Verwaltung Nesseaue	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16067912	VG Verwaltung Fahner Höhe	20	0	0	0	0	0	0	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0
16068901	VG Verwaltung Buttstädt	20	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16068902	VG Verwaltung Gera-Aue	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Ŭ	
16068905 16068906	VG Verwaltung Kindelbrück VG Verwaltung Kölleda	10 25	5	0	5	0	0	0	0	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	<u> </u>
16068909	VG Verwaltung Straußfurt	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16068910	VG Verwaltung Strausfurt VG Verwaltung Gramme-Aue	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16068911	VG Verwaltung An der Marke	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16069902	VG Verwaltung An der Marke VG Verwaltung Feldstein	10	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16069904	VG Verwaltung Feldstein VG Verwaltung Heldburger Unterland	10	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16070902	VG Verwaltung Geratal	25	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16070902	VG Verwaltung Geratai VG Verwaltung Großbreitenbach	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16070906	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16070906	VG Verwaltung Langer Berg VG Verwaltung Oberes Geratal	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Ŭ	0
	ů		0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	5		0	0	0		0	0
16070908	VG Verwaltung Rennsteig	20	U	U	5	U	U	U	U	U	U	U	U	5	5	0	U	U	l 0	U	ı U	. 0

16070909	VG Verwaltung Riechheimer Berg	35	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	5	5	5	0	5	0	0	0	0 0
16071907	VG Verwaltung Kranichfeld	20	0	0	0	0	0	5	0	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16071908	VG Verwaltung Mellingen	15	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16071912	VG Verwaltung Grammetal	25	0	0	0	0	0	5	0	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16071913	VG Verwaltung Nordkreis Weimar	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16073901	VG Verwaltung Bergbahnregion/Schwarzatal	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16073902	VG Verwaltung Lichtetal am Rennsteig	10	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16073903	VG Verwaltung Mittleres Schwarzatal	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16073905	VG Verwaltung Schiefergebirge	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0 0
16074905	VG Verwaltung Heideland-Elstertal-Schkölen	20	0	0	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16074907	VG Verwaltung Hügelland/Täler	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0 0
16074911	VG Verwaltung Südliches Saaletal	55	0	5	5	5	0	5	10	0	5	0	5	5	0	0	5	0	0	0	0 0
16074914	VG Verwaltung Hermsdorf	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16074915	VG Verwaltung Dornburg-Camburg	20	0	0	5	0	0	0	0	5	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16075904	VG Verwaltung Seenplatte	10	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16075905	VG Verwaltung Oppurg	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16075908	VG Verwaltung Saale-Rennsteig	25	0	0	0	0	5	0	0	0	0	5	5	0	5	0	5	0	0	0	0 0
16075911	VG Verwaltung Triptis	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16075913	VG Verwaltung Ranis-Ziegenrück	20	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16076904	VG Verwaltung Wünschendorf/Elster	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16076906	VG Verwaltung Münchenbernsdorf	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0 0
16076908	VG Verwaltung Am Brahmetal	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16077901	VG Verwaltung Altenburger Land	20	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0 0
16077904	VG Verwaltung Pleißenaue	25	0	0	0	5	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16077905	VG Verwaltung Rositz	10	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16077908	VG Verwaltung Wieratal	20	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0 0
16077909	VG Verwaltung Oberes Sprottental	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
		1.155	50	45	90	70	75	80	80	75	80	90	75	70	65	40	55	45	30	45	20 25

^{*)} nicht berücksichtigt ist die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters ab dem Jahrgang 1947 auf 67 Jahre;

Aus Gründen der Geheimhaltung werden alle Einzelzahlen einem statistischen Rundungsverfahren unterzogen. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

Zeichenerklärung: 0 - (nach Rundung) nichts vorhanden



Abgänge aufgrund der Regelaltersgrenze mit 65 Jahren*) von 2016 bis 2035 Quelle: Personalstandstatistik 30.06.2014

									Abgå	inge nach Aus	scheidungsjah	r/Geburtsjahr	rgang										
	kreisfreie Stadt/Landkreis/Gemeinden/GV	Bevölkerung 30.06.2014	Abgänge insgesamt	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030	2031	2032	2033	2034	2035
				1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1965	1965	1965	1965	1965
16051000	Erfurt, Stadt	205.276	2045	80	100	120	120	115	120	105	120	130	130	110	130	120	105	95	85	95	_		
16052000	Gera, Stadt	94.665	905	10	50	60	60	55	45	55	60	60	60	45	50	65	50	40	40	40			
16053000	Jena, Stadt	107.422	670	20	30	25	35	30	50	35	30	35	35	40	40	35	30	45	55	35			
16054000	Suhl, Stadt	35.524	345	20	30	20	30	35	25	20	10	15	25	20	15	10	15	10	20	20			
16055000	Weimar, Stadt	63.260	485	20	35	25	30	30	30	25	20	20	40	25	30	30	20	25	25	20			25
16056000	Eisenach, Stadt	41.615	270	10	20 50	10	10	20	20	25	10 70	15	20 85	15 80	20	20 60	20	10	10 45	5	10	20	30
16061000 1606100	Landkreis Eichsfeld LKV	100.860	1120 520	45 25	20	80 35	90 35	70 30	65 35	70 35	30	55 20	45	40	70 40	30	55 25	45 20	20	20	35		10
1606100	Heilbad Heiligenstadt, Stadt	16.279	110	5	5	5	10	5	5	10	5	10	10	5	5	5	5	5	20		20) 10	5
16061115	Leinefelde-Worbis, Stadt	18.534	90	0	5	10	5	10	5	0	5	5	10	10	5	5	0	5	5	5		0	0
16061116	Am Ohmberg	3.768	25	0	0	5	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061117	Sonnenstein	4.683	35	0	0	0	0	5	0	0	0	0	5	0	0	5	5	0	0	0		0	0
1606101	VG Lindenberg/Eichsfeld	7.899	45	0	0	0	5	0	5	0	0	5	5	5	5	0	5	5	0	5	5	0	0
16061901	VG Verwaltung		10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
16061003	Berlingerode	1.223	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061015	Brehme	1.108	10	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061026	Ecklingerode	720	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061031	Ferna	573	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061052	Hundeshagen	1.184	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061094	Tastungen	246	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061103	Wehnde	372	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061114	Teistungen	2.473	5	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
1606103	VG Dingelstädt	7.584	50	5	0	0	10	0	5	5	5	0	0	10	0	0	5	5	0	0	C	0	0
16061903	VG Verwaltung		15	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	9	0	0
16061025	Dingelstädt, Stadt	4.327	30	0	0	0	10	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0		0	0
16061046	Helmsdorf	521	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061054	Kallmerode	608	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061055	Kefferhausen	735	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	- 0		0	0
16061061 16061087	Kreuzebra Silberhausen	752 641	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061087	VG Eichsfelder Kessel	5.450	35	0	- C		-	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0		0	0
16061904	VG Verwaltung	3.430	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061022	Deuna	1.163	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061038	Gerterode	359	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061043	Hausen	416	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061059	Kleinbartloff	426	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
16061074	Niederorschel	3.086	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
1606106	VG Eichsfeld-Wipperaue	7.395	35	0	0	5	5	0	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	C	0	0
16061906	VG Verwaltung		20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
16061017	Breitenworbis	3.335	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
16061019	Buhla	511	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
16061037	Gernrode	1.539	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
16061044	Haynrode	651	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
16061058	Kirchworbis	1.359	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
1606108	VG Hanstein-Rusteberg	5.613	30	5	0	0	0	5	0	0	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0		0	0
16061908	VG Verwaltung	1 017	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061001 16061014	Arenshausen Bornhagen	1.017 295	U	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061014	Burgwalde	295	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	, ,) 0	0
16061021	Freienhagen	217	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	`) 0	0
16061032	Fretterode	168	-	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0			0	n
16061036	Gerbershausen	622		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0
16061048	Hohengandern	573	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061057	Kirchgandern	563	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061066	Lindewerra	243	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	C	0	0
16061069	Marth	331	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061078	Rohrberg	230	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061082	Rustenfelde	490		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061083	Schachtebich	256	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061102	Wahlhausen	313	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
1606109	VG Leinetal	6.868	50	5	5	5	5	5	0	0	5	5	5	0	5	0	5	0	0	5	C	0	0
16061909	VG Verwaltung		20	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	5	(0	0
16061012	Bodenrode-Westhausen	1.113	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061034	Geisleden	986	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	(0	0
16061039	Glasehausen	175	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061047	Heuthen	735	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061049	Hohes Kreuz	1.317	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0
16061076	Reinholterode	785	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	U	'1 (0	0

16061089 Steinbach	549	5 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16061107 Wingerode	1.208	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
1606112 VG Uder	6.459	35 0		0	0	5	0	5	0	0	0 0	0	5	5	0	0	0	0	0
16061912 VG Verwaltung	0.0	15 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16061002 Asbach-Sickenberg 16061007 Birkenfelde	98 580	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16061024 Dietzenrode/Vatterode	122	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16061028 Eichstruth	84	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16061065 Lenterode	311	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16061067 Lutter	720	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16061068 Mackenrode 16061077 Röhrig	310 239	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
16061084 Schönhagen	156	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0 0	0	0
16061091 Steinheuterode	248	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16061096 Thalwenden	383	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16061097 Uder	2.590	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16061111 Wüstheuterode 1606113 VG Westerwald-Obereichsfeld	618 4.890	10 0 30 0		5	0	5 0	0 5	0 5	0 5	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16061913 VG Verwaltung	4.830	10 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16061018 Büttstedt	857	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16061027 Effelder	1.220	5 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16061041 Großbartloff	923	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16061063 Küllstedt	1.389 501	5 0 5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	J 0	0	0
16061101 Wachstedt 1606114 VG Ershausen/Geismar	5.438	30 0		0	0	0	5	0	5	0	0 0	0	5	5	0	0	0	0	0
16061914 VG Verwaltung	5.450	10 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16061004 Bernterode (bei Heilbad Heiligenstadt)	237	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16061023 Dieterode	75	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16061035 Geismar	1.133	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16061056 Kella 16061062 Krombach	511 190	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
16061075 Pfaffschwende	302	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0 0	0	0
16061085 Schwobfeld	114	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16061086 Sickerode	144	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16061098 Volkerode	235	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16061105 Wiesenfeld 16061113 Schimberg	233	0 0 10 0		0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	5	0	0 0	0 0	0	0
16062000 Landkreis Nordhausen	85.217	825 25			55	50	55	45	60	45	55 45	45	40	40	35	35 25			
1606200 LKV		290 10		15	25	20	15	15	25	25	15 20	15	10	10	15	5 10	20		
16062005 Ellrich, Stadt	5.526	20 0		0	0	0	0	0	0	0	5 0	0	5	0	0	0 (0 0	0	0
16062041 Nordhausen, Stadt	41.803	280 5		20	10	15	25	15	20	10	15 15	15	15	15	10	15 10	0 10		10
16062049 Sollstedt 16062062 Hohenstein	3.005 2.279	20 0		5	0	0	0	0 5	0	0	0 0	0	0	0	0	5 0) 0	0	0
16062063 Werther	3.275	30 0		0	0	0	0	0	0	0	5 0	5	0	0	0	0 0	0 0	0	5
1606204 VG Hainleite	5.576	45 0	5	5	5	5	0	0	5	0	5 0	0	0	5	0	5	0 0	5	0
16062904 VG Verwaltung		25 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	5 (0 0	5	0
16062009 Großlohra	925	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16062014 Hainrode/Hainleite 16062026 Kleinfurra	353 1.114	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
16062039 Nohra	861	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0 0	0	0
16062058 Wipperdorf	1.363	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16062059 Wolkramshausen	960	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
1606206 VG Hohnstein/Südharz	7.944	30 0 15 0		5	5 0	0	5	0	0	0	5 0 0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16062906 VG Verwaltung 16062004 Buchholz	220	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	0 0	0	0
16062016 Harzungen	211	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	0 0	0	0
16062018 Herrmannsacker	362	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16062036 Neustadt/Harz	1.097	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16062065 Harztor 1606252 EG Bleicherode, Stadt	6.054 8.942	10 0 35 0		5	0	0 5	0	0	0 5	0	0 0	5	0	0	0	0 (0 0	0	0
1606202 Bleicherode, Stadt	6.297	25 0		0	0	5	0	0	0	0	0 0	5	0	0	0	0 0	0 0	0	0
16062006 Etzelsrode	92	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16062007 Friedrichsthal	220	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	, i	0 0	0	0
16062024 Kehmstedt	481	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16062025 Kleinbodungen 16062029 Kraja	353 298	5 0 0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
16062033 Lipprechterode	514	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16062037 Niedergebra	687	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
1606253 EG Heringen/Helme, Stadt	6.867	60 0		5	5	5	5	0	5	5	5 0	0	0	5	0	5 (0	5	0
16062064 Heringen/Helme, Stadt	4.929	50 0		5	5	0	5	0	0	5	5 0	0	0	5	0	,	0	5	0
16062008 Görsbach 16062054 Urbach	1.028 910	5 0 5 0		0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	,	0 0	0	0
16063000 Landkreis Wartburgkreis	125.956	1275 40		_	75	80	80	80	85	90	65 85	95	90	60	60	40 50	,		35
1606300 LKV	123.333	410 20			20	30	25	25	35	25	20 30	35	20	20	20	10 10			
16063004 Barchfeld-Immelborn	4.718	30 0	0	0	0	0	5	0	5	0	0 5	0	5	0	0	0 (0 0	0	0
16063076 Treffurt, Stadt	5.203	35 0		0	5	0	0	0	5	0	0 0	0	0	0	5	0 !	5 5	0	0
16063078 Unterbreizbach	3.518	35 0	0	5	0	0	0	0	0	5	0 5	5	0	0	0	0	5 0	0	0

Marie Mari	16063082 Vacha, Stadt	5.399	50	0	0	0	5	5	0	5	5	5	5	5	5	0	0	5	5	0 5	0	<u> </u>
Section Sect									_										0	0 5	5	0
Services (1971) Servic							_		_										0	0 0	0	0
Services plants							0					0							0	0 0	0	0
Description	·			0	0	0	5	0	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0 0	0	0
Management Man	16063099 Bad Liebenstein, Stadt	7.856	70	5	5	0	5	5	5	0	0	5	0	5	5	5	5	0	0	0 5	5	0
Proposed	16063101 Krayenberggemeinde	5.239	60	0	5	0	0	5	5	5	5	5	5	0	5	5	5	5	0	5 (0	0
Property	1606303 VG Berka/Werra	6.571	35	0	5	0	5	5	0	5	0	0	5	5	5	0	0	0	0	0 0	0	0
	·					_	0	0	0			0		0	0		0		0	0 0	0	0
Professor Prof	·						-		_										0	0 0	0	0
Description							-		_										0	0 0	·	·
																			0	0 0		
Westerland Property Propert																			0	0 (0	0
Decompose 138 6		9.643				_	_		_			_	3			_			0	0 5	0	0
	Š .	270	20				-		_										0	0 (0	0
Control Cont			10				_												0	0 0	0	0
PROPENT Conference																			0	0 0	0	0
PROPENT Select Propent Prope																			0	0 0	0	0
Fig.			5				_												0	0 0	0	0
Marie Mari			5	0	0			0	0			0	0			0			0	0 0	0	0
Section Sect			5		0							-				0			0	0 0	0	0
Property	16063086 Wiesenthal	778	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
Marie No. 1966 19	16063093 Zella/Rhön	436	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
Marked All Annah Art		10.854				J	_	5	J		_	5	ŭ			-			5	5 (5	0
	Š .		25																0	0 0	0	0
			0				-												0	0 0	0	0
																			0	0 0	0	0
Decoulage Performed 1,00	5,											-							0	0 0	0	0
DESCRIPTION Color			0																0	0 (0	0
Mathematics 1300			0				_		_										0	0 0	0	0
			5				_												0	0 0	0	0
DELICATION Lower part Column Co																			0	0 0	0	0
Figo Fig			5				-					0							0	0 0	0	0
Excess State Shares State Shares State		2.214	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
DER-STORY Medium 1.5 No. 100 0 5 5 110 5 5 5 10 5 5 5 10 5 5 5 10 5 5 5 10 5 5 5 10 5 5 5 10 5 5 5 10 5 5 5 10 5 5 5 5 5 5 5 5 5	16063058 Nazza	563	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
September 1,770 10 0 0 0 0 0 0 0 0	1606351 EG Bad Salzungen, Stadt	17.382	110	0	5	5	10	5	5	5	5	5	10	10	10	10	5	5	5	10 5	5	5
Decision September Septe	<u> </u>			0	5		10	5	5		5	5	10	10	10	5	5	5	5	10 5	0	5
						0	0		-			0		0		0		0	0	0 0	0	0
DECEMBER SSS						5	5		•			5	ŭ		-	5		5	0	0 0	0	0
Decision																			0	0 0	0	0
DEGRESSION Application			~ _													-			0	5 5	0	0
5663039 Mothburg-unkered 681 5			-			_			_	_		J	-	-		-		_	0	0 0	0	0
																			0	0 0	0	0
1505/83032 Gelfa, Stadt			5		0	0	0		0		0	0	0	0		0		0	0	0 0	0	0
EDISSION SURFINE 1.318	1606356 EG Geisa, Stadt	7.067	25	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	5	0	0	0	0	0 0	0	0
10063038 Certschegrund C	16063032 Geisa, Stadt	4.662	25	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	5	0	0	0	0	0 0	0	0
1506-5368 Shield	16063011 Buttlar		0	0	0	0	0	0	0		0	0	0	0	0	0	0		0	0 0	0	0
1506-357 156 Nulls, Stadt	Ü																		0	<u> </u>		
15063016 Nuhls, Stodt			-																0	0 0	0	0
16063071 Seebach						_	_		_		_	3				_			0	5 (0	0
156638 65 Astemordheim, Stadt												-							U	3	ļ	
15663102 Kaltenonordheim, Stadt																			0	0 0	0	0
16063016 Diedorf/Rhön 363 5 0 0 0 0 0 0 0 0 0	·					-			_							-		_	0	0 0	n	0
Empfertshausen			5																0	0 0	0	0
16064000 Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis 104.102 1005 30 655 65 75 70 80 555 60 70 45 50 65 60 45 45 35 40 30 20 1606400 LiV 1.7558 85 0 5 10 5 0 10 5 5 0 5 0 10 5 5 0 0 0 0 0 0 0			0																0	0 0	0	0
16064003 Bad Langensalza, Stadt	16064000 Landkreis Unstrut-Hainich-Kreis	104.102	1005	30	65	65	75	70	80	55	60	70	45	50	65	60	45	45	35	40 30	20	35
16064014 Dünwald Dün	1606400 LKV		425	15	30	25	30	25	30	25	20	25	20	15	30	30	20	20	20	15 15	10	10
16064046 Mühlhausen/Thüringen, Stadt 33.067 205 5 10 10 20 10 15 5 15 15 10 20 10 15 5 10 5 5 5 5 5 5 5 5 5	16064003 Bad Langensalza, Stadt	17.558	85	0	5	10	5	0	10	5	5	0	5	0	10	5	5	0	5	5 5	0	0
16064066 Weinbergen 3.091 10 0 0 0 0 0 0 0 0									_										0	0 0	0	·
16064071 Unstruttal 3.294 10 0 0 0 5 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	, , ,																		5	5 5	5	10
16064072 Menteroda	Ÿ								_										0	0 0	0	0
16064073 Anrode																			0	0 0	0	0
1606401 VG Bad Tennstedt 1606491 VG Verwaltung 20 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0																			0	-	Ŭ	Ū
16064901 VG Verwaltung 20 0 0 0 0 5 0 0 5 0																			0	0 0		
16064004 Bad Tennstedt, Stadt 2.461 5 0 <t< th=""><th></th><th>0.934</th><th></th><th></th><th>_</th><th>-</th><th></th><th></th><th>_</th><th></th><th></th><th>_</th><th>_</th><th>-</th><th></th><th>-</th><th></th><th>_</th><th>0</th><th>0 0</th><th></th><th>Ū</th></t<>		0.934			_	-			_			_	_	-		-		_	0	0 0		Ū
16064005 Ballhausen 853 0	·	2 461	5																0	•	·	·
16064007 Blankenburg 147 0	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·		0																0	•	n	n
16064009 Bruchstedt 272 0			0						_										0	0 0	0	0
	-		0		0		0		0			0	0	0		0		0	0	0 0	0	0
16064027 Hornsömmern 157 0 0 0 0 0 0 0 0 0	16064021 Haussömmern	240	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
			0									0							0	0 0	0	0
16064033 Kirchheilingen 780 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	16064033 Kirchheilingen	780	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0

10001020	Matter alt	216	0		1 0	0			0	0	0	0	0				0				
16064036	Klettstedt	216	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064038	Kutzleben	636	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064045	Mittelsömmern	232	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064061	Sundhausen	366	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064062	Tottleben	148	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064064	Urleben	426	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
1606406	VG Unstrut-Hainich	6.523	55	0	5	0	0	10	0	0	5	5	0	5	0	0	5	5	5	0	0 0
16064906	VG Verwaltung		10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064001	Altengottern	1.035	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064017	Flarchheim	416	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
16064018		2.194	15	_	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Großengottern		13				1			_	<u> </u>	0	•					<u> </u>	0	0	0 0
16064023	Heroldishausen	202	- 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064047	Mülverstedt	699	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064058	Schönstedt	1.383	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064065	Weberstedt	594	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
1606409	VG Schlotheim	7.833	40	5	5	5	0	0	0	5	0	10	5	0	0	5	0	0	0	0	0 0
16064909	VG Verwaltung		20	0	0	5	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0 0
16064008	Bothenheilingen	436	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064029	Issersheilingen	142		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064035	Kleinwelsbach	132	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	1				_						+ +				1	ļ			0	0	
16064037	Körner	1.712	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	U	0	
16064043	Marolterode	341	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064048	Neunheilingen	473	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	U	0 0
16064052	Obermehler	851	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064057	Schlotheim, Stadt	3.746	10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
1606451	EG Herbsleben	3.698	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0 0
16064022	Herbsleben	2.948	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0 0
16064019	Großvargula	750	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
1606452	EG Südeichsfeld	8.917	45	0	0	0	5	5	5	5	5	0	0	0	5	0	0	0	5	5	0 0
16064074	Südeichsfeld	6.876	25		0	0	5	5	5	5	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0 0
16064055	Rodeberg	2.041	20		0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	
1606453		5.589	40		5	Ē	5	5	5	0	0	<u> </u>	0	5	0	0	0	0	0	0	0 0
	EG Vogtei	4.446				5			3	Ü	ŭ	5	·	J	_	_	U	-	0	0	0 0
16064075	Vogtei		35		0	5	5	5	5	0	0	5	0	5	0	0	0	0	0		0 0
16064032	Kammerforst	848	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16064053	Oppershausen	295	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065000	Landkreis Kyffhäuserkreis	77.473	840		55	65	55	70	60	35	40	55	50	40	45	40	50	50	35	30 3	0 30 10
1606500	LKV		335	10	20	25	15	25	20	15	10	25	25	20	15	20	20	20	15	10 1	5 15 5
16065002	Artern/Unstrut, Stadt	5.625	25	0	0	0	5	5	5	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0 0
16065003	Bad Frankenhausen/Kyffhäuser, Stadt	8.708	85	0	5	5	5	5	10	5	0	5	5	5	5	5	5	10	5	5	5 0 5
16065032	Helbedündorf	2.404	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0 0
16065061	Roßleben, Stadt	5.184	25	0	0	0	5	0	5	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065067	Sondershausen, Stadt	21.875	140	10	5	10	10	10	10	5	10	10	5	10	10	5	5	5	5	5 1	0 5 0
16065085	Kyffhäuserland	4.047	25	5	0	0	0	5	5	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0 0 0
1606501	VG An der Schmücke	7.321	25	0	5	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065901	VG Verwaltung		15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065011	Bretleben	557	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065016	Etzleben	285	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
16065022				0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
	Gorsleben	538 523	0													ļ	0		0	0	0 0
16065031	Hauteroda		Ū	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0	0		0 0
16065033	Heldrungen, Stadt	2.224		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0 0
16065034	Hemleben	218		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065052	Oberheldrungen	813	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065054	Oldisleben	2.163	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
1606502	VG Greußen	9.310	85	5	5	10	5	5	5	5	5	10	5	5	0	5	0	5	0	5	0 0 5
16065902	VG Verwaltung		30	0	0	0	0	0	0	5	5	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065012	Clingen, Stadt	1.039	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0 0
16065023	Greußen, Stadt	3.645	30	0	0	5	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	5	0	0	0 0 0
16065048	Niederbösa	134		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0 0
16065051	Oberbösa	372		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
16065074	Topfstedt	581		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
16065075	Trebra	299		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
					_													_	0	- v	
16065077	Wasserthaleben	405		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065079	Westgreußen	376		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065084	Großenehrich, Stadt	2.459	20		0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0 0
1606506	VG Mittelzentrum Artern	5.787	40		0	10	5	5	5	0	0	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0 0
16065906	VG Verwaltung		15		0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065008	Borxleben	299		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065019	Gehofen	672	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065035	Heygendorf	571	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	ol ol ol
16065039	Ichstedt	592		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065042	Kalbsrieth	672		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
16065046	Mönchpfiffel-Nikolausrieth	333		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
16065047		172		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
	Nausitz Painsdorf				_						1								 	- u	
16065056	Reinsdorf	750	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065057	Ringleben	841		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
16065076	Voigtstedt	885		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0
1606552	EG Ebeleben, Stadt	4.467	25	0	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0 0

16065014 Ebeleben, Stadt	2.812	15	0	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16065001 Abtsbessingen	499	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16065005 Bellstedt	157	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16065018 Freienbessingen	225		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16065038 Holzsußra	285		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16065058 Rockstedt 16065072 Thüringenhausen	228 119	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16065072 Thüringenhausen 16065082 Wolferschwenda	142	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606554 EG Wiehe, Stadt	2.745	20	0	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16065081 Wiehe, Stadt	1.919	20	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16065013 Donndorf	826	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066000 Landkreis Schmalkalden-Meiningen	125.383	1165	55	65	75	60	75	75	55	75	75	85	75	70	80	65	55	.0	45		
1606600 LKV			20	35	20	25	20	25	20	25	35	30	25	25	35	20	15	+	.0 20		
16066006 Benshausen	2.388	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0 0	0	0
16066023 Floh-Seligenthal 16066047 Oberhof, Stadt	6.168 1.667	50 10	0	5 0	5	0	5 0	5 0	5 0	5	0	5	5	5 0	5	5	5	5	0 0	0	0
16066047 Oberhof, Stadt 16066063 Schmalkalden, Kurort, Stadt	19.506		10	10	5	10	10	15	5	10	5	5	15	10	10	5	5	10	5 5	5	5
16066069 Steinbach-Hallenberg, Kurort, Stadt	5.023	40	0	0	5	0	10	0	5	0	0	5	5	5	0	5	0	0	5 0	0	0
16066074 Brotterode-Trusetal, Stadt	6.387	25	0	0	0	0	0	5	0	0	0	5	0	0	0	5	0	0	0 0	0	0
16066092 Zella-Mehlis, Stadt	10.786	60	5	5	5	0	0	5	0	5	5	5	5	5	0	5	5	0	0 5	5	0
16066093 Rhönblick	2.783	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066094 Grabfeld	5.408	35	0	0	0	0	5	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606604 VG Haselgrund	5.603	45	5	5	0	0	0	0	0	5	5	0	5	0	0	0	5	0	0 5	0	5
16066904 VG Verwaltung	484	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066001 Altersbach 16066008 Bermbach	537	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066051 Oberschönau, Kurort	778	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066062 Rotterode	738	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066067 Springstille	577	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066077 Unterschönau	519		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066082 Viernau	1.970	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	5	0	0 0	0	0
1606605 VG Hohe Rhön	5.052	20	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066905 VG Verwaltung	163	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066002 Aschenhausen 16066012 Birx	172	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066019 Erbenhausen	550	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066024 Frankenheim/Rhön	1.120	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066035 Kaltensundheim	786	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066036 Kaltenwestheim	948	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066043 Melpers	90	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066048 Oberkatz	275 515	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066052 Oberweid 16066078 Unterweid	433	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606613 VG Wasungen-Amt Sand	11.427	75	5	5	10	5	5	5	5	10	5	5	5	5	10	0	0	0	0 5	0	0
16066913 VG Verwaltung		30	0	0	5	5	0	5	0	5	0	0	0	0	5	0	0	0	0 0	0	0
16066025 Friedelshausen	323	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066033 Hümpfershausen	427	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066041 Mehmels	333	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066044 Metzels 16066053 Oepfershausen	677 480	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066064 Schwallungen	2.381	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066075 Unterkatz	374	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	0 0	0	
16066083 Wahns	439	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066084 Wallbach	358		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	 	0 0	0	
16066085 Walldorf	2.204		0	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066086 Wasungen, Stadt	3.431	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606614	9.484	20	0	0	0	0	0	5 5	5 0	0	5	0	0	5 0	0	0	0	5	0 0	5	0
16066005 Belrieth	352	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066015 Christes	598	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	0 0	0	
16066016 Dillstädt	809	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066017 Einhausen	424		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<u> </u>	0 0	0	<u> </u>
16066018 Ellingshausen	238	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<u> </u>	0 0	0	0
16066038 Kühndorf	977	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066039 Leutersdorf 16066045 Neubrunn	249 544	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066049 Obermaßfeld-Grimmenthal	1.193	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066057 Ritschenhausen	318	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066058 Rohr	976	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066065 Schwarza	1.223	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066079 Utendorf	463		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	•	0 0	0	0
16066081 Vachdorf	772		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16066088 Wölfershausen	348	100	0	0	10	5	0	5	0 5	0 5	0	0	5	0	0	5	5	0	UJ C	0	0
1606650 EG Meiningen, Stadt 16066042 Meiningen, Stadt	25.356 21.033	100 80	0	0	10 5	5	5	5	5	5	10 10	5	5	<u>5</u>	5	5	5	5	5 0	0	0
16066028 Henneberg	618	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	<u> </u>
16066056 Rippershausen	883	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	0 0	0	
his	555		-	-	<u> </u>	<u> </u>	-		-	-	-		-	-	· -		· -				

16066071	Stepfershausen	637	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16066073	Sülzfeld	875	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16066076	Untermaßfeld	1.310	10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
1606651	EG Breitungen/Werra	8.345 4.806	40 30		0	5	0	0	5	0	5 5	0	5	5 5	0	0	0	5	0	0 0	0 0
16066013 16066022	Breitungen/Werra Fambach	2.150	50	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16066059	Rosa	735	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16066061	Roßdorf	654	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067000	Landkreis Gotha	135.065	1270		50	65	60	75	85	85	70	90	70	95	70	95	65	55		0 40	30 .0
1606700	LKV		390		15	30	20	20	25	25	20	25	20	35	25	30	20	15		0 10	15 10
16067019 16067029	Friedrichroda, Stadt Gotha, Stadt	7.399 44.412	20 365	0 10	10	0 15	0 10	30	0 25	0 25	0 15	0 25	0 20	0 30	20	0 25	5 15	0 20	, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,	0 0	15 20
16067029	Tabarz/Thür. Wald	3.955	10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	l	0 0	5 0
16067065	Tambach-Dietharz/Thür. Wald, Stadt	4.218	20		0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0 0	0 0
16067072	Waltershausen, Stadt	13.076	70	0	5	0	5	0	5	5	5	5	0	0	5	10	5	0	0	0 5	0 0
16067083	Leinatal	3.662	30		0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	5	5	0	0 0	0 0
16067086	Drei Gleichen	5.095	30		0	0	5	0	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0	5	5 0	0 0
16067087 16067088	Nesse-Apfelstädt Hörsel	5.984 4.932	35 25		0	5	5	5	5	0	5 5	0	0	0	0	5	0	5	0	0 0	0 0
1606701	VG Apfelstädtaue	5.207	30		0	5	0	0	0	0	0	0	5	0	5	5	0	0	0	0 0	0 0
16067901	VG Verwaltung	0.200	10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067013	Emleben	746	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067025	Georgenthal/Thür. Wald	2.593	10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0 0	0 0
16067036	Herrenhof	794	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067039 16067054	Hohenkirchen Petriroda	743 331	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
1606706	VG Mittleres Nessetal	9.358	70		5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	0	0	5	0 5	0 0
16067906	VG Verwaltung		20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067003	Ballstädt	672	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067005	Brüheim	491	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067006 16067021	Bufleben Friedrichswerth	1.024 489	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067027	Goldbach	1.667	10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067035	Haina	486		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067037	Hochheim	452	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067056	Remstädt	957	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067063	Sonneborn	1.220	10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067074 16067075	Wangenheim Warza	688 697	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067078	Westhausen	515	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
1606707	VG Nesseaue	5.739	25	0	0	0	0	0	5	0	0	5	5	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067907	VG Verwaltung		15		0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067004	Bienstädt	651	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067016 16067022	Eschenbergen Friemar	726 1.052	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067047	Molschleben	1.032	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067052	Nottleben	440	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067055	Pferdingsleben	404		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067068	Tröchtelborn	311		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067071 16067082	Tüttleben Zimmernsupra	764 345		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067082	VG Fahner Höhe	7.310	50		0	0	5	5	5	5	5	5	5	5	0	5	0	0	0	0 5	5 0
16067912	VG Verwaltung		20		0	0	0	0	0	5	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0 5	0 0
16067009	Dachwig	1.585		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<u> </u>	0 0	0 0
16067011	Döllstädt	1.129	10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		0 0	0 0
16067026 16067033	Gierstädt Großfahner	839 850	5 10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067033	Tonna	2.907	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
1606750	EG Ohrdruf, Stadt	10.994	65		5	5	0	5	5	5	0	0	5	5	5	5	5	5	5	5 0	0 0
16067053	Ohrdruf, Stadt	5.416		0	5	0	0	5	0	0	0	0	5	5	5	0	0	5	0	5 0	0 0
16067008	Crawinkel	1.472	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067032 16067044	Gräfenhain Luisenthal	1.359 1.282	10 10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16067044	Wölfis	1.282	10		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<u> </u>	0 0	0 0
1606751	EG Günthersleben-Wechmar	3.724	35		0	0	0	0	0	5	0	5	0	0	0	5	0	0	0	5 0	0 0
16067085	Günthersleben-Wechmar	2.964	30	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 0	0 0
16067059	Schwabhausen	760	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	0 0	0 0
16068000	Landkreis Sömmerda	70.506	805		55	60	70	50	50	55 15	40	45 15	50	35 15	45	40	40	35		5 30	
1606800 16068051	LKV Sömmerda, Stadt	18.981	290 160		20 10	20 10	30 10	20 15	20 10	15 15	10 5	15 5	20 10	15 5	20 5	10 10	15 5	15 5		0 10	15 10 10 5
16068058	Weißensee, Stadt	3.404	25		0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0		0 0	0 0
1606801	VG Buttstädt	6.784	40		5	5	5	5	0	5	0	0	5	0	0	5	0	0	0	0 0	0 0
16068901	VG Verwaltung		20	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16068006	Buttstädt, Stadt	2.466		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16068008	Ellersleben	270		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
16068011 16068016	Eßleben-Teutleben Großbrembach	305 707		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0 0
10000010	OI OBDI CITIDACII	707	3	U	l 0	L	U			l 0	U	U		L	1 0	U		U	1 0	<u>υ</u> υ	1 0

16068023 Guthmannshausen	740	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	n	<u> </u>
16068024 Hardisleben	542		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068031 Kleinbrembach	316		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068035 Mannstedt	377	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068038 Olbersleben	729	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068046 Rudersdorf	332	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606802 VG Gera-Aue	4.956		0	0	5	5	0	0	0	5	5	0 0	5	0	5	0	0	0 0	5	0
16068902 VG Verwaltung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068002 Andisleben	572		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068014 Gebesee, Stadt	2.128		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068045 Ringleben 16068057 Walschleben	489 1.767		0	0	0 5	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	
1606805 VG Kindelbrück	5.625		0	5	5	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068905 VG Verwaltung	3.023		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068004 Bilzingsleben	706		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068005 Büchel	239	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068012 Frömmstedt	522	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068015 Griefstedt	276	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068022 Günstedt	731	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068027 Herrnschwende	290	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068028 Kannawurf	788		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	•
16068029 Kindelbrück, Stadt	1.832		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068043 Riethgen	241	_	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606806 VG Kölleda	11.043		5	5	5	5	5	5	5	10	5	5 5	10	10	0	5	5	5 5	0	0
16068906 VG Verwaltung	407		5	0	5	0	0	0	0	0	5	0 0	0	5	0	0	U	0 0	0	. 0
16068003 Beichlingen 16068019 Großneuhausen	497 681		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068033 Kleinneuhausen	405		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	, 0
16068034 Kölleda, Stadt	6.074		0	5	0	5	5	5	5	5	0	0 0	5	5	0	0	0	0 5	0) n
16068041 Ostramondra	504		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	•
16068042 Rastenberg, Stadt	2.661		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068047 Schillingstedt	221	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606809 VG Straußfurt	7.116	45	0	5	0	5	0	5	0	5	5	0 0	0	5	0	5	0	0 0	0	5
16068909 VG Verwaltung		10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068013 Gangloffsömmern	1.007	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068025 Haßleben	1.008		0	0	0	5	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068026 Henschleben	358		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	•
16068044 Riethnordhausen	1.000		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068049 Schwerstedt	603		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068053 Straußfurt 16068059 Werningshausen	1.785 664		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	. 0
16068059 Werningshausen 16068062 Wundersleben	691		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	1 0
1606810 VG Gramme-Aue	5.178		0	0	0	5	0	5	5	5	5	5 5	0	0	0	0	0	0 0	0	O
16068910 VG Verwaltung			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068001 Alperstedt	704	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068017 Großmölsen	218	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068021 Großrudestedt	1.883		0	0	0	0	0	0	5	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068032 Kleinmölsen	322		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068037 Nöda	818		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068039 Ollendorf	441		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068055 Udestedt 1606811 VG An der Marke	792 4.068		0	0	0	5	0	0 5	0 5	5	0	0 0	0	0	0	0	U	0 0	0	0
16068911 VG Verwaltung	4.008		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068007 Eckstedt	604		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	, v	0 0	0	
16068036 Markvippach	546		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0		0 0	0	
16068048 Schloßvippach	1.409		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068052 Sprötau	821	10	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16068056 Vogelsberg	688		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606850 EG Elxleben	3.351		0	0	5	0	0	0	0	0	0	5 0	0	0	5	0	Ü	0 0	0	0
16068009 Elxleben	2.240		0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 0	0	0	5	0		0 0	0	
16068061 Witterda	1.111		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	, ,	0 0	0	
16069000 Landkreis Hildburghausen	64.888		25	25	35	50	35	45	50	50	30	50 40	40	30	45	35		5 25 5 15	25	
1606900 LKV	11 730		5	10 0	10	0	15 5	15 5	20	15	0	10 20 5 5	15	15 5	10	15 5	10 1	5 15	10	5
16069024 Hildburghausen, Stadt 16069042 Schleusegrund	11.738 2.816		0	0	5	5	0	0	5 0	5	0	5 5 0 0	10 0	0	10	0	5	0 0	5	. 0
16069051 Themar, Stadt	2.816		0	0	0	5	0	5	5	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	1 0
16069053 Veilsdorf	2.874		0	0	0	5	0	0	0	0	0	0 0	0	0	5	0	, i	0 0	0	, O
16069059 Nahetal-Waldau	3.046		0	0	0	5	0	5	0	0	0	0 0	0	0	5	0		0 0	0	•
16069061 Masserberg	2.361		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0		0 0	0	
16069062 Römhild, Stadt	6.998		5	5	10	5	0	5	5	5	5	5 0	5	0	5	5	0	0 5	5	0
1606902 VG Feldstein	4.916		0	0	5	0	0	5	5	0	5	5 0	5	0	5	0	0	0 0	0	0
16069902 VG Verwaltung		10	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069001 Ahlstädt	136		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069003 Beinerstadt	343		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069004 Bischofrod	174		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069008 Dingsleben	248		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0		0 0	0	
16069009 Ehrenberg	185	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0

16069011 Eichenberg	174	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0 0	0
16069016 Grimmelshausen	176	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069017 Grub	164	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069021 Henfstädt	371	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069025 Kloster Veßra	308	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069026 Lengfeld	443 454	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069028 Marisfeld 16069035 Oberstadt	349	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0		0
16069037 Reurieth	834	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0		0
16069044 Schmeheim	296	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0		0
16069047 St.Bernhard	261	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606904 VG Heldburger Unterland	7.798	40	0	0	0	0	0	5	0	0	0	5 5	0	0	0	0	0	0 0	0	5
16069904 VG Verwaltung		10	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069002 Bad Colberg-Heldburg, Stadt	2.054	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069015 Gompertshausen	443	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069019 Hellingen 16069041 Schlechtsart	1.023 158	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069046 Schweickershausen	161	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0		0
16069049 Straufhain	2.763	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0 0	0
16069052 Ummerstadt, Stadt	488	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069056 Westhausen	708	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606950 EG Eisfeld, Stadt	7.757	45	0	0	0	5	5	0	5	5	0	5 0	0	0	0	0	0	5 (5	0
16069012 Eisfeld, Stadt	5.642	25	0	0	0	5	5	0	5	0	0	0 0	0	0	0	0	0	5 0	0	0
16069039 Sachsenbrunn	2.115	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1606951	3.405 2.964	30	0	0	0	0	5	0	0	5 5	0	0 0	0	0	0	5	0	0 0	0 0	0
16069058 Auengrund 16069006 Brünn/Thür.	2.964	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0 0	0
1606952 EG Schleusingen, Stadt	8.240	50	0	5	0	0	5	0	0	0	5	10 5	0	5	5	0	0	0 0	5	0
16069043 Schleusingen, Stadt	5.401	25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16069048 St.Kilian	2.839	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5 0	0	5	0	0	0	0 0	0	0
16070000 Landkreis Ilm-Kreis	108.725	1165	50	65	75	85	75	70	70	60	75	60 65	80	55	50	55	50 5	0 50	45	30
1607000 LKV		400	15	20	25	25	25	25	20	25	30	30 20	25	15	20	20	20 1	5 20	15	15
16070028 Amt Wachsenburg	6.416	70	0	5	5	5	5	5	0	0	5	0 5	5	0	0	10	0	5 5	5 5	0
16070029 Ilmenau, Stadt 16070032 Langewiesen, Stadt	25.756 3.473	165 30	10 0	15 0	5	15 0	15 0	5 5	15 5	5 0	0	5 10 0 0	10	10 0	10	5	5	5 5	5 10	0
16070032 Langewiesen, Stadt 16070048 Stadtilm, Stadt	4.778	25	0	0	5	0	5	5	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0))	0
16070055 Wolfsberg	2.997	25	0	0	5	0	0	0	0	0	5	0 0	0	0	5	0	0	0 0	0 0	0
16070056 Ilmtal	3.795	30	0	0	0	5	5	5	5	5	5	0 0	0	0	5	0	0	0 0	0	0
1607002 VG Geratal	5.068	40	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0 0	5	0	0	5	0	0 5	0	0
16070902 VG Verwaltung		25	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16070003 Angelroda 16070011 Elgersburg	381 1.214	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16070011 Elgersburg 16070019 Geraberg	2.397	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0		0
16070034 Martinroda	849	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0 0	0
16070037 Neusiß	227	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1607003 VG Großbreitenbach	4.745	30	0	0	0	0	0	0	0	5	5	0 0	0	0	0	0	5	0 (0	0
16070903 VG Verwaltung		15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16070002 Altenfeld	947	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16070005 Böhlen 16070016 Friedersdorf	568 199	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16070022 Gillersdorf	254	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16070025 Großbreitenbach, Stadt	2.600	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0		0 0	0 0	
16070052 Wildenspring	177	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1607006 VG Langer Berg	6.184	45	0	0	5	5	5	0	5	5	0	0 5	0	0	0	0	5	5 (0	0
16070906 VG Verwaltung		15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0		0 0	0	0
16070018 Gehren, Stadt	3.856	25	0	0	0	5	5	0	5	5	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0) O	0
16070027 Herschdorf 16070038 Neustadt am Rennsteig	868 970	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	U) U	0
16070042 Pennewitz	490	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0 0	n
1607007 VG Oberes Geratal	9.207	70	5	0	5	5	0	5	5	5	5	5 5	5	5	0	5	5	5 5	5 0	0
100, 00,				0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 (0	0
1607007 VG Oberes Geratal 16070907 VG Verwaltung		20	0	U							_		0	0	_					0
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain	746	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	, v	0 0	0	
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg	518	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0 0	0
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda	518 2.019	0 0 15	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0	0	0	0	0 0 0 5	0	0	0	0	0	•	, ,	0
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel	518 2.019 484	0 0 15	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0	0 0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0 5 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0	0 0	, ,	0
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda	518 2.019	0 0 15	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0 0 0	0	0	0	0	0 0 0 5	0	0	0	0	0 0 0 0	0 0	, ,	0 0 0
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel 16070024 Gräfenroda	518 2.019 484 3.248	0 0 15 0 20	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 5 0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0	0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 5 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	000000000000000000000000000000000000000
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel 16070024 Gräfenroda 16070033 Liebenstein	518 2.019 484 3.248 366	0 0 15 0 20	0 0 0 0 0	0 0 0 0 0	0 0 0 0 0	0 0 0 0 0	0 0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0 0	0 C 0 C 0 C 5 C	0 0 0 0 0 0 0 0 0	000000000000000000000000000000000000000
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel 16070024 Gräfenroda 16070033 Liebenstein 16070043 Plaue, Stadt 1607008 VG Rennsteig 16070908 VG Verwaltung	518 2.019 484 3.248 366 1.826 4.173	0 0 15 0 20 0 15 25 20	0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 5	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 5	0 0 0 0 0 0 0 0 5	0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0	0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	000000000000000000000000000000000000000
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel 16070024 Gräfenroda 16070033 Liebenstein 16070043 Plaue, Stadt 1607008 VG Rennsteig 16070908 VG Verwaltung 16070015 Frauenwald	518 2.019 484 3.248 366 1.826 4.173	0 0 15 0 20 0 15	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 5 5	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5	0 0 0 0 0 0 0 5 5	0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	000000000000000000000000000000000000000
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel 16070024 Gräfenroda 16070033 Liebenstein 16070043 Plaue, Stadt 1607008 VG Rennsteig 16070908 VG Verwaltung 16070015 Frauenwald 16070046 Schmiedefeld am Rennsteig	518 2.019 484 3.248 366 1.826 4.173 979 1.758	0 0 15 0 20 0 15 25 20 0 5	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 5 5	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5	0 0 0 0 0 0 0 5 5	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	000000000000000000000000000000000000000
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel 16070024 Gräfenroda 16070033 Liebenstein 16070043 Plaue, Stadt 1607008 VG Rennsteig 16070908 VG Verwaltung 16070015 Frauenwald 16070046 Schmiedefeld am Rennsteig 16070049 Stützerbach	518 2.019 484 3.248 366 1.826 4.173 979 1.758 1.436	0 0 15 0 20 0 15 25 20 0 5	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 5 5	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	000000000000000000000000000000000000000
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel 16070024 Gräfenroda 16070033 Liebenstein 16070043 Plaue, Stadt 1607008 VG Rennsteig 16070098 VG Verwaltung 16070015 Frauenwald 16070046 Schmiedefeld am Rennsteig 16070049 Stützerbach 1607009 VG Riechheimer Berg	518 2.019 484 3.248 366 1.826 4.173 979 1.758	0 0 15 0 20 0 15 25 20 0 5 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5 5 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	000000000000000000000000000000000000000
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel 16070024 Gräfenroda 16070033 Liebenstein 16070043 Plaue, Stadt 1607008 VG Rennsteig 16070908 VG Verwaltung 16070015 Frauenwald 16070046 Schmiedefeld am Rennsteig 16070049 Stützerbach	518 2.019 484 3.248 366 1.826 4.173 979 1.758 1.436	0 0 15 0 20 0 15 25 20 0 5	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 5 5	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0		000000000000000000000000000000000000000
16070907 VG Verwaltung 16070014 Frankenhain 16070017 Gehlberg 16070021 Geschwenda 16070023 Gossel 16070034 Gräfenroda 16070043 Plaue, Stadt 1607008 VG Rensteig 16070908 VG Verwaltung 16070015 Frauenwald 16070046 Schmiedefeld am Rennsteig 16070049 Stützerbach 1607009 VG Riechheimer Berg 16070909 VG Verwaltung	518 2.019 484 3.248 366 1.826 4.173 979 1.758 1.436 5.626	0 0 15 0 20 0 15 25 20 0 5 0 5 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 5 5 0 0 0	0 0 0 0 0 0 5 5 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	0	0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	

Description 10	16070008	Dornheim	576	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	l ol	ol (ol ol ol
Green					0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0 0
March Marc				0					· -			_								0	0 (0 0
Service Ministry 10				5		_														0	0 (0 0
Section Sect				5																0	0 0	
Property Property				0				+												0	0 (0 0 0
March 123		EG Arnstadt, Stadt	26.507	165	5	10	10	15	10	15	10	10	10	10	10	10	10	5	5	10	10 5	5 5 10
Marcontent																						5 5 10
Property Property						_																9 9
Property Property			81.557												-							
Martin M			21.725			_																
Minimary Minimary	16071003	Bad Berka, Stadt	7.592	30	5	0	5	5	0	0	0	0	0	5	0	0	5	0	5	0	0 (0 0
Decomposition Decompositio		,						5	0			0	0	0						0	0 (0 0
Company Comp			6.258					_		_		_	Ů	5		_	-		_	0	0 (0 0
Property Property		,	350	30				+	1											0	0 0	
Part				0													_			0	`	0 0 0
	16071046	Kranichfeld, Stadt	3.413	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0
Fig. Section Property Pro				0	1			+	1											0	0 (0 0
Model Mode				0				+	· -											0	0 (0 0
Page				55			U 5							5						0	0 0	
Page 1997 19			1.333			_	0			-		J		0		_	-		-	0	0 (0 0 0
March Property P		,	175				0	0	0				0					0		0	0 (0 0
Marchael 1988 20 20 20 20 20 20 20									· -				-							0	<u> </u>	0 0 0
Section 10 10 10 10 10 10 10 1									· -			_								0	<u> </u>	0 0
Secretary Secr					1			+	1												<u> </u>	
				0	1			+	· -				-							0	0 0	0 0 0
1997 1931 Electrodreid 1997 1	16071037	Kapellendorf	395	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0
DEPTIFUS Content Section Sec								+	1											0	0 (0 0
Magdio, Seet 1962 5									· -			_	-				_			0	0 (0 0 0
Exercises Mechanical 128 3				5					· -								_			0	0 0	
15077399 Uniformized 150				0		_						-								0	0 (0 0 0
No. Properties 1966 19	16071056			5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0
1607999 Velerovada				0																0	0 (0 0
High-Times Magendard 379 0 0 0 0 0 0 0 0 0				5		_						-								0	0 0	
1957 113 Vol. Cemental 1958 1959 19				0																0	0 0	
16571105 Secheterlaris				40																0	0 (0 0 0
High Flags Market Market		· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·		25	1				0				0					0		0	0 (0 0
16971793 Marginerie 681				0					· -				-							0	0 (0 0
18571035 Servicida 1.566 0 0 0 0 0 0 0 0 0				0					· -											0	0 0	
16071055 Niederammers				0	1	-		1	1			1					+	1	1	0	0 0	0 0 0
1607/1076 Nohra	16071057	Mönchenholzhausen	1.566	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0
1607/1072								+					_									0 0 0
15071088 Tolstedt 1.75 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0									· -			_										9 9
1507113 V3 Norderies Welmary 8.938 30 0 0 0 0 0 0 0 0									· -												`	9 9
					0	0	0	0	0	0	5	0	0	5	5	0	0	0	0	0	5 (0 0
16071017 16071017 16071017 1751 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0		Ÿ																_			<u> </u>	9 9
16071017 Butletsledt, Stadt				0					· -				-					1		0	<u> </u>	0 0
16071027 Ettersburg 585				0																0	`	
16071023 Großboringen 884 0 0 0 0 0 0 0 0 0								+														0 0
16071039 Kleinobringen 310 0 0 0 0 0 0 0 0 0		· ·							· -								_				`	0 0
16071047 Krautheim					1			+	1												`	9 9
16071051 Leutenthal 268 0 0 0 0 0 0 0 0 0																					<u> </u>	9 9
16071061 Neumark, Stadt								+												0		0 0 0
16071081 Rohrbach 209 0 0 0 0 0 0 0 0 0			456	0					· -			_	0					0		0	0 (0 0 0
16071082 Sachsenhausen 372 0 0 0 0 0 0 0 0 0																				0	-	0 0
16071085 Schwerstedt 331 0 0 0 0 0 0 0 0 0																				 	ŭ,	9 9
16071092 Vippachedelhausen 569 0 0 0 0 0 0 0 0 0																						
16071097 Wohlsborn 461 0																				 		0 0 0
16071004 Bad Sulza, Stadt 4.819 30 0 5 0 5 0 5 0		* *	461	0	0															0	0 (0 0 0
16071015 Eberstedt 210 0									_						_		-	_		0	0 (0 5 0
16071022 Großheringen 658 10 0								<u> </u>										<u> </u>		0	0 0	0 0
16071044 Ködderitzsch 119 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0									· -			_	_							0	0 0	
		· ·						+														0 0 0
					0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0

16071069 Obertrebra	278	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16071077 Rannstedt	180	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16071083 Schmiedehausen	396	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16071099 Saaleplatte	2.743	20 0	0	0	0 0	0	0	0	0	5 0	0	0	5	0	0 (0	0	0
1607152 EG Ilmtal-Weinstraße	6.019	15 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16071101 Ilmtal-Weinstraße	4.556	15 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16071048 Kromsdorf 16072000 Landkreis Sonneberg	1.463 57.060	0 0 460 25	20	35	0 0 35 25	25	30	35	0 25	0 0	25	30	0 25	0 25	20 20	15	0	10
1607200 LKV	37.000	235 10	10	20	20 10		15	20	15	20 5	20	15	10	10	10 10) 10	0	5
16072005 Föritz	3.457	20 0	0	0	5 0	0	0	0	0	0 5	0	0	0	5	0 () 10	0	0
16072009 Judenbach	2.376	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16072011 Lauscha, Stadt	3.501	15 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	5	0 (0	0	0
16072014 Neuhaus-Schierschnitz	3.081	15 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 5	0	0	0	0	0 (0	0	0
16072018 Sonneberg, Stadt	23.683	95 5	5	5	5 5	10	0	10	5	5 5	5	10	5	5	5 (0	0	0
16072019 Steinach, Stadt	4.012	15 0	0	0	0 5	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16072023 Frankenblick	6.153	20 0	0	0	0 5	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
1607250 EG Schalkau, Stadt 16072015 Schalkau, Stadt	3.466 2.997	10 5 5 5	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0		0	0
16072011 Bachfeld	469	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
1607251 Neuhaus am Rennweg, Stadt	7.331	35 0	5	5	0 0	0	0	0	0	5 5	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16072013 Neuhaus am Rennweg, Stadt	6.928	30 0	0	5	0 0	0	0	0	0	5 5	0	0	0	0	0 (0	0	0
16072006 Goldisthal	403	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 5	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073000 Landkreis Saalfeld-Rudolstadt	109.897	1045 40	75	75	65 65		60	70	65	70 65	65	55	45	50	40 35	30	30	30
1607300 LKV		440 15	45	30	30 30		25	25	30	35 25	20	25	25	15	15 15	15	10	15
16073005 Bad Blankenburg, Stadt	6.676	25 0	0	5	0 0	5	0	0	5	0 5	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073036 Kamsdorf 16073076 Rudolstadt, Stadt	2.687 22.676	10 0 120 0	5	5	0 0	5	5	5	5	0 0 10 15	5	5	5	0 10	0 0	<u>, 0</u>	0	0
16073076 Rudoistadt, Stadt 16073077 Saalfeld/Saale, Stadt	25.097	150 5	15	10	5 5		15	5	10	5 10	20	10	5	10	5 5	5 5	5	5
16073105 Remda-Teichel, Stadt	2.979	10 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
16073106 Leutenberg, Stadt	2.206	10 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073108 Saalfelder Höhe	3.132	30 0	0	0	0 0	0	0	5	5	5 0	5	5	0	0	0 (0	0	0
16073109 Uhlstädt-Kirchhasel	5.975	30 0	0	5	0 0	0	0	5	0	0 0	0	0	0	5	5 (0	0	0
16073111 Unterwellenborn	6.010	35 0	0	5	5 0	0	5	5	0	0 0	0	0	0	0	0 (5	0	0
16073112 Königsee-Rottenbach, Stadt	6.718	40 5	5	5	0 0	0	0	5	5	0 5	0	0	0	0	0 (0	5	0
1607301 VG Bergbahnregion/Schwarzatal 16073901 VG Verwaltung	5.279	30 0 15 0	5	0	5 0 0 0	0	0	5	0	0 0	0	0	5 0	0	0 0		0	5
16073013 Cursdorf	624	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
16073014 Deesbach	351	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	5
16073037 Katzhütte	1.427	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073056 Meuselbach-Schwarzmühle	1.134	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073065 Oberweißbach/Thür. Wald, Stadt	1.743	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
1607302 VG Lichtetal am Rennsteig	4.056	20 0	0	5	0 0	0	5	5	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073902 VG Verwaltung 16073049 Lichte	1.542	10 0 0 0	0	0	0 0	0	0	5	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16073066 Piesau	740	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0		0	0
16073068 Reichmannsdorf	764	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16073079 Schmiedefeld	1.010	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
1607303 VG Mittleres Schwarzatal	5.815	35 0	0	5	0 0	0	0	5	5	5 0	0	0	0	5	0 (0	0	0
16073903 VG Verwaltung		10 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073001 Allendorf	364	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073006 Bechstedt 16073017 Döschnitz	156 252	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	<u> </u>	0	0
16073021 Dröbischau	436	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	<u> </u>	0	0
16073054 Mellenbach-Glasbach	977	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	,	0	0
16073055 Meura	431	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073063 Oberhain	687	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073074 Rohrbach	187	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073082 Schwarzburg	540	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16073084 Sitzendorf 16073094 Unterweißbach	835 782	0 0 5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	<u> </u>	0	0
16073101 Wittgendorf	168	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	<u> </u>	0	0 0
1607305 VG Schiefergebirge	6.942	30 0	0	0	0 5	0	0	0	0	5 0	5	0	0	0	0 (0	0	0
16073905 VG Verwaltung		20 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	5	0	0	0	0 (0	0	0
16073028 Gräfenthal, Stadt	2.074	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073046 Lehesten, Stadt	1.759	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16073067 Probstzella	3.109	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
1607351	3.649 2.597	30 0 15 0	0	5	0 0	0	0	0	0	5 0	5	0	0	0	0 0	0	0	0
16073002 Altenbeuthen	2.597	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	1	0	0 0
16073035 Hohenwarte	179	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	, ,	0	0
16073107 Drognitz	648	10 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16074000 Landkreis Saale-Holzland-Kreis	83.913	785 20	45	50	35 50		55	45	45	50 45	55	55	40	45	25 20			20
1607400 LKV		300 5	15	20	15 25		25	20	15	15 15	25	15	15	15	10 10	10	5	10
16074044 Kahla, Stadt	6.964	30 0	0	5	0 0	0	0	0	0	5 0	0	5	5	0	5 (0	0	0
1607405 VG Heideland-Elstertal-Schkölen	7.931	50 5	0	5	0 0	5	5	5	5	0 0	0	5	0	10	0 0	0	5	0
16074905 VG Verwaltung 16074012 Crossen an der Elster	1.658	20 0 5 0	0	5	0 0	5	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	, ,	0	0
TOO AOTS CLOSSELL GIL GEL EISTEL	1.058	ט ןכ	U	U	U U	Į U	l U	U	U	U U	Į U	l U	U	L	1 0	<u>'l</u>	ı U	Ü

16074038 Hartmannsdorf	644	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074039 Heideland	1.841	10 0	0	0	0 0	0	0	5	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074072 Rauda	289	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074092 Silbitz	640	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074106 Walpernhain	177	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074116 Schkölen, Stadt	2.682	10 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
1607407 VG Hügelland/Täler	5.017	20 0	0	0	5 0	0	0	0	0	5 0	0	5	0	0	0	0	0	0
16074907 VG Verwaltung		10 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	5	0	0	0	0	0	0
16074007 Bremsnitz	134	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074017 Eineborn	316	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	·
16074022 Geisenhain	187	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	·
16074024 Gneus	160	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	
16074029 Großbockedra	181 115	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	Ŭ
16074045 Karlsdorf 16074046 Kleinbockedra	36	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074047 Kleinebersdorf	175	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074053 Lippersdorf-Erdmannsdorf	456	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0) 0	0	0
16074056 Meusebach	96	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0) 0	0	0
16074064 Oberbodnitz	259	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074066 Ottendorf	418	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074071 Rattelsdorf	78	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074074 Rausdorf	191	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074077 Renthendorf	422	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074097 Tautendorf	153	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074101 Tissa	135	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074102 Trockenborn-Wolfersdorf	556	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074103 Tröbnitz	455	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074104 Unterbodnitz	194	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	Ŭ
16074107 Waltersdorf	174	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074108 Weißbach	126	5 0	0	0	0 0	5	0	0	10	0 0	0	5	5	5	0	0	0	0
1607411 VG Südliches Saaletal	10.856	110 5	10	5	3 3	5	15	0		5 10	10			_	5	10	5	5
16074911 VG Verwaltung 16074002 Altenberga	765	60 0 5 0	5	5	5 0	5	10 0	0	5	0 5	5	0	0	5	0	0	0	0
16074004 Bibra	264	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074008 Bucha	1.077	10 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074016 Eichenberg	406	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074021 Freienorla	328	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074031 Großeutersdorf	265	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074033 Großpürschütz	403	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074034 Gumperda	388	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074042 Hummelshain	622	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074048 Kleineutersdorf	355	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074049 Laasdorf	606	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074052 Lindig	238	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074057 Milda	768	10 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074065 Orlamünde, Stadt	1.137	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074076 Reinstädt 16074079 Rothenstein	502 1.173	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074079 Rothenstein 16074087 Schöps	307	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074089 Seitenroda	198	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074095 Sulza	277	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0) 0	0	0
16074114 Zöllnitz	777	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	-	0	
1607414 VG Hermsdorf	10.765	60 0	5	5	0 5	0	0	5	5	5 5	5	5	5	5	0	5	0	0
16074914 VG Verwaltung		20 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074041 Hermsdorf, Stadt	7.762	25 0	0	0	0 5	0	0	0	0	0 0	5	0	5	0	0	0	0	0
16074059 Mörsdorf	451	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074075 Reichenbach	911	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074084 Schleifreisen	423	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074093 St.Gangloff	1.218	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074015 VG Dornburg-Camburg	10.491	80 5	0	5	5 5	5	5	10	5	5 5	0	5	5	5	5	0	5	0
16074915 VG Verwaltung	F 537	20 0	0	5	0 0	0	0	5	5	5 0	0	0	0	0	0	, ,	0	·
16074011 Dornburg-Camburg, Stadt 16074019 Frauenprießnitz	5.527 875	25 0 5 0	0	0	0 0	0	0	5	0	5 5	0	5	0	0	<u> </u>	0 0	0	
16074019 Frauenprieisnitz 16074026 Golmsdorf	695	10 0	0	0	0 0	0	5	0	0	0 0	0	0	0	0	0	, ,	0	0
16074032 Großlöbichau	753	10 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0) 0	0	0
16074036 Hainichen	188	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074043 Jenalöbnitz	153	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074051 Lehesten	704	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074054 Löberschütz	125	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074063 Neuengönna	676	5 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074096 Tautenburg	283	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074099 Thierschneck	109	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074112 Wichmar	207	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074113 Zimmern	196	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0	0	0
1607450 EG Stadtroda, Stadt	7.174	25 0	5	0	0 0	0	0	0	0	5 0	0	5	0	0	5	0	0	0
16074094 Stadtroda, Stadt	5.915	25 0	5	0	0 0	0	0	0	0	5 0	0	5	0	0	5	-	0	
16074006 Bollberg	295	0 0	0	0	0 0	0	0	0	0	0 0	0	0	0	0	0	0 إد	0	0

16074058 Möckern	124	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		n n	0	0
16074069 Quirla	506		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074081 Ruttersdorf-Lotschen	334	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1607451 EG Bürgel, Stadt	3.608	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074009 Bürgel, Stadt	3.051	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074028 Graitschen b. Bürgel	389	_	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074061 Nausnitz	72	_	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074068 Poxdorf	96		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	01
1607452 EG Eisenberg, Stadt 16074018 Eisenberg, Stadt	12.453		0	0	0	5	0	5 0	0	0	5	5	0	0	5	0	5	5	0	5	0
16074018 Eisenberg, Stadt 16074025 Gösen	10.971 199		0	0	0	0	0	0	0	0	5 0	0	0	0	5	0	0	0) 0	0	
16074023 Gosell 16074037 Hainspitz	654	_	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	ŭ
16074055 Mertendorf	148		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	
16074067 Petersberg	266		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074073 Rauschwitz	215	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1607453 EG Bad Klosterlausnitz	8.654	55	5	5	0	5	5	5	5	5	5	5	0	5	5	0	0	0	0	0	0
16074003 Bad Klosterlausnitz	3.528	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	5	0	0	0	0 0	0	0
16074001 Albersdorf	293		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074005 Bobeck	291		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16074082 Scheiditz	55		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
16074085 Schlöben 16074086 Schöngleina	918 456		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<u> </u>
16074086 Schöngleina 16074091 Serba	682		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 0
16074091 Serba 16074098 Tautenhain	998		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0) n	0	O
16074105 Waldeck	238		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16074109 Weißenborn	1.195		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075000 Landkreis Saale-Orla-Kreis	83.255		25	45	45	60	55	60	50	50	45	55	65	55	60	35	45	35 2	35	30	25
1607500 LKV		360	10	15	15	25	20	25	20	25	20	30	25	25	25	15	15	15 1	15	10	5
16075046 Hirschberg, Stadt	2.172		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075062 Bad Lobenstein, Stadt	6.111		0	5	0	0	0	5	5	5	0	0	5	5	5	0	5	5	5	5	5
16075085 Pößneck, Stadt	12.187		0	5	0	5	5	0	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	0	5
16075098 Schleiz, Stadt	8.492 2.513		0	0	0	5	0	5	0	5	5	0	5	0	5	0	0	0	0	0	0)
16075131 Gefell, Stadt 16075132 Tanna, Stadt	3.692		0	0	0	5	0	0 5	0	0	0	0	0 5	0	5	0	0	0	0	0	1 0
16075133 Wurzbach, Stadt	3.190		5	0	5	0	0	5	0	0	0	5	5	0	0	0	0	0) 5	0	0
16075135 Saalburg-Ebersdorf, Stadt	3.513		5	5	5	5	5	0	5	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0 0	0	0
1607504 VG Seenplatte	5.125		0	5	0	0	0	0	0	5	5	0	0	5	0	0	0	0	0 0	0	0
16075904 VG Verwaltung		10	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075008 Bucha	97	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16075014 Dittersdorf	470		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16075018 Dreba	241		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16075033 Görkwitz	283		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0)
16075034 Göschitz 16075048 Kirschkau	244		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1 0
16075049 Knau	610		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075063 Löhma	289		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075068 Moßbach	415		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075072 Neundorf (bei Schleiz)	288	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075076 Oettersdorf	835	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075083 Plothen	283		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16075084 Pörmitz	175		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-	0	
16075109 Tegau	399		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<u> </u>	0	0	
16075119 Volkmannsdorf 1607505 VG Oppurg	259 5.623		0	0	0	0	0	0	0 5	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0 0	0	0
16075905 VG Verwaltung	3.023		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075006 Bodelwitz	574		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	J J	0	0
16075016 Döbritz	187		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075031 Gertewitz	148	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	00	0	0
16075039 Grobengereuth	216		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	
16075054 Langenorla	1.296		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<u> </u>	0 0	0	
16075056 Lausnitz b. Neustadt an der Orla	330		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	, ,	0	0
16075074 Nimritz	315 165		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	· ·	0 0	5	0)
16075075 Oberoppurg 16075077 Oppurg	1.230		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0) 0	0	1 0
16075077 Oppurg 16075087 Quaschwitz	73		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0) 0	0	0
16075105 Solkwitz	66		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075121 Weira	373		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075124 Wernburg	650		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
1607508 VG Saale-Rennsteig	4.245	40	0	0	0	0	5	0	0	0	5	5	5	0	5	0	5	0	0	0	0
16075908 VG Verwaltung			0	0	0	0	5	0	0	0	0	5	5	0	5	0	5	0	0	0	Ŭ
16075002 Birkenhügel	382		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	,	0 0	0	0
16075003 Blankenberg	928	_	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075004 Blankenstein	759	_	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0) <u>0</u>	0	0
16075042 Harra 16075071 Neundorf (bei Lobenstein)	845 589		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	U) 0	0	0
16075086 Pottiga	404		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0
16075086 Pottiga 16075097 Schlegel	338		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	<u> </u>	0 0	0	
1007 3037 Juliugui	330	υ	J	J	J	J	J	U	J	J	U	U	U	J	U	J		J 3	J U	ı U	

1607511 VG Triptis	6.134	25 0		0	0	0	5	0	5	0	0	0	0	5	0	0	0			0	0
16075911 VG Verwaltung	0.134	10 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
16075019 Dreitzsch	411	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16075029 Geroda	254	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075057 Lemnitz	407	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075065 Miesitz	292	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075066 Mittelpöllnitz	270	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075093 Rosendorf	173	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075099 Schmieritz	399	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075114 Tömmelsdorf	134	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075116 Triptis, Stadt	3.794	5 0		0	5	0	5	0	0	0	5	0	5	0	0	0 5	0	0 0	0	0	
1607513 VG Ranis-Ziegenrück 16075913 VG Verwaltung	7.486	35 0 15 0		0	0	0	5	0	5 0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	
16075013 Crispendorf	385	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0		0	·
16075023 Eßbach	240	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 () 0	0	0
16075035 Gössitz	319	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16075047 Keila	69	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075069 Moxa	87	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075079 Paska	112	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075081 Peuschen	477	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075088 Ranis, Stadt	1.685	5 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075101 Schmorda	88	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075102 Schöndorf	289	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075103 Seisla	144	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16075125 Wilhelmsdorf	218	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16075127 Ziegenrück, Stadt 16075129 Krölpa	696	0 0 10 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	<u>0</u> ار	0	0
16075129 Krölpa 1607550 EG Neustadt an der Orla, Stadt	2.677 9.099	10 0 45 0		0	5	0	0	0	5	0	0	0	5	5	0	0	5	U (, 0	0	0
16075073 Neustadt an der Orla, Stadt	8.183	40 0		0	5	0	0	0	5	0	0	-	5	5	0	0	5	5 5) 0	0	·
16075051 Kospoda	413	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0) 0	0	Ŭ
16075061 Linda b. Neustadt an der Orla	373	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16075106 Stanau	130	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
1607551 EG Remptendorf	3.673	30 0	(0	0	0	5	5	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0 (0	0	0
16075134 Remptendorf	3.588	25 0	(0	0	0	5	5	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0 (0	0	0
16075009 Burgk	85	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076000 Landkreis Greiz	101.865	1230 35	5 6	60	75	85	85	75	75	65	70	65	80	60	60	85	60	50 45	45	30	40
1607600 LKV		495 15	5 2	.5	20	40	35	30	35	25	30	20	30	30	25	30	25	20 20	20	15	15
16076004 Berga/Elster, Stadt	3.442	10 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076061 Ronneburg, Stadt	4.971	25 0		0	0	0	5	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076088 Harth-Pöllnitz	2.973	25 0			5	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0 0	- 0	0	0
16076089 Kraftsdorf 16076092 Auma-Weidatal, Stadt	3.875 3.695	40 0 20 0		0	0	5	0	0	5 0	5 0	0	5 0	0	0	5 0	0 5	0	0 :	0	0	
16076093 Mohlsdorf-Teichwolframsdorf	5.002	45 5		5	5	5	5	5	0	0	0	0	5	5	0	5	0	5 (0	
1607604 VG Wünschendorf/Elster	7.704	60 0		5	5	5	0	0	5	5	5	0	5	0	0	5	5	5 (0 0	5	0
16076904 VG Verwaltung		15 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0 0	0	0
16076009 Braunichswalde	615	5 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076017 Endschütz	329	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076019 Gauern	115	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076027 Hilbersdorf	219	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076034 Kauern	407	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076043 Linda b. Weida	448	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (<u> </u>	0	
16076055 Paitzdorf	413	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (<u> </u>	0	Ŭ
16076062 Rückersdorf 16076069 Seelingstädt	764 1.377	0 0 5 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	,	0	Ŭ
16076074 Teichwitz	1.377	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	, ,	0	
16076084 Wünschendorf/Elster	2.914	25 0		0	0	0	0	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0 0	, ,	5	0
1607606 VG Münchenbernsdorf	6.017	35 0		5	0	0	0	5	0	5	0	0	0	5	0	0	5	5 (0	0	0
16076906 VG Verwaltung		10 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0 (0	0	0
16076007 Bocka	455	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076033 Hundhaupten	346	0 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076042 Lederhose	267	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (,	0	Ŭ
16076044 Lindenkreuz	481	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (<u> </u>	0	
16076049 Münchenbernsdorf, Stadt	2.953	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (, ,	0	0
16076064 Saara	614	5 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076068 Schwarzbach 16076086 Zedlitz	224 677	0 0 5 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	<u>0</u> ار	0	0
16076086 Zedlitz 1607608 VG Am Brahmetal	4.752	5 0 55 0		0	5	0	5	5	0	0	0	5	5	0	5	0	0	5 () -	0	0
16076908 VG Verwaltung	4.732	15 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (, ,	0	J
16076006 Bethenhausen	244	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	1	0	ļ
16076008 Brahmenau	983	10 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	,	0	
16076023 Großenstein	1.268	10 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	, ,	0	
16076028 Hirschfeld	117	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076036 Korbußen	455	10 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076058 Pölzig	1.177	10 0	(0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076059 Reichstädt	361	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (0	0	0
16076067 Schwaara	147	0 0		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 (<u> </u>	0	
1607651 EG Bad Köstritz, Stadt	4.606	20 0		0	5	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0 () 0	0	0

16076002 Pad Kästritz Stadt	2 626	20	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	I ol c	1 0	ام	0
16076003 Bad Köstritz, Stadt 16076012 Caaschwitz	3.626 631	20	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16076026 Hartmannsdorf	349	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
1607652 EG Greiz, Stadt	21.670	190	5	10	20	15	15	10	10	10	10	5	10	5	5	20	10	5 10	5	5	5
16076022 Greiz, Stadt	21.240	190	5	10	20	15	15	10	10	10	10	5	10	5	5	20	10	5 10	5	5	5
16076052 Neumühle/Elster	430	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
1607653 EG Weida, Stadt	8.880	60	0	5	5	5	10	0	0	5	5	0	5	0	0	5	0	0 0	0	0	5
16076079 Weida, Stadt	8.620	60	0	5	5	5	10	0	0	5	5	0	5	0	0	5	0	0 0	0	0	5
16076014 Crimla	260	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
1607654 EG Zeulenroda-Triebes, Stadt	18.214	100	5	0	5	10	5	5	5	10	5	10	5	5	10	5	5	5 5	5	0	5
16076087 Zeulenroda-Triebes, Stadt	17.032	100	5	0	5	10	5	5	5	10	5	10	5	5	10	5	5	5 5	5	0	5
16076041 Langenwolschendorf	866	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16076081 Weißendorf 1607656 EG Langenwetzendorf	316 6.064	50	0	0	5	0	5	5	0	0 5	0	5	5	0	0	0 10	5	0 0) 0	0	0
1607656 EG Langenwetzendorf 16076039 Langenwetzendorf	4.382	50	0	0	5	0	5	5	0	5	0	5	5	0	5	10	5	0 0	5	0	0
16076029 Hohenleuben, Stadt	1.616	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
16076038 Kühdorf	66	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077000 Landkreis Altenburger Land	93.138	1030	45	60	50	60	80	75	65	55	55	60	65	55	50	55	55	50 35	35	25	30
1607700 LKV		325	20	25	15	25	20	20	25	15	15	20	20	20	15	20	15	15 10		10	15
16077001 Altenburg, Stadt	32.901	255	10	15	10	10	20	20	15	15	15	15	25	15	20	15	10	15 10	10	5	5
16077028 Lucka, Stadt	3.872	15	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0 0	0	0	0
16077032 Meuselwitz, Stadt	10.464	80	0	10	5	5	10	10	5	5	5	5	5	0	5	0	0	0 10	0	0	0
16077036 Nobitz	6.127	45	0	5	0	5	5	5	0	0	5	5	0	0	0	0	0	0 0	5	0	5
16077043 Schmölln, Stadt	11.372	85	0	0	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5 5	5	5	5
1607701 VG Altenburger Land	5.227	45	0	0	0	0	5	5	5	5	0	0	0	0	0	5	0	5 0	0	0	5
16077901 VG Verwaltung		15	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077002 Altkirchen	1.017	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0 0	0	0	0
16077003 Dobitschen	478	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077004 Drogen	128 424	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077008 Göhren 16077009 Göllnitz	329	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077029 Lumpzig	533	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077031 Mehna	309	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0) 0	0	0
16077044 Starkenberg	2.009	10	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
1607704 VG Pleißenaue	5.392	45	0	0	0	5	5	5	0	0	0	5	0	0	5	0	5	5 0	0	0	0
16077904 VG Verwaltung		30	0	0	0	5	0	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	5 0	0	0	0
16077005 Fockendorf	818	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077007 Gerstenberg	515	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077015 Haselbach	809	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077048 Treben	1.246	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077052 Windischleuba	2.004	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
1607705 VG Rositz	5.103	45	5	5	5	0	0	5	5	0	5	0	5	0	0	5	0	0 5	0	0	0
16077905 VG Verwaltung	1.020	10	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077022 Kriebitzsch 16077027 Lödla	1.030 704	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077034 Monstab	422	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077042 Rositz	2.947	20	0	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0) 0	0	n
1607708 VG Wieratal	3.481	30	0	0	0	0	5	5	0	0	0	0	0	0	5	5	5	0 0	0	0	0
16077908 VG Verwaltung		20	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	5	0	0	0 0	0	0	0
16077006 Frohnsdorf	267	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077011 Göpfersdorf	250	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077019 Jückelberg	275	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077023 Langenleuba-Niederhain	1.829	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0		0	0
16077055 Ziegelheim	860	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
1607709 VG Oberes Sprottental	3.980	35	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	5	5	5	0	5	0 0	0	0	0
16077909 VG Verwaltung	200	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077016 Heukewalde	200 305	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	· ·	0	0
16077018 Jonaswalde 16077026 Löbichau	995	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0		0	0
16077037 Nöbdenitz	885	10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	, ,	0	0
16077041 Posterstein	434	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0		0	0
16077047 Posterstein 16077047 Thonhausen	566	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	, ,	0	0
16077049 Vollmershain	324	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077051 Wildenbörten	271	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
1607750 EG Gößnitz, Stadt	5.219	30	5	5	5	0	5	0	5	0	0	5	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077012 Gößnitz, Stadt	3.544	20	0	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077017 Heyersdorf	130	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0
16077039 Ponitz	1.545	10	5	0	0	0	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0 0	0	0	0

^{*)} nicht berücksichtigt ist die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters ab dem Jahrgang 1947 auf 67 Jahre;

Aus Gründen der Geheimhaltung werden alle Einzelzahlen einem statistischen Rundungsverfahren unterzogen. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen. Zeichenerklärung: 0 - (nach Rundung) nichts vorhanden

Personalbestand am 30.06.2014 sowie Abgänge aufgrund der Regelaltersgrenze mit 65 Jahren von 2016 bis 2035

Quelle:

Statistischer Bericht - Personal Ist-Bestand der Gemeinden und Gemeindeverbände am 30.6.2014 sowie Abgänge aufgrund der Regelaltersgrenze mit 65 Jahren von 2016 bis 2035, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2016, Bestell-Nr. 11307

Bürgermeisterwahlen in Thüringen

				ehr	enamtlich - all	e Gemeinde	n			
Hauptwahl- termine	Anzahl der	Bewerber	Stimmzettel mi keinem Bewerb Bindu	er (Wahl ohne	darunter Stimma		Wahl	MIT Bindung ((mindestens 2 Be	ewerber)
Comme	Gemeinden	insgesamt	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
12.06.1994	1057	1470	734	69,4	0	0,0	323	30,6	736	2,3
13.06.1999	828	1187	529	63,9	8	1,0	299	36,1	666	2,2
27.06.2004	812	1142	538	66,3	20	2,5	274	33,7	624	2,3
06.06.2010	684	899	478	69,9	28	4,1	206	30,1	449	2,2

Ehrenamtliche Bürgermeister nach Größenklassen

				ehrenamtlich -	- Gemeinden I	ois unter 500	Einwohner						
Hauptwahl- termine	Anzahl der	Bewerber	Stimmzettel mi keinem Bewerb Bindu	er (Wahl ohne	darunter Stimma		Wahl MIT Bindung (mindestens 2 Bewerber)						
	Gemeinden	insgesamt	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde			
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10			
12.06.1994	538	641	450	83,6	0	0,0	88	16,4	191	2,2			
13.06.1999	385	468	304	79,0	4	1,0	81	21,0	168	2,1			
27.06.2004	380	452	304	80,0	18	4,7	76	20,0	166	2,2			
06.06.2010	344	410	266	77,3	23	6,7	78	22,7	167	2,1			

			el	renamtlich - G	iemeinden 500	bis unter 10	00 Einwohner			
Hauptwahl- termine	Anzahl der Gemeinden	Bewerber insgesamt	Stimmzettel mi keinem Bewerb Bindu	er (Wahl ohne	daruntei Stimm:		Wahl	MIT Bindung	(mindestens 2 Be	ewerber)
	Gemeinden	insgesamt	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
12.06.1994	291	411	190	65,3	0	0,0	101	34,7	221	2,2
13.06.1999	249	380	142	57,0	1	0,4	107	43,0	239	2,2
27.06.2004	247	374	148	59,9	1	0,4	99	40,1	227	2,3
06.06.2010	212	292	142	67,0	5	2,4	70	33,0	155	2,2

				ehrenamtlic	h - Gemeinder	über 1000 E	inwohner			
Hauptwahl- termine	Anzahl der	Bewerber	Stimmzettel mi keinem Bewerb Bindu	er (Wahl ohne	daruntei Stimmi		Wahl I	MIT Bindung	Bewerber	ewerber)
	Gemeinden	insgesamt	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1		durchschn. Bewerber je Gemeinde
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
12.06.1994	228	418	94	41,2	0	0,0	134	58,8	324	2,4
13.06.1999	194	339	83	42,8	3	1,5	111	57,2	259	2,3
27.06.2004	185	316	86	46,5	1	0,5	99	53,5	231	2,3
06.06.2010	128	197	70	54,7	0	0,0	58	45,3	127	2,2

					hauptam	tlich						
Hauptwahl- termine	Anzahl der	Bewerber	Stimmzettel mi keinem Bewerb Bindu	er (Wahl ohne	darunter Stimma		Wahl MIT Bindung (mindestens 2 Bewerber)					
	Gemeinden	insge-samt	Anzahl der proz. Anteil Gemeinden an Sp. 1		Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde		
	1	2	3	4	5	6			7	8		
12.06.1994	145	429	20	13,8	0	0,0	125	86,2	409	3,3		
14.05.2000	121	317	26	21,5	0	0,0	95	78,5	291	3,1		
07.05.2006	103	282	19	18,4	0	0,0	84	81,6	263	3,1		
22.04.2012	88	237	17	19,3	0	0,0	71	80,7	220	3,1		

1. ehrenamtliche Bürgermeisterwahlen

Analyse der Bewerbersituation:

Seit 1994 gibt es bei der Wahl der ehrenamtlichen Bürgermeister im Durchschnitt 2,2 bis 2,3 Bewerber pro Gemeinde über alle Größenklassen. Je größer die Größenklasse ist, je geringer ist der Anteil der Gemeinden mit 1 oder keinem Bewerber. Der Anteil der Gemeinde mit leerem Stimmzettel ist in der GK unter 500 Einwohner am Größten, aber mit rund 7 % trotzdem gering.

Anlage 4

Es gibt keinen leeren Stimmzettel. Die Wahl ohne Bindung mit einen Bewerber liegt bei ca. 20%. Die durchschnittliche Bewerberzahl bei der Wahl mit Bindung liegt in allen Wahljahren bei rund 3 % .

Gemeinderatswahlen in Thüringen (ohne kreisfreie Städte)

12.06.1994 keine Erfassung der Bewerber 13.06.1999 keine Erfassung der Bewerber 27.06.2004 keine Erfassung der Bewerber

Hauptwahl			Stimmzettel m keinem Wahlvo		davon leerer (Mehrhe		davon mi	it einem Wah	ilvorschlag (Meh	rheitswahl)	Stim	nzettel mit min (Verhält	d. 2 Wahlvorso tniswahl)	hlägen	zu vergebene	Sitze, die vergeben	Differenz
termine	meinden	insge-samt	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Bewerber insgesamt		Anzahl der Gemeinde n	proz. Anteil an Sp. 1	Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde	Sitze	wurden	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
12.06.1994	1.242	k.A.	284	22,9	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	958	77,1	k.A.	k.A.	11.438	k.A.	k.A.
13.06.1999	1.013	k.A.	226	22,3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	787	77,7	k.A.	k.A.	10.102	k.A.	k.A.
27.06.2004	992	k.A.	254	25,6	9	0,9	245	24,7	k.A.	k.A.	738	74,4	k.A.	k.A.	9.860	k.A.	k.A.
07.06.2009	949	19.372	263	27,7	13	1,4	250	26,3	2.068	8,3	686	72,3	17.304	25,2	9.354	9.308	46
25.05.2014	838	17.039	255	30,4	13	1,6	242	28,9	2.014	8,3	583	69,6	15.025	25,8	8.304	8.246	58

							Geme	inden bis u	nter 500 Einwo	hner							
Hauptwahl-	Anzahl der Ge	Bewerber	Stimmzettel m keinem Wahlvo	davon leerer Stimmzettel (Mehrheitswahl)		davon m	it einem Wal	nlvorschlag (Meh	Stimmzettel mit mind. 2 Wahlvorschlägen (Verhältniswahl)				zu vergebene	Sitze, die			
termine	meinden	insge-samt	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden		Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde	Anzahl der Gemeinde n	proz. Anteil an Sp. 1	Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde	Sitze	vergeben wurden	Differenz
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
07.06.2009	386	3.349	197	51,0	13	3,4	184	47,7	1.367	7,4	189	49,0	1.982	10,5	2.318	2.303	15
25.05.2014	350	2 994	188	53.7	13	3.7	175	50.0	1 290	7.4	162	46.3	1 704	10.5	2 106	2 089	17

							Gemein	den 500 bis	unter 1000 Einv	wohner							
Hauptwahl-	Anzahl der Ge	Bewerber	Stimmzettel m keinem Wahlvoi				davon m	it einem Wal	nlvorschlag (Meh	rheitswahl)	Stimr	nzettel mit min (Verhält	d. 2 Wahlvorso tniswahl)	chlägen	zu vergebene	Sitze, die	
termine	meinden	insge-samt	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden		Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde	Anzahl der Gemeinde n	proz. Anteil an Sp. 1	Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde	hn. Sitze vergeb er je	vergeben wurden	Differenz
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
07.06.2009	229	3.306	55	24,0	0	0,0	55	24,0	541	9,8	174	76,0	2.765	15,9	1.848	1.836	12
25.05.2014	199	2.724	55	27,6	0	0,0	55	27,6	559	10,2	144	72,4	2.165	15,0	1.598	1.579	19

								Gem	einden übe	r 1000 Einwohr	ner							
Hai		Anzahl der Ge	Bewerber	Stimmzettel m keinem Wahlvo				davon mit einem Wahlvorschlag (Mehrheitswahl)				Stimr	nzettel mit min (Verhält	d. 2 Wahlvorso tniswahl)	chlägen	zu vergebene	Sitze, die	Differenz
te	ermine	meinden	insge-samt	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Anzahl der Gemeinden	proz. Anteil an Sp. 1	Bewerber insgesamt		Anzahl der Gemeinde n		Bewerber insgesamt	durchschn. Bewerber je Gemeinde	Sitze	vergeben wurden	Differenz
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
07.0	06.2009	334	12.717	11	3,3	0	0,0	11	3,3	160	14,5	323	96,7	12.557	38,9	5.188	5.169	19
25.0	05.2014	289	11.321	12	4,2	0	0,0	12	4,2	165	13,8	277	95,8	11.156	40,3	4.600	4.578	22

Auswertung der Bewerber bei den Bürgermeisterwahlen (Wahl ohne Bindung an Wahlvorschläge) und Gemeinderatswahlen (Verhältnis- bzw. Mehrheitswahl) nach Gemeindegrößenklassen

Quellen:

Kommunalwahlen 2004 in Thüringen – Endgültige Ergebnisse – Wahlen der Bürgermeister, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2008, Bestell-Nr. 20421

Kommunalwahlen 2006 in Thüringen – Endgültige Ergebnisse – Wahlen der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2007, Bestell-Nr. 29921

Kommunalwahlen in Thüringen am 6.Juni 2010 – Endgültige Ergebnisse – Wahlen der Bürgermeister, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2010, Bestell-Nr. 29926

Kommunalwahlen in Thüringen am 15. Januar und 22. April 2012 – Endgültige Ergebnisse – Wahlen der Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2012, Bestell-Nr. 29921

Kommunalwahlen 1999 in Thüringen – Endgültige Ergebnisse – Wahlen der Stadtrats- und Gemeinderatsmitglieder, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2000, Bestell-Nr. 29428

Kommunalwahlen 2004 in Thüringen – Endgültige Ergebnisse – Wahlen der Stadtrats- und Gemeinderatsmitglieder, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2008, Bestell-Nr. 29428

Kommunalwahlen in Thüringen am 7.Juni 2009 – Endgültige Ergebnisse – Wahlen der Stadtrats- und Gemeinderatsmitglieder, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2010, Bestell-Nr. 29428

Kommunalwahlen in Thüringen am 25.Mai 2014 – Endgültige Ergebnisse – Wahlen der Stadtrats- und Gemeinderatsmitglieder, Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2015, Bestell-Nr. 29428